



DES BEZIRKSGERICHTS UMEÅ (TEILURTEIL) Fall Nr. M 1573-20 Land- und

Umweltgericht 05.04.2023

in Umeå angekündigt

PARTEIEN

Antragsteller

Talga AB
Box 16285
103 25 Stockholm

Agent: Rechtsanwalt Joel Mårtensson und Bachelor of Laws. Auch Helles Stoytcheva

Nils Lundahl
Mannheimer Swartling Advokatbyrå AB
Box 1711
111 87 Stockholm

GegenparteienSchwedische Behörden und Organisationen

1. Die Kreisverwaltung im Kreis Norrbotten
2. Die Behörde für Sozialschutz und Vorsorge
3. Der Naturschutzverein in Norrbotten
4. Der Naturschutzverein in Luleå
5. Region Norrbotten

27. Anette Johansson
28. Erich Johansson
29. Jan Johansson
30. Elisabeth Johansson Hallden
31. Päivi Juuso
32. Lennart Carlson
33. Lotta Lagermalm
34. Tarja Leinonen
35. Anders Lidström
36. Ulrik Lidström
37. Ann-Katrin Lindblom
38. Fredrik Linhall

Postanschrift Besuchsadresse Telefon Fax Lieferzeit

Box 138 Nygatan 45 090-17 21 00 Montag – Freitag 901 04 Umeå **E-Mail** : mmd.umea@dom.se 08:00 - 16:00

www.domstol.se, Informationen über unsere
Verarbeitung personenbezogener Daten:
www.umeatingsratt.domstol.se oder
kontaktieren Sie uns

6. Gabna Sami-Dorf
7. Sami-Dorf Saarivuoma
8. Talma Sami-Dorf

Vertreter für Talma Sami Village: Rechtsanwalt
Camilla Wikland und Rechtsassistentin
Amanda Mikaelsdotter

Einzel

9. Javna Allas
10. Martin Bas
11. Elin Bellez
12. Erika Bjurholt
13. Per-Erik Bjurholt
14. Tobias Daffeh
15. Barbro Eliasson
16. Ake Eliasson
17. Lena Fergmann
18. Beatrice Floystad
19. Sverker Forsén

Dok.-ID 432276

20. Johannes Frederiksson
21. Boel Hallden
22. Hakan Hansi
23. Jörg Hansen
24. Sonja Hansen
25. Bengt Henriksson
26. Simon Holm

39. Joakim Linhall
40. Hakan Lundström
41. Lars-Inge Lööv
42. Lars Jonas Lööv
43. Märta Lööv
44. Simon Marianen
45. Mats Myr
46. Johann Nilsson
47. Kalle Nilsson
48. Kenneth Nilson
49. Per-Anders Nutti
50. Peter Petterson
51. Johannes Thomas Papst
52. Roger Rehnblom
53. Hanna Råman
54. Gudrun Stålnacke
55. Marita Sandmark
56. Ellinor Sydberg
57. Ulrike Sydberg
58. Urpo Taskinen
59. Helena Thini
60. Annelie Uven
61. Johan Uven
62. Johanna Ögren

Finnische Behörden und
Organisationen

63. Kukkola samfällighetsförening (Kukkola samfällighetsförening)
64. ELY-Keskus of Lappland (Närings-, trafik- och miljöcentralen i Lappland)
65. ELY center of Lappland, Fischereidienste Nordfinnlands (Fiskerimyndigheten vid Lapplands NMT-central)
66. Gemeinde Enontekiö (Gemeinde Enontekiö)
67. Die Konföderation von Lappland (Lapplands landskapsförbund)
68. Zentrum für natürliche Ressourcen (Naturresursinstitutet)
69. Forstamt (Forststyrelsen)
70. Verein Paliskuntai (Renbeteslagsföreningen)
71. Stadt Rovaniemi (Miljönämnden i Rovaniemi stad)
72. Gemeinde Sodankylä (Sodankylä kommun)
73. SLL Lappi (Finnland naturskyddsförbund i Lapplands krets)
74. Ylitornion - Pello Nature Association (Finnland naturskyddsförening)
75. Gemeinde Ylitornio (Ylitornio kommun)
76. Limits to the Mines of Lappland (Föreningen Begränsning av gruvor i Lappland)

Andere

77. Die finnisch-schwedische Grenzflusskommission

DIE SACHE

Beantragung einer Genehmigung nach dem Umweltgesetzbuch für Bergbautätigkeiten etc. in Nunasvaara Södra in der Gemeinde Kiruna (Aktivitätscode 13.10, 13.40 und 90.290-i)

Einzugsgebiet: Tor neälven (1)

Koordinaten (SWEREF 99TM) N: 7525102 E: 770566

BEURTEILUNG

Siehe Seite 3.

BEURTEILUNG**M UMWELTPRÜFUNG**

Das Landes- und Umweltgericht stellt fest, dass die erstellte Umweltverträglichkeitserklärung die Anforderungen in Kap. 6 erfüllt. das Umweltgesetzbuch. Die Umweltprüfung kann daher gemäß Kap. 6. § 43 Umweltgesetzbuch wird ergänzt.

T ILL ZUSTAND M . M. _

Erlaubnis

Das Landes- und Umweltgericht weist die geltend gemachten Anträge auf Zurückweisung des Antrags zurück und erteilt der Talga AB innerhalb des in Urteilsanlage 1 genannten Tätigkeitsbereichs die Erlaubnis

1. Bergbaubetriebe (umweltgefährdende Betriebe) in Nunasvaara Södra in der Gemeinde Kiruna einschließlich
 - a) Abbau und Aufbereitung von Graphiterz bis zu einer Menge von 120.000 Tonnen pro Jahr,
 - b) Lagerung von Abraum und Anreicherungssand und -schlamm (Abfallkategorie 01 01 02 sowie 01 04 99 und 01 03 06) in einem kombinierten Sand- und Abraumlager neben einer Menge von 4.500.000 t Abraum, 1.000.000 t Anreicherungssand und 5.000 Tonnen Schlamm,
 - c) Verfüllung von Abraum, Anreicherungssand und Schlamm in Tagebaugruben,
 - d) Errichtung und Betrieb der Anlagen und Ergreifen allgemeiner Maßnahmen, die für die geplanten Tätigkeiten erforderlich sind.

2. zu Wasseraktivitäten einschließlich

- a) Beseitigung von Sickerwasser aus den Tagebauen und Errichtung und Unterhaltung von Anlagen hierfür,
- b) Bau von Absetz- und Klärbecken,
- c) Entfernung von Oberflächenwasser aus Hosiojärvi mit einer Gesamtmenge von 4.500 m³, sowie Bau und Wartung von Anlagen dafür,
- d) Auffüllen von Oberflächenwasser für den Bau eines kombinierten Sand- und Gesteinsreservoirs sowie
- e) Bau von Gräben für die Wasserwirtschaft des Betriebes.

Natur 2000

Das Landes- und Umweltgericht erteilt der Talga AB die Erlaubnis nach Kap. 7. Abschnitt 28 a des Umweltgesetzbuchs, im Rahmen dessen, was die Genehmigung sonst zulässt, Tätigkeiten durchzuführen, die das Natura 2000-Gebiet Torne und das Flusssystem Kalix erheblich beeinträchtigen können (SE0820430).

Befristung der Erlaubnis

Die jetzt bekannt gegebene Genehmigung gilt bis längstens 18. Mai 2070.

Artenschutzverordnung

Der Talga AB wird eine Ausnahme vom Verbot des § 9 der Artenschutzverordnung für Riffholz, Teppichholz und Flachholz erteilt.

Bedingungen*Allgemeinzustand*

1. Sofern in diesem Urteil nichts anderes bestimmt ist, müssen das Geschäft betrieben, die Einrichtungen geplant und die Arbeiten im Wesentlichen in Übereinstimmung mit dem ausgeführt werden, was das Unternehmen in den Antragsunterlagen angegeben und in dem Fall anderweitig angegeben oder durchgeführt hat.

Explosionen

2. Sprengungen im Tagebau dürfen nur werktags in den Zwischentagen durchgeführt werden 07.00-18.00 Uhr nach einer festgelegten Zeit und nach einem deutlichen akustischen Warnsignal. Anwohner, die dies wünschen, müssen über Sprengzeiten informiert werden.

3. Das Sprengen im Tagebau muss so durchgeführt werden, dass Vibrationen in den nächsten Häusern minimiert werden. Erschütterungen infolge von Sprengungen im Tagebau dürfen bei mehr als 5 % der Sprengungen pro Kalenderjahr nicht zu einer höheren Schwingungsgeschwindigkeit in vertikaler Richtung in der tragenden Grundstruktur des Gehäuses wie Sockel oder Sockel als 5 mm/s führen und niemals 7 mm/s überschreiten.

Die Kontrolle der Bodenerschütterungen muss bei jeder Sprengung durch Messung an einem nahe gelegenen Wohngebäude erfolgen. Die Messung muss SS 4604866:2011 entsprechen.

4. Luftstoßwellen, die durch die Sprengungen in den Tagebauen entstehen, dürfen bei mehr als 5 % der Sprengungen pro Kalenderjahr den Freifeldwert von 100 Pascal nicht überschreiten und dürfen niemals 200 Pascal überschreiten. Die Kontrolle der Luftstoßwellen muss bei jeder Sprengung durch Messung an einem nahe gelegenen Wohngebäude erfolgen. Die Messung muss SS 02 52 10 folgen.

Lärm

5. Lärm von anderen Bauarbeiten als besonders lauten Bauarbeiten (wie Bohren, Steinschlagen und Rammen) darf in Wohnhäusern nicht zu einem höheren äquivalenten Lärmpegel führen als
- | | | |
|---|-----------------|-------|
| Nicht Feiertag Montag – Freitag
(Tag) | Bei 07.00-19.00 | 60dBA |
| Wochenende Montag – Freitag
(abends) | Bei 19.00-22.00 | 50dBA |
| Samstag, Sonntag und Feiertag (Tag) | Bei 07.00-19.00 | 50dBA |
| Samstag, Sonntag und Feiertag
(abends) | Bei 19.00-22.00 | 45dBA |
| In der Nacht | Bei 22.00-07.00 | 45dBA |

Besonders lärmintensive Bauarbeiten dürfen nur werktags um durchgeführt werden 07.00-19.00.

6. Lärm aus der Tätigkeit darf in Wohnungen nicht zu einem höheren äquivalenten Lärmpegel führen
- | | | |
|---------------------------------------|----------------|--------|
| Nicht Feiertag Montag – Freitag (Tag) | Um 06.00-18.00 | 50 dBA |
| Nachtzeit | um 22.00-06.00 | 40 dBA |
| Andere Zeiten | | 45 dBA |

Arbeitsschritte, die in Wohnräumen typischerweise zu momentanen Lärmpegeln über 55 dBA führen können, dürfen nachts nicht durchgeführt werden.

Die Beherrschung muss durch Immissionsmessungen oder durch Nahfeldmessungen und Berechnungen erfolgen. Eine Erstprüfung muss innerhalb von drei Monaten nach Inbetriebnahme aller lärmverursachenden Betriebsteile erfolgen. Die Inspektionen müssen dann erfolgen, sobald sich Änderungen im Betrieb ergeben haben, die zu erhöhten Lärmpegeln führen können, mindestens jedoch einmal jährlich.

Chemikalien und gefährliche Abfälle

7. Die Lagerung von Chemikalien und flüssigen Sonderabfällen darf nur auf einer aufgeschütteten und versiegelten Fläche mit Regenschutz erfolgen. Der Damm muss das Volumen des größten Speicherbehälters und 10 % des Gesamtvolumens anderer Speicherbehälter enthalten. Die Lagerung muss gegen Kollision geschützt werden. Verschüttungen und Lecks müssen sofort gesammelt und beseitigt werden.

Abstauben

8. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Ausbreitung von Staub zu begrenzen, der eine Belästigung für die menschliche Gesundheit und die Umwelt darstellen kann.

Ernährung von Rentieren

9. Das Unternehmen muss jährlich Konsultationen mit den Samendörfern Talma und Gabna durchführen, um die negativen Auswirkungen der Operation auf die Rentierhaltung zu minimieren. Das Unternehmen muss im Umweltbericht angeben, dass unterjährig Konsultationen stattgefunden haben.
10. Während des Zeitraums vom 1. Dezember bis einschließlich 31. Mai darf das Unternehmen keine Sprengungen oder Bohrungen für die Produktion in den Tagebaugruben, die Primärzerkleinerung des abgebauten Erzes oder den Transport von Erz oder Abfallgestein aus den Tagebaugruben durchführen.

Ins Wasser geben

11. Retentionswasser, Kontaktwasser und potenziell kontaminiertes Wasser des Kreises müssen gereinigt werden, bevor es in Hosiojärvi überlaufen darf (Retentionswasser des Kreises aus Tagebauen, Abfluss aus Industriegebieten, Erzhalde und nicht endgültig abgedeckte Teile von Sand- und Altgesteinsreservoirs, Sickerwasser aus dem Sand- und Steinbruchreservoir, Wasser aus Zellen für Schlamm und Prozesswasser aus dem Konzentrator).

Einrichtung

12. Gräben, Pumpenschächte, Becken und andere Anlagenteile, die das zu reinigende Wasser führen, müssen dicht sein. Beziehungszeichnungen sind der Aufsichtsbehörde zu einem in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde festgelegten Zeitpunkt einzureichen.
13. Moränen- und Torfbruchmassen sowie solche Massen, die sonst aus dem Betrieb entnommen werden, sind im Betrieb zu verwerten oder in dem für die Nachbearbeitung des Betriebes erforderlichen Umfang zu lagern und für diesen Zweck zu verwenden. Das Unternehmen hat der Aufsichtsbehörde die geplante Auslegung des Moränenspeichers vor Beginn der Errichtung eines solchen Moränenspeichers anzuzeigen und der Aufsichtsbehörde dann jährlich eine Bilanz über die gespeicherte und verbrauchte Menge an Moränenspeicher zu melden.
14. Der Sand- und Kiesspeicher muss, mit Ausnahme von Teilen des Kiesdammes, mit einer Gründung bestehend aus einem Liner errichtet werden, der mit einem Sammelgraben verbunden ist. Entwässerungssysteme müssen unter der jeweiligen Oberfolie und mit Trennung des jeweiligen Sickerwassers eingebaut werden. Der Bau des Sand- und Grausteinreservoirs kann in Etappen erfolgen.

Die Prüfung abgeschlossener Bauleistungen (vollständig und abschnittsweise) muss durch einen unabhängigen Prüfer erfolgen, der vom Unternehmen nach Rücksprache mit der Aufsichtsbehörde bestellt wird. Der Prüfbericht und die Beziehungszeichnungen sind der Aufsichtsbehörde zu einem in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde festgelegten Zeitpunkt vorzulegen.

Fertigstellung

15. Die Abfälle im Sand- und Steinbruchlager müssen mit einer geeigneten Abdeckung abgedeckt werden. Mit dem Abdecken muss innerhalb eines Jahres begonnen werden, nachdem die Oberfläche oder ein Teil davon in ihrer endgültigen Form fertiggestellt wurde.
16. Verfüllungen in Tagebauen, die über dem Ausgleichsspiegel des Grundwassers im jeweiligen Tagebau liegen, müssen mit einer qualifizierten Deckung abgedeckt werden. Die Abdeckung muss innerhalb eines Jahres nach Abschluss der Verfüllung eines Tagebaus beginnen.
17. Die qualifizierte Abdeckung muss mit Kriterien ausgelegt und ausgeführt werden, die sicherstellen, dass die Sauerstofftransportrate durch die Abdeckung in einem normalen Jahr auf maximal $0,5 \text{ mol/m}^2$ und

Jahr begrenzt wird. Die Abdeckung muss mit einer 0,5 m dicken Dichtungsschicht aus mit Bentonit vermischter Moräne, einer 2 m dicken Schutzschicht aus Moräne und einer 0,1 m dicken Pflanzenschicht, die bewachsen ist, oder einer anderen Konstruktion, die einen gleichwertigen Sauerstofftransport gewährleistet, ausgeführt werden.

18. Spätestens ein Jahr vor der geplanten endgültigen Einstellung des Betriebs ist der Aufsichtsbehörde eine Ausführungsbeschreibung zur endgültigen Nachbearbeitung vorzulegen.

Ökologischer Ausgleich

19. Das Unternehmen muss Maßnahmen zum Ausgleich des durch den Betrieb entstehenden Verlustes an Naturwerten durchführen. Die Ausgleichsmaßnahmen müssen mindestens 115 % des nach dem CLImB-Berechnungsmodell oder einem ähnlichen Berechnungsmodell berechneten Aufprallwertes entsprechen. Der Ausgleichsbereich muss sich innerhalb befinden

Gemeinde Kiruna oder alternativ innerhalb des Landkreises Norrbotten. Der Vergütungsplan sind im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde zu erstellen und der Aufsichtsbehörde spätestens ein Jahr nach Rechtskraft der Erlaubnis und Ausnutzung oder später einzureichen, wenn die Aufsichtsbehörde dies zulässt. Die Aufsichtsbehörde kann dann über Ausgleichsmaßnahmen entscheiden.

Artenschutz

20. In der Zeit vom 1. Mai bis einschließlich 31. Juli darf im Betriebsgebiet nicht geschlagen werden.

Finanzielle Sicherheit

21. zur Durchführung der Sanierungsmaßnahmen, die der Betrieb möglicherweise verursacht, hat das Unternehmen wie folgt finanzielle Sicherheit zu leisten

- a) Die Grundsicherung muss mit 140 Mio. SEK (140.000.000) bereitgestellt werden. Die Sicherheitsleistung ist spätestens drei Monate nach dem rechtskräftigen Genehmigungsurteil dem Landes- und Umweltgericht zur Überprüfung vorzulegen.
- b) Die Sicherheit für die Nachbehandlung des Sand- und Grausteinreservoirs muss schrittweise aufgebaut werden, sodass sie schließlich eine Gesamtsumme von 85 Mio. SEK (85.000.000) wie folgt abdeckt
 - eine Sicherheit in Höhe von 30 Mio. SEK (30.000.000) muss dem Land- und Umweltgericht spätestens zwei Jahre nach Beantragung der Genehmigung zur Prüfung vorgelegt werden,

- Sicherheiten in Höhe von 25 Mio. SEK (25.000.000) müssen dem Landes- und Umweltgericht spätestens fünf Jahre nach Beantragung der Genehmigung zur Überprüfung vorgelegt werden, und
- Sicherheiten in Höhe von 30 Mio. SEK (30.000.000) müssen dem Land- und Umweltgericht spätestens sieben Jahre nach Beantragung der Genehmigung zur Überprüfung vorgelegt werden.

Wenn die Grundsicherung nach Punkt a) zu leisten ist, ist die Höhe anhand des Verbraucherpreisindex zu berechnen. Wenn die gestaffelte Sicherheit nach Punkt b) zu leisten ist, sind sowohl die Grundsicherheit als auch der/die gestaffelte(n) Betrag/Beträge anhand des Verbraucherpreisindex zu berechnen. Januar 2020

bildet den Basismonat und wird mit dem letzten gültigen Verbraucherpreisindex am Tage der Hinterlegung der Sicherheit bei Gericht berechnet.

Kontrolle

22. Das Unternehmen hat zu den Bedingungen 15-17 ein spezielles Kontrollprogramm zu erstellen, das sicherstellt und dokumentiert, dass die Deckung den Anforderungen der Bedingung 17 entspricht. Das Kontrollprogramm und entsprechende Beziehungszeichnungen sind der Aufsichtsbehörde vor Deckungsbeginn vorzulegen.
23. Ein Programm zur Eigenkontrolle über die Bauphase geplanter Anlagen ist zu erstellen und der Aufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor beabsichtigtem Baubeginn anzuzeigen. Das Kontrollprogramm muss Messverfahren, Messhäufigkeit und Auswerteverfahren vorgeben.
24. Ein Programm zur Selbstkontrolle des Betriebes des Betriebes ist der Aufsichtsbehörde spätestens drei Monate vor der beabsichtigten Aufnahme des Bergbaubetriebes anzuzeigen. Das Kontrollprogramm muss Messverfahren, Messhäufigkeit und Auswerteverfahren vorgeben.

Zurückgestellte Fragen

Zurückgestellte Fragen

Das Landes- und Umweltgericht schiebt die Entscheidung, für welche endgültigen Bedingungen gelten soll, um eine Probezeit aus

1. Emissionen von Kupfer, Nickel, Zink, Blei, Cadmium, Uran, Nitratstickstoff, Arsen, Chrom, Gesamtposphor, Quecksilber, Sulfat und Schwebstoffen aus dem Betrieb in das Wasser.
2. Staubemissionen in die Luft.

Untersuchungsordnung

Während der Probezeit muss Talga AB die folgenden Untersuchungen und Ermittlungen durchführen

Ins Wasser geben

- U1 Das Unternehmen muss die technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Bedingungen zur Begrenzung der betriebsbedingten Emissionen von Kupfer, Nickel, Zink, Blei, Cadmium, Uran, Nitratstickstoff, Arsen, Chrom, Gesamtposphor, Quecksilber, Sulfat und Schwebstoffen aus dem Betrieb untersuchen. Die B- Firma muss auch die Größe des Abflusses aus dem Klärbecken messen.

Die Ergebnisse der Untersuchungen und Vorschläge für endgültige Auflagen sind dem Landes- und Umweltgericht spätestens zwei Jahre nach Inbetriebnahme der Anreicherungsanlage vorzulegen.

Emissionen in die Luft

U2 Das Unternehmen muss Staubausschläge aus dem Betrieb nachverfolgen und kontrollieren. Die Kontrolle muss Probenahmestellen an der Grenze des Betriebsgebietes, Einflusspunkte hauptsächlich in der vorherrschenden Windrichtung und Referenzpunkte umfassen. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse muss das Unternehmen weiter untersuchen, wie sich die getroffenen Vorsorgemaßnahmen zur Staubbegrenzung in den Einschlagstellen auswirken und welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden können, um den Staubniederschlag an solchen Stellen auf ein Maximum zu begrenzen von 500 g/100 m² / 30 Tage .

Das Ergebnis der Untersuchung mit Vorschlägen für endgültige Auflagen ist dem Landes- und Umweltgericht spätestens vier Jahre nach Inanspruchnahme der Genehmigung vorzulegen.

*Vorläufige Regelungen*Ins Wasser geben

Während des Untersuchungszeitraums und bis zu einer anderweitigen Entscheidung gelten die folgenden Übergangsregelungen.

(P1) Bis nichts anderes bestimmt ist, dürfen die Werte des gereinigten Überschussswassers, das nach Hosiojärvi eingeleitet wird, die folgenden Werte nicht überschreiten. Für den pH-Wert muss der Wert bei 90 % der Messungen im Bereich von 6,5–7,5 und bei jeder Messung im Bereich von 6,0–8,0 liegen.

<u>Parameter</u>	<u>Monatlicher Durchschnittswert</u>	<u>Höchster Wert</u>
Kupfer, Cu (µg/l)	14	
Nickel, Ni (µg/l)	4.0	60
Zink, Zn (µg/l)	30	
Blei, Pb (µg/l)	2.0	26
Cadmium, Cd (µg/l)	0,05	2.8
Uran, U (µg/l)	0,05	16
Nitrat-Stickstoff, NO ₃ -N (µg/l)	1.200	20.000
Arsen, As (µg/l)	1.0	14

Chrom, Cr (µg/l)	1.0	
Gesamtposphor, Tot-P (µg/l)	20	
Quecksilber, Hg (µg/l)		0,13
Sulfat, SO ₄ (mg/l)	1.200	
Schwebstoffe (mg/l)	10	15

Metalle beziehen sich auf gelöste Gehalte (gefilterte Proben 0,45 µm).

Die Monatsmittelwerte müssen für mindestens 10 von 12 Monaten eines Kalenderjahres enthalten sein. Die Maximalwerte müssen in jede Messung aufgenommen werden. Während der Zeiträume, in denen Emissionen auftreten, muss jede Woche eine Kontrolle stattfinden.

Delegation

Das Landes- und Umweltgericht überträgt mit Unterstützung von Kap. 22 § 25 Absatz 3 Umweltgesetzbuch erlaubt der Aufsichtsbehörde, gegebenenfalls erforderliche Auflagen mitzuteilen

D1 Ausgleichsmaßnahmen (Auflage 19).

IN ANFAHRZEIT M . M. __

Anlaufzeit und Arbeitszeiten

Die im Urteil genehmigte umweltgefährdende Tätigkeit muss innerhalb von zehn Jahren nach Rechtskraft dieses Urteils begonnen worden sein, andernfalls erlischt die Erlaubnis in diesem Teil. Die Arbeiten im Zusammenhang mit Wassertätigkeiten, die von der Genehmigung in diesem Urteil erfasst werden, müssen innerhalb von zehn Jahren nach Rechtskraft des Urteils in diesem Teil durchgeführt werden, andernfalls erlischt die Genehmigung in diesen Teilen.

Unvorhergesehener Schaden

Verursacht die in der Erlaubnis genannte Wassertätigkeit einen Schaden, mit dem das Landes- und Umweltgericht nicht gerechnet hat, kann der Geschädigte Schadensersatz verlangen. Ein solcher Anspruch muss spätestens fünf Jahre nach Ende der oben bestimmten Arbeitszeit bei Gericht geltend gemacht werden.

Vollstreckungstitel

Das Land and Environment Court lehnt den Antrag von Talga AB auf sofortige Nutzung der Genehmigung ab, obwohl das Urteil noch nicht rechtskräftig ist.

FÜR KORREKTUR

1. Talga AB muss die Nutzung der Genehmigung unverzüglich dem Land- und Umweltgericht und der Aufsichtsbehörde schriftlich mitteilen.
2. Die Talga AB hat die Inbetriebnahme der Anreicherungsanlage dem Landes- und Umweltgericht unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

K KOSTEN

Probegebühr

Das Landes- und Umweltgericht ändert nichts an dem, was in der Entscheidung vom 3. Juni 2020 zur Prüfungsgebühr in dem Fall entschieden wurde.

Anwaltskosten

Das Land- und Umweltgericht weist die jeweiligen Ansprüche der Sami-Dorf Gabna und Talma Sami auf Ersatz der Gerichtskosten zurück.

EINE ANZEIGE

Das Landes- und Umweltgericht weist die Ansprüche von Erika Bjurholt, Per-Erik Bjurholt, Peter Petterson und Jan Johansson, Anette Johansson und Eric Johansson auf finanzielle Entschädigung wegen der angewandten Bergbautätigkeit ab.

Ö REVERSE-ANFRAGEN

Das Landes- und Umweltgericht weist alle anderen in dem Fall erhobenen und oben nicht ausdrücklich genannten Ansprüche zurück.

ZUSAMMENFASSUNG**S ZUSAMMENFASSUNG DER MITGETEILTEN GENEHMIGUNG**

Talga AB (im Folgenden Talga oder das Unternehmen) hat im Mai 2020 eine Umweltgenehmigung für Bergbaubetriebe zur Gewinnung von Graphit in dem Teil des nationalen Interesses Nunasvaara mit dem Namen „Nunasvaara Södra“ beantragt. Das Landes- und Umweltgericht hat die beantragte Genehmigung erteilt. Die Genehmigung umfasst den Abbau von jährlich 120.000 Tonnen Graphiterz im Tagebau und u.a. um die für das Geschäft erforderlichen Einrichtungen zu errichten und zu betreiben. Talga hat auch eine sogenannte Natura 2000-Genehmigung bezüglich der Auswirkungen auf das Schutzgebiet Kalix und das Flusssystem Torne erhalten. Auch eine Ausnahmegenehmigung von der Artenschutzverordnung für drei möglicherweise im Gebiet betroffene Lärchenarten wurde erteilt. Die Erlaubnis wurde mit insgesamt 24 Auflagen verbunden. Die Auflagen beinhalten die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen und Schutzmaßnahmen, um eine Genehmigung erteilen zu können, u.a. Bedingungen zu Lärm, Sprengungen, Rentierhaltung, Bau und Fertigstellung sowie Kontrolle. Das Unternehmen wurde zudem beauftragt, Ausgleichsmaßnahmen für den Verlust von Naturwerten durchzuführen. Das Gericht hat die Festlegung der endgültigen Bedingungen für die Einleitung bestimmter Stoffe in Gewässer und die Einleitung von Staub in die Luft verschoben. Der Antrag von Talga auf einen sogenannten Vollstreckungsbescheid wurde abgelehnt.

MEHR ÜBER DEN TEST

Da der Betrieb von den Anforderungen für eine spezifische Umweltprüfung gemäß Kap. 6 erfasst wurde, hat das Umweltgesetzbuch das Gericht geprüft, ob dies vervollständigt werden kann. Es wurden Einwände gegen die Durchführung der grenzüberschreitenden Konsultation, gegen die Abgrenzung des Antrags und gegen Mängel in den Prüfungsunterlagen erhoben. Das Landes- und Umweltgericht hat die Einwendungen geprüft und festgestellt, dass die Beratungsunterlagen ausreichend umfassend sind und bei der Erstellung der Umweltverträglichkeitserklärung berücksichtigt wurden. Die grenzüberschreitende Konsultation hat die gestellten Anforderungen erfüllt, da den finnischen Parteien die erforderlichen Informationen und Unterlagen zugesichert wurden und die Parteien gleich behandelt wurden. Der Antrag umfasst alle Bergbauaktivitäten mit verwandten Aktivitäten, die auf Nunasvaara Södra durchgeführt werden sollen, und das Projekt ist daher nicht von anderen Projekten oder Umweltgenehmigungen abhängig. Insgesamt hat das Gericht daher geurteilt, dass der Antrag Grundlage einer Sachprüfung sein kann. Dass nach der Bekanntgabe Ergänzungen vorgenommen wurden, ist nicht als Mangel der Prüfungsunterlagen anzusehen. Einwendungen gegen die Darstellung der Auswirkungen auf die Rentierwirtschaft durch das Unternehmen zielen nach Ansicht des Gerichts auf die abschließende Bewertung der entstehenden

Umweltfolgen durch das Unternehmen ab. Das Gericht hat entschieden, dass die eingereichte Umweltverträglichkeitserklärung mit den Ergänzungen den gestellten Anforderungen entspricht und eine hinreichend umfassende und verlässliche Grundlage für die Beurteilung und Prüfung der Auswirkungen der Tätigkeit auf das betroffene Natura 2000-Gebiet und der sonstigen kollektiven Umweltauswirkungen der Tätigkeit darstellt. Die spezifische Umweltverträglichkeitsprüfung wurde abgeschlossen.

Da das Gericht entschieden hat, dass die spezifische Umweltverträglichkeitsprüfung abgeschlossen werden kann, hat das Gericht den Antrag auf seine Begründetheit geprüft. Die Prüfung umfasste unter anderem den Standort des Unternehmens und seine Auswirkungen auf menschliche Gesundheit, Rentierhaltung, Gewässer, Arten und Natura-2000-Gebiete. Dazu gehört auch, dass das Gericht geprüft hat, welche Vorsichtsmaßnahmen und Schutzmaßnahmen erforderlich sind, um eine Erlaubnis erteilen zu können. Zwei wichtige Punkte in diesem Fall waren die Auswirkungen der Aktivität auf die Rentierhaltung und die Auswirkungen durch Emissionen in Gewässer. Das Gericht hat festgestellt, dass die Tätigkeit zulässig ist und eine Erlaubnis erteilt werden kann.

Das Landes- und Umweltgericht hat festgestellt, dass der Standort geeignet ist und die Tätigkeit keine Schäden oder Unannehmlichkeiten von erheblicher Bedeutung für die menschliche Gesundheit und die Umwelt verursacht und dies durch die in der Genehmigung vorgeschriebenen Auflagen gewährleistet ist. Das Geschäft mit den beanspruchten Landflächen wird zusammen mit dem Gegeninteresse, der Rentierhaltung, als existenzfähig beurteilt und es wird davon ausgegangen, dass es keine nationalen Interessen erheblich beeinträchtigt. Das Gericht hat die Verpflichtung des Unternehmens, nur während der sechs Monate pro Jahr, in denen die samischen Dörfer nicht in der Nähe sind, Bergbau zu betreiben, als wichtige Schutzmaßnahme angesehen und dies daher als Bedingung für die Genehmigung vorgeschrieben.

in dem Fall genannten Östra bäcken durchgeführt werden kann. Im Fall von Torneälven, in den Östra bäcken mündet, wird die Aktivität nicht als Verstoß gegen die Anforderungen der Wasserrichtlinie und das Verbot der Gefährdung angesehen. Unter Berücksichtigung dessen wurde angenommen, dass Natura 2000-Genehmigungen ausgestellt werden können. Unter Berücksichtigung der endgültigen Grundlage des Falls hat das Gericht entschieden, dass ausgeschlossen werden kann, dass die Aktivität zu grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen in Finnland führt. Es wurden Bedingungen bekannt gegeben, um den Bau der Extraktionsabfallanlage und die Behandlung von potenziell kontaminiertem Wasser zum Schutz von Land und Gewässern sicherzustellen. Da es sich

um eine Neugründung des Unternehmens handelt, hat das Gericht erwogen, die Frage der endgültigen Bedingungen für die Freisetzung bestimmter Stoffe in Gewässer für eine Probezeit zurückzustellen und Talga Untersuchungen durchzuführen. Um die Wiederherstellung des Gebiets nach dem Abbaubetrieb zu gewährleisten, wurde die Genehmigung mit Auflagen hierzu und Auflagen zur finanziellen Absicherung verbunden.

HANDBUCH DES GERICHTS

Die Bearbeitungszeit vom Eingang des Antrags bis zur Entscheidung des Landes- und Umweltgerichtshofs beträgt fast drei Jahre. In den ersten zwei Jahren der Bearbeitung sind Ergänzungen des Antrags erfolgt. In dem Fall wurden internationale Vereinbarungen zur Konsultation bei grenzüberschreitenden Umweltfolgen angewendet und wesentliche Teile des Antrags daher ins Finnische übersetzt und der Fall auch in Finnland angekündigt. Die Anwendung wurde der Öffentlichkeit in Schweden im April 2022 und in Finnland im Mai 2022 durch Bekanntgabe des Ziels zugänglich gemacht. Anfang 2023 führte das Landes- und Umweltgericht eine vierwöchige Hauptverhandlung durch. Gegen das Teilurteil des Gerichts kann innerhalb von drei Wochen beim Landes- und Umweltberufungsgericht beim Berufungsgericht Svea Berufung eingelegt werden.

INHALTSVERZEICHNIS

URTEIL	3
ZUSAMMENFASSUNG	15
HINTERGRUND	20
VERFAHREN VOR DEM LAND- UND UMWELTGERICHT	21
ANSPRÜCHE UND PRÄSENTATION	25
Ansprüche des Unternehmens	25
Der endgültige Angebotsvorschlag des Unternehmens	26
Der prinzipientreue Ansatz und die Forderungen der Gegenparteien und anderer Betroffener	35
Die Behandlung von Gegenparteien durch das Unternehmen und die Haltung und Ansprüche anderer	44
ANTRAG UND ERGÄNZUNGEN DES UNTERNEHMENS	45
Einführung	46
Orientierung	49
Geschäftsbeschreibung.....	51

Speziell zum Thema Wasser	61
Besprechung der Geschäftsbedingungen	62
Berechtigungsfragen	71
Vollstreckungstitel	82
Das Abkommen über die Grenzseltverwaltung und die Espoo-Konvention	83

STELLUNGNAHMEN, DIE NACH ANKÜNDIGUNG DES ANTRAGS EINGEGANGEN SIND 85

Eingegangene Stellungnahmen und erste Zusammenfassung der Stellungnahmen	85
Umfang der Prüfung	87
Grenzüberschreitende Auswirkungen und internationale Vereinbarungen	89
Klimawandel	91
Folgen für die Umwelt	93
Langzeitwirkungen, Nachbehandlung und finanzielle Absicherung	106
Die Rentierindustrie	107
Staubsicherheit	112
Sozioökonomische Auswirkungen	113
Schadensersatzansprüche	114

VERPFLICHTUNGEN DES UNTERNEHMENS

BEGRÜNDUNG

Einführung	116
Umweltprüfung	117

Der Konsultationsprozess vor der Erstellung der Umweltverträglichkeitserklärung ... 117 Grenzüberschreitende Beratung

Ansichten zur Abgrenzung der Anwendung etc.	125
Stellungnahmen zu Mängeln in den Prüfungsunterlagen	127
Zusammenfassung der Umweltverträglichkeitsprüfung	129
Zulässigkeit und Genehmigung	130
Einführung	130
Grundvoraussetzungen	132
Standort	133
Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt	134
Widersprüchliche Landnutzungsinteressen	135
Auswirkungen auf Oberflächen- und Grundwasser	147

Natura 2000	151
Artenschutz	153
Abfall und Nachbehandlung	155
Zusammenfassende Beurteilung der Zulässigkeit und Gestattung	157
Befristung der Erlaubnis	158
Artenschutzbescheid	158
Ausgleichsmaßnahmen	158
Konditionen usw.....	161
Einführung	161
Bedingungen und aufgeschobene Angelegenheiten	161
Delegationen	181
Anlaufzeit usw.....	182
Anlaufzeit und Arbeitszeit	182
Unvorhergesehene Schäden durch Wasseraktivitäten.....	182
Durchsetzung	182
Informationspflicht	183
Sonstige Ansprüche	184
Anspruch auf Entschädigung	184
Angelgebühren	184
Sonstige Ansprüche	185
Kosten	185
Prüfungsgebühr	185
Anwaltskosten	185

HINTERGRUND

Etwa 10 km westlich von Vittangi und 50 km östlich von Kiruna in der Gemeinde Kiruna befindet sich eine Graphitlagerstätte, Nunasvaara. Der schwedische Geologische Dienst hat am 8. Juni 2020 (dnr 31-388-2019) entschieden, dass die Graphitlagerstätte weiterhin die Anforderungen als nationales Interesse für wertvolle Stoffe oder Materialien erfüllt, und die Behörde hat das Gebiet gemäß der Karte und der Koordinatenliste abgegrenzt.

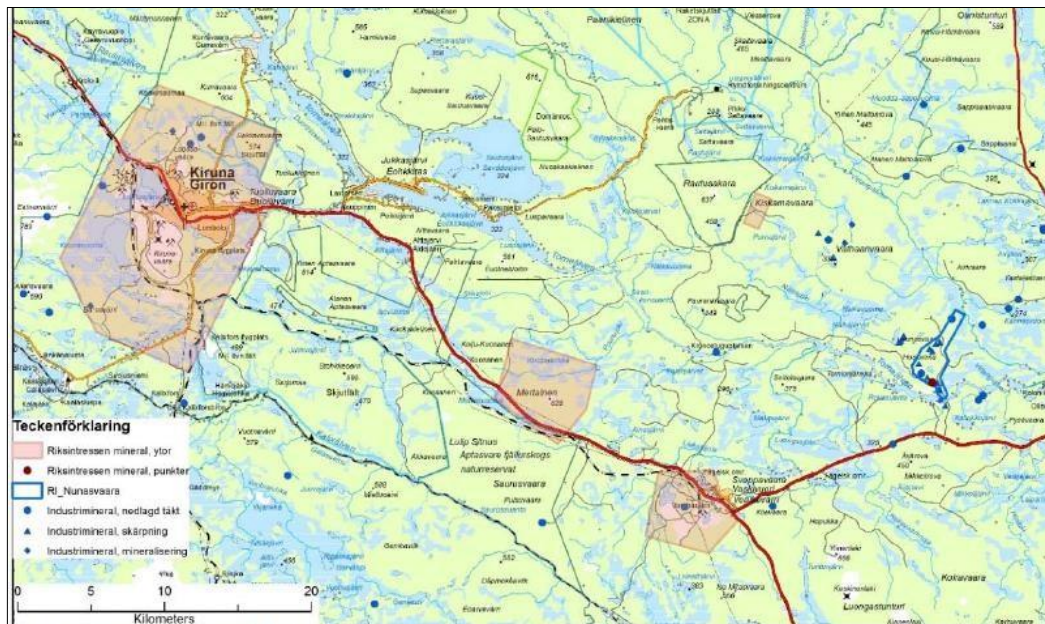


Abbildung des schwedischen geologischen Dienstes mit Übersichtslokalisierung des nationalen Interesses Nunasvaara in der Gemeinde Kiruna (blau markiert).

Beim Bezirksgericht Umeå, dem Land- und Umweltgericht, hat Talga AB (Talga) eine Genehmigung nach dem Umweltgesetzbuch für Bergbaubetriebe usw. beantragt. Der Antrag umfasst eine Genehmigung zur Durchführung von Bergbaubetrieben in einem Teil des nationalen Interesses Nunasvaara, der Erzkörper Nunasvaara Södra.

Der Antrag umfasst den Abbau von bis zu 120.000 Tonnen Graphiterz pro Jahr in einem Tagebau auf dem Grundstück Stenbrottet 2:1 in der Gemeinde Kiruna. Der Antrag umfasst auch die Genehmigung zum Bau und Betrieb der Anlagen sowie die sonstigen betriebsnotwendigen Maßnahmen, z.B. Erlaubnis zur Lagerung von Abraum, Anreicherungssand und Schlamm sowie Verfüllung von Abraum, Anreicherungssand und Schlamm in ausgegrabenen Tagebauen. Der Antrag umfasst auch eine Genehmigung für die Ableitung von Sickerwasser aus Tagebaugruben, den Bau von Sedimentations- und Klärbecken, die Ableitung von Oberflächenwasser aus Hosiojärvi, den Bau von Gräben und die Genehmigung für den Bau und Betrieb von Anlagen, die für den Wasserbetrieb erforderlich sind. Talga hat auch eine sogenannte Natura 2000-Genehmigung und eine Vorbehaltsausnahme von der Artenschutzverordnung beantragt. Der Betrieb unterliegt den Anforderungen einer besonderen Umweltverträglichkeitsprüfung nach Kap. 6. das Umweltgesetzbuch.

VERFAHREN VOR DEM LAND- UND UMWELTGERICHT

Der Antrag und die Umweltverträglichkeitserklärung sind am 27. Mai 2020 beim Gericht eingegangen und die Prüfungsgebühr wurde entrichtet. Das Target wurde auf eine sogenannte Completion Round in Schweden geschickt. Die Behörde für öffentliche Sicherheit und Vorsorge hat in ihrer Stellungnahme erklärt, dass die Behörde aufgrund der Gefahr schwerer Unfälle keine Notwendigkeit für Ergänzungen sehe und dass die Behörde keine Notwendigkeit sah, in dem Fall rechtliche Schritte einzuleiten. Die schwedische Transportverwaltung hat in ihrer Erklärung erklärt, dass die Behörde keine Notwendigkeit für Ergänzungen sehe, und hat mitgeteilt, dass der Antrag möglicherweise einen Straßenplan erfordert. Der Umweltausschuss der Gemeinde Kiruna (der Ausschuss), die Schwedische See- und Wasserbehörde, der Geologische Dienst von Schweden, die Schwedische Umweltschutzbehörde und die Kreisverwaltung des Kreises Norrbotten (die Kreisverwaltung) haben Stellungnahmen zur Notwendigkeit abgegeben Ergänzungen. Stellungnahmen zur Ergänzungsbedürftigkeit vor Bekanntgabe werden in diesem Urteil nicht gesondert wiedergegeben.

Nachdem die Antragstellerin den Antrag Anfang 2021 ergänzt hat, hat das Landes- und Umweltgericht den Behörden, die zuvor Stellungnahmen zur Ergänzungsbedürftigkeit abgegeben haben, Gelegenheit gegeben, sich erneut dazu zu äußern, ob aus Sicht der Behörde eine weitere Ergänzungsnotwendigkeit bestand Anwendung. Stellungnahmen zur Notwendigkeit weiterer Ergänzungen sind vom Komitee, der Kreisverwaltung, dem Geologischen Dienst von Schweden und der Norwegischen See- und Wasserbehörde eingegangen.

Die schwedische Umweltschutzbehörde hat sich einer Stellungnahme enthalten.

Im Laufe des Frühjahrs 2021 hat der Antragsteller bestimmte Klarstellungen und Ergänzungen eingereicht. Das Landes- und Umweltgericht hat am 22. Juni 2021 weiter festgestellt, dass auf der damaligen Grundlage nicht auszuschließen sei, dass die beantragte Tätigkeit grenzüberschreitende Auswirkungen auf den Zustand der Gewässer oder deren Nutzung haben könnte. Die Bestimmungen des Gesetzes (2010:897) über das grenzüberschreitende Flussabkommen zwischen Schweden und Finnland (das grenzüberschreitende Flussabkommen) sind daher in diesem Fall anwendbar. Darüber hinaus hat das Gericht im Juni 2021 die finnisch-schwedische Grenzflusskommission und die finnische Überwachungsbehörde, das finnische Zentrum für Wirtschaft, Verkehr und Umwelt in Lappland (NMT-Zentrum), gemäß dem Grenzflussabkommen über den Fall informiert.

Im Herbst 2021 sind weitere Ergänzungen des Falls vom Antragsteller eingegangen.

Talga hat das Gericht ferner darüber informiert, dass das Unternehmen in Absprache mit der schwedischen Umweltschutzbehörde Konsultationen gemäß dem Übereinkommen über Umweltverträglichkeitsprüfungen im grenzüberschreitenden Kontext (das Espoo-Übereinkommen) mit Finnland zu den geplanten Aktivitäten eingeleitet hat. Im Frühjahr 2022 sind auf Ersuchen des Gerichts weitere Ergänzungen zum Fall vom Beschwerdeführer eingegangen.

Am 20. April 2022 hat das Land- und Umweltgericht den Antrag und die Umweltverträglichkeitserklärung in Schweden bekannt gegeben. Im Zusammenhang mit der Bekanntmachung hat das Gericht auch einen Zeitplan für die weitere Bearbeitung des Falls erstellt. Das Gericht hat die Bekanntmachung und Teile des Antrags in Übereinstimmung mit der Verpflichtung des Gerichts aus dem grenzüberschreitenden Abkommen ins Finnische übersetzt. Das NTM-Zentrum in Finnland ist die Überwachungsbehörde, die für die Veröffentlichung des Genehmigungsantrags auf finnischer Seite gemäß Artikel 18 und 22 des Abkommens über grenzüberschreitende Flüsse zuständig war. Die zuständige Behörde in Finnland für das Espoo-Übereinkommen war bis zum 31. Dezember 2022 das finnische Umweltministerium. In Schweden ist die schwedische Umweltschutzbehörde die zuständige Behörde für die Espoo-Konvention. In Finnland haben das NMT-Zentrum und das Umweltministerium die Konsultationen zum Genehmigungsantrag und den Umweltauswirkungen des Bergbauprojekts koordiniert. Die Veröffentlichung des Antrags und der Umweltverträglichkeitserklärung erfolgte in Finnland am 11. Mai 2022.

Stellungnahmen zu dem Antrag sind in Schweden von der Kreisverwaltung, der schwedischen Transportverwaltung,

Region Norrbotten, Staatliches Geotechnisches Institut, Geological Survey of Sweden,

Das samische Parlament, das samische Dorf Gabna, das samische Dorf Talma, das samische Dorf Saarivuoma,

Der Naturschutzverein im Landkreis Norrbotten (Naturskyddsföreningen) und eine Reihe von Einzelpersonen, z. Grundstückseigentümer im Bereich der beantragten Tätigkeit. Die schwedische Umweltschutzbehörde und die norwegische Meeres- und Wasserbehörde haben erklärt, dass sie sich einer Stellungnahme enthalten.

Die schwedischen Streitkräfte und die norwegische Agentur für öffentliche Sicherheit und Notfallvorsorge gaben bekannt, dass sie sich nicht erinnern können.

Aus Finnland sind Stellungnahmen von finnischen Behörden und Organisationen eingegangen;

The Ministry of Environment, NMT-centralen, Fiskerimyndigheten vid Lapplands NMT-central (Fiskerimyndigheten i Finland nedan), Lapplands landskapsförbund, Miljönämnden i Rovaniemi stad som yttrat sig cumsmant med Ylitornio kommun (Rovaniemi miljönämnd nedan), Enontekiö kommun, Sodankyläs tyrelkommen, Forst,yläs tyrelkommun, Forst,yläs tyrelkommun Naturrekursinstitutet, Finlands Naturskyddsförbund i Lapplands krets (Finnlands Naturskyddsförbund nedan), Renbeteslagsföreningen och Kukkola samfällighetsförening. Kajanalands NTM-Zentral/Dammsäkerhetsmyndigheten, Säkerhets- och kemikaliverke (Gruvmyndigheten), Muonio kommun och finska Sametinget har i utstår anført att de avstår från att yttra sig. Finsk-Svenska gränsälvscommissionen har i utstättät till sina förgätt utstättäon i samrådsprocessen innan kungörelse.

Nachdem Stellungnahmen zur Bekanntmachung des Antrags und der Umweltverträglichkeitserklärung in Schweden eingegangen sind, hat das Unternehmen den Antrag teilweise in bestimmten Teilen ergänzt und teilweise schriftlich auf die Stellungnahmen reagiert. Nach der Antwort des Unternehmens hat das Gericht Gegenparteien und Verweisungsstellen sowie andere interessierte Parteien in Schweden Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Erklärungen sind von der Bezirksverwaltung, dem geotechnischen Institut des Staates, der Naturschutzvereinigung, dem Sami-Dorf Gabna und dem Sami-Parlament sowie einer Reihe von Privatpersonen eingegangen. Im Zusammenhang mit der Hauptverhandlung in dem Fall hat die Naturskyddsföreningen in Luleå eine Stellungnahme abgegeben und sich den Ansichten der Naturskyddsföreningen angeschlossen.

Nachdem Stellungnahmen von finnischen Behörden und Organisationen eingegangen sind, hat das Unternehmen auch Antworten auf finnische Stellungnahmen erhalten. Die Behandlung des Unternehmens wurde über die Umweltschutzbehörde dem finnischen Umweltministerium mitgeteilt. Nachdem das Gericht mit dem NMT-Zentrum in Finnland konsultiert hatte, haben das NMT-Zentrum und das Umweltministerium die grenzüberschreitende Konsultation zum Genehmigungsantrag und den Umweltauswirkungen des Bergbauprojekts durch weitere Veröffentlichung in Finnland weiter koordiniert . Die Veröffentlichung in Finnland hat erneut vom 2. bis 30. November 2022 stattgefunden. Das Gericht hat auch alle Behörden und Organisationen in Finnland, die sich zuvor zu dem Fall geäußert haben, direkt über die weitere Bearbeitung des Falls informiert und dass die Überprüfung beim Gericht sowohl die Antrag auf Genehmigung und die Frage der Durchführung der spezifischen Umweltprüfung. Das Gericht hat in der Mitteilung ferner klargestellt, dass der Beschwerdeführer auf etwaige zusätzliche Standpunkte nur in der

Hauptverhandlung eingehen kann und dass die Hauptverhandlung eine Ergänzung zum schriftlichen Verfahren des Gerichts darstellt. Zur zweiten Ankündigung in Finnland sind schriftliche Stellungnahmen des Umweltministeriums, des NMT-Zentrums, Die Finnische Fischereibehörde, der Lappland Regionalverband, die Norwegische Forstbehörde, das Institut für natürliche Ressourcen, der Finnische Naturschutzverband, der Kukkola Community Association und der Verein Limitation of Mines in Lappland. Der Rentierweideverband sah von einer Stellungnahme zu den Ergänzungen ab. Das Umweltministerium hat um eine fortgesetzte Konsultation gebeten, und die schwedische Umweltschutzbehörde hat in ihrer Eigenschaft als zuständige Behörde für die Espoo-Konvention die Notwendigkeit einer fortgesetzten Konsultation kommentiert.

Am 20. September 2022 hat das Landes- und Umweltgericht den Fall verhandelt. Das Gericht hat Anfang 2023 für vier Wochen die Hauptverhandlung in dem Fall abgehalten. Ladungen zur mündlichen Verhandlung und zur Hauptverhandlung wurden in Schweden vom Gericht und in Finnland von der NMT-Zentrale angekündigt. Sowohl bei der Anhörung als auch bei der Hauptverhandlung stand ein finnischer Dolmetscher zur Verfügung. Das Unternehmen und der Bezirksvorstand waren während der Hauptverhandlung anwesend. Das Sami-Dorf Gabna, das Sami-Dorf Talma und das Sami-Dorf Saarivuoma sowie der Naturschutzverband und der finnische Naturschutzverband waren bei Teilen der Hauptanhörung anwesend.

ANSPRÜCHE UND ABWICKLUNG

B DIE ANSPRÜCHE DES UNTERNEHMENS

Erlaubnis

1. Talga hat, als das Unternehmen endgültig über seine Klage entschieden hat, verlangt, dass das Land- und Umweltgericht eine Genehmigung gemäß dem Umweltgesetzbuch für Bergbaubetriebe (umweltgefährdende Betriebe) in Nunasvaara Södra in der Gemeinde Kiruna einschließlich erteilt
 - a) Abbau und Aufbereitung von Graphiterz bis zu einer Menge von 120.000 Tonnen pro Jahr,
 - b) Lagerung von Abraum und Anreicherungssand und -schlamm (Abfallkategorie 01 01 02 sowie 01 04 99 und 01 03 06) in einem kombinierten Sand- und Abraumlager neben einer Menge von 4.500.000 t Abraum, 1.000.000 t Anreicherungssand und 5.000 Tonnen Schlamm,
 - c) Verfüllung von Abraum sowie Anreicherungssand und -schlamm in ausgegrabenen Tagebauen,

- d) Errichtung und Betrieb der Anlagen und Ergreifen allgemeiner Maßnahmen, die für die geplanten Tätigkeiten erforderlich sind.
2. Talga hat auch gefordert, dass das Landes- und Umweltgericht eine Genehmigung nach dem Umweltgesetzbuch für Wasseraktivitäten unter anderem ausstellt
- a) Beseitigung von Sickerwasser aus den Tagebauen und Errichtung und Unterhaltung von Anlagen hierfür,
 - b) Einbau von Absetz- und Klärbecken,
 - c) Entfernung von Oberflächenwasser aus Hosiojärvi mit einer Gesamtmenge von 4.500 m³, sowie Bau und Wartung von Anlagen dafür,
 - d) Auffüllen von Oberflächenwasser für den Bau eines kombinierten Sand- und Gesteinsreservoirs sowie
 - e) Bau von Gräben für die Wasserwirtschaft des Betriebes.
3. Talga hat weiter beantragt, dass das Landes- und Umweltgericht eine Genehmigung gemäß Kap. 7 erteilt. Abschnitt 28 a des Umweltgesetzbuchs, im Rahmen dessen, was die Genehmigung sonst zulässt, Tätigkeiten durchzuführen, die das Natura 2000-Gebiet Torne und das Flusssystem Kalix erheblich beeinträchtigen können (SE0820430).

Befreiung

4. Talga hat als Vorbehalt für den Fall, dass das Landes- und Umweltgericht eine Ausnahme für erforderlich hält, beantragt, dass das Gericht eine Ausnahme von den Verboten der §§ 4 und 9 der Artenschutzverordnung für den Großspecht, Lappen, Drei- Zehenspecht, Flechtenkreisch und Trauerkrähe bzw. Rifftaucher, Teppichtaucher und Flachtaucher.

Arbeitszeiten und Vollstreckungsbescheide etc

Talga hat, als die Klage endgültig entschieden wurde, beim Land- und Umweltgericht beantragt

- a) setzt die Frist für den Beginn der umweltgefährdenden Tätigkeit auf zehn Jahre ab dem Datum des rechtskräftigen Urteils fest,
- b) bestimmt die Arbeitszeit für die Wasserbetriebe auf zehn Jahre ab dem rechtskräftigen Genehmigungsbescheid,
- c) bestimmt die Frist für die Anmeldung von Ersatzansprüchen für unvorhergesehene Schäden des Wasserunternehmens auf fünf Jahre, gerechnet ab Ende der Arbeitszeit,
- d) genehmigt die dem Antrag beigelegte Umweltverträglichkeitserklärung sowie

- e) verfügt, dass die Erlaubnis ungehindert verwendet werden darf, wenn das Urteil nicht rechtskräftig geworden ist, sogenannter Vollstreckungsbescheid.

B ENDGÜLTIGER BEDINGUNGSVORSCHLAG DES UNTERNEHMENS**Vorschlag für Geschäftsbedingungen***Allgemeinzustand*

1. Sofern in den nachstehenden Bedingungen nicht anders angegeben, müssen Installationen usw. durchgeführt und die Vorgänge im Wesentlichen in Übereinstimmung mit den Angaben oder Verpflichtungen des Unternehmens in den Antragsunterlagen und im Übrigen in dem Fall durchgeführt werden.

Explosionen

2. Sprengungen im Tagebau dürfen nur werktags zwischen 07.00 und 18.00 Uhr durchgeführt werden.
Anwohner, die dies wünschen, müssen über Sprengzeiten informiert werden.
3. Oberirdische Sprengungen dürfen nur zu einem festgelegten Zeitpunkt und nach einem deutlichen akustischen Warnsignal erfolgen.
4. Erschütterungen infolge von Sprengungen im Tagebau dürfen bei mehr als 5 % der Sprengungen pro Kalenderjahr nicht zu einer höheren Schwingungsgeschwindigkeit in vertikaler Richtung in der tragenden Grundstruktur des Gehäuses wie Sockel oder Sockel als 5 mm/s führen und niemals 7 mm/s überschreiten.

Die Kontrolle der Bodenerschütterungen muss bei jeder Sprengung durch Messung an einem nahe gelegenen Wohngebäude erfolgen. Die Messung muss SS 4604866:2011 entsprechen.

5. Luftstoßwellen, die durch die Sprengungen in den Tagebauen entstehen, dürfen bei mehr als 5 % der Sprengungen pro Kalenderjahr den Freifeldwert von 100 Pascal nicht überschreiten und dürfen niemals 200 Pascal überschreiten. Die Kontrolle der Luftstoßwellen muss bei jeder Sprengung durch Messung an einem nahe gelegenen Wohngebäude erfolgen. Die Messung muss SS 02 52 10 folgen.

Lärm

6. Lärm von anderen Bauarbeiten als besonders lauten Bauarbeiten (wie Bohren, Steinschlagen und Rammen) darf in Wohnhäusern nicht zu einem höheren äquivalenten Lärmpegel führen als Tagsüber Montag-Freitag (07:00-19:00) 60 dB(A)

Abendzeit (19:00-22:00 Uhr) und 50 dB(A) tagsüber Samstag,
Sonntag und an Feiertagen

Nachtzeit (22:07) 45 dB(A)

Besonders lärmintensive Bauarbeiten dürfen nur werktags um durchgeführt werden 07–19.

7. Lärm aus der Tätigkeit darf in Wohnungen nicht zu einem höheren äquivalenten Lärmpegel führen

Tagsüber Montag–Freitag (06:00–18:00) 50 dB(A)

Abendzeit (18-22 Uhr) und 45 dB(A) tagsüber Samstag, Sonntag und
Feiertage

Nachtzeit (22:00 bis 6:00 Uhr) 40 dB(A)

Arbeiten, die in Wohngebieten typischerweise zu momentanen Lärmpegeln über 55 dB(A) führen können, dürfen nicht nachts durchgeführt werden.

Die Beherrschung muss durch Immissionsmessungen oder durch Nahfeldmessungen und Berechnungen erfolgen. Eine Erstprüfung muss innerhalb von drei Monaten nach Inbetriebnahme aller lärmverursachenden Betriebsteile erfolgen. Die Inspektionen müssen dann erfolgen, sobald sich Änderungen im Betrieb ergeben haben, die zu erhöhten Lärmpegeln führen können, mindestens jedoch einmal jährlich.

Chemikalien und gefährliche Abfälle

8. Die Lagerung von Chemikalien und flüssigen Sonderabfällen darf nur auf einer aufgeschütteten und versiegelten Fläche mit Regenschutz erfolgen. Der Damm muss das Volumen des größten Speicherbehälters und 10 % des Gesamtvolumens anderer Speicherbehälter enthalten. Die Lagerung muss gegen Kollision geschützt sein. Verschüttungen und Lecks müssen sofort gesammelt und beseitigt werden.

Emissionen in Luft und Staub

9. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Ausbreitung von Staub zu begrenzen, der eine Belästigung für die menschliche Gesundheit und die Umwelt darstellen kann.

Ernährung von Rentieren

10. Das Unternehmen muss jährlich Konsultationen mit den Samendörfern Talma und Gabna durchführen, um die negativen Auswirkungen der Operation auf die Rentierhaltung zu minimieren. Spätestens zwei Monate nach Abschluss der Beratung muss das Unternehmen hierüber gegenüber der Aufsichtsbehörde Rechenschaft ablegen.
11. Während des Zeitraums vom 1. Dezember bis einschließlich 31. Mai darf das Unternehmen keine Sprengungen oder Bohrungen für die Produktion in den Tagebaugruben, den Transport von Erz oder Abfallgestein aus den Tagebaugruben oder die Primärzerkleinerung von Erz durchführen.

Ins Wasser geben

12. Kreisrückhaltewasser aus den Tagebauen, Abflüsse aus Industriegebieten und Erzhalten, Abflüsse aus nicht erdbedeckten Teilen und Sickerwasser aus dem Sand- und Tailings-Reservoir sowie Prozesswasser aus der Aufbereitungsanlage müssen vorab gereinigt werden darf in Hosiojärvi überlaufen. Die Reinigung des Wassers muss mindestens fünf Jahre nach Einstellung des Betriebs bestehen bleiben. Die Aufsichtsbehörde kann zulassen, dass die Reinigung für einige oder alle Teilströme vorher eingestellt wird.

Einrichtung

13. Gräben, Pumpenschächte, Becken und andere Anlagenteile, die das zu reinigende Wasser führen, müssen dicht sein. Die Fließrichtung in den Gräben und Pumpschächten muss so sein, dass Wasser, das gereinigt werden soll, der Wasserreinigung zugeführt wird. Die Einhaltung der Auflage ist durch einen vom Unternehmen zu bestellenden unabhängigen Sachverständigen nach Rücksprache mit der Aufsichtsbehörde zu prüfen. Das Unternehmen hat das Sachverständigengutachten zusammen mit den entsprechenden Beziehungszeichnungen nach Durchführung der Prüfung der Aufsichtsbehörde vorzulegen.
14. Moränen- und Torfbruchmassen sowie solche Massen, die sonst aus dem Betrieb entnommen werden, sind im Betrieb zu verwerten oder in dem für die Nachbearbeitung des Betriebes erforderlichen Umfang zu lagern und für diesen Zweck zu verwenden. Das Unternehmen hat der Aufsichtsbehörde die geplante Auslegung des Moränenspeichers vor Beginn der Errichtung eines

solchen Moränenspeichers anzuzeigen und der Aufsichtsbehörde dann jährlich eine Bilanz über die gespeicherte und verbrauchte Menge an Moränenspeicher zu melden.

15. Das Sand-Graustein-Reservoir muss mit Ausnahme von Teilen des Graustein-Damms mit einer Gründung bestehend aus einer dichten Folie der im Ziel genannten Art errichtet werden, die mit dem Sammelgraben verbunden ist. Entwässerungssysteme müssen unter den jeweiligen oberen Linern und mit Trennung des jeweiligen Sickerwassers installiert werden. Der Bau des Sand- und Grausteinreservoirs kann in Etappen erfolgen. Die Einhaltung der Auflage ist bei jeder Erweiterung des Magazinbodenbereichs durch einen unabhängigen Sachverständigen zu prüfen, der vom Unternehmen nach Rücksprache mit der Aufsichtsbehörde zu bestellen ist. Das Unternehmen hat das Sachverständigengutachten zusammen mit den entsprechenden Beziehungszeichnungen nach Durchführung der Prüfung der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

Fertigstellung

16. Die Abfälle im Sand- und Steinbruchlager müssen mit einer geeigneten Abdeckung abgedeckt werden. Mit dem Abdecken muss innerhalb eines Jahres begonnen werden, nachdem die Oberfläche oder ein Teil davon in ihrer endgültigen Form fertiggestellt wurde.
17. Verfüllungen in Tagebauen, die über dem Ausgleichsspiegel des Grundwassers im jeweiligen Tagebau liegen, müssen mit einer qualifizierten Deckung abgedeckt werden. Die Abdeckung muss innerhalb eines Jahres nach Abschluss der Verfüllung eines Tagebaus beginnen.
18. Die qualifizierte Abdeckung muss mit Kriterien ausgelegt und ausgeführt werden, die sicherstellen, dass die Sauerstofftransportrate durch die Abdeckung in einem normalen Jahr auf maximal $0,5 \text{ mol/m}^2$ und Jahr begrenzt wird. Die Abdeckung muss mit einer 0,5 m dicken Dichtungsschicht aus mit Bentonit vermischter Moräne, einer 2 m dicken Schutzschicht aus Moräne und einer 0,1 m dicken bewachsenen Pflanzschicht oder einer anderen Konstruktion ausgeführt werden, die den Konstruktionskriterien entspricht. Das Unternehmen muss ein spezielles Kontrollprogramm entwickeln, das sicherstellt und dokumentiert, dass die Abdeckung den Auslegungskriterien entspricht. Das Kontrollprogramm ist vor Versicherungsbeginn bei der Aufsichtsbehörde einzureichen.
19. Die Einhaltung der Bedingungen (16) – (18) ist durch einen vom Unternehmen zu bestellenden unabhängigen Sachverständigen nach Rücksprache mit der Aufsichtsbehörde zu prüfen. Das

Unternehmen hat das Sachverständigengutachten zusammen mit den entsprechenden Beziehungszeichnungen nach Durchführung der Prüfung der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

20. Spätestens ein Jahr vor der geplanten endgültigen Einstellung des Betriebs ist der Aufsichtsbehörde eine Ausführungsbeschreibung zur endgültigen Nachbearbeitung vorzulegen.

Ökologischer Ausgleich

21. Das Unternehmen muss Maßnahmen zum Ausgleich des durch den Betrieb entstehenden Verlustes an Naturwerten durchführen. Die Ausgleichsmaßnahmen müssen mindestens 115 % des nach dem CLImB-Berechnungsmodell oder einem ähnlichen Berechnungsmodell berechneten Aufprallwertes entsprechen. Das Ausgleichsgebiet muss innerhalb der Gemeinde Kiruna oder, wenn die Aufsichtsbehörde dies zulässt, innerhalb des Landkreises Norrbotten liegen. Der Vergütungsplan ist im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde zu erstellen und der Aufsichtsbehörde spätestens ein Jahr nach Rechtskraft und Inanspruchnahme der Erlaubnis oder später, wenn die Aufsichtsbehörde dies zulässt, zur Genehmigung vorzulegen. Die Verpflichtung zur Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen gilt unter der Voraussetzung, dass das Unternehmen den Zugang zu Land und die erforderlichen Genehmigungen und Ausnahmegenehmigungen erhält.

Artenschutz

22. In der Zeit vom 1. Mai bis einschließlich 31. Juli darf im Betriebsgebiet nicht geschlagen werden.

Finanzielle Sicherheit

23. Für Kosten zur Durchführung der Sanierungsmaßnahmen, die der Betrieb möglicherweise verursacht, hat das Unternehmen wie folgt finanzielle Sicherheit zu leisten
- a) Die Grundsicherung muss mit 140 Mio. SEK (140.000.000) bereitgestellt werden. Die Sicherheitsleistung ist spätestens drei Monate nach dem rechtskräftigen Genehmigungsurteil dem Landes- und Umweltgericht zur Überprüfung vorzulegen.
 - b) Die Sicherheit für die Nachbehandlung des Sand- und Grausteinreservoirs muss schrittweise aufgebaut werden, sodass sie schließlich eine Gesamtsumme von 85 Mio. SEK (85.000.000) wie folgt abdeckt
 - eine Sicherheit in Höhe von 30 Mio. SEK (30.000.000) muss dem Land- und Umweltgericht spätestens zwei Jahre nach Beantragung der Genehmigung zur Prüfung vorgelegt werden,

- Sicherheiten in Höhe von 25 Mio. SEK (25.000.000) müssen dem Landes- und Umweltgericht spätestens fünf Jahre nach Beantragung der Genehmigung zur Überprüfung vorgelegt werden, und
- Sicherheiten in Höhe von 30 Mio. SEK (30.000.000) müssen dem Land- und Umweltgericht spätestens sieben Jahre nach Beantragung der Genehmigung zur Überprüfung vorgelegt werden.

Nach Abschluss der Ausbaumaßnahmen des Sand- und Grausteinlagers (ohne Langzeitkontrolle) sind die gemäß Punkt b) gestellten Sicherheiten an das Unternehmen zurückzugeben.

Das Unternehmen hat die Inanspruchnahme der Erlaubnis dem Landes- und Umweltgericht und der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

Für den Fall, dass das Gericht einen Vollstreckungsbescheid über den gesamten Betrieb erlässt, hat Talga nichts dagegen einzuwenden, dass die Sicherheit nach Punkt a) spätestens im Zusammenhang mit der Antragstellung dem Landes- und Umweltgericht zur Prüfung vorzulegen ist für die Erlaubnis.

Steuerprogramm

24. Ein Programm zur Eigenkontrolle über die Bauphase geplanter Anlagen ist zu erstellen und der Aufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor beabsichtigtem Baubeginn anzuzeigen. Das Kontrollprogramm muss Messverfahren, Messhäufigkeit und Auswerteverfahren vorgeben.
25. Ein Programm zur Selbstkontrolle des Betriebes des Betriebes ist der Aufsichtsbehörde spätestens drei Monate vor der beabsichtigten Aufnahme des Bergbaubetriebes anzuzeigen. Das Kontrollprogramm muss Messverfahren, Messhäufigkeit und Auswerteverfahren vorgeben.

Vorschlag für eine Probezeit

Ins Wasser geben

Talga hat vorgeschlagen, dass das Landes- und Umweltgericht während einer Probezeit die Entscheidung, welche endgültigen Bedingungen für die Freisetzung von Kupfer, Nickel, Zink, Blei, Cadmium, Uran, Nitratstickstoff, Arsen, Chrom, Gesamtphosphor in Gewässer gelten, verschieben soll, Quecksilber, Sulfat und Schwebstoffe aus dem Geschäft.

Während der Probezeit hat Talga vorgeschlagen, die folgende Untersuchung durchzuführen

- U1 Das Unternehmen muss die technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Bedingungen zur Begrenzung der betriebsbedingten Emissionen von Kupfer, Nickel, Zink, Blei, Cadmium, Uran, Nitratstickstoff, Arsen, Chrom, Gesamtphosphor, Quecksilber, Sulfat und Schwebstoffen aus dem Betrieb untersuchen. Die Ergebnisse der Untersuchungen sind dem Landes- und Umweltgericht spätestens zwei Jahre nach Inbetriebnahme der Aufbereitungsanlage vorzulegen. Die Inbetriebnahme der Aufbereitungsanlage hat das Unternehmen dem Landes- und Umweltgericht und der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

Talga hat ferner vorgeschlagen, dass die folgende vorläufige Regelung *in erster Linie* während des Untersuchungszeitraums und bis zu einer anderweitigen Entscheidung gelten sollte.

- (P1) Bis nicht anders festgelegt, dürfen die Gehalte an Kupfer, Nickel und Zink in gereinigtem Überschusswasser, das in den Empfänger eingeleitet wird, die folgenden Werte nicht überschreiten. Für den pH-Wert muss der Wert bei 90 % der Messungen im Bereich von 6,5–7,5 und bei jeder Messung im Bereich von 6,0–8,0 liegen.

<u>Parameter</u>	<u>Monatlicher Durchschnittswert</u>	<u>Höchster Wert</u>
Cu (µg/l)	17	
Nickel (µg/l)	30	60
Zn (µg/l)	30	

Metalle beziehen sich auf gelöste Gehalte (gefilterte Proben 0,45 µm)

Die Monatsmittelwerte müssen für mindestens 10 von 12 Monaten eines Kalenderjahres enthalten sein. Die Maximalwerte müssen in jede Messung aufgenommen werden. Während der Zeiträume, in denen Emissionen auftreten, muss jede Woche eine Kontrolle stattfinden.

Talga hat *alternativ* vorgeschlagen, dass die folgende vorläufige Regelung während des Untersuchungszeitraums und bis zu einer anderweitigen Entscheidung gelten soll.

- (P1) Bis nicht anders festgelegt, dürfen die Gehalte an gereinigtem überschüssigem Wasser, das an den Empfänger abgegeben wird, die folgenden Werte nicht überschreiten. Für den pH-Wert muss der Wert bei 90 % der Messungen im Bereich von 6,5–7,5 und bei jeder Messung im Bereich von 6,0–8,0 liegen.

<u>Parameter</u>	<u>Monatlicher Durchschnittswert</u>	<u>Höchster Wert</u>
Cu (µg/l)	17	
Ni (µg/l)	30	60
Zn (µg/l)	30	
Blei (µg/l)	14	26
Cd (µg/l)	0,5	2.8
U (µg/l)	0,35	16
NO ₃ -N (µg/l)	4.600	20.000
As (µg/l)	1.1	14
Cr (µg/l)	6.6	
Gesamt-P (µg/l)	40	
Hg (µg/l)		0,13
SO ₄ (mg/l)	1.200	
Susp. Substanzen (mg/l)	10	15

Metalle beziehen sich auf gelöste Gehalte (gefilterte Proben 0,45 µm)

Die Monatsmittelwerte müssen für mindestens 10 von 12 Monaten eines Kalenderjahres enthalten sein. Die Maximalwerte müssen in jede Messung aufgenommen werden. Während der Zeiträume, in denen Emissionen auftreten, muss jede Woche eine Kontrolle stattfinden.

Emissionen in Luft und Staub

Talga hat vorgeschlagen, dass das Landes- und Umweltgericht während einer Probezeit die Entscheidung darüber verschieben soll, welche endgültigen Bedingungen für den Staubbiederschlag gelten. Während der Probezeit hat Talga vorgeschlagen, die folgende Untersuchung durchzuführen

- U2 Das Unternehmen muss Staubaussfälle aus dem Betrieb nachverfolgen und kontrollieren. Die Kontrolle muss Probenahmestellen an der Grenze des Betriebsgebietes, Einflusspunkte hauptsächlich in der vorherrschenden Windrichtung und Referenzpunkte umfassen. In Anbetracht der Ergebnisse muss das Unternehmen weiter untersuchen, welche Auswirkungen Vorsorgemaßnahmen ergriffen haben, um die Staubbildung durch den Betrieb an den

Aufprallstellen zu begrenzen, und welche zusätzlichen Maßnahmen ergriffen werden können, um den Staubbiederschlag an solchen Stellen zu begrenzen maximal 500 g/100 m² /30^{Tage} .
Das Ergebnis der Untersuchung mit vorgeschlagenen Auflagen ist dem Landes- und Umweltgericht spätestens vier Jahre nach Rechtskraft der Genehmigung vorzulegen.

WICHTIGSTE STELLUNGNAHME UND ANSPRÜCHE DER GEGENPARTEI UND ANDERER BETROFFENER
Nachstehend finden Sie die prinzipielle Position und die Forderungen von Gegenparteien, Überweisungsstellen und anderen betroffenen Parteien . Unter der Rubrik Eingegangene Stellungnahmen und Korrespondenz in dem Fall werden die eingegangenen Stellungnahmen ausführlicher berichtet.

Gegenparteien und betroffene Parteien in Schweden

Der prinzipientreue Ansatz der Kreisverwaltung

Die Bezirksverwaltung hat dem Antrag unter der Bedingung stattgegeben, dass das Betriebsgebiet für das Abbaugbiet und das Gebiet für die Lagerung von Sand und Gestein gemäß den Angaben des Unternehmens in dem Fall und unter der Bedingung, dass die Bezirksverwaltungsbehörde dies tut, eingerichtet wird Ansichten über die Notwendigkeit von Auflagen berücksichtigt werden.

Zusammenfassend hat die Bezirksverwaltung festgestellt, dass es notwendig ist, Bedingungen vorzuschreiben, die die Interessen der Rentierzucht schützen, Bedingungen für die Wasserabgabe aus dem Betrieb, um die Anforderungen in Kapitel 5 zu erfüllen. § 4 Umweltgesetzbuch über Umweltqualitätsnormen und zur Begrenzung der Auswirkungen auf die betroffenen Gewässer und Bedingungen über Ausgleichsmaßnahmen und Bedingungen über finanzielle Sicherheiten mit einem Betrag, der als beruhigend angesehen werden kann, um dem Erfordernis der Nachbehandlung des Wassers zu genügen das Abbaugbiet.

Die Kreisverwaltung hat festgestellt, dass die Verbote der Artenschutzverordnung für Vogelarten nicht fortgeschrieben werden und im Übrigen die Voraussetzungen für eine Ausnahme von der Artenschutzverordnung vorliegen.

Auflagenvorschlag der Kreisverwaltung

Lärm

Die Kreisverwaltung hat beantragt, dass anstelle des Auflagenvorschlags Nr. 6-7 des Unternehmens bezüglich Lärm folgende Auflagen vorgeschrieben werden

- (6.) Zum Schutz der Belange der Rentierhaltung im Umfeld von Bergbaubetrieben darf der äquivalente Schallpegel 35 dB(A) in folgendem Punkt nicht überschreiten:

N: 7525 375, E: 772 755
Koordinatensystem SWEREF99 TM

Die Auflage gilt nur während der gerichtlich bestimmten Zeit für Tätigkeiten ohne Bohren, Sprengen etc. gemäß Auflagenvorschlag Nr. 11 der Gesellschaft.

- (7.) Lärm aus der Tätigkeit darf in Wohnungen nicht zu einem höheren äquivalenten Lärmpegel führen
- | | | |
|---------------------------------------|----------|-----------------------|
| Tagsüber Montag-Freitag (06:00-18:00) | 50 dB(A) | Abends (18:00-22:00) |
| und tagsüber Samstag, | 45 dB(A) | Sonn- und Feiertag |
| Nachtzeit (22:06-06) | | 40 dB(A) |

Arbeiten, die in Wohngebieten typischerweise zu momentanen Lärmpegeln über 55 dB(A) führen können, dürfen nicht nachts durchgeführt werden. Die Beherrschung muss durch Immissionsmessungen oder durch Nahfeldmessungen und Berechnungen erfolgen. Innerhalb von drei Monaten muss eine Erstkontrolle erfolgen

Betriebsteile, die Lärm verursachen können, in Betrieb genommen wurden. *Die Kontrolle muss auch in Zeiten von Bauarbeiten erfolgen, bevor alle Betriebsteile, die Lärm verursachen können, in Betrieb genommen wurden.* Die Inspektionen müssen dann erfolgen, sobald sich Änderungen im Betrieb ergeben haben, die zu erhöhten Lärmpegeln führen können, mindestens jedoch einmal jährlich

Ins Wasser geben

Die Kreisverwaltung hat vorgeschlagen, anstelle des Antrags Nr. 12 des Unternehmens die folgenden Bedingungen für Einleitungen in Gewässer vorzuschreiben, und betont, dass es dem Gericht überlassen bleibt, zu beurteilen, ob die folgenden Bedingungen so präzisiert werden sollten, dass sie Es wird angegeben, dass es sich um verschmutztes Wasser handelt.

- (12.) Wasser aus dem Sand- und Grausteinreservoir sowie anderes kontaminiertes Wasser aus Gräben, Tagebaugruben usw. muss gereinigt werden, bevor es in Hosiojärvi überläuft. Die Reinigung des Wassers muss nach Betriebsende so lange bestehen bleiben, bis eine ausreichende Nachsorge durch die Funktion der Nachbehandlung unter Bezugnahme auf die Handlungsziele des Nachbehandlungsplans erfolgt ist. Die Aufsichtsbehörde kann die Reinigungszeit für den gesamten Betrieb oder Teile davon sowohl verlängern als auch verkürzen.

Hinsichtlich der Einleitungen in Gewässer hat die Kreisverwaltung *zunächst vorgeschlagen* , statt einer Probezeit die endgültigen Auflagen wie folgt vorzuschreiben.

Eindämmungsbedingungen für die Einleitung zum Empfänger, Hosiojärvi

Parameter	Monatlicher Durchschnitt µg/l	Höchstwert µg/l
Kupfer	6	12
Nickel	2.5	10
Zink	20	30
Führen	0,82	0,9
Cadmium	0,02	0,04
Uran	0,05	10
Nitrat-Stickstoff	1200	
Arsen	0,5	7.9
Chrom	2	
Gesamtposphor	20	
Quecksilber		0,07
pH-Wert	6,5-7,5	6,0-8,0
Sulfat mg/l	1200	
Schwebstoffe mg/l	10	15

Metalle beziehen sich auf gelöste Gehalte (gefilterte Proben 0,45 g). Für Sulfat und Schwebstoffe ist die Einheit mg/l.

Haltebedingungen für den Standort (Messpunkt SW9) in Östra bäcken vor Torneälven

Parameter	Monatlicher Durchschnitt µg/l	Höchstwert µg/l
Kupfer	0,5 bioverfügbar	12
Nickel	1.5	4
Zink	5.5 bioverfügbar	20
Führen	0,2	2
Cadmium	0,02	0,03
Uran	0,17	8.6
Nitrat-Stickstoff	1000	11000
Arsen	0,5	7.9
Ammoniak-Stickstoff	1.0	6.8
Sulfat mg/l	300	

Metalle beziehen sich auf gelöste Gehalte (gefilterte Proben 0,45 µm).

Der monatliche Durchschnittswert für Kupfer und Zink bezieht sich auf die bioverfügbaren Gehalte (der Höchstgehalt bezieht sich auf den gelösten Gehalt). Bei Zink, Uran und Arsen müssen bei der Beurteilung von Überschreitungen natürliche Hintergrundwerte berücksichtigt werden.

Für Gesamt-Phosphor schlägt die Kreisverwaltung vor, dass an der Annahmestelle ein Jahresmittelwert von 12 µg/l gelten soll.

Der Monatsmittelwert für Zink und Kupfer im Empfänger muss während mindestens 10 von 12 Monaten eines Kalenderjahres enthalten sein. Die Kontrolle im Empfänger muss kontinuierlich erfolgen, jedoch verstärkt in Verbindung mit Zeiträumen, in denen Emissionen auftreten. Der Kreisverwaltungsrat überlässt dem Landes- und Umweltgericht die detaillierte Ausgestaltung der Auflagen/Regelungen zur Nachverfolgung und Kontrolle.

Die Haltebedingungen müssen während der Nachbehandlung und 30 Jahre nach Abschluss der Nachbehandlung eingehalten werden.

Alternativ hat der Kreisverwaltungsrat den Vorschlag des Unternehmens angenommen, die Ausgabe der endgültigen Bedingungen für die Einleitung in Gewässer zu verschieben, unter der Bedingung, dass der sekundäre Vorschlag des Unternehmens für eine vorläufige Regulierung (P1) für die Einleitung in den Empfänger Hosiojärvi und der Vorschlag des Kreisverwaltungsausschusses vorgeschrieben sind Konzentrationsbedingungen für Östra bäcken wird anstelle des Vorschlags der Gesellschaft als vorläufige Regelung (P2) vorgeschrieben.

Der Kreisverwaltungsrat hat ferner nach Auffassung des Gerichts betont, dass es angebracht sein kann, zu prüfen, ob die Probeuntersuchung auch andere Parameter/Stoffe als die vom Unternehmen vorgeschlagenen umfassen sollte, beispielsweise Silber, oder dass die Aufsichtsbehörde während der Probezeit sollte die Möglichkeit haben, die Untersuchung auf weitere Parameter/Themen auszudehnen.

Emissionen in die Luft

Hinsichtlich des Vorschlags des Unternehmens, die Frage der endgültigen Bedingungen für Emissionen in die Luft zu verschieben, hat die Kreisverwaltung erklärt, dass während des Untersuchungszeitraums eine vorläufige Regelung getroffen werden sollte. Einen detaillierten Vorschlag für eine vorläufige Regelung hat die Kreisverwaltung nicht vorgelegt, sondern dem Gericht die Ausgestaltung überlassen.

Einrichtung

Der Kreisverwaltungsrat hat vorgeschlagen, anstelle des Auflagenvorschlags 15 der Gesellschaft folgende Auflagen vorzuschreiben.

(15.) Das Sand-Graustein-Reservoir ist so zu gründen und zu gestalten, wie es im Einzelfall angegeben ist. Während des Baus des Sand- und Gesteinslagers muss sukzessive und in

seiner Gesamtheit ein unvoreingenommener technischer Sachverstand vorhanden sein. Das neutrale Fachgutachten muss vom Unternehmen bestellt und von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden. Wenn die Bauarbeiten vollständig oder in Teilabschnitten abgeschlossen sind, muss der Inspektor zusammen mit dem Unternehmen die Gräben, das Fundament und die endgültige Abdeckung überprüfen. Berichte nach Abschluss der Bauphase und Schlussbericht sind der Aufsichtsbehörde mit Beziehungszeichnungen einschließlich einer Stellungnahme des bestellten unparteiischen Sachverständigen vorzulegen.

Fertigstellung

Der Kreisverwaltungsrat hat vorgeschlagen, anstelle des Antrags der Gesellschaft Nr. 16-19 folgende Auflagen zu Bauauflagen vorzuschreiben und mit dem bisherigen Auflagenvorschlag Nr. 11 der Gesellschaft zu verbinden.

Die Abfälle im Sand- und Steinbruchlager müssen etappenweise abgedeckt werden. Die Deckschicht muss die funktionale Anforderung erfüllen, die Sauerstofftransportrate auf maximal $0,5 \text{ mol/m}^2$ und Jahr zu begrenzen. Das Unternehmen muss ein spezielles Kontrollprogramm entwickeln, das kontinuierlich sicherstellt und dokumentiert, dass die Konstruktion und die sukzessive Abdeckung den Designanforderungen entsprechen. Sowohl das Kontrollprogramm als auch die laufenden Arbeiten müssen von unparteiischem Fachgutachter überprüft werden. Das Kontrollprogramm ist der Aufsichtsbehörde vor Beginn der Arbeiten mit Stellungnahme des bestellten unparteiischen Sachverständigen vorzulegen.

Der bisherige Klauselvorschlag 11 des Unternehmens:

Das Sand-Graustein-Reservoir und die verfüllten Tagebaue müssen mit einer fachgerechten Abdeckung, bestehend aus einer 0,5 m dicken Sperrschicht aus Moräne mit Beimischung von Bentonit, einer 2 m dicken Schutzschicht aus Moräne und einer 0,1 m dicken Pflanzungsschicht, abgeschlossen werden bewachsen

Ökologischer Ausgleich

Hinsichtlich des Vorschlags des Unternehmens zur Auflage 21 zu Ausgleichsmaßnahmen vertritt das Landratsamt die Auffassung, dass die Frist für die Vorlage einer Untersuchung nicht sowohl an die Inanspruchnahme als auch an die Rechtskraft der Genehmigung gebunden sein sollte und dass der letzte Satz, unter welchen Voraussetzungen die Bedingung gilt ist nicht erforderlich. Der Kreisverwaltungsrat hat anstelle des Vorschlags der Gesellschaft folgende Auflagen vorgeschlagen und dann betont, dass im nachstehenden Vorschlag auch festgehalten werden kann, dass die Aufsichtsbehörde eine spätere Vorlage des Vergütungsplans zulassen kann.

(21) Das Unternehmen muss Maßnahmen zum Ausgleich des durch die konzessionierte Tätigkeit entstehenden Verlustes an Naturwerten durchführen. Die Ausgleichsmaßnahmen müssen sich

auf ein Gebiet beziehen, das ähnliche Naturwerte hat oder nach der Wiederherstellung haben wird wie das von der genehmigten Tätigkeit betroffene Gebiet.

Das Ausgleichsgebiet muss in erster Linie innerhalb der Gemeinde Kiruna und sekundär im Landkreis liegen.

Eine Entschädigungsuntersuchung mit Abgrenzung des ausgewählten Gebiets, einer detaillierten Beschreibung der Massnahmen, einer Darstellung der Zusätzlichkeit der Entschädigung und der Art und Weise, wie das Gebiet langfristig bewirtschaftet und geschützt werden soll, ist in Abstimmung mit der zuständigen Aufsicht zu erstellen. Spätestens ein Jahr nach Rechtskraft dieses Urteils ist der Vorschlag bei der Aufsichtsbehörde einzureichen, die prüft, ob die vorgeschlagenen Ausgleichsmaßnahmen akzeptiert werden können.

Finanzielle Sicherheit und mögliche Durchsetzung

Der Provinzialverwaltungsrat hat gefordert, dass der Gesamtbetrag für die finanzielle Sicherheit im Bedingungsvorschlag 23 des Unternehmens insgesamt 413 Mio. SEK statt 225 Mio. SEK betragen sollte. Gegen eine sukzessive Sicherheitsleistung nach dem Vorschlag des Antragstellers hat die Kreisverwaltung nichts einzuwenden. In Bezug auf Punkt b) des Bedingungsverschriftgesetzes 23 hat der Bezirksvorstand erwogen, die Klammern „(ohne langfristige Kontrolle)“ zu streichen und die Bedingung stattdessen an die Sicherstellung der Funktion der Deponie zu knüpfen.

Für den Fall, dass das Gericht einen Vollstreckungsbescheid erlässt, hat die Kreisverwaltung vorgeschlagen, anzuordnen, dass das Unternehmen die Genehmigung beantragen kann, nachdem eine finanzielle Grundsicherheit gemäß Punkt a) in Höhe von 315 Mio. SEK genehmigt wurde das Gericht.

Andere Behörden

Die schwedische Umweltschutzbehörde und die norwegische Meeres- und Wasserbehörde haben sich bei der Bekanntgabe des Antrags mit einer Stellungnahme zu dem Fall zurückgehalten.

Die Behörde für Schutz und Bereitschaft der Gemeinschaft und die schwedischen Streitkräfte haben keine Einwände gegen den Antrag erhoben.

Die Region Norrbotten hat erklärt, dass die Region glaubt, dass die beantragte Aktivität große und positive sozioökonomische Auswirkungen in Norrbotten und für Schweden insgesamt haben wird.

Die Schwedische Verkehrsbehörde, das Norwegische Geotechnische Institut und der Geologische Dienst von Schweden haben keine prinzipielle Herangehensweise an den Antrag abgegeben.

Das samische Parlament hat die Erteilung einer Genehmigung für die beantragte Bergbautätigkeit abgelehnt.

Die finnisch-schwedische Grenzflusskommission hat sich zu dem Antrag nicht klar geäußert und auf frühere Konsultationserklärungen verwiesen.

Vereine und samische Dörfer

Die Nature Conservation Society, Talma Sameby und Gabna Sameby sind der Ansicht, dass der Antrag mit der Umweltverträglichkeitserklärung in erster Linie abzulehnen und der Genehmigungsantrag in zweiter Linie abzulehnen ist. Die Nature Conservation Society und Talma Samiby haben gegen einen Vollstreckungsbescheid Einspruch eingelegt.

Das Sami-Dorf Saarivuoma hat sich gegen die Erteilung einer Genehmigung ausgesprochen.

Einzel

Mats Myhr, Sverker Forsén und Lennart Karlsson, Grundstückseigentümer von Kiruna Vittangi 43:5, haben den Antrag unterstützt.

Marita Sandmark, Lotta Lagermalm, Martin Baas, Bengt Henriksson, Barbro Eliasson, Åke Eliasson, Fredrik Linghall, Roger Rehnblom, Joakim Linghall, Ulrik Lidström, Anders Lidström und Johannes Fredriksson und Hanna Råman, Simon Holma, Tobias Daffeh, Gudrun Stalnacke, Helena Thyni, Kenneth Nilsson, Sonja Hansson, Jörgen Hansson, Johan Uvén, Annelie Uvén, Elisabeth Johansson Halldén, Kalle Nilsson, Boel Halldén, Johan Nilsson, Ulrika Sydberg, Ellinor Sydberg, Hålan Hansi und Ann-Katrin Lindblom sowie Urpo Taskinen, Jâvna Allas, Hakan Lundström, Johanna Ögren, Tarja Leinonen, Päivi Juuso, Per-Anders Nutti, John Tomas Påve, Simon Marianen, Beatrice Flöystad und Elin Belleza haben sich gegen die beantragte Bergbaugenehmigung ausgesprochen.

Lars-Inge Lööv, Märta Lööv, Lars Jonas Lööv und Lena Fergman haben nachvollziehbar Widerspruch gegen die Erlaubniserteilung eingelegt.

Jan Johansson, Anette Johansson und Eric Johansson haben die Genehmigung für angewandte Bergbauaktivitäten abgelehnt. Sie haben während des Verfahrens ferner erklärt, dass sie Schadensersatz wegen der Auswirkungen auf die Kabinenumgebung verlangen werden, haben jedoch keinen konkreten Schadensersatzanspruch geltend gemacht.

Erika Bjurholt und Per-Erik Bjurholt, Grundstückseigentümer von Kiruna Vittangi 59:5, haben erstens die Genehmigung für den angewandten Bergbaubetrieb abgelehnt und zweitens verlangt, dass Talga AB ihnen eine Entschädigung für die Störung/Verringerung des Marktwerts zahlt 250.000 SEK.

Peter Pettersson, Grundstückseigentümer von Kiruna Vittangi 4:11 und 15:2, hat dem Antrag natürlich zugestimmt, unter der Bedingung, dass er eine finanzielle Entschädigung für die Einwirkung und den unbefugten Zugriff auf sein Grundstück erhält. Er hat beantragt, dass zwischen ihm und dem Unternehmen ein Nutzungsrechtsvertrag und ein Vertrag über eine Verletzungsentschädigung abgeschlossen werden, in denen ihm eine rückwirkende Entschädigung für die Jahre 2019-2022 in Höhe von insgesamt 70.200 SEK und eine Entschädigung für die Zeit danach zugesprochen wird mit einem Pauschalbetrag von insgesamt SEK 1.020.000 und Jahresvergütung unter 24 Jahren mit insgesamt SEK 60.300 (SEK 42.500 + SEK 18.300) mit Indexberechnung.

Gegenparteien und Interessengruppen in Finnland

Kajanalands NTM Center (Dam Safety Authority), Safety and kemelikaverke (Bergbauamt), die Gemeinde Muonios und das finnische Sami-Parlament haben lehnte eine Stellungnahme ab.

das Umweltministerium festgestellt, dass das Material mangelhaft ist und die grenzüberschreitenden Umweltfolgen in Finnland nicht abdeckt, und dass das Ministerium davon ausgeht, dass die Verhandlungen gemäß der Espoo-Konvention fortgesetzt werden.

Das NMT-Zentrum und die finnische Fischereibehörde sind der Ansicht, dass die übersetzte Dokumentation unzureichend ist, und haben keine klare grundsätzliche Herangehensweise an den Antrag abgegeben. Wenn eine Genehmigung erteilt wird, sind sie nach Auffassung des Gerichts davon ausgegangen, dass endgültige Bedingungen für Einleitungen in Gewässer festgelegt und

Bedingungen für die Überwachung von Einleitungen in Gewässer vorgeschrieben werden müssen und dass diese mehr Einleitungsstellen umfassen muss, als der Antragsteller vorgeschlagen hat .

Der Regionalverband Lappland hat in seiner Erklärung erklärt, dass der Antrag und die Umweltverträglichkeitserklärung mit Ergänzungen ausreichen, um die erheblichen Umweltauswirkungen auf Finnland zu bewerten und eine Entscheidung über das Projekt zu treffen. Nach Auffassung des Gerichts hat der Regionalverband Lappland festgestellt, dass Überwachungsbedingungen vorgeschrieben werden müssen, um die Auswirkungen auf das Wassersystem des Flusses TorneMuonio während des Abbaus zu verfolgen.

Umweltausschuss Rovaniemi, Gemeinde Enontekiö, Gemeinde Sodankylä, Kukkola Samfällighetsförening und der Rentierverband haben keine klare prinzipielle Haltung zu dem Antrag abgegeben.

Die norwegische Forstbehörde hat keine klare grundsätzliche Herangehensweise an den Antrag herausgegeben. Für den Fall, dass eine Genehmigung erteilt wird, hat die Norwegische Forstbehörde, wie das Gericht es verstanden hat, entschieden, dass endgültige Bedingungen für Einleitungen in Gewässer festgelegt werden müssen, dass Bedingungen für die Überwachung von Einleitungen in Gewässer vorgeschrieben werden müssen und dass die Möglichkeit der Erhebung von Gebühren besteht Eine Angelgebühr sollte in Betracht gezogen werden.

Das Norwegische Institut für natürliche Ressourcen hat keine klare grundsätzliche Herangehensweise an den Antrag herausgegeben, aber für den Fall, dass eine Genehmigung erteilt wird, vorgeschlagen, dass die Genehmigung mit strengen Bedingungen für die Einleitung in Gewässer und Bedingungen für die Vorbereitung auf abweichende Situationen kombiniert werden sollte von geplanten Aktivitäten zur Reduzierung von Umweltrisiken und Bedingungen für die Verpflichtung, umfassende Überwachungsdaten im Wassereinzugsgebiet Torneälven zu sammeln.

Die norwegische Forstbehörde hat ferner betont, dass eine erhebliche Fischereigebühr zu zahlen ist, wenn die Aktivität das Wassereinzugsgebiet Torneälven schädigt, zu einem verringerten Erholungswert oder zu biologischen Schäden führt.

Die finnische Naturschutzbehörde und die Vereinigung zur Begrenzung der Minen in Lappland haben beantragt, den Antrag abzulehnen oder abzulehnen. Der Verein Minenbegrenzung in Lappland hat gefordert, dass bei Genehmigung Auflagen zur Überwachung der Auswirkungen der Mine auf

Fische vorgeschrieben werden. Die finnische Naturschutzbehörde hat gefordert, dass eine Genehmigung mit Auflagen zur Reinigung verbunden wird und strenge Auflagen für Emissionsgrenzen aller Schadstoffe, z. Metalle und Chemikalien und dass ständige und unparteiische Messstellen angeordnet werden, um alle Emissionen zu messen.

GEGENPARTEIEN UND POSITIONEN UND ANSPRÜCHEN ANDERER

Das Unternehmen hat dem Antrag der Kreisverwaltung stattgegeben, das Betriebsgebiet für den Bergbaubetrieb und das Gebiet für die Lagerung von Sand und Gestein gemäß der in der Hauptverhandlung vorgelegten Karte einschließlich der Koordinaten des Gebiets gerichtlich festzulegen Operation (Dateianhang 409).

Talga widersetzte sich dem Antrag des Kreisvorstands, endgültige Bedingungen für Konzentrationen in der Wassereinleitung nach Hosiojärvi vorzuschreiben, und widersetzte sich sowohl endgültigen Bedingungen als auch einer vorläufigen Regelung für Konzentrationen an einer Probenahmestelle im Östra-Bach.

Für den Fall, dass das Landes- und Umweltgericht eine solche vorläufige Regelung für eine Messstelle im Östrabach für erforderlich erachtet, hat Talga beantragt, folgende vorläufige Regelung vorzuschreiben.

(P2) Bis nichts anderes bestimmt ist, darf der Betrieb des Unternehmens im Empfänger an der Probenahmestelle im Östra bäcken vor dem Torneälven (SW4) nicht zu Konzentrationen führen, die die folgenden Werte überschreiten.

<u>Parameter</u>	<u>Monatlicher Durchschnittswert</u>	<u>Höchster Wert</u>
Cu (µg/l)	0,5 (bioverfügbar)	
Ni (µg/l)	4 (bioverfügbar)	34
Zn (µg/l, berücksichtigt zum natürlichen Hintergrund)	5,5 (bioverfügbar)	
Blei (µg/l)	1.2 (bioverfügbar)	14
Cd (µg/l)	0,15	0,9
U (µg/l, berücksichtigt zum natürlichen Hintergrund)	0,17	8.6

NO ₃ -N (µg/l)	2.200	11.000
As (µg/l, berücksichtigt zum natürlichen Hintergrund)	0,5	7.9
NH ₃ -N (µg/l)	1.0	6.8
SO ₄ (mg/l)	300	
Gesamt-P (µg/l)	12	

Metalle beziehen sich auf gelöste Gehalte (gefilterte Proben 0,45 µm).

Für den Fall, dass das Landes- und Umweltgericht entscheidet, dass abschließende Auflagen bezüglich Einleitungen in Gewässer vorzuschreiben sind, hat Talga die Auffassung vertreten, dass die gemeldeten vorläufigen Regelungen (P1) bzw. (P2) als abschließende Auflagen vorzuschreiben sind.

Ansonsten hat das Unternehmen den Antrag und die vorgeschlagenen Geschäftsbedingungen aufrechterhalten und sich den vorgeschlagenen Geschäftsbedingungen des County Board widersetzt. Das Unternehmen hat Schadensersatzansprüchen von Erika Bjurholt und Per-Erik Bjurholt sowie von Peter Petterson widersprochen.

ANTRAG UND NACHLAGEN DES UNTERNEHMENS

Während der Bearbeitung des Falls hat Talga eine Reihe von Informationen aus dem ursprünglichen Antrag angepasst. Nachfolgend finden Sie eine Zusammenfassung dessen, was der Antragsteller im Antrag und in späteren Ergänzungen *vor* Bekanntgabe des Antrags angegeben hat. Soweit möglich, wird die überarbeitete Fassung vor Bekanntgabe der Anmeldung wiedergegeben. Die unten dargestellten Abbildungen und Karten sind Übersichten zur besseren Lesbarkeit und nicht garantiert maßstabsgetreu.

EINFÜHRUNG _

Über Talga und das Projekt

Talga plant, auf der Liegenschaft Kiruna Stenbrottet 2:1 bis zu 120.000 Tonnen Graphiterz pro Jahr abzubauen. Talga, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft von Talga Resources Ltd, sucht seit 2011 nach Mineralien in Schweden und hat große Investitionen in Bergbau-, Prozess- und Nanotechnologieprojekte getätigt, um ein integriertes Projekt vom Erz bis zum fertigen Produkt aufzubauen. Die Lagerstätte Nunasvaara Södra liegt etwa 10 km westlich von Vittangi in der Gemeinde Kiruna. Der Abbau soll im Tagebau stattfinden und der Abbau wird auf ca. 24-25 Jahre geschätzt, gefolgt von einer Phase der Nachbearbeitung und Kontrollen.

Das Graphitprojekt Vittangi umfasst mehrere Erzkörper: Nunasvaara Södra, Nunasvaara Norra, Niska Södra und Niska Norra. Die Erzkörper befinden sich innerhalb desselben geologischen Gebiets, befinden sich jedoch in unterschiedlichen Entwicklungsstadien und in zwei

unterschiedlichen Explorationsstadien. Seit Talga das Projekt im Jahr 2012 erworben hat, wurden umfangreiche Explorationsaktivitäten für die im Vittangi-Graphitprojekt enthaltenen Erzkörper durchgeführt. Darüber hinaus wurde umfangreiche Arbeit an Umweltstudien, Projektdesign und Vorbereitung für die Genehmigungsprüfung in Nunasvaara Södra geleistet.

Die geplante Graphitmine in Nunasvaara ist ein wichtiger Schritt in der Entwicklung des Projekts. Das abgebaute Erz und das vor Ort angereicherte Konzentrat sollen zur Weiterverarbeitung nach Luleå transportiert und zu hauptsächlich zwei Produkttypen verarbeitet werden: Anoden für Lithium-Ionen-Batterien und verschiedene Arten von Graphen- und Mikrographitprodukten für verschiedene Märkte.

Das Graffiti und die Gesellschaft

Das Bedürfnis der Gesellschaft nach dem Mineral

Talga plant, in Norrbotten Anodenmaterial für Lithium-Ionen-Batterien herzustellen. Graphit für Lithium-Ionen-Batterien wird heute hauptsächlich aus China importiert, wo es unter weniger strengen Umweltschutzbedingungen als in der EU produziert wird. Die EU hat festgestellt, dass natürlicher Graphit zusammen mit einer Reihe anderer Rohstoffe von entscheidender Bedeutung für die Wirtschaft und die nachhaltige Entwicklung der EU ist.

In Schweden gibt es das politische Ziel, bis 2045 keine Treibhausgase in die Atmosphäre zu emittieren. Mit der dringend notwendigen Transformation zu einer Wirtschaft ohne fossile Brennstoffe werden Energiespeicherlösungen benötigt, d.h. Batterien. Graphit aus Nunasvaara kann maßgeblich zur Entwicklung einer elektrifizierten und fossilfreien Zukunft beitragen.

Weißer Tangi-Graphit ist auch eine wichtige Quelle für die Herstellung von Graphit und Graphen. Die Eigenschaften von Graphen als Supraleiter und superverstärkendes Material können zu verbesserten Energiespeichersystemen sowie stärkeren Verbundmaterialien für leichtere Fahrzeuge und Flugzeuge beitragen, die somit weniger Treibstoff verbrauchen. Die verbesserten Barriereigenschaften von Graphen ermöglichen auch die Entwicklung neuer Beschichtungen als Ersatz für giftige Chemikalien wie sechswertiges Chrom und Phosphate sowie Beschichtungen für Verpackungsmaterialien, wodurch der Einsatz von Metallen reduziert und Verpackungsmaterialien vollständig recycelbar gemacht werden.

Dieses Projekt ist das Ergebnis mehrjähriger Investitionen in die einzigartigen Graphitvorkommen in Vittangi. Vittangi-Graphit ist insofern einzigartig, als es im Vergleich zu Industriestandard-Naturgraphit erhebliche Umweltvorteile bietet. Die Vorteile hängen von der Lage und der Erzqualität ab. Da es sich in Nordschweden befindet, hat der Strom, der für die Verarbeitung verwendet wird, einen äußerst geringen CO₂-Fußabdruck. Die hohe Qualität des weißen Tangi-Graphits bedeutet, dass im Vergleich zu anderen Lagerstätten weltweit deutlich weniger Erz (ca. 3-8 Mal) abgebaut werden muss, um die gleiche Menge an Graphitkonzentrat zu produzieren. Die Gewinnung der Graphitvorkommen Nunasvaara Södra und die geplante Weiterverarbeitung zu Anodenmaterial für Lithium-Ionen-Batterien können somit einen wichtigen Beitrag zum Übergang zu einer grüneren Technologie und auch für die schwedische Gesellschaft und Wirtschaft leisten.

Lokale soziale und wirtschaftliche Auswirkungen

Die Betriebe von Talga in Nunasvaara werden schätzungsweise zusätzlich zu ca. 60 direkten Arbeitsplätzen weitere 14-26 indirekte Arbeitsplätze schaffen. Während der ca. 2-jährigen

Aufbauzeit der Mine wird deutlich mehr Arbeit generiert, was wiederum einen erheblichen wirtschaftlichen Impuls und erhöhte Steuereinnahmen generieren würde. Die Operation würde dazu führen, dass sich die Aussichten für eine positive Entwicklung des umliegenden Gebiets Svappavaara-Vittangi erheblich verbessern.

Svappavaara und teilweise auch Vittangi sind für eine größere Population als heute ausgelegt. So gibt es Möglichkeiten, Menschen, die im Bergbauprojekt arbeiten, und ihre Familien aufzunehmen, und der Bedarf an neuen kommunalen Investitionen wird gering sein. Darüber hinaus gibt es keine Anforderungen/Bedarfe, dass erhebliche Infrastrukturinvestitionen getätigt werden müssen, damit das Projekt realisiert werden kann. Die erforderlichen Großinvestitionen gehen vollständig zu Lasten des Unternehmens. Wenn es um das Wohnen für den Zuzug geht, kann dies jedoch eine Herausforderung sein. Trotz einer langen Zeit des Bevölkerungsrückgangs ist das Angebot an leerstehenden Wohnungen in der unmittelbaren Umgebung begrenzt.

Die Arbeit in den Betrieben von Talga erfordert den Zugang zu einer Reihe unterschiedlicher Fähigkeiten, und Prognosen zeigen, dass es an Arbeitskräften mit dem richtigen Hintergrund und der richtigen Ausbildung mangelt. Positiv ist jedoch, dass sich das Geschäft in Nunasvaara gut in die Gesellschaft und die lokale Wirtschaft einfügt, da es in Kiruna und in der Region ein gut etabliertes Bergbaucoluster gibt. Viele der für den Betrieb einer Mine erforderlichen Dienstleistungen und Waren sind daher lokal verfügbar. Dies wiederum bedeutet, dass relativ hohe Investitionen in der Region getätigt werden, was der lokalen Wirtschaft zugute kommt.

Bestehende Explorations- und Testabbaugenehmigungen

Die Graphitlagerstätte Nunasvaara Södra ist durch die Explorationsgenehmigung Nunasvaara Nr. 2 abgedeckt, die sich zu 100 Prozent im Besitz von Talga befindet. Die Genehmigung wurde am bekannt gegeben

5. Februar 2007, Genehmigungsnummer 2007:35, gültig bis 5. Februar 2022.

Untersuchungsgenehmigung wurde zuvor gemäß einer Genehmigung, die am 27. März 2015 von der Umweltsprüfungsdelegation beim County Board in Norrbotten, Tagebuchnummer 551-13277-14, erteilt wurde, ein Probeabbau von 2.000 m³ Graphit durchgeführt. Die Fertigstellung des Versuchsabbaugebiets wurde 2017 abgeschlossen und am 1. Oktober 2017 von der Aufsichtsbehörde genehmigt.

Parallel zu diesem Antrag auf Genehmigung nach dem Umweltgesetzbuch hat Talga auch eine Verarbeitungskonzession nach dem Mineraliengesetz beantragt. Die Bearbeitung dieses Antrags läuft im Staat Norwegen. Da Talga beim Land- und Umweltgericht einen Antrag auf eine Natura-2000-Genehmigung gestellt hat, schätzt das Unternehmen unter Berücksichtigung der derzeitigen Praxis des norwegischen Staates ein, dass die Verarbeitungskonzession wahrscheinlich erst erteilt wird, nachdem das Gericht die beantragte Genehmigung entsprechend erteilt hat mit dem Umweltgesetzbuch.

Talga wurde auch eine Genehmigung zum Testabbau von 25.000 Tonnen Graphit innerhalb einer angrenzenden Explorationsgenehmigung, Vittangi Nr. 2, durch Entscheidung der Delegation für Umweltsprüfungen beim County Board in Norrbotten vom 18. Februar 2020, Tagebuch Nr. 551-erteilt. 11289-2019.

Gliederung der Bewerbung

Die Bewerbung besteht aus einer Bewerbungsunterlage mit Anlagen. Nähere Erläuterungen zu den technischen Bedingungen finden Sie in der Technischen Beschreibung ("TB"), Anhang A. Das Unternehmen hat eine Umweltverträglichkeitserklärung („UVP“) erstellen lassen, Anhang B. Umweltbedingungen sowie die Umweltauswirkungen der geplanten Tätigkeit und wie sich die angewandte Tätigkeit auf geltende Umweltziele und Umweltqualitätsnormen etc. bezieht, sind in beschrieben Näheres in der UVP. Eine nichttechnische Zusammenfassung der beantragten Tätigkeit finden Sie in der Einleitung der UVP. Die Angaben in diesen Anhängen, einschließlich Unteranhängen, sind integraler Bestandteil des Antrags. Anhang C enthält einen solchen Abfallbewirtschaftungsplan mit Abfallcharakterisierung gemäß der Verordnung (2013:319) über Abfallbeseitigung. Ein Statusbericht ist beigelegt.

Der Umfang der Bewerbung und der Umfang der Prüfung

Der Antrag umfasst eine Genehmigung gemäß dem Umweltgesetzbuch für den Abbau und die Aufbereitung von Graphit in Nunasvaara Södra. Die geplante Produktion, die als durchschnittliche Produktion während der gesamten Lebensdauer der Mine bezeichnet wird, beläuft sich auf etwa 100.000 Tonnen Erz pro Jahr. Bei Abbau und Aufbereitung in diesem Umfang fallen schätzungsweise durchschnittlich ca. 300.000 Tonnen Abfallgestein und ca. 80.000 Tonnen Anreicherungssand pro Jahr an. Die Produktion soll sukzessive gesteigert werden und es wird als wirtschaftlich möglich angesehen, während der Lebensdauer der Mine von ca. 24-25 Jahren ca. 2,5 Millionen Tonnen Erz abzubauen, wenn man sich die aktuellen Kenntnisse über die Erzverteilung ansieht. Hinsichtlich der Rentierhaltung ist der Betrieb so geplant, dass der Abbau auf den Zeitraum April-September beschränkt ist, während die Anreicherung ganzjährig erfolgen soll.

Der Genehmigungsantrag umfasst den Bau und Betrieb der Einrichtungen, die zur Durchführung der geplanten Aktivitäten in Nunasvaara Södra gemäß den Angaben in diesem Antrag mit Anlagen erforderlich sind.

Die geplanten umweltgefährdenden Aktivitäten bestehen hauptsächlich aus den folgenden Maßnahmen.

- Vorarbeiten mit Enthüllung, Bau von Anlagen, Erzabbau in sechs Tagebauen,
- Zerkleinerung und Aufbereitung von abgebautem Erz, Lagerung von Abfallgestein und
- Anreicherungssand in einem kombinierten Sand- und
- Gräber Magasin,
- Verfüllung von taubem Gestein und Anreicherungssand in Tagebaugruben sowie Transport.
- Dieser Antrag beinhaltet auch eine Genehmigung für Wasseraktivitäten, einschließlich
- Wasserentnahme aus offenen Gruben, Bau von Sedimentations-, Klär- und Brauchwasserbecken,
- Entnahme von 4.500 m³ Oberflächenwasser aus Hosiojärvi sowie Befüllung eines kleinen
- Oberflächenwassers für den Bau des Sand- und Gesteinsreservoirs.
-

Das Unternehmen befindet sich im Einzugsgebiet des Flusses Torne mit Nebenflüssen, die Teil des Natura 2000-Gebiets Torne und des Flusssystems Kalix sind. Die Einschätzung ist, dass durch die Tätigkeit keine erheblichen Auswirkungen auf das Natura 2000-Gebiet entstehen können und somit keine Genehmigung nach Kap. 7 erforderlich ist. § 28 a Umweltgesetzbuch. Um dem County Board entgegenzukommen, wird ein Antrag auf eine Natura 2000-Genehmigung gestellt.

Durchgeführte Untersuchungen haben gezeigt, dass die Aktivität keine negativen Auswirkungen auf den lokalen oder regionalen Erhaltungszustand von Arten hat, die unter die Artenschutzverordnung (2007:845) fallen. Der Antrag beinhaltet daher keinen Antrag auf Ausnahme von der Artenschutzverordnung.

Die geplante Tätigkeit fällt nicht unter das Gesetz (1993:381) über Maßnahmen zur Verhütung und Begrenzung der Folgen schwerer Chemieunfälle (Sevesolagen).

Beratung

Der Arbeit mit der UVP ist ein Vernehmlassungsverfahren nach Kap. 6 vorausgegangen. das Umweltgesetzbuch. Was sich während der Konsultationen herauskristallisierte, wurde bei der Gestaltung der Aktivitäten und der Erstellung des Antrags berücksichtigt. Eine ausführlichere Darstellung der Konsultation und der eingegangenen Stellungnahmen in ihrer Gesamtheit finden Sie im Konsultationsbericht.

O ORIENTIERUNG

Umgebungsbeschreibung

Der Geschäftsbereich

Die Kaution befindet sich auf dem Grundstück Kiruna Stenbrottet 2:1. Der Erzkörper Nunasvaara Södra liegt etwa 600 Meter westlich des Hosiojärvi-Sees, 1 Kilometer nördlich des Flusses Torne und 3,5 Kilometer südwestlich des Flusses Vittangi.

Das Industriegebiet soll 500 Meter nordöstlich von Hosiojärvi liegen. Das Sand- und Kiesreservoir liegt ca. 150 Meter nördlich des Sees.

Regional besteht das Gebiet zum größten Teil aus Tiefland, in dem die Höhen zwischen 350 und 450 Metern über dem Meeresspiegel variieren, mit Sumpfgebieten und kleinen Seen zwischen den Höhen. Die Landschaft in Nunasvaara ist hügelig mit zwei Hauptgipfeln, Nunasvaara (ca. +390) und Hosiorinta (ca. +350), die sich 50-100 Meter über die Umgebung erheben. Die Lagerstätte befindet sich am Hang von Hosiorinta in Richtung Hosiojärvi. Südlich und östlich des zukünftigen Tagebaus liegen der Fluss Torne (ca. +255) und der See Hosiojärvi (ca. +290). Die Umgebung des geplanten Abbaubereiches besteht aus forstwirtschaftlich geprägtem Waldgelände.

Konditionen planen

Das betreffende Gebiet ist noch nicht im Detail geplant. Talga beantragt die Baugenehmigung und das Detailplanungsverfahren läuft parallel zur Prüfung des Antrags auf Verarbeitungskonzession und des Antrags auf Genehmigung nach dem Umweltgesetzbuch. Die beantragte Aktivität wird mit dem anstehenden Detailplan vereinbar sein.

Südwestlich des geplanten Bergbaubereiches, entlang des Torne-Flusses bei Rovasunto, gibt es drei detailliert geplante Gebiete mit Wohngebäuden. Die detaillierten Pläne wurden von der Gemeinde Kiruna 1977, 1981 bzw. 1983 beschlossen. Zwei der Gebiete befinden sich auf der Nordseite des Flusses. Die nächstgelegenen bebauten Grundstücke befinden sich am Fluss Torne, etwa 500 Meter südlich des Südhangs von Hosiorinta. Südlich und westlich des Bergbaubereiches befinden sich außerdem vier bebaute Grundstücke, die nicht im Detailplanungsgebiet liegen.

Der aktuelle Masterplan für die Gemeinde Kiruna wurde am 11. Dezember 2018 vom Gemeinderat angenommen. Das Gebiet für die Lagerstätte ist als strategische Landreserve für Mineralvorkommen ausgewiesen. Der Übersichtsplan zeigt, dass das Gebiet Mineralvorkommen enthält und für den Abbau von Graphit interessant ist. Darüber hinaus scheint die Rentierindustrie teilweise Interessen in, aber hauptsächlich in der Umgebung des Gebiets zu haben. Allgemeine Interessen umfassen Forstwirtschaft, Erholung im Freien und Land, das wertvolle Mineralien enthält. Weiterhin wird festgehalten, dass innerhalb des Gebiets keine Maßnahmen stattfinden dürfen, die den Abbau von Mineralien erschweren.

Höhensystem

Die Höhenangaben zu geplanten Anlagen beziehen sich in diesem Antrag auf das Höhensystem RH2000.

Gebiete von nationalem Interesse usw

Das geplante Tätigkeitsgebiet liegt in einem Bereich, der für wertvolle Stoffe oder Materialien von nationalem Interesse ist (Kapitel 3 § 7 Umweltgesetzbuch).

Es gibt auch eine Reihe anderer Gebiete von nationalem Interesse in der Nähe. Der Fluss Torne liegt ca. 600 Meter südlich des Betriebsgebiets und ist von nationalem Interesse für Naturschutz, Erholung im Freien und Berufsfischerei (Kapitel 3, Abschnitt 6 des Umweltgesetzbuchs). Der Torne-Fluss und einige kleinere Wasserläufe in der Nähe des geplanten Aktivitätsgebiets (im Antrag als Östra- und Västra-Bäcken bezeichnet) gehören ebenfalls zum Natura-2000-Gebiet Torne- und Kalix-Flusssystem (Kapitel 7, Abschnitt 27, erster Absatz, 2 des Umweltgesetzbuches).

Das geplante Einsatzgebiet liegt innerhalb der Winterweiden des Dorfes Talma Sami. Wanderrouen und schwierige Passagen von nationalem Interesse für die Rentierhaltung (Kapitel 3, Abschnitt 5 des Umweltgesetzbuchs) sind westlich und südlich des Betriebsgebiets für die Sami-Dorf Talma und Gabna und östlich des Vittangi-Flusses für das Sami-Dorf Saarivuoma ausgewiesen. Das Gebiet südlich des Flusses Torne ist Teil des Rentierzuchtgebiets des Dorfes Gabna Sami, und die bestehende Straße für den Bergbauverkehr zwischen der E45 und Nunasvaara verläuft durch ein Kerngebiet, das für die Rentierzucht von nationalem Interesse ist.

Die Eisenbahn (Råtsi-Svappavaara), die Straße E45 und die Straße E10 sind für die Kommunikation von nationalem Interesse (Kapitel 3, Abschnitt 8 des Umweltgesetzes). Das Einsatzgebiet ist auch vom Landesinteresse der Gesamtverteidigung mit besonderen Beschränkungen der Behinderungsfreiheit (Kapitel 3 § 9 Umweltgesetzbuch) betroffen.

Die Nulloption

Die Alternative zur Durchführung der beantragten Maßnahmen ist, dass keine Tätigkeit stattfindet. Dies würde bedeuten, dass die Umweltfolgen aufgrund der beantragten Tätigkeit nicht eintreten würden. Die Null-Alternative bedeutet auch, dass die Bodenschätze in der Gegend nicht ausgebeutet werden können. Da die Gesellschaft für den Übergang zu einem nachhaltigen Gesellschaftsmodell weiterhin einen Bedarf an Mineralien hat, muss dieser Bedarf durch verstärkte Importe aus China gedeckt werden, was global gesehen zu höheren Emissionen von Treibhausgasen führen würde. Darüber hinaus bedeutet die Null-Alternative, dass dem Ort die Arbeitsplätze entgehen, die durch den Bergbau geschaffen werden können.

GESCHÄFTSBESCHREIBUNG _

Überblick

Die nachstehende Beschreibung stellt eine Zusammenfassung der Tätigkeiten dar, auf die sich der Antrag bezieht. Eine detailliertere Beschreibung der Operation finden Sie im TB.

Das Hauptgeschäft besteht aus dem Abbau und der Aufbereitung von Graphiterz.

Der geplante Abbau des Erzkörpers soll über sechs Tagebaustufen erfolgen. Die Arbeiten in diesem Teil bestehen hauptsächlich aus Bohren und Sprengen, Handhabung von Abfallgestein, Aufbereitung, Handhabung von Aufbereitungssand und Transport. Bohrungen, Sprengungen und die Handhabung von Erz und Abfallgestein sollen in den Monaten April bis September stattfinden, und die Aufbereitung, der externe Transport und die Handhabung von Aufbereitungssand werden das ganze Jahr über stattfinden.



Übersichtskarte des geplanten Tagebaus

Erzabbau

Das Abbaufverfahren wird hauptsächlich aus konventionellen Abbaufverfahren im Tagebau mit üblichen Arbeiten mit LKW und Schaufel bestehen. Insgesamt ist der Betrieb für die Gewinnung und Aufbereitung von bis zu 120.000 Tonnen Erz pro Jahr geplant. Die im Begleitmaterial für den Antrag angegebenen Folgenabschätzungen basieren auf einem durchschnittlichen Abbau und einer Aufbereitung von 100.000 Tonnen Erz pro Jahr. Die Einschätzungen sind konservativ und vorsichtig, d.h. Worst-Case-Szenario-Bewertungen unter Verwendung maximaler Produktionsraten. Die Produktion kann für bestimmte Jahre auf maximal 120.000 Tonnen steigen. Für Jahre mit einer höheren Produktion sind keine signifikanten Unterschiede in den Umweltauswirkungen im Vergleich zu Jahren mit einer Produktion von bis zu 100.000 Tonnen zu erwarten. Die Verpflichtungen und vorgeschlagenen Bedingungen, die Talga im Antrag vorgelegt hat, gelten auch für Jahre mit einer überdurchschnittlichen Produktion.

Der Betrieb soll in den Tagebaustufen 1 und 2 beginnen, die schließlich zu einer einzigen größeren Tagebaugrube zusammenwachsen, die aus den Tagebaustufen 1-4 besteht. Die verbleibenden Tagebauphasen 5 und 6 sollen nach dem Abbau 1-4 der Reihe nach verarbeitet werden.

Mit der Inbetriebnahme beginnt die Landvorbereitung, bei der der Oberboden (Boden und Moräne) der Hauptabbaugebiete für die Etappen 1 und 2 abgetragen und nach Möglichkeit für den Bau von Verkehrswegen und weiterer Infrastruktur genutzt wird. Materialreste und Material aus späteren Etappen werden am Rand östlich von Etappe 4 im Boden- und Moränenlager abgelagert. Dieses Material wird für die zukünftige Wiederherstellung des Gebiets verwendet.

Es wird geschätzt, dass im Durchschnitt sechs Sprengungen pro Jahr für die Erzproduktion und 24 für den Abbau von Abfallgestein stattfinden, dies kann jedoch je nach Abbauzeitplan variieren. Die Sprengungen sollen an geplanten Wochentagen dazwischen stattfinden 07.00 und 18.00 Uhr und nach einem festen Warnsignal. Gelegentlich kann es erforderlich sein, kleinere Sprengungen durchzuführen. Blast-Benachrichtigungen werden zunächst allen Betroffenen zur Verfügung gestellt und dann kontinuierlich, wenn sie sich für den Erhalt laufender Benachrichtigungen anmelden.

Nach dem Sprengen wird das Erz zur Zerkleinerung in einen mobilen Vorbrecher transportiert, der sich entweder im Industriegebiet oder im Tagebau befindet. Da die Primärzerkleinerung Teil des Bergbaus und der Erzgewinnung aus den Tagebaugruben ist, wird diese Tätigkeit nicht ganzjährig durchgeführt.

Ein kleinerer Teil des Erzes wird bei Bedarf im Block-Mining abgebaut. Der Prozess ist relativ einfach und beginnt mit dem Räumen mit einem Bulldozer. Sobald die flache Oberfläche vorbereitet ist, beginnt das Sägen, die Abschnitte in Längsrichtung zu spalten. Wenn alle Längsschnitte abgeschlossen sind, wird die Sägeausrüstung um 90 Grad gedreht und das Sägen wird fortgesetzt, wodurch ein Gittermuster entsteht. Wenn das Gitter fertig gesägt ist, wird ein letzter horizontaler Hinterschnitt gemacht, der die Blöcke freigibt. Nach der Befreiung werden die Blöcke zu einer Blocksägeanlage transportiert. Die Anlage wird sich um die im Block-Mining-Verfahren gewonnenen Graphitblöcke kümmern. Die Anlage sägt Graphitblöcke unterschiedlicher Abmessungen in kleinere Scheiben, bevor sie verpackt und zu einer Verarbeitungsanlage transportiert werden.

Halfter

Das Graphiterz in Nunasvaara Södra hat einen sehr scharfen geologischen Kontakt mit den Lithologien des Bettwalls und des Hangenden (umgebendes Gestein). Das bedeutet, dass es während des Betriebs sehr einfach sein wird, zwischen Erz und taubem Gestein zu unterscheiden. Das Hangende und das Liegende haben normalerweise eine Zone von 1-2 Metern von der Kontaktstelle entfernt, in der sehr geringe Graphitgehalte von weniger als 3 Prozent gefunden werden können. Der Graphitgehalt dort ist zu gering, um verarbeitet zu werden, weshalb das Material in dieser Zone als taubes Gestein eingestuft und zum Sand- und tauben Lager gebracht oder im Tagebau wieder verfüllt wird. Aufgrund der sehr kurzen Graphitzone im Hangenden und im grauen Grundgestein wird kein Graphit im Tagebau verbleiben, außer in der Tiefe, da sich der Graphitkörper bis unter die Tiefe der vorgeschlagenen Tagebaue erstreckt.

Die Graphitgehalte im Erzkörper sind überwiegend extrem hoch, im Durchschnitt etwa 25 Prozent, und daher wird geschätzt, dass der Großteil des Erzkörpers abgebaut und verarbeitet wird. Es sollte

jedoch darauf hingewiesen werden, dass es innerhalb dieses Durchschnittsgehalts variable Gehalte zwischen 10 und 40 Prozent Graphit gibt.

Grenzerz, d. h. Erz mit einem Graphitgehalt am unteren Ende des oben erwähnten Bereichs von 10 bis 40 Prozent Graphit, wird während der gesamten Lebensdauer der Mine aus Tagebauen gefördert, da es ungleichmäßig im gesamten Erzkörper verteilt ist. Das marginale Erz wird extrahiert und gegebenenfalls mit anderem Erz gemischt, um eine kontinuierliche Versorgung des Konzentrators mit Erz geeigneter Qualitäten sicherzustellen. Das marginale Erz wird innerhalb des Betriebsgebiets auf einer befestigten Oberfläche mit Regenwassersammlung gelagert.

Abfallwirtschaft

Gråberg entsteht, wenn Erz im Tagebau entladen wird. Graues Gestein, das im Laufe der Zeit möglicherweise Säure bildet, ist schlechtes Gestein, das abgebaut werden muss, um an das Erz zu gelangen. Talgas Ansatz ist, dass potenziell säurebildendes graues Gestein nicht bei Bauarbeiten oder in der lokalen Infrastruktur verwendet werden sollte. Er wird aus dem Tagebau nach oben transportiert und zusammen mit dem Anreicherungssand in einem kombinierten Sand- und Abraumlager gelagert. Das Beladen und Transportieren erfolgt mit Planiertrauben, Baggern, Schuhladern und Muldenkippern der entsprechenden Größe. Das Sand- und Graugesteinlager ist für einen Betrieb von 11 Jahren geplant. In den ersten drei Tagebauen wird anschließend anfallendes graues Gestein und Anreicherungssand wieder verfüllt.

Anreicherung

Durch den Aufbereitungsprozess wird Graphit aus dem Erz gewonnen und verarbeitet. Das Erz in Nunasvaara Södra enthält hohe Anteile an Graphit, silikatgrauem Gestein und kleinere Mengen an Sulfidmineralien. Das in der primären Brechanlage zerkleinerte Erz wird in einem Lager für unsortiertes Erz gelagert, von wo es zu einer sekundären Brechanlage transportiert wird. Das zerkleinerte Erz gelangt dann in einen Mühlenkreislauf, wo es mit recyceltem Prozesswasser aus der Aufbereitung aufgeschlämmt und gemahlen wird. Gemahlenes Erz mit der richtigen Partikelgröße gelangt dann in den Flotationskreislauf. Konzentrat aus der Primärflotation wird einer Feinstmühle zugeführt. Die Feinstmahlung ermöglicht die Freisetzung von Graphit in mehreren Flotationsschritten. Natriumsilikat (Wasserglas) wird in den Aufbereitungsschritten zugesetzt, um den Anteil an unraffiniertem Material zu reduzieren. Das Produkt des Aufbereitungsprozesses ist das reine Graphitkonzentrat.

Bei Inbetriebnahme des Konzentrators werden für die Erstbefüllung der Anlage 4.500 m^3 Wasser benötigt. Die Quelle dieses Wassers ist hauptsächlich vor Ort gesammeltes Wasser, aber wenn dies nicht ausreicht, werden bis zu 4.500 m^3 Wasser aus Hosiojärvi mit einer Rate von weniger als 1.000 m^3 pro Tag entnommen. Nach dieser ersten Füllung wurde berechnet, dass für die gesamte Lebensdauer der Mine kein zusätzliches Wasser aus Hosiojärvi entnommen werden muss. Die Einrichtung zur Ableitung von Oberflächenwasser bleibt jedoch bestehen. Sollte zukünftig die Notwendigkeit bestehen, Oberflächenwasser abzuleiten, wird Talga die Aufsichtsbehörde gemäß § 19 § 10 p der Verordnung (1998:1388) über Wasseraktivitäten informieren.

Umgang mit Abraumsand

Tailings aus der primären Flotation und Reinigung werden in einem Tank zur Verdünnung zu einer Aufschlämmlung zusammengeführt, bevor sie einem Eindicker zugeführt werden. Zur Entwässerung der Tailings wird eine Kombination aus Eindickung und Filtration eingesetzt. Nach der Filtration

Übersichtskarte geplantes Einsatzgebiet

Wege

An der Kreuzung von E45 und Nunasvaaravägen wird die E45 verbreitert, um eine Überholspur und eine sichere Ausfahrt von der E45 nach Nunasvaaravägen aus dem Westen zu ermöglichen. Die einzige Nunasvaara-Straße, die mit der E45 verbunden ist, wird verbreitert und ausgebaut.

Eine Verbindung zwischen Nunasvaaravägen und dem Industriegebiet muss gebaut werden. Die Straße muss eine befahrbare Breite von 6,5 Metern mit Gräben von 1,3 Metern auf beiden Seiten haben. Außerdem muss es eine Höhe von mindestens 1,2 Metern haben, bei Waschbecken kann jedoch eine höhere Höhe erforderlich sein.

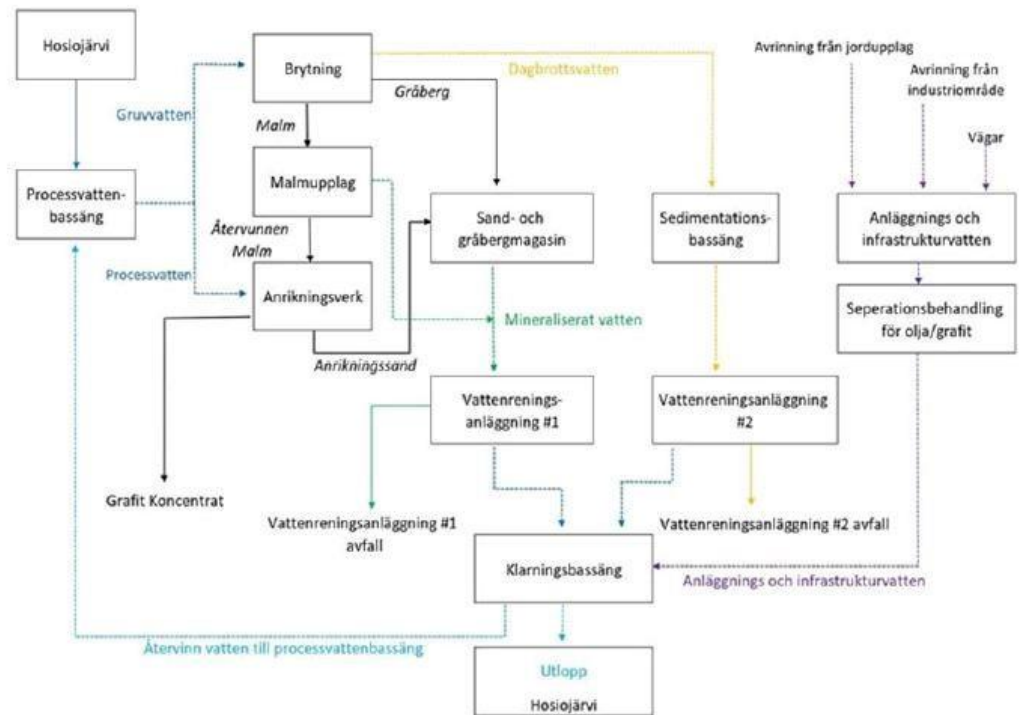
Innerhalb des Betriebsgebietes werden Straßen zwischen den Tagebauen, dem Sand- und Gesteinslager, dem Industriegebiet und anderen Anlagen gebaut. Diese Straßen werden eine befahrbare Breite von 13 Metern haben, damit sich der Bergbauverkehr in entgegengesetzte Richtungen sicher treffen kann. Die Gesamtbreite dieser Straßen, einschließlich Seitenneigungen und Gräben auf beiden Seiten, beträgt je nach Topographie des Einsatzgebiets typischerweise etwa 26 Meter.

Sonstig

Trinkwasser für den Betrieb wird durch den Bau eines Brunnens bereitgestellt. Das Sanitärwasser wird gesammelt und in einer Kläranlage mit Schlammabscheidung und Sickerbett aufbereitet.

Wasserverwaltung*Überblick*

Das Wassermanagement innerhalb des Gebiets zielt darauf ab, sauberes Wasser von der Umgebung hinter dem Betriebsgebiet abzuschirmen, das gesamte möglicherweise kontaminierte Wasser innerhalb des Betriebsgebiets zu sammeln und zu reinigen, Wasser innerhalb des Prozesses wiederzuverwenden, wenn dies möglich ist, und behandeltes überschüssiges Wasser abzugeben. Das Betriebsgebiet wird Wasser handhaben, das aus mehreren verschiedenen Quellen stammt und an mehrere verschiedene Orte innerhalb des Gebiets geleitet wird.



Das meiste Wasser im System stammt von der Kreisverwaltung der Tagebaue.

Wasserhaushaltsberechnungen wurden für die Produktionssysteme für die Jahre 0 (Bauphase), 1, 2, 5, 10 und 20 durchgeführt. Das Ergebnis zeigt, dass der Wasserhaushalt im System in verschiedenen Produktionsphasen variiert. Insgesamt weist die Anlage jedoch über alle Produktionsstufen hinweg eine positive Wasserbilanz auf. Generell nimmt der Wasserabfluss über die Jahre zu, wobei der maximale Abfluss im Jahr 20 530.000 m³ beträgt, was 1.452 m³ pro Tag entspricht. Hervorzuheben ist, dass die getroffenen Einschätzungen zum Wasserhaushaltsmodell und den Anlagen zur Wasseraufbereitung auf einem konservativen Szenario beruhen. Es ist möglich, dass die Einrichtungen während der detaillierten Planung kleiner sind als diese Bewertungen zugrunde gelegt wurden.

Der Konzentrator recycelt Prozesswasser intern, um den Verbrauch von Wasser und Reagenzien zu minimieren.

Wasseraufbereitungsanlage, Umgang mit Oberflächenwasser sowie Öl- und Graphitabscheidung

Zwei Wasseraufbereitungsanlagen werden gebaut, um Wasser aus mehreren Quellen innerhalb des Gebiets aufzubereiten. In der Wasseraufbereitungsanlage 1 wird das Wasser aus dem Industriegebiet und dem Sand- und Schüttgesteinspeicher aufbereitet, während in der Wasseraufbereitungsanlage 2 das Wasser aus der Entwässerung der Tagebaustufen aufbereitet wird.

Um nicht kontaminiertes Wasser abzuschirmen und kontaminiertes Wasser zu sammeln, werden Gräben und Vorsprünge rund um die gesamte Infrastruktur in dem Gebiet gebaut. Gräben und Felsvorsprünge werden an ansteigenden Hängen gebaut, um Wasser abzuschirmen und so zu verhindern, dass Wasser in die Tagebaugruben, die Sand- und Abraumlager, das Industriegebiet und andere relevante Infrastruktur eindringt. Gräben und Felsvorsprünge werden auch an abschüssigen Hängen gebaut, damit kontaminiertes Wasser zur Behandlung in der Wasseraufbereitungsanlage gesammelt werden kann, bevor es im Prozess verwendet oder abgeleitet wird.

Das aus dem Industriegebiet und den Rampen gesammelte Regenwasser wird zu einer Öl- und Graphittrennanlage gepumpt, die Ölprodukte und schwebende Graphit- und andere Sedimente aus dem Wasser entfernt. Der Prozess besteht aus der Ölabscheidung und der Sedimentation von Schwebeteilchen in Wasser. Restprodukte aus dieser Einrichtung werden von einem zugelassenen Auftragnehmer in einer zugelassenen Einrichtung gesammelt und entsorgt.

Sedimentationsbecken und Kreisverwaltung des Tagebaus

Der Zweck des Sedimentationsbeckens besteht darin, kontaminiertes Wasser aus den Tagebauen zu sammeln und anschließend suspendierte Graphit- und Sedimentpartikel aus dem Wasser zu trennen. Die Tagebaugruben müssen eingedämmt werden, damit sie nicht überschwemmt werden. Der Zufluss zu den Tagebauen wird bei Vollausbau in der Größenordnung von $1.600 \text{ m}^3/\text{Tag}$ im Jahresdurchschnitt während eines normalen Jahres geschätzt. Die Zahl beinhaltet einen geschätzten Niederschlag auf der Tagebauoberfläche von $100 \text{ m}^3/\text{Tag}$. Die Wartung des Landkreises erfolgt mit Pumpen und Leitungen aus den Tagebaugruben mit Abfluss in das Sedimentationsbecken. Das Fassungsvermögen des Sedimentationsbeckens beträgt ca. 10.500 m^3 , was der erforderlichen Kapazität entspricht, um die maximale Wassermenge aufzunehmen, die im Jahr 24/25 aus den Tagebauen gepumpt wird.

Der errechnete Zufluss ist keine absolute Grenze, sondern eine Abschätzung, die auf Grund der Kenntnis der Grundwasserverhältnisse getroffen wurde. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Bruchstellen oder ähnliches zu einer höheren Leckage führen. In diesem Fall wird erwartet, dass es für kürzere Zeiträume auftritt, wenn der Abbau in den tiefsten Teilen des Tagebaus im Gange ist und vorausgesetzt, dass die derzeit angezeigten Bruchzonen wasserführend sind. Höhere Versickerungen und damit abzuleitende Wassermengen ergeben sich naturgemäß während der Schneeschmelze, während während der restlichen Abbauzeit geringere Ableitungsmengen angenommen werden. Bei einer höheren Leckage muss eine Ableitung des Wassers möglich sein, da sonst der Bergbaubetrieb eingestellt werden müsste. Wenn in der Genehmigung eine feste Ableitungsmenge festgelegt werden sollte, müsste diese so hoch angesetzt werden, dass sie für die Beurteilung der voraussichtlich zu erwartenden Grundwasserauswirkungen der Tätigkeit nicht relevant ist. In der Praxis ist es auch nicht möglich, zu unterscheiden, was Grundwasser und was Oberflächenwasser ist, zum Beispiel in Verbindung mit ergiebigen Niederschlägen, die schnell viel Oberflächenwasser erzeugen.

Die Auswirkungen auf das Grundwasser werden begrenzt. Im Rahmen des Kontrollprogramms werden die Grundwasserstände überwacht.

Klärbecken

Der Zweck des Absetzbeckens besteht darin, das gesamte Wasser aus den Wasseraufbereitungsanlagen zu sammeln. Im Klärbecken wird sichergestellt, dass das Wasser eine ausreichend gute Qualität behält, bevor es in Hosiojärvi eingeleitet oder zur Verwendung im Anreicherungsprozess in das Prozesswasserbecken gepumpt wird. Das Absetzbecken wird mit einer Kapazität von ca. 12.000 m^3 gebaut, was der maximal benötigten Lagerkapazität entspricht um all das Wasser zu halten, das von den Einrichtungen kommt, die dort ihren Ausgang haben.

Prozesswasserbecken

Der Zweck des Prozesswasserbeckens besteht darin, einen geeigneten Wasserzufluss zum Konzentrator aufrechtzuerhalten, was eine stabile Wasserquelle erfordert. Das Prozesswasserbecken

wird mit einem Fassungsvermögen von ca. 1.000 m³ gebaut, was der maximalen Speicherkapazität entspricht, die benötigt wird, um rund um die Uhr einen stabilen Zufluss zur Anreicherungsanlage mit 20 Prozent Pufferkapazität aufrechtzuerhalten.

Pumpgruben

Es werden Pumpgruben gebaut, um kontaminiertes und nicht kontaminiertes Wasser aus verschiedenen Einrichtungen in der Umgebung zu sammeln, bevor das Wasser zur Behandlung oder Lagerung in die entsprechende Einrichtung gepumpt wird.

Rohstoffe und Chemikalien

Beim Bau und Betrieb sowie beim Rückbau und Ausbau werden natürliche Ressourcen im Unternehmen eingesetzt. Diese natürlichen Ressourcen bestehen unter anderem aus Materialien für den Bau von Anlagen und Infrastruktur, Wasser, Betriebsmittel und Energie. Größtenteils wird die Moräne aus der Umgebung für den Bau verwendet werden können, aber einige Arten von Material müssen von externen Quellen eingebracht werden. Das für den Prozess benötigte Wasser wird intern recycelt und aus aufbereitetem Überschusswasser gewonnen.

Chemikalien werden z. der Anreicherungsprozess und die Wasserreinigung, u.a. Natriumsilikat, Kerosin, MIBC (Schaumbildner) und Flockungsmittel. Sprengstoffe werden für den Abbau in der Mine verwendet. Im Durchschnitt werden schätzungsweise rund 120 Tonnen Sprengstoff pro Jahr eingesetzt. Zu jedem Zeitpunkt fallen jedoch weniger als 10 Tonnen in dem Unternehmen an, was bedeutet, dass das Unternehmen nicht unter die Seveso-Gesetzgebung fällt.

Transport

Ein- und ausgehender Verkehr wird Nunasvaaravägen verwenden, das mit der E45 verbunden ist. Nach der Inbetriebnahme besteht der ankommende Transport hauptsächlich aus Lieferungen von Treibstoff, Reagenzien und Verbrauchsmaterialien, aber auch aus Personentransporten. Abgehende Lieferungen an die Verarbeitungsanlage bestehen aus Graphitkonzentrat. Der interne Transport besteht u.a. LKW-Transport von gesprengtem Erz, primär gebrochenem Erz, Abfallgestein und Anreicherungsand rund um das Betriebsgebiet.

Energieverbrauch

Der Geschäftsbereich ist so konzipiert, dass er höchste Ansprüche an Energieeffizienz und minimale Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen erfüllt. Die Hauptenergiequellen für den Betrieb des Areals sind Strom und Dieselkraftstoff.

Talga wird Folgendes anstreben:

- Einsatz der besten verfügbaren Technik (moderne, hocheffiziente, emissionsarme Geräte) für Standortaktivitäten, wo immer möglich.
- Einsatz von Alternativen zu fossilen Kraftstoffen wie Biodiesel zu mindestens 25 Prozent der Gesamtmenge. Wenn möglich, wird ein höherer Anteil an Biokraftstoffen verwendet.
- Eine effektive Minenplanung, d.h. sicherzustellen, dass Transportwege, Materialbewegungen und Gewinnung so effizient wie möglich durchgeführt werden.
- Eine gut geplante und effiziente Bohr- und Sprengroutine, d.h. sicherzustellen, dass das Bohren und Sprengen so durchgeführt wird, dass das gesprengte Gestein die richtige Größenfraktion für die weitere Verarbeitung hat

Der Energieeinsatz besteht aus Strom, vor allem für den Betrieb der Anreicherungsanlage, sowie Dieselmotorkraftstoff für den Betrieb von Maschinen und Fahrzeugen. Der Stromverbrauch wird auf ca. 40 GWh pro Jahr und der Dieselmotorkraftstoffverbrauch auf ca. 340 m³ pro Jahr intern und ca. 120 m³ pro Jahr für den Transport des Produkts zur geplanten Verarbeitungsanlage in Luleå geschätzt. Der geplante Betrieb ist derzeit durch die vorhandene Strominfrastruktur des örtlichen Stromnetzes begrenzt. Da keine zusätzliche Kapazität aus dem lokalen Stromnetz vorhanden ist, ist es nicht möglich, elektrische Bergbaumaschinen zu betreiben, bis eine neue Hochspannungsleitung gebaut wird. Talga plant, eine umfassende Studie über die Machbarkeit des Aufbaus der erforderlichen Infrastruktur durchzuführen und die mit dem Bau und Betrieb einer vollständig elektrifizierten Mine verbundenen Kosten zu verstehen und sich in der Zwischenzeit darum zu bemühen, andere Energiequellen mit geringen Treibhausgasemissionen zu nutzen.

Abfall

Bergbauabfälle

Im Betrieb anfallende mineralische Abfälle (industriespezifische Abfälle) bestehen aus Abfallgestein, Aufbereitungssand und Klärschlamm. Das Abfallgestein und der Abraumsand wurden als potenziell säurebildend eingestuft und werden in einem kombinierten Sand- und Abfallgesteinreservoir mit Sammlung und Behandlung von Sickerwasser gelagert, um zu verhindern, dass sich die Kontamination auf den Empfänger ausbreitet. Die Abfälle der ersten elf Betriebsjahre der Mine müssen im Sand- und Steinbruchlager deponiert werden. In den ersten drei Tagebauen wird anschließend anfallendes graues Gestein und Anreicherungsand wieder verfüllt. Die Abfallbewirtschaftung erfolgt gemäß dem betrieblichen Abfallbewirtschaftungsplan, der gemäß § 29 der Verordnung (2013:319) über Abbauabfälle auf dem neuesten Stand gehalten wird.

Andere Abfälle

Beim Betrieb des Betriebes fallen auch branchenfremde Abfälle an, zum Beispiel Klärschlamm, Metalle, brennbare Abfälle, Kunststoffe, Wellpappe und Verpackungsmaterial aus Holz. Gefährliche Abfälle, die im Betrieb anfallen, bestehen unter anderem aus Altöl, Ölschlamm, Ölfiltern, gebrauchten Lappen und absorbierenden Materialien usw. Solche Abfälle werden gemäß den geltenden Vorschriften gehandhabt, gelagert und entsorgt, um zu verhindern, dass Verschmutzungen durch Verschütten auf den Boden und das Grundwasser übertragen werden.

Konstruktionsphase

Falls die erforderlichen Genehmigungen zu einem solchen Zeitpunkt vorliegen, dass die Bauphase nach dem Tauwetter im Frühjahr beginnen kann, wird sie voraussichtlich etwa 12 bis 18 Monate vom Beginn der Landbearbeitung bis zum Beginn der Anreicherung dauern. Für den Fall, dass die Bauphase nicht kurz nach dem Frühjahrstau beginnen kann, wird die Bauphase stattdessen voraussichtlich etwa 18-24 Monate dauern.

Die Transporte im Zusammenhang mit der Bauphase sind temporär und daher sind etwaige Störungen nur temporär. Störungen werden durch klare Informationen und durch Rücksprache mit den betroffenen samischen Dörfern vermieden. Die Transporte werden auch für Teile des Jahres geplant, in denen die Auswirkungen auf die Rentierhaltung begrenzt werden können.

Die Bauarbeiten beinhalten in der Regel das Fällen von Bäumen, danach werden Mutterboden und ein Teil der Moräne entfernt, bevor die Fundamente der Anlagen gelegt werden. Erdarbeiten und Sprengungen, Bau von Gebäuden, Gräben und Rohrverlegung werden ebenfalls durchgeführt. Baumaterialien werden vor Ort und aus möglichst nahe gelegenen Steinbrüchen gesammelt.

Die Bauzeit ist aufgrund von z.B. folgende Faktoren:

- Jahreszeit; Schneedecke und Winterbedingungen verhindern bestimmte Aktionen während bestimmter Winterzeiten (z. B. Betonieren).
- Rentieraktivitäten; Talga beabsichtigt, die Auswirkungen von Baumaßnahmen auf die Rentierhaltung in der Umgebung so weit wie möglich zu begrenzen.
- Zeitpunkt der erforderlichen Genehmigungen; Die Zeit des Jahres, in der die entsprechenden Genehmigungen eingeholt und der Zugang zum Gelände ermöglicht wird, kann die Maßnahmen einschränken, die im ersten Baujahr abgeschlossen werden können.

Talga kann in Bezug auf die Bauphase Folgendes übernehmen:

- Die Saisonalität von Bau und Betrieb wird ähnlich sein.
Zu anderen Zeiten als April-September finden keine Sprengungen statt.
- Während eines Winters werden die Erdarbeiten und der Bau in den Monaten Oktober bis
- Dezember fortgesetzt. Talga verpflichtet sich, zusätzlich zu der jährlichen Konsultation, die das Unternehmen als Bedingung für den Antrag vorgeschlagen hat, vor diesem Zeitraum spezielle Konsultationen mit den Sami-Dorfs Talma und Gabna durchzuführen.

Je nach Jahreszeit der Genehmigungserteilung können bergbauliche Maßnahmen parallel zu Baumaßnahmen stattfinden. Ziel ist es, das notwendige Material für den Bau des Sand- und Abraumlagers zu beschaffen sowie Graphiterz für die Inbetriebnahme der Aufbereitungsanlage zu lagern.

S BESONDERS ÜBER DIE WASSERAKTIVITÄTEN

Betroffene Liegenschaften und Liegenschaftseigentümer

Grundwasserumleitung und genehmigungspflichtige Anlagen betreffen Kiruna

Der Steinbruch 2:1. Im Einflussbereich für die Grundwassereinleitung wurden keine sensiblen Objekte identifiziert. Die Umleitung von Oberflächenwasser aus Hosiojärvi mit Einrichtungen und das Auffüllen von Oberflächenwasser innerhalb des kombinierten Sand- und Grausteinreservoirs betrifft Kiruna Vittangi 21:2. Die Wiederauffüllung des Oberflächenwassers innerhalb des kombinierten Sand- und Grausteinreservoirs wirkt sich auch auf Kiruna Vittangi 43:5 aus.

Es wird davon ausgegangen, dass die Wasseraktivitäten nur die Eigenschaften beeinträchtigen, in denen sie ausgeführt werden. Neben den Grundstückseigentümern ist Talma Sameby Eigentümerin als Inhaberin eines Sonderrechts an den Grundstücken Kiruna Stenbrottet 2:1 und Kiruna Vittangi 21:2 und 43:5.

Einfallsreichtum

Talga hat nach Vereinbarung Wasserrechte auf den Grundstücken Kiruna Stenbrottet 2:1 und Kiruna Vittangi 21:2 und 43:5. Die Nutzungsrechtsvereinbarungen, auf die sich Talga zur Unterstützung des Rechts auf Wasser berufen hat, haben eine Laufzeit von 50 Jahren ab dem 18. Mai 2020, 19. Mai 2020 und 11. April 2022 Mietvertrag verlängert sich dann. Talga verfügt somit ab dem 18. Mai 2020 für mindestens 50 Jahre über die erforderliche wasserrechtliche Befugnis in dem Gebiet. Die aktiven

Wasserbetriebe, die der geplante Betrieb umfasst, werden mit dem Ende der Bezirksverwaltung der Tagebaue enden. Die County Holding wird voraussichtlich ca. dauern 25 Jahre, was bedeutet, dass während des Zeitraums, in dem Talga Wasseroperationen durchführen wird, eine Verfügbarkeit mit einer Marge besteht. Für den Fall, dass das Landes- und Umweltgericht eine Befristung der Erlaubnis auf die ursprüngliche Geltungsdauer der Nutzungsvereinbarungen, d.h. bis zum 18. Mai 2070 hat Talga nichts dagegen.

Unvorhergesehener Schaden

Etwaige Schäden durch die nun angestrebten Wasseraktivitäten sind nicht absehbar. Talga schlägt vor, die Frist für die Geltendmachung von Ersatzansprüchen für unvorhergesehene Schäden auf 5 Jahre ab Ende der Arbeitszeit festzulegen.

V ILL KREUZDISKUSSION

Klima und Emissionen in die Luft

Allgemein

Luftemissionen aus den geplanten Aktivitäten in Nunasvaara Södra bestehen hauptsächlich aus Emissionen von dieselmotriebenen Fahrzeugen in der Gegend, Gasemissionen von Sprengungen und Staub. Es wurde eine Bewertung der erwarteten Emissionen des Betriebs in die Luft und der Auswirkungen auf das Klima durchgeführt. Die Emissionen aus dem Betrieb werden als gering eingeschätzt und tragen nicht zur Überschreitung von Umweltqualitätsnormen bei.

Hohe Gasemissionen von Treibhausgasen bedeuten eine geringfügige Erhöhung von ca. 0,2 Prozent des Gesamtbeitrags der Bergbauindustrie in Schweden. Im Betrieb müssen Maschinen eingesetzt werden, die mindestens die Anforderungen nach Euro Stage IV erfüllen. Um die Auswirkungen des Betriebs auf das Klima zu reduzieren, wird auch die Möglichkeit untersucht, zusätzlich zu dem, was in konventionellem Kraftstoff für Maschinen und Transport enthalten ist, eine Beimischung von erneuerbarem Kraftstoff zu verwenden.

Abstauben

Es wird geschätzt, dass Staub hauptsächlich durch interne und externe Transporte entsteht, da die Straßen zum und innerhalb des Einsatzgebiets nicht mit Asphaltbelag geplant sind. Staub kann beispielsweise auch beim Zerkleinern von Steinen sowie beim Be- und Entladen und Umschlagen von Abfallgestein, Erz und Anreicherungsand entstehen. Die Konzentrattransporte aus der Anlage erfolgen in überdachten Transporten und gelten daher als staubfrei. Bei trockenem Wetter in Kombination mit starkem Wind steigt die Staubbildungsgefahr. Im Winter wird in den Tagebauen nicht gearbeitet und das Gebiet ist schneebedeckt, was bedeutet, dass in dieser Jahreszeit keine Staubbildung zu erwarten ist.

Es wird vorgeschlagen, die Staubbildung im Rahmen des Kontrollprogramms des Betriebs zu überwachen.

Um das Stauben beim Transport auf Schotterpisten in der näheren Umgebung zu verhindern, können diese gewässert und behandelt werden, wenn das Stauben bei trockenem und windigem Wetter störend wird. Eine vorbeugende Maßnahme ist die regelmäßige Wartung und Reinigung von staubigem Material von Straßen. Auch beim Sprengen und Brechen im Tagebau kann Wasser zur Staubreduzierung eingesetzt werden. Der Anreicherungsprozess findet im Innenbereich in Räumlichkeiten statt, in denen eine Partikelabscheidung installiert ist. Talga schlägt vor, dass das

Gericht eine Bedingung für den Betrieb vorschreibt, und das Unternehmen ist der Ansicht, dass die Bedingung ausreicht, um die mit dem Stauben verbundenen Umweltfolgen zu bewältigen.

Geruch

Gerüche können entstehen, wenn gebrochenes Gestein mit hohem Sulfidgehalt so gelagert wird, dass es oxidieren und verwittern kann. Das Risiko von Geruchsbelästigungen durch Erz- und Abraumhalden wird als sehr gering eingeschätzt. Es ist daher nicht zu erwarten, dass es zu Auswirkungen auf umliegende Interessen, einschließlich Anwohner und Aktivitäten im Freien, kommt

Ins Wasser geben

Das geplante Betriebsgebiet von Talga in Nunasvaara/Hosiorinta wird in Richtung des Hosiojärvi-Sees entwässert. Der See wird über einen kleineren Bach (East Stream) entwässert und westlich von Nunasvaara/Hosiorinta gibt es einen weiteren kleineren Bach (West Stream). Beide Bäche münden in den Torne-Fluss, der Teil des Natura 2000-Gebiets Torne- und Kalix-Flusssystem ist. Weder die Bäche noch der See Hosiojärvi sind laut Wasserverwaltung Gewässer, sondern werden als sogenannte andere Gewässer bezeichnet. Für diese Gewässer gibt es daher keine festgelegten Umweltqualitätsnormen. Der Hosiojärvi-See gehört nicht zum Natura 2000-Gebiet.

Die Ableitung von überschüssigem Wasser aus dem Betrieb betrifft Hosiojärvi, Östra bäcken und Torne älv, aber nicht Västra bäcken. Beide Bäche werden hydrologisch durch niedrigere Abflüsse aufgrund von Grundwasserabsenkungen beeinträchtigt, die durch den Tagebaubetrieb des Landkreises verursacht werden. Im Bach Östra wird der Abflussverlust dadurch kompensiert, dass die Abflüsse vom Auslass von Hosiojärvi zum Bach Östra durch die Freisetzung von überschüssigem Wasser zunehmen.

Talga wird Schutzmaßnahmen ergreifen, um die Auswirkungen auf Oberflächengewässer zu minimieren, um sicherzustellen, dass der Fluss Torne geschützt ist und die Auswirkungen auf andere Wasserläufe begrenzt sind. Zu den wichtigen Vorsorgemaßnahmen gehört, das Betriebsgebiet so zu gestalten, dass alle Tätigkeiten innerhalb eines Teils des Einzugsgebiets stattfinden und dass das gesamte Betriebswasser, einschließlich des Drainagewassers aus dem Sand- und Steinbruchreservoir, gesammelt und behandelt wird, bevor es eingeleitet wird. Es wird davon ausgegangen, dass die Aktivität mit den getroffenen Schutzmaßnahmen keine Auswirkungen auf den Fluss Torne hat. Die angewandte Bergbautätigkeit stellt keine Gefahr für die Trinkwasserquelle Vittangi dar.

Berechnungen zeigen, dass die Ableitung aus der angewandten Aktivität zu einer Veränderung der Wasserchemie in Hosiojärvi und im System Östra bäck führen wird. Vor allem die Gehalte an wenig toxischen Stoffen wie Sulfat, Calcium und Chlorid sollen steigen, aber auch die Gehalte der Nährstoffe Phosphor und Stickstoff sowie einiger Metalle sollen leicht ansteigen. Wie erwartet wird der Anstieg in Hosiojärvi am höchsten sein, zumindest bei Sulfat, Calcium und Chlorid. In Östra bäcken wird der Anstieg des Salzgehalts nicht so groß sein.

Aus diesem Grund schätzt Talga ein, dass das Risiko negativer Auswirkungen auf Wasserorganismen in Hosiojärvi nicht ausgeschlossen werden kann. In Östra bäcken hingegen geht trotz relativ hoher Sulfatgehalte die Bewertung davon aus, dass die veränderte Wasserqualität keine nennenswerte Gefährdung der Wasserorganismen darstellt.

Basierend auf den durchgeführten Sickerwasserproben in Kombination mit den Bewertungsrichtlinien in HVMFS 2019: 25 ist Talga der Ansicht, dass Kupfer, Nickel und Zink die relevantesten Substanzen sind, die begrenzt und überwacht werden müssen. Im Juni 2021 hat Talga Sweco aktualisierte Berechnungen für die Auswirkungen auf die Empfänger durchführen lassen. Die Berechnungen zeigen, dass im schlimmsten Fall (bei voller Produktion in 25) alle Stoffe außer Magnesium, Nickel und Zink niedrigere Werte im Empfänger aufweisen als bisher berichtet. Die Gehalte an Magnesium und Nickel steigen leicht an, aber der Anstieg ist gering und hat keinen Einfluss auf die zuvor berichtete Bewertung der Umweltrisiken. Der Zinkgehalt muss bei verschiedenen Strömungsszenarien ggf. genauer überwacht werden, wird aber als unterhalb der Bemessungsgrundlage des HaV eingeschätzt. Talga beabsichtigt, die Wasserqualität im Abfluss und im Vorfluter zu überwachen und kontinuierlich an Verbesserungen der Aufbereitungstechnik zu arbeiten

Talga schlägt vor, die Frage, welche endgültigen Bedingungen für die Freisetzung von Kupfer, Nickel und Zink aus dem Betrieb in Gewässer gelten sollen, auf einen Probezeitraum zu verschieben, in dem Talga eine Untersuchung durchführen soll, und während des Probezeitraums wird eine vorläufige Regelung vorgeschlagen anwenden.

Auswirkungen auf das Grundwasser

Talga hat die Hydrogeologie in einem definierten Untersuchungsgebiet untersucht. Im Untersuchungsgebiet gibt es keine ausgewiesenen Grundwasserkörper und somit keine zu berücksichtigenden Umweltqualitätsstandards. Auch befinden sich keine ausgewiesenen Grundwasserkörper in unmittelbarer Nähe der geplanten Tätigkeit. Der nächste Grundwasserkörper befindet sich auf der Südseite des Flusses Torne.

Beim Abbau im Tagebau wird gesprengt und unterhalb des Grundwasserspiegels ausgehoben, wodurch Grundwasser in den Tagebau einsickern wird. Um den Wasserstand im See und den Fluss in Östra bäcken aufrechtzuerhalten, wird gereinigtes Überschusswasser aus dem Betrieb in Hosiojärvi eingeleitet.

Zusammenfassend wird der Tagebau eine vorübergehende lokale Absenkung des Grundwasserspiegels in dem Gebiet bewirken, aber der Wasserspiegel im See und die Strömung in Östra bäcken werden nicht negativ beeinflusst, da dem Bach und dem See überschüssiges Wasser zugeführt wird. Weder der ausgewiesene Grundwasserkörper südlich des Torne-Flusses noch ein Gletschervorkommen östlich des Hosiojärvi-Sees werden voraussichtlich von der Operation betroffen sein. Die Folgen der Tätigkeit werden als gering bis mittel eingeschätzt. In diesem Teil wird keine besondere Bedingung vorgeschlagen.

Ernährung von Rentieren

Das geplante Einsatzgebiet befindet sich in einem Gebiet, das im Winter ein Rentierzuchtgebiet für das Dorf Talma Sami ist. Westlich und südlich des Einsatzgebietes Talma Sami Village und Gabna Sami Village sind Migrationsrouten und schwierige Passagen von nationalem Interesse für die Rentierhaltung ausgewiesen. Die vom Sami-Parlament benannten nationalen Interessen für die Rentierhaltung befinden sich ca. 200 Meter südlich der äußeren Grenze des Betriebsgebiets.

Talga geht davon aus, dass die Rentierhaltung in den Sami-Dorf Talma und Gabna Sami fortgesetzt werden kann und dass Schäden an der Rentierhaltung in erster Linie verhindert und minimiert

werden sollen. Um die Auswirkungen zu minimieren und eine enge Zusammenarbeit und einen Informationsaustausch zwischen dem Unternehmen und den betroffenen Rentierzüchtern zu gewährleisten, schlägt Talga vor, dass das Landes- und Umweltgericht die Bedingungen für den Betrieb bekannt gibt.

Kulturelle Umgebung

Bei Untersuchungen im Jahr 2018 wurden 18 neue Überreste gefunden, davon zwei antike Überreste und die restlichen 16 weitere kulturhistorische Überreste. 2019 wurden weitere zwölf kulturhistorische Überreste gefunden, jedoch keine antiken Überreste. Die beiden antiken Überreste befinden sich am Nunasvaaravägen und bestehen aus einem Herd und einer Hütte. Die kulturhistorischen Überreste bestehen aus drei kulturell geprägten Bäumen (zwei Rindengruben und ein Tintenfass), einem Räuchergerät, drei Hausfundamenten und Flächen mit Bergbauresten aus dem frühen 20. Jahrhundert Schürf- und Versuchsbergbau.

Die beiden Antiquitäten, der Herd und die Überreste der Scheune, werden während der Arbeiten, die in der unmittelbaren Umgebung durchgeführt werden, erhalten und geschützt. Von den kulturgeschichtlichen Überresten werden bis auf sieben alle erhalten bleiben können. Die nicht konservierbaren Reste befinden sich innerhalb des Bereichs, der durch den Tagebau und das geplante Sand- und Abraumlager abgedeckt wird.

Die Umgebung und die Überreste sind repräsentativ und beschreiben historische Funktionen und Kontexte für die Aktivitäten, die in der Gegend mit Rentierzucht und samischer Aktivität in der Gegend sowie späterer Exploration und Suche nach Erz stattfanden. Überreste dieser Art von Aktivitäten sind in der Gegend üblich und der Wert wird daher als mäßig bewertet. Alle anderen kulturhistorischen Überreste, die vom Verschwinden bedroht sind, bis auf einen, sind Überreste von Erkundungen, und die neue Aktivität wird eine zusätzliche Ebene im kulturhistorischen Kontext des Gebiets darstellen. Die Explorations- und Bergbaugeschichte des Gebiets wird weiterhin nachvollziehbar und durch das Vorhandensein von ungestörten Überresten sichtbar sein. Es werden keine antiken Überreste betroffen sein. Der Effekt wird daher als gering eingeschätzt. Der Wert für das kulturelle Umfeld in der Umgebung wird als mäßig und die Wirkung der Aktivität als gering eingeschätzt, die Folgen für das kulturelle Umfeld werden daher als gering eingeschätzt.

Es wird keine Bedingung bezüglich des kulturellen Umfelds für notwendig erachtet. Wenn eine Genehmigung für die geplante Aktivität ausgestellt wird und die Aktivität in dem Gebiet beginnt, sendet Talga eine Liste der Überreste, die entfernt oder von der Aktivität betroffen sind, an die Bezirksverwaltung. Falls eine Genehmigungspflicht nach dem Kulturmiljögesetz (1988:950) besteht, wird diese nach einem besonderen Verfahren beantragt.

Natürlichen Umgebung

Anlagen und Infrastruktur werden so platziert, dass naturbelassene Flächen möglichst gemieden werden, vor allem Flächen mit höchstem und hohem naturräumlichem Wert wurden bei der Verortung des Einsatzgebietes gemieden. Eine Bewertung der Folgen für die Naturwerte in der Umgebung wurde durchgeführt. Ein Gebiet mit hohem Naturwert (Klasse 2) wird teilweise betroffen sein, da dieses mit der Lagerstätte und damit dem Tagebau zusammenfällt. Ein Teil eines Gebietes mit materiellem und ein Teil eines Gebietes mit bestimmtem Naturwert wird auch vom Betriebsgebiet beansprucht. Für die im Einflussbereich befindlichen Naturwerte sind die Auswirkungen der Grundwasserabsenkung unerheblich, da diese Naturwerte nicht empfindlich auf

Grundwasserabsenkung reagieren. Die Auswirkungen auf die natürlichen Werte am Ufer von Hosiojärvi werden unbedeutend sein, da der Wasserstand beibehalten wird. Die Auswirkungen auf die Naturwerte in Östra bücken und Västra bücken werden als gering eingeschätzt.

Wenn möglich, können Maßnahmen ergriffen werden, um den natürlichen Wert nahe gelegener Gebiete mit derzeit bedeutendem natürlichem Wert zu erhöhen. Beispiele für solche Maßnahmen sind das Abtransportieren von Totholz aus der Fläche, die für den Betrieb gefällt wird. In Anspruch genommene Flächen werden, soweit möglich, während der Betriebszeit sukzessive wiederhergestellt. Bei der Fertigstellung des Areals wird auf bestehende geschützte Arten Rücksicht genommen. Insgesamt werden die Folgen für die Naturwerte als gering bis mittel eingeschätzt. Talga ist nicht der Ansicht, dass es notwendig ist, besondere Bedingungen in Bezug auf die natürliche Umgebung für das Unternehmen vorzuschreiben.

Lärm

Durchgeführte Lärmberechnungen zeigen, dass die Richtwerte des Umweltbundesamtes zu Gewerbe- und sonstigem Betriebslärm (Umweltbundesamt, 2015) mit bestimmten Maßnahmen am nächstgelegenen Wohnort eingedämmt werden können. Die Maßnahmen sind erforderlich, um in der Anfangsphase des Betriebs einen äquivalenten Pegel von maximal 40 dBA in der Nacht am nächsten Wohnort aufrechtzuerhalten, wenn der Gesteinsbohrer, der Vorbrecher und die Ladung auf dem Boden in Bodennähe auf dem Felsen platziert werden. Die fraglichen Maßnahmen sind zum einen eine mindestens 5 Meter hohe Lärmschutzwand maximal 20 Meter vom Vorbrecher und der Verladestation entfernt, zum anderen wird in der Anfangsphase nur werktags (06-18) und abends gebohrt (18-22) und an Samstagen, Sonn- und Feiertagen (06-18). Im weiteren Verlauf der Arbeiten werden Gesteinsbohrer und Vorbrecher in den Tagebau hinabgefahren, wodurch eine natürliche Abschirmung gegeben ist und keine Maßnahmen zur Erreichung der Zielwerte erforderlich sind.

Der Beitrag des Verkehrs zum Lärmpegel ist gering, und die Pegel sind entlang Nunasvaaravägen bis zur E45 gering. Die Folgen werden daher als gering und nach ca. 5 Jahren als unbedeutend eingeschätzt. Talga schlägt vor, dass das Landes- und Umweltgericht Lärmauflagen für den Betrieb vorschreibt.

Der Fluss Torne und eine Zone von ungefähr 1 km auf jeder Seite des Flusses sind von nationalem Interesse für das Leben im Freien. Der südliche Teil des Betriebsgebiets liegt unmittelbar nördlich der Grenze von nationalem Interesse, aber es ist davon auszugehen, dass die meisten Outdoor-Aktivitäten von nationalem Interesse weiter südlich durchgeführt werden, hauptsächlich am Fluss und seinen Ufern, wo sich die Freizeiteinrichtungen befinden auch gelegen. Ein kleinerer Teil des Gebiets von nationalem Interesse kann durch Lärm von der Bohranlage beeinträchtigt werden, wenn sie auf Bodenhöhe aufgestellt wird. Das bedeutet, dass während des ersten Arbeitsjahres in jedem Tagebau, insgesamt drei Sommern während der Lebensdauer des Bergwerks, 40 dBA im Bereich von nationalem Interesse überschritten werden. Um die Auswirkungen von Lärm zu begrenzen, werden die folgenden Maßnahmen ergriffen.

- Gebohrt wird nur tagsüber an Wochentagen im Sommer.
Im Winter finden keine Arbeiten im Tagebau statt.
- Zum Einsatz kommen Gesteinsbohrer mit Lärminderung, die den Lärmpegel an der Quelle um etwa 10 dBA reduzieren.
- Am südöstlichen Rand der Tagebaue soll ein Lärmschutzwall mit einer Höhe von mindestens drei Metern errichtet werden.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Bergbautätigkeiten insbesondere tagsüber in der Anfangsphase mit einer Lärmbelastung innerhalb von ca. 0,06 Prozent der insgesamt knapp 95.000 ha großen Fläche von nationalem Interesse verbunden sein werden. Die Aktivität hat keine negativen Auswirkungen auf andere Werte, die als im nationalen Interesse liegend identifiziert wurden, wie z. B. die Lachsfischerei, die Flusslandschaft und das kulturelle Umfeld. Die Aktivität kann auch positive Effekte haben, wie die Erhöhung der Zugänglichkeit des Gebiets auch im Winter und die Klärung der bei den archäologischen Inventarisierungen gefundenen kulturellen Umgebungsobjekte durch z Interesse.

Vibrationen, Luftstoßwellen und Steinwürfe

Eine Bewertung von Vibrationen, Luftstoßwellen und Steinwurf wurde gemäß der aktuellen schwedischen Norm durchgeführt. Die Berechnungen zeigen, dass sowohl Erschütterungen als auch Luftstöße deutlich unter den geltenden Richtwerten liegen und die Ferienhäuser in der unmittelbaren Umgebung deutlich außerhalb des empfohlenen Sicherheitsabstands für Steinwürfe liegen. Zusammenfassend werden die Auswirkungen in Form von Vibrationen, Luftdruckwellen und Steinwürfen als gering eingeschätzt. Talga beabsichtigt jedoch, Schutzmaßnahmen zu ergreifen, um die Auswirkungen weiter zu verringern. Talga schlägt vor, dass das Gericht eine Bedingung für die Tätigkeit vorschreibt.

Transport

Der Transport von Material und Personal zum und vom Bergbaug Gebiet erfolgt über den bestehenden Nunasvaaravägen, der das Gebiet mit der Straße E45 verbindet. Der Antransport von Verbrauchsmaterialien soll das ganze Jahr über an jedem Tag der Woche stattfinden. Die Anzahl der eingehenden Lieferungen von Verbrauchsmaterialien wird im zweiten und dritten Quartal größer sein, wenn der Abbau geplant ist (April bis September). Der innerbetriebliche Transport im Betriebsgebiet wird hauptsächlich aus LKW-Transporten von Erz, gebrochenem Erz, Abfallgestein und Anreicherungssand zwischen verschiedenen Betriebsstätten innerhalb des Gebiets bestehen. Der Großteil der internen Transporte wird von April bis September stattfinden, wenn der Abbau im Tagebau im Gange ist.

Damit der Transport ganzjährig und sicher erfolgen kann, wird Nunasvaaravägen modernisiert. Auch die Anbindung an die E45 wird durch eine Fahrbahnverbreiterung und eine Ausfahrtsspur für von Westen kommende Fahrzeuge auf der E45 verbessert. Die Folgen des Verkehrs von und zur Mine werden angesichts einer geringen Verkehrszunahme auf einer derzeit relativ schwach befahrenen Strecke als gering eingeschätzt. Verbesserungen am Nunasvaaravägen werden sich auch positiv auf die Verkehrssicherheit und Zugänglichkeit auswirken. Talga ist nicht der Ansicht, dass es notwendig ist, besondere Transportbedingungen für das Unternehmen vorzuschreiben

Energiemanagement

Der geplante Betrieb ist ein neuer Betrieb, der unter anderem konzipiert und optimiert wird, basierend auf Fragen zum Energieverbrauch. Unter anderem das betriebsgebiet wurde so konzipiert, dass es höchste anforderungen an energieeffizienz und minimale abhängigkeit von fossilen brennstoffen erfüllt. Es ist keine Bedingung bezüglich des Energiemanagements erforderlich.

Abfall

Talga schlägt zwei Bedingungen für die Nachbehandlung des Abbauabfalls vor. Hinsichtlich des Umgangs mit Abfällen im Allgemeinen innerhalb der Anlage beabsichtigt Talga, dies gemäß den geltenden Vorschriften zu handhaben, und hält dies nicht für unter besonderen Bedingungen erforderlich.

Risiko und Chemikalien

Chemikalien werden z. der Anreicherungsprozess und die Wasserreinigung. Keine der für den Betrieb geplanten Chemikalien wurde als umweltgefährdend eingestuft. Das Selbstüberwachungsprogramm des Unternehmens wird Routinen für den Umgang mit Chemikalien beinhalten, um Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu minimieren. Aufgrund der Beschaffenheit, Handhabung und Kontrolle der Stoffe dürfen nur unwesentliche Mengen an Chemikalien im Wasser verbleiben, das beim Empfänger ankommt. Der Umgang mit Chemikalien erfolgt gemäß den geltenden Vorschriften und Empfehlungen. Die Lagerung von Chemikalien und flüssigen Sonderabfällen erfolgt nur auf eingedeichter und versiegelter Fläche mit Regenschutz. Der Damm muss das Volumen des größten Speicherbehälters und 10 Prozent des Gesamtvolumens anderer Speicherbehälter enthalten. Auch die Lagerung muss gegen Kollision geschützt werden. Außerdem müssen Verschüttungen und Lecks sofort gesammelt und beseitigt werden.

Sprengstoffe werden für den Abbau in der Mine verwendet. Um die Risiken bei der Handhabung und Lagerung von Explosivstoffen zu verringern, werden Emulsionssprengstoffe verwendet, da diese sicherer sind als andere Arten von Explosivstoffen. Im Durchschnitt werden schätzungsweise rund 120 Tonnen Sprengstoff pro Jahr eingesetzt. Andere Explosivstoffe wie Zündhütchen, Feuerzeuge und Booster usw. werden gemäß den geltenden Vorschriften in speziellen Lagern gelagert. Talga hält es nicht für erforderlich, besondere Bedingungen für den Umgang mit Explosivstoffen einzuhalten.

Ein Aktionsprogramm und Routinen zur Vermeidung von Unfallgefahren mit u. a. A.

Für die geplante Aktivität werden Chemikalien und Sprengstoffe hergestellt. Es wird auch Notfallpläne für den Betrieb geben, falls ein schwerer Unfall eintritt. Ein System zur Warnung der Öffentlichkeit vor Sprengungen wird eingerichtet, und Sprengungen werden nur zu festgelegten Zeiten stattfinden. Da die Unfallrisiken im Betrieb gering sind und keine Wohnhäuser oder andere Bereiche, in denen sich die Öffentlichkeit im Allgemeinen aufhält, in unmittelbarer Nähe vorhanden sind, werden die Folgen eines möglichen Unfalls als gering eingeschätzt. Talga schlägt vor, dass für den Betrieb eine Bedingung für Chemikalien und gefährliche Abfälle vorgeschrieben wird.

Fertigstellung*Mengenberechnungsmoräne für die Veredelung*

Talga hat eine Massenbilanzberechnung auf der Grundlage der Moräntentiefe/Moränenmenge in dem Gebiet durchgeführt, wie aus der Bodenkarte von SGU, vorläufigen Standortuntersuchungen und Kenntnissen über das Gebiet aus historischen und neuen Vermessungsarbeiten hervorgeht. In die Massenbilanzrechnung wurden Informationen aus der Vorstudie (PFS) bezüglich Details zur Gestaltung der Infrastruktur und des Gewerbegebiets übernommen.

Es sollte betont werden, dass Talga auf der Grundlage des bestehenden Planungsniveaus (PFS), Standortuntersuchungen und anderer Standortkenntnisse davon ausgeht, dass kein zusätzlicher Erwerb von Moränen von Orten außerhalb des Betriebsgebiets erforderlich sein wird. Im Rahmen der

Detailplanung des Geschäfts werden zusätzliche Standortuntersuchungen durchgeführt mit u.a. geotechnische Bohrungen zur Überprüfung der Morärentiefe und -qualität.

Beim Aufbau des Betriebes wird geschätzt, dass ca. 750.000 m³ Moräne erzeugt werden, beispielsweise durch Pflasterung von Tagebauen und Vorbereitungsarbeiten für das Sand- und Graugestein-Reservoir. Davon werden ca. 250.000 m³ für den Bau beispielsweise von Straßen und Entwässerungssystemen verwendet. Es wird somit ein Überschuss von ca. 500.000 m³ Moräne entstehen. Im laufenden Betrieb werden schätzungsweise zusätzlich ca. 250.000 m³ aus den Tagebauen generiert, die für laufende Nachbearbeitungsmaßnahmen, beispielsweise zur Abdeckung der Hänge des Sand- und Gesteinslagers, genutzt oder bis zum Bedarf zwischengelagert werden entsteht

Geplante Flächen für die Lagerung der Moräne und der Lagerung der organischen Deckschicht sind in der technischen Beschreibung enthalten und gelten als ausreichend, um die im Betrieb anfallenden Abfallstoffe zu lagern. Das Material der Editionen wird in der Nachbearbeitung des Einsatzgebietes verwendet.

Der Nachbehandlungsplan enthält Informationen über die Größe der Fläche, die Überdeckungstiefe und die benötigte Gesamtmoränenmenge. Es wird geschätzt, dass für die Fertigstellung des Betriebs rund 1.000.000 m³ Material benötigt werden, von denen 750.000 m³ gemäß dem oben Beschriebenen durch Arbeiten innerhalb des Gebiets erzeugt werden. Die Informationen basieren auf den bestmöglichen derzeit verfügbaren Informationen, aber Talga ist sich bewusst, dass das vollständige Detailwissen nicht verfügbar ist, bevor ein detaillierter Entwurf durchgeführt wurde.

Nachbehandlungsplan

Talga hat einen Nachbearbeitungsplan erstellt, der beschreibt, wie die Nachbearbeitung der geplanten Operationen erfolgen soll. Der Plan beschreibt, wie das Unternehmen die Einhaltung von Richtlinien für z. Umweltschutz und Landnutzung gemäß der Verordnung (2013:319) über Abbauabfälle. Das Abbaugelände soll so weit wie möglich wieder einer früheren Landnutzung zugeführt werden können und keine Gefahr für Menschen, Wildtiere oder die Rentierhaltung darstellen. Der Minenschließungs- und Fertigstellungsplan soll dynamisch sein und wird regelmäßig auf der Grundlage von Daten aus dem internen Überwachungsprogramm und auch, wenn neue Technologien und neue Prozesse in der Branche verfügbar werden, überprüft und überarbeitet.

Um den Zweck der Minenschließung und -überarbeitung zu erfüllen und Probleme frühzeitig erkennen zu können, wird ein robustes Überwachungsprogramm eingerichtet. Um vollständig zu verstehen und zu bewerten, wie effektiv die implementierten Wiederherstellungsmaßnahmen sein werden, ist es auch wichtig, mit der Überwachung zu beginnen, wenn das Unternehmen in Betrieb ist. Dies wird durch ein internes Überwachungsprogramm erreicht. Durch sorgfältige Betriebsplanung ermöglicht das Projektdesign eine schrittweise Fertigstellung während der Lebensdauer der Mine.

Talga schlägt vor, dass für den Betrieb eine allgemeine Bedingung in Bezug auf die Nachbehandlung und eine spezifische Bedingung in Bezug auf die Nachbehandlung des Sand- und Graugestein-Reservoirs vorgeschrieben werden.

Finanzielle Sicherheit

Für die Fertigstellung der aus dem Sanierungsplan folgenden Sanierungsmaßnahmen beabsichtigt Talga eine finanzielle Garantie zu leisten und schlägt Talga vor, eine Auflage zu erteilen.

Es wird vorgeschlagen, einen Teil der Sicherheit sukzessive nach einem Plan zu leisten, der jederzeit dem aktuellen Sicherheitsbedürfnis entspricht (Kapitel 16, § 3, zweiter Absatz des Umweltgesetzbuches). Der Bedarf an finanzieller Sicherheit wird sukzessive zunehmen, wenn Abbauabfälle in die Sand- und Altgesteinslager gebracht werden. Wenn das Sand- und Grausteinreservoir fertiggestellt ist, entfällt der Bedarf an finanzieller Sicherheit in diesem Teil. Talga schlägt daher vor, die Sicherheit teilweise in Form eines Grundbetrags zu leisten, der während der gesamten Betriebszeit gilt, und teilweise in Form eines Betrags, der sukzessive für die Fertigstellung des Sand- und Gesteinslagers bereitgestellt wird. Wenn das Sand- und Graustein-Lagerhaus fertiggestellt ist, kann der Teil der Sicherheit, der sich auf das Lager bezieht, an Talga zurückgegeben werden.

Im vorgeschlagenen Nachbehandlungsplan sind bereits Mittel für den Betrieb und die Wartung der Wasseraufbereitung während einer Übergangszeit vorgesehen. Der Nachbehandlungsplan enthält auch Vorschläge zur Eigenkontrolle und Kontrolle durchgeführter Nachbehandlungsmaßnahmen etc. Für die Beschaffung dieser Leistungen und für den Umgang mit künftigen Hydroxidschlämmen aus der Wasseraufbereitung werden Mittel bereitgestellt.

Während der Endbearbeitung wird keine Maschinenwartung durchgeführt. Fest installierte Ausrüstung muss demontiert werden und wird als Schrott oder an andere Minen oder Betriebe verkauft. Es ist keine Übergangszeit vorgesehen. Die Veredelungsmaßnahmen sollen von extern beauftragten Auftragnehmern durchgeführt werden und es wird davon ausgegangen, dass in dieser Zeit keine eigenen Personalkosten anfallen.

Die Berechnungen des Unternehmens zeigen, dass in dem Gebiet genügend Moränenvorkommen vorhanden sein werden, um den Ausbaubedarf zu decken. Somit muss die Moräne nicht extern beschafft werden. Etwaige Kosten hierfür müssen daher nicht in die Deckungsvorsorge aufgenommen werden. Die vorgeschlagene finanzielle Sicherheit deckt die Nachbearbeitungskosten zu jedem Zeitpunkt während des Geschäftsbetriebs ab. Sollte der Betrieb vorzeitig beendet werden, könnte die Sand-Graustein-Lagerstätte nach dem gleichen Verfahren wiederaufbereitet werden, wie es für die voll erschlossene Lagerstätte geplant ist, jedoch zu geringeren Kosten.

Kontrolle über das Geschäft

Talga führt eine Eigenkontrolle gemäß dem Umweltgesetzbuch, der Verordnung (1998:901) über die Selbstkontrolle des Betreibers und den geltenden Vorschriften durch. Talga schlägt vor, eine Bedingung zu verschreiben.

T ZULASSUNGSFRAGEN**Zulässigkeit nach Kap. 2 das Umweltgesetzbuch**

Das Kenntniserfordernis (Kapitel 2 Absatz 2 Umweltgesetzbuch)

Die Mitarbeiter von Talga verfügen über umfangreiche Erfahrung im Bergbaubetrieb. Bei der Einstellung von Auftragnehmern ist eine nachgewiesene Kompetenz für die Aufgabe erforderlich, für die sie eingestellt werden. Durch das Konsultationsverfahren und die Erstellung der UVP hat das

Unternehmen auch gute Kenntnisse und Erkenntnisse über die Umweltauswirkungen der beantragten Tätigkeit gewonnen. Das Unternehmen verfügt somit über sehr gute Kenntnisse des Geschäfts, auf das sich der Antrag bezieht. Talga verfügt somit über die erforderlichen Kenntnisse, um die Umweltauswirkungen der beantragten Tätigkeit zu beurteilen.

Das Vorsorgeprinzip, das Prinzip der bestmöglichen Technik (Kapitel 2, § 3 Umweltgesetzbuch)

Die UVP beschreibt die Schutzmaßnahmen, Einschränkungen und Vorsichtsmaßnahmen, die Talga zu ergreifen beabsichtigt, um zu verhindern, zu verhindern oder entgegenzuwirken, dass die angewandte Aktivität Schäden oder Unannehmlichkeiten für Menschen oder die Umwelt verursacht. Talga wird die beste verfügbare Technologie bei der Gestaltung der Operation und bei der Nachbearbeitung nach Abschluss der Operation anwenden. Damit werden das Vorsorgeprinzip und das Prinzip der bestmöglichen Technik erfüllt.

Grundsatz der Produktauswahl (Kapitel 2 § 4 Umweltgesetzbuch)

Chemikalien werden hauptsächlich zum Sprengen, zur internen Logistik und in Bergbaumaschinen verwendet. Neben Sprengstoffen werden Chemikalien im Anreicherungsprozess und in der Wasseraufbereitung eingesetzt. Der Umgang mit Chemikalien erfolgt nach den aktuellen Empfehlungen und Vorschriften. Talga setzt sich aus Sicht des Umwelt- und Gesundheitsschutzes für einen sicheren Umgang mit Kraftstoffen, Ölen etc. Gesuchtes Unternehmen erfüllt das Produktauswahlprinzip.

Die Haushalts- und Kreislaufgrundsätze (Kapitel 2 § 5 Umweltgesetzbuch)

Energieeffizienz wird in den Projekten von Talga ständig priorisiert. Der Geschäftsbereich ist so konzipiert, dass er höchste Ansprüche an Energieeffizienz und minimale Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen erfüllt. Die beantragte Tätigkeit bedeutet, dass eine Einlage von nationalem Interesse sinnvoll verwendet werden kann, was an sich schon eine verantwortungsvolle Verwaltung natürlicher Ressourcen darstellt. Die Klassifizierung von Erz und Abfall, die im Rahmen des Projekts und im Genehmigungsantrag vorgenommen wurde, impliziert einen verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen und ist daher mit Kapitel 2 vereinbar. § 5 Umweltgesetzbuch.

Massen aus dem Betriebsgebiet werden während des Baus und Betriebs sowie während der Schließung und Beendigung des Betriebs verwendet. Dies betrifft unter anderem Materialien für den Bau von Anlagen und Infrastruktur, Wasser und Betriebsmittel. Größtenteils kann die Moräne aus dem Gebiet für den Bau verwendet werden, einige Arten von Material müssen jedoch aus externen Quellen entnommen werden. Das für den Prozess benötigte Wasser wird intern recycelt und aus gereinigtem Überschusswasser gewonnen. Talga geht daher davon aus, dass die Housekeeping- und Cycle-Prinzipien im Betrieb eingehalten werden.

Das Ortsprinzip (Kapitel 2 § 6 Umweltgesetzbuch)

Ausschlaggebend für die Lokalisierung der Tagebaue ist die Verfügbarkeit abbaubarer Mineralien. Innerhalb des geplanten Abbaugebietes gibt es abbauwürdige Mineralien.

SGU hat entschieden, dass die Graphitlagerstätte Nunasvaara Södra von nationalem Interesse ist (Entscheidung vom 2. Juli 1997, dnr 41-58/93). SGU hat entschieden, dass die Graphitlagerstätte Nunasvaara weiterhin die Anforderungen als nationales Interesse für wertvolle Stoffe oder Materialien erfüllt und dass die Lagerstätte detailliert abgegrenzt werden muss. Bei der näheren

Ausweisung und Abgrenzung einer Lagerstätte als von nationalem Interesse für Wertstoffe oder Materialien sind umfangreiche Untersuchungen und Dokumentationen der Lagerstätte erforderlich, damit die SGU beurteilen kann, ob die Lagerstätte von nationalem Interesse ist. SGU ist zu dem Schluss gekommen, dass alle Kriterien erfüllt sind, die für die genaue Ausweisung und Abgrenzung der Lagerstätte erforderlich sind (Entscheidung vom 8. Juni 2020, dnr 31-388-2019). Da sich die Lagerstätte an einem bestimmten Ort befindet, ergibt sich auch der Standort des Bergbaus aus den vorherrschenden geologischen Verhältnissen.

Das Geschäftsgebiet und seine Einrichtungen sind mit dem Ziel gestaltet, den Geschäftszweck mit möglichst geringem Eingriff zu erreichen. Die geplanten Aktivitäten werden mit der kommunalen Planung vereinbar sein. Der gewählte Standort ist daher für die gewünschte Aktivität geeignet.

Zulässigkeit nach Kap. 3 und 4 das Umweltgesetzbuch

Gute Haushaltsführung

Die Lagerstätte Nunasvaara enthält Graphit, das von als kritisches Material aufgeführt wird EU. Nunasvaara enthält heute die höchsten bekannten Graphitkonzentrationen der Welt. Graphit ist als wichtiger Bestandteil in Batterien enthalten und ein gesellschaftlich notwendiger Stoff in einer Energiewende. Graphit wird in verschiedenen Branchen eingesetzt, z.B. die Automobilindustrie und die Batterieherstellung. Aus Graphit wird auch Graphit hergestellt, ein Werkstoff, der in Zukunft für Anwendungen in verschiedenen Industriebereichen von großer Bedeutung sein wird. In der Nähe des geplanten Einsatzgebietes befinden sich mehrere weitere nationale Interessen. Durch die geplante Aktivität kann ein Vorkommen von nationalem Interesse genutzt werden, während die Aktivität mit anderen nationalen Interessen in der unmittelbaren Umgebung koexistieren kann. Talga ist daher der Ansicht, dass die geplanten Aktivitäten eine gute Bewirtschaftung von Land- und Wasserflächen gemäß Kapitel 3 darstellen. § 1 Umweltgesetzbuch.

Die Rentierhaltung

Das geplante Einsatzgebiet befindet sich innerhalb der Winterweiden des Dorfes Talma Sami. Das Rentierzuchtgebiet des Dorfes Talma Sami erstreckt sich von Vittangi im Osten bis nach Norwegen im Westen. Wanderrouen und schwierige Passagen von nationalem Interesse für die Rentierzucht sind westlich und südlich des Einsatzgebiets für die Sami- Dorf Talma und Gabna und östlich des Vittangi-Flusses für das Sami-Dorf Saarivuoma ausgewiesen. Die vom Sami-Parlament benannten nationalen Interessen für die Rentierhaltung befinden sich ca. 200 Meter südlich der äußeren Grenze des Betriebsgebiets. Der Transport aus der Gegend erfolgt entlang des Nunasvaaravägen durch das Dorfgebiet der Talma-Samen und südlich des Torne-Flusses über die Straße E45 durch das Dorfgebiet der Gabna-Samen. Die Straße kreuzt Migrationsrouten, die als nationale Interessen bezeichnet wurden.

Die Rentierzucht im Dorf Talma Sami

Mögliche Folgen der geplanten Aktivitäten sind hauptsächlich der Verlust von Weideland und Wanderrouen, gestörter Weidefrieden, Vermeidungseffekte (Lärm, der sich außerhalb des Gebiets ausbreitet, schafft eine Vermeidungszone), Herdenausbreitung, Rentierkollisionen und erhöhte Arbeitsbelastung und Kosten für das Sami-Dorf . Die Rentierzucht wird auch durch Forstwirtschaft, Raubtiere, Tourismus, Weltraumoperationen in Esrange, Schneemobilfahren und Jagd sowie Outdoor-Aktivitäten beeinflusst. Zusammen führt dies zu Verlusten von Winterweiden im Dorf Talma Sami. Talga hat auch die Genehmigung für den Probeabbau in Niska erhalten. Der geplante

Probeabbau in Niska soll jedoch abgeschlossen sein, wenn der Abbaubetrieb in Nunasvaara Södra beginnt.

Das Sami-Dorf Talma hat sich gegen die Errichtung einer Mine in Nunasvaara Södra ausgesprochen. Das Sámi-Dorf ist der Ansicht, dass das fragliche Gebiet von entscheidender Bedeutung für die Rentierzucht innerhalb des Sámi-Dorfes ist, und es ist das Sámi-Dorf der Meinung, dass Bergbau und Rentierzucht in diesem Gebiet nicht zusammenarbeiten können. Das Dorf Talma Sámi hat darauf hingewiesen, dass das Dorf Sámi sowohl das Schlüsselgebiet, in dem sich die Lagerstätte befindet, als auch alle Bewegungsrouten in dem Gebiet als von nationalem Interesse betrachtet, auch wenn das Sámi-Parlament sie nicht als solche bezeichnet hat. Schlüsselgebiete werden vom Dorf Talma Sami in seinem Rentierhaltungsplan als Gebiete innerhalb von Kerngebieten definiert, in denen die Rentiere am besten gedeihen. Innerhalb dieser Gebiete gibt es normalerweise die besten Weiden, auf denen die Rentiere längere Zeit grasen (Rentieranalyse Talma, 2019).

Land- und Wasserflächen, die für die Rentierhaltung wichtig sind, müssen gemäß Kap. 3. § 5 UGB wird so weit wie möglich vor Maßnahmen geschützt, die den Betrieb der Branche erheblich erschweren können. Der Ausdruck „soweit wie möglich“ beinhaltet, dass die Abwägung zwischen dem geschützten Interesse und den gegensätzlichen Interessen die Berücksichtigung der praktischen und finanziellen Folgen des Schutzes beinhalten muss, den der Abschnitt bietet. In erster Linie soll sozioökonomischen Überlegungen im Einzelfall Raum gegeben werden, z. im Hinblick auf regionalpolitische oder beschäftigungspolitische Interessen. Dabei sind auch die Folgen für die betroffenen Einzelinteressen abzuwägen. Mit dem Ausdruck „erheblich erschweren können“ wird trivialer Einfluss ausgeschlossen. Es sind nur solche Maßnahmen beabsichtigt, die das betreffende Interesse dauerhaft oder vorübergehend sehr stark beeinträchtigen können (Prop. 1997/98:45 Teil 2 S. 30 f.). Gebiete von nationalem Interesse müssen vor solchen Maßnahmen geschützt werden.

Talga schätzt, dass der geplante Abbaubetrieb die Rentierhaltung nicht wesentlich erschweren wird. Talga geht davon aus, dass die Rentierhaltung in der Nähe des Betriebes fortgesetzt werden kann und dass Schäden an der Rentierhaltung in erster Linie verhindert und begrenzt werden sollen. Wo dies nicht möglich ist, müssen Verluste ausgeglichen werden. Gemäß Abschnitt 3 des Rentierhaltungsgesetzes (1971:437) darf die Rentierhaltung auf Winterweiden zwischen dem 1. Oktober und dem 30. April durchgeführt werden. Um die Auswirkungen auf die Rentierzucht so gering wie möglich zu halten, wird der Bergbau nur in den Monaten April bis September stattfinden, wobei zu berücksichtigen ist, dass das Gebiet des Sami-Dorfes Talma Winterweiden darstellt. Durch die geplante Vorsorgemaßnahme wird die gesamte Aktivität während der Hauptzeit, in der Rentiere in der Nähe des geplanten Aktivitätsgebiets weiden, weniger störend sein. Diese Maßnahme wird als die wichtigste Einzelmaßnahme zur Minimierung der Auswirkungen auf die Rentierhaltung angesehen.

Die Lage und Gestaltung des Industriegebiets wurde so durchgeführt, dass die vom Sami-Parlament ausgewiesenen Gebiete von nationalem Interesse vermieden werden, damit die Auswirkungen so gering wie möglich sind und die Vermeidungszone so klein wie möglich ist. Sprengungen und andere laute Aktivitäten werden rechtzeitig geplant, damit die Störung in Bezug auf die Umgebung und die Rentiere minimiert wird. Das Industriegebiet muss eingezäunt werden, aber wie dies im Detail geschieht, sollte in Absprache mit dem Dorf Talma Sami gestaltet werden. Das Gebiet wird auch nach Beendigung des Betriebs in Absprache mit dem Dorf Talma Sami wiederhergestellt. Während der Laufzeit des Projekts wird Talga weiter daran arbeiten, die enge Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen dem Unternehmen und dem Sami-Dorf zu fördern.

Talga schätzt ein, dass die möglichen Folgen der geplanten Aktivitäten nach Abschluss der Aktivitäten abnehmen werden. Längerfristig wird der Weideverlust zurückgehen, da die Betriebsfläche mit Fokus auf die Wertschöpfung für Rentierhaltung und Biodiversität wiederaufbereitet wird. Allerdings werden Teile des Betriebsgeländes nicht wiederhergestellt werden können, was insbesondere in den Tagebaustufen 4-6 zukünftig auch einen direkten Weideverlust bedeuten wird. Bei den geplanten Vorsorge- und Schutzmaßnahmen werden die Folgen des Unternehmensbetriebs als gering eingeschätzt. Zusammenfassend wird beurteilt, dass die geplanten Aktivitäten die Durchführung der Rentierhaltung nicht wesentlich behindern können. Der Abbau der Lagerstätte Nunasvaara ist daher mit dem nationalen Interesse an der Rentierzucht vereinbar.

Rentierzucht im Sami-Dorf Gabna

Gabna Sameby (Gabna) hat im Auftrag von Talga eine Ernährungsanalyse für Rentiere für das geplante Projekt Nunasvaara Södra durchgeführt. Aufgabe von Gabna war es, die Rentierhaltung und das Sami-Dorf zu beschreiben, sowie die vermeintlichen Auswirkungen des vorgeschlagenen Projekts auf die Rentierhaltung vorherzusagen und Maßnahmen zu identifizieren und zu empfehlen, um negative Auswirkungen primär zu vermeiden und sekundär zu beheben. Gabna erstellte seine Rentierernährungsanalyse im Dialog mit Talga so weit, dass das Unternehmen in zwei Runden die Möglichkeit hatte, Berichtsentwürfe zu lesen und zu kommentieren.

In ihrer Ernährungsanalyse für Rentiere kommt Gabna zu dem Schluss, dass die Auswirkungen schwerwiegend sein werden, und dass sie keine Maßnahmen identifizieren können, die die vorhergesagten Auswirkungen entweder vermeiden oder beheben könnten. In ihrer Studie betont Gabna weiter, dass das Sami-Dorf aufgrund einer Reihe von Faktoren (Minen, Forstwirtschaft, Raubtiere, Infrastruktur usw.) bereits sehr ernsthaften Störungen ausgesetzt ist. Talga versteht die Bedenken von Gabna und erkennt, dass das Sami-Dorf nur Risiken und keinen Gewinn aus dem vorgeschlagenen Projekt sieht. Talga schätzt außerdem die Tatsache, dass das Sami-Dorf seine Aktivitäten detailliert beschrieben und auch die Probleme und Herausforderungen aufgezeigt hat, mit denen die Rentierzucht und das Sami-Dorf konfrontiert sind. Nach der Analyse der Rentierhaltungsanalyse von Gabna ist Talga jedoch der Ansicht, dass die Schlussfolgerungen, die gezogen werden, in erheblichem Maße übertriebene Bedenken darüber darstellen, was die geplanten Aktivitäten für Gabna bedeuten könnten. Vor allem äußert Gabna eine übertriebene Wahrnehmung der Tragweite von Talgas Projekt und damit der Disruption, die es mit sich bringen wird.

Talga geht davon aus, dass die potenziellen Auswirkungen der geplanten Aktivitäten auf die Rentierhaltung verhindert und minimiert werden müssen. Dies wurde bei der Konzeption des Projekts berücksichtigt, u.a. B. in Lage und Gestaltung des Gewerbegebiets und durch die vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen. Es wird nicht davon ausgegangen, dass die geplante Aktivität die Rentierzucht in einem nahe gelegenen samischen Dorf erheblich beeinträchtigen kann. Insgesamt werden die Auswirkungen auf Gabna als gering eingeschätzt.

Nationales Interesse für die Rentierindustrie

Das geplante Einsatzgebiet betrifft Gebiete von nationalem Interesse, die von Gabna- und Talma-Samidörfern genutzt werden. Talga schätzt ein, dass der Wissensstand, der sich aus der verfügbaren Forschung ergibt, zu anderen Schlussfolgerungen führt als die von den samischen Dörfern gemeldeten.

Talga glaubt, dass die großen Vermeidungszonen, die von den samischen Dörfern beschrieben wurden, nicht durch verfügbares Forschungsmaterial gestützt werden. Basierend auf verfügbaren Forschungsergebnissen sowie den geplanten Maßnahmen zur Minimierung einer Vermeidungszone um Nunasvaara Södra wird geschätzt, dass sich die Vermeidungszone in der Größenordnung von einem Kilometer von den geplanten Bergbaubetrieben erstrecken kann. Dies gilt im Winter, wenn nur eine Anreicherung stattfindet, und entspricht auch der Modellierung in der Lärmuntersuchung für das Projekt. Die modellierte Schallausbreitung zeigt einen äquivalenten Schallpegel von ca. 40 dBA ca. 600 m vom Einsatzgebiet und ca. 35 dBA wenige Kilometer vom Einsatzgebiet entfernt

Die Rentierzuchtanlagen von Talma befinden sich ca. 7,5 km vom geplanten Bergbauggebiet entfernt und werden daher von den geplanten Operationen nicht betroffen sein. Darüber hinaus wird sich eine Vermeidungszone um die Anreicherungsanlage auch nicht mit dem nationalen Interesse an der Rentierhaltung rund um den Soitolasuanto-See überschneiden. Als von nationalem Interesse eingestufte Wanderrouen befinden sich unmittelbar südlich des Industriegebiets, eine davon ist eine sogenannte schwierige Passage.

Gabna Sameby hat in ihrer Rentierhaltungsanalyse erklärt, dass die geplante Aktivität dazu führen würde, dass die Flechtenweide bei Soidulvårri nicht mehr genutzt werden könnte und dass das Gebiet um Eaddjerovavvi - Mihkelroavvi nicht mehr nutzbar wäre. Talga geht jedoch davon aus, dass solche Folgen nicht auftreten sollten, da sich diese Gebiete 6 km bzw. 4,5 km von der geplanten Mine entfernt befinden und Studien von wesentlich größeren Minen in derselben Art natürlicher Umgebung deutlich kleinere Vermeidungszonen als diese Entfernungen zeigen. Darüber hinaus werden die oben genannten Gebiete heute genutzt, und die Hinzufügung des Lkw-Transports von und nach Nunasvaara Södra würde, wie erwähnt, eine vernachlässigbare Zunahme des Schwerverkehrs auf der Straße E45 bedeuten, die durch das Gebiet des Dorfes Gabna Sami führt.

Auf der Grundlage bestehender Forschungsergebnisse und des Umfangs und der Art des geplanten Betriebs kann festgestellt werden, dass der Betrieb wahrscheinlich nur geringe oder keine Auswirkungen auf die Rentierhaltung haben wird. Darüber hinaus wird es als unwahrscheinlich oder äußerst unwahrscheinlich eingeschätzt, dass die Aktivität zu einer geringfügigen Auswirkung in Form eines geringfügigen Verlusts der Winterweide von Talma oder alternativ einer sehr schwierigen Verlagerung in Gebiete östlich der Aktivität führen könnte. Im letzteren Fall könnten die Auswirkungen durch geeignete Maßnahmen zur Erleichterung der Umsiedlung gemildert werden. Abschließend kann festgestellt werden, dass die Aktivität keine weitreichenden Auswirkungen auf größere Teile von Talma oder benachbarte samische Dörfer haben wird.

Die kumulativen Folgen für die Rentierhaltung in Gabna- und Talma-Samendörfern, die mit anthropogenen Aktivitäten und Strukturen in Verbindung stehen, werden als deutlich geringer eingeschätzt als in den Samendörfern. Dies liegt vor allem daran, dass die von Talga in Auftrag gegebene Studie auf geprüftem und veröffentlichtem Forschungsmaterial und einer Bewertung der Relevanz einzelner Veröffentlichungen für die Bewertung der Auswirkungen auf die Rentierhaltung in Talma und Gabna basiert. Der Beitrag des vorgeschlagenen Vorhabens zu den kumulativen Folgen wird als gering eingeschätzt, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass die Vermeidungszone als klein eingeschätzt wird

Auswirkungen in Form von Geruchsbelästigungen sind durch die geplante Tätigkeit nicht zu erwarten. Da der geplante Betrieb vergleichsweise klein ist und kein traditionelles Sandlager eingerichtet wird und da Maßnahmen zur Staubreduzierung sowohl bei der Produktion als auch beim

Transport getroffen werden, wird die Staubentwicklung des Betriebs als sehr begrenzt eingeschätzt. Dies führt zu der Einschätzung, dass die Folgen für die Rentierhaltung in Talma und Gabna im Zusammenhang mit dem Stauben im Betriebsgebiet sehr gering sein werden.

Die Auswirkungen auf die Rentierhaltung, die während der Bauphase auftreten können, sind vergleichbar mit denen, die während des Betriebs erwartet werden. Der einzige Unterschied besteht darin, dass es während der Bauphase während einer Wintersaison zu erhöhtem Verkehr von und zum Abbaugelände kommen wird. Da die Auswirkungen auf die Rentierhaltung während der Bauphase ähnlich wie während des Betriebs zu erwarten sind, sind die möglicherweise relevanten Schutzmaßnahmen gleicher Art.

Zusammenfassend lautet die Einschätzung von Talga, dass eine Koexistenz möglich ist, wenn entsprechende Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Diese Schlussfolgerung basiert teilweise auf der Tatsache, dass die Koexistenz von Rentierhaltung und Bergbau an mehreren Orten funktioniert, wo die kumulativen Auswirkungen auf die Rentierhaltung von z. Forstwirtschaft, Wasserkraft, Industrie, Straßen und Gemeinden werden als erheblich größer eingeschätzt als im Fall des Dorfes Talma Sami

Interessenabwägung gemäß Kap. 3 § 10 Umweltgesetzbuch

Aus der von Talga berichteten Untersuchung geht hervor, dass die Auswirkungen auf die Rentierhaltung in den Sami-Dörfern Talma und Gabna relativ gering sein werden und dass sie durch entsprechende Maßnahmen weiter gemildert werden können. Der Betrieb und das Einsatzgebiet wurden so konzipiert, dass die Auswirkungen auf die umliegenden Interessen, einschließlich des nationalen Interesses an der Rentierzucht, minimiert werden. Talgas bedingter Vorschlag zur Konsultation mit den samischen Dörfern bedeutet, dass geeignete Vorkehrungen getroffen werden können, um die Auswirkungen zu begrenzen.

Eine Bilanz nach Kap. 3. § 10 UGB darf nur erfolgen, wenn ein Gebiet für mehrere unvereinbare Zwecke von nationalem Interesse ist. Talga hat zuvor festgestellt, dass die beantragte Tätigkeit unter Berücksichtigung der beschriebenen Auswirkungen, Minderungsmaßnahmen und Folgen die Durchführung der Rentierhaltung nicht wesentlich beeinträchtigen wird (Kapitel 3, Abschnitt 5 des Umweltgesetzbuchs). Talga bleibt bei dieser Einschätzung. Erst wenn die Auswirkungen der beantragten Tätigkeit eine so spürbare Verschlimmerung erreichen, kann davon ausgegangen werden, dass sie mit dem nationalen Interesse unvereinbar ist. Da die Bergbautätigkeit den Betrieb der Rentierzucht nicht wesentlich beeinträchtigen wird, kann die Tätigkeit mit der Rentierzucht koexistieren und es ist kein Ausgleich zwischen nationalen Interessen gemäß Kapitel 3 erforderlich. § 10 Umweltgesetzbuch. Auf Wunsch des Kreisvorstandes weist die Gesellschaft im Folgenden eine Bilanz aus.

Die eventuell auftretenden Auswirkungen können durch geeignete Schutzmaßnahmen abgemildert werden. Talga hat folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Der Abbau findet nur in den Monaten April bis September statt. Der Betrieb insgesamt wird somit während der Hauptzeit, in der Rentiere in der Nähe des geplanten Betriebsgebiets grasen, weniger störend sein. Diese Maßnahme wird als die wichtigste Einzelmaßnahme zur Minimierung der Auswirkungen auf die Rentierhaltung angesehen.
- Die Lage und Gestaltung des Industriegebiets wurde so vorgenommen, dass die vom Sami-Parlament ausgewiesenen Gebiete von nationalem Interesse vermieden werden, mit dem Ziel,

dass die Auswirkungen so gering wie möglich sind und dass die Vermeidungszone so klein ist wie möglich.

- Sprengungen und andere laute Aktivitäten werden rechtzeitig geplant, damit die Störung in Bezug auf die Umgebung und die Rentierhaltung minimiert wird.
- Das Industriegebiet muss eingezäunt werden und wie dies im Detail geschehen soll, ist in Absprache mit dem Dorf Talma Sami geplant.
- Geeignete Tierkreuzungen und/oder andere Arten von digitalen Systemen (z. B. GPS) sind geplant, die es ermöglichen, in Echtzeit zu wissen, wann Rentiere in der Nähe der Straße sind und wann der Verkehr möglicherweise langsamer werden und/oder anhalten muss, um den Rentieren zu helfen die Straße überqueren.
- Gegebenenfalls wird eine verstärkte Überwachung und/oder Zufütterung unterstützt.
- Das Gebiet wird nach Beendigung des Betriebs in Absprache mit dem Dorf Talma Sami wiederhergestellt. Während der Laufzeit des Projekts wird Talga weiter daran arbeiten, die enge Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen dem Unternehmen und den samischen Dörfern zu fördern.

Gemäß Kap. 3 § 10 Umweltgesetzbuch sind der oder die Zwecke zu bevorzugen, die den verantwortungsvollen Umgang mit Land, Wasser und der physischen Umwelt im Allgemeinen am besten fördern.

Die als national interessant eingestuften Gebiete für wertvolle Stoffe oder Materialien und für die Rentierhaltung überschneiden sich nicht unmittelbar. Die Analyse des Unternehmens zeigt, dass die folgenden beiden Gebiete von nationalem Interesse für die Rentierzucht von der Kreuzung zwischen Nunasvaara und der Straße E45 betroffen sein werden: Gabnas Gebiet mit dem Namen Duortnoseatnu — Bisåvåni; sowie für Talma von nationalem Interesse klassifizierte Migrationsrouten direkt südlich des Industriegebiets, einschließlich einer sogenannten schwierigen Passage. Die Straße zwischen Nunasvaara und E45 ist eine bestehende Straße, sodass einige Auswirkungen auf diese als von nationalem Interesse eingestuften Gebiete bereits stattfinden, auch wenn die geplanten Aktivitäten zu einem erhöhten Verkehr auf der Straße führen werden.

Talga glaubt, dass es in diesem Fall gewichtige Gründe gibt, warum das nationale Interesse an wertvollen Stoffen oder Materialien Vorrang vor dem nationalen Interesse an der Rentierhaltung haben sollte. Dabei ist zu beachten, welche Konsequenzen entstehen, wenn stattdessen das nationale Interesse an der Rentierhaltung in den Vordergrund gestellt wird. Die Folge eines solchen Gleichgewichts ist, dass die Verwertung des nationalen Interesses an wertvollen Stoffen und Mineralien völlig unmöglich wird. Von 3 ch. § 1 Umweltgesetzbuch besagt, dass solche Nutzungen Vorrang haben müssen, die zu einer allgemein guten Bewirtschaftung der Land- und Wasserflächen führen. Aus den rechtlichen Gründen ergibt sich ferner, dass bei der Beurteilung der geeignetsten Nutzung einer Fläche die Möglichkeit, eine Fläche gleichzeitig für verschiedene Tätigkeiten zu nutzen, d. h. Koexistenz, wird untersucht.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass die Möglichkeit, die Auswirkungen auf ein entgegenstehendes Interesse durch Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen zu mindern, ein zentraler Bestandteil einer Beurteilung nach Kap. 3 ist. § 10 Umweltgesetzbuch. Wird in diesem Fall dem nationalen Interesse an wertvollen Stoffen oder Materialien Vorrang eingeräumt, ergeben sich geringfügige Auswirkungen auf zwei Bereiche von nationalem Interesse für die Rentierhaltung. Die Rentierzucht kann während der Zeit fortgesetzt werden, in der die Mine aktiv ist, und dann kann die Rentierzucht das Gebiet wieder nutzen, nachdem der Abbau und die Veredelung abgeschlossen sind.

Ein zusätzlicher Aspekt, der bei der Bilanzierung nach Kap. 3 zentral zu berücksichtigen ist. § 10 Umweltgesetzbuch ist die volkswirtschaftliche Bedeutung der beantragten Tätigkeit. Die Nunasvaara-Lagerstätte enthält die höchsten bekannten Graphitkonzentrationen der Welt.

Wird der Rentierhaltung Vorrang eingeräumt, kann das von der EU als kritischer Rohstoff eingestufte Graphitvorkommen nicht abgebaut werden, womit das nationale Interesse an wertvollen Stoffen bzw. Materialien entfallen würde überhaupt zufrieden sein. Wenn die Lagerstätte jedoch abgebaut werden darf, kann die Rentierzucht in dem Gebiet während der Betriebszeit der Mine weiter betrieben und Teile des Gebiets nach Beendigung des Betriebs zurückgewonnen werden. Insgesamt ist die Gesellschaft der Ansicht, dass für den Fall, dass ein Saldo nach Kap. 3. § 10 Umweltgesetzbuch wird aktualisiert, das nationale Interesse an wertvollen Stoffen oder Materialien muss vorrangig berücksichtigt werden, damit die Lagerstätte abgebaut werden kann.

Kompatibilität mit anderen Zwecken

Nationales Interesse an Naturschutz, Leben im Freien und professioneller Fischerei

Das Torne-Flusssystem ist von nationalem Interesse für das Leben im Freien und für den Naturschutz. Der Fluss Torne ist auch für die Berufsfischerei von nationalem Interesse. Der Fluss liegt etwa 600 Meter südlich des Einsatzgebietes und die Grenze zum Schutzgebiet verläuft südlich des Einsatzgebietes.

Das Betriebsgebiet für die geplante Mine liegt außerhalb des ausgewiesenen nationalen Interesses für Naturschutz und Erholung im Freien, das im südlichen Teil des Gebiets dem Fluss Torne folgt. Für die Operation wird kein Land im Bereich von nationalem Interesse beansprucht. Die geplante Maßnahme wird den natürlichen Wasserhaushalt des Flusses, forstwirtschaftliche oder landwirtschaftliche Flächen nicht beeinträchtigen und beinhaltet keine Aufstauung, Wasserstandsregulierung, Wasserumleitung, Grabenlegung oder großflächige Rodung im nationalen Interesse. Die Einleitung in den Fluss Torne über Östra bäcken hat gemäß den Berechnungen, die zur Bewertung der Auswirkungen auf das Natura-2000-Gebiet durchgeführt wurden, keine Auswirkungen auf den Fluss.

Innerhalb des Gebiets von nationalem Interesse gibt es in der Region übliche Outdoor-Aktivitäten wie Jagen, Angeln, Beeren- und Pilzesammeln, Picknicks, Wandern, Bootfahren, Schneemobilfahren und Skitouren. Der nächste Schneemobilweg in der unmittelbaren Umgebung verläuft südlich des Flusses Torne. Es gibt keine ausgewiesenen Wanderwege in der Nähe des geplanten Aktivitätsgebiets. Durch die geplanten Aktivitäten kann der dem Einsatzgebiet am nächsten liegende Teil des Bereichs von nationalem Interesse für diese Aktivitäten an Attraktivität verlieren. Dies betrifft jedoch nur einen sehr kleinen Teil der verfügbaren Flächen ähnlicher Art im Bereich von nationalem Interesse und die Auswirkungen werden auch nur während der Dauer der Aktivität stattfinden. Die umliegende Landnutzung kann während der Betriebszeit fortgesetzt werden. Wenn der Abbau in jedem Tagebau beginnt, kann der Abbaubetrieb innerhalb eines Teils des Gebiets von nationalem Interesse eine gewisse Lärmbelästigung verursachen. Allerdings wird die Auswirkung auf eine Fläche geschätzt, die ca. 0,06 Prozent der Gesamtfläche von nationalem Interesse von knapp 95.000 ha entspricht. Die Aktivität hat keine negativen Auswirkungen auf andere Werte, die als im nationalen Interesse liegend identifiziert wurden, wie z. B. die Lachsfischerei, die Flusslandschaft und das kulturelle Umfeld.

Auch die Erreichbarkeit des Gebiets wird verbessert, da Nunasvaaravägen ganzjährig geöffnet sein wird. Schneemobilwege sind davon nicht betroffen. Es werden Schutzmaßnahmen und Vorsorgemaßnahmen getroffen, um die Auswirkungen von Störungen zu minimieren und dadurch die Werte des Gebiets für das Leben im Freien zu erhalten. Wenn der Bergbau endet, wird das Gebiet zurückgesetzt und alle Effekte enden. Insgesamt wird die geplante Maßnahme als unbedenklich für das nationale Interesse eingeschätzt und ist daher mit diesem vereinbar.

Nationales Interesse an wertvollen Stoffen oder Materialien

Das Mineralvorkommen erstreckt sich schätzungsweise weit unterhalb der in der technischen Beschreibung dargestellten Auslegung. Der Bergbaubetrieb kann daher über die derzeit für die Mine beschriebene Lebenserwartung hinaus fortgesetzt werden. Die Mine könnte vom Tagebau zum Untertagebau ausgebaut werden. Der Untertagebau wird eine mögliche Methode für die zukünftige Gewinnung von Erz während der verfüllten Tagebauphasen sein. Das verbleibende Erz wird weiterhin zugänglich sein und es wird daher weiterhin möglich sein, Lagerstätten auszubeuten, die unterhalb der Sohle der Tagebaustufen liegen. Die geplante Tätigkeit ist daher mit dem nationalen Interesse an wertvollen Stoffen oder Materialien vereinbar.

Nationales Interesse an Kommunikation

Die Straßen E45 und E10 sowie die Eisenbahn "Malmbanan (Råtsi-Svappavaara)" sind für die Kommunikation von nationalem Interesse. Darüber hinaus gibt es eine MSA-Oberfläche (Minimum Sector Altitude) für den Flughafen Kiruna, Swedavia AB ("Kiruna Airport"). Die geplante Aktivität wird als nicht negativ auf das nationale Kommunikationsinteresse eingeschätzt und ist daher mit dem nationalen Interesse vereinbar.

Nationales Interesse an totaler Verteidigung

Das geplante Einsatzgebiet ist von nationalem Interesse zur Gesamtverteidigung mit besonderen Beschränkungen der Behinderungsfreiheit betroffen. Die geplante Tätigkeit hat keine nachteiligen Auswirkungen auf das nationale Interesse an der Gesamtverteidigung und ist daher mit dem nationalen Interesse vereinbar.

Zulässigkeit nach Kap. 5 das Umweltgesetzbuch

Der nächste Oberflächenwasserkörper ist der Fluss Torne (SE0820430). Das zeigen Talgas Ermittlungen

Der Torne-Fluss wird durch die Einleitung von gereinigtem Wasser nach Hosiojärvi überhaupt nicht beeinträchtigt. Es gibt keine ausgewiesenen Grundwasserkörper im Gebiet. Die beantragte Tätigkeit führt daher nicht zu einer unbefugten Verschlechterung der Gewässerumgebung oder gefährdet die Möglichkeit, eine Umweltqualitätsnorm zu erreichen, wie in Kap. 5 beschrieben. § 4 Umweltgesetzbuch.

Zulässigkeit nach Kap. 7 das Umweltgesetzbuch

Der Torne-Fluss und einige kleinere Wasserläufe in der Nähe des geplanten Betriebsgebiets sind in das Natura 2000-Gebiet Torne- und Kalix-Flusssystem gemäß Kapitel 7 einbezogen. § 27 erster Absatz 2 Umweltgesetzbuch. Neben dem Fluss Torne sind auch zwei kleinere, unbenannte Wasserläufe (im Antrag Östra und Västra bäcken genannt), die Teil des Natura 2000-Gebiets sind, von den geplanten Aktivitäten betroffen. Beide Bäche münden in den Fluss Torne. Der See

Hosiojärvi und der kleinere Moorsee östlich von Nunasvaaravägen gehören nicht zum Natura 2000-Gebiet und das Gebiet entwässert zum Bach Östra.

Ziel des Natura 2000-Gebiets ist der Schutz der Lebensraumtypen oligo-mesotrophe Seen, dystrophe Seen und Flachgewässer, natürliche größere Wasserläufe vom fennoskandischen Typ, alpine Wasserläufe mit krautiger Ufervegetation und Wasserläufe mit Schwimmblattvegetation oder Wassermoosen sowie die ausgewiesenen Arten Flussperlmuschel, Grüne Flusslibelle, Lachs, Klippenbarsch, Fischotter und Aderhafer.

Der Betrieb wird zu einer Absenkung des Grundwassers im Bergbaugebiet führen, wodurch der Zufluss zum Hosiojärvi-See verringert wird. Ohne Schutzmaßnahmen wirkt sich dies schätzungsweise indirekt auf die Strömungen im Östra-Bach aus. Der Jahresdurchschnittsabfluss des Baches Östra könnte ohne Schutzmaßnahmen am Ende der Lebensdauer des Bergwerks um ca. 28 Prozent in seinen oberen Teilen und um ca. 15 Prozent an seiner Mündung in den Torne-Fluss reduziert werden. Sogar der Fluss des Västra bäckén kann um ca. 15-20 Prozent beeinträchtigt werden, da sein Einzugsgebiet in den Einflussbereich des Tagebaus gelangt. Mit dem von Talga gewählten Design des geplanten Betriebs wird der Pegel in Hosiojärvi wiederhergestellt und der Durchflussverlust im östlichen Strom wird durch Ablassen von gereinigtem überschüssigem Wasser in Hosiojärvi kompensiert.

Die beiden kleineren Wasserläufe werden jedoch nicht als den Natura 2000-Naturtyp 3260 *Kleinere Wasserläufe mit Schwimmblattvegetation oder Wassermoosen* (oder einem anderen zu schützenden Naturtyp) enthalten angesehen, da ihnen die besondere Struktur und Funktion fehlt, die zur Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit erforderlich ist Population der für den Naturtyp typischen Arten. Es ist daher nicht zu erwarten, dass die Aktivität die Bedingungen für eine günstige Erhaltung des natürlichen Typs oder der Art beeinträchtigt.

Andererseits gilt der Teil des Flusses Torne, der am geplanten Betriebsgebiet vorbeifließt, als Natura 2000-Naturtyp 3210 *Große natürliche Wasserläufe des fennoskandischen Typs*. Die beantragte Maßnahme verursacht jedoch keine Strömungsänderungen und ihre Auswirkung auf die Wasserqualität im Fluss Torne wird als unbedeutend eingeschätzt. Das Risiko einer Beeinträchtigung der für den Naturtyp typischen benthischen Fauna und Fische wird als nicht vorhanden eingeschätzt. Dabei werden auch negative Folgen für den Erhaltungszustand des Naturtyps 3210 *Natürliche größere Wasserläufe des fennoskandischen Typs* fehlend bewertet. Es gibt auch keine Auswirkungen auf ausgewiesene Arten.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass der Betrieb weder während des Betriebs noch nach Abschluss der Nachbehandlung erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt im Natura 2000-Gebiet hat. Der Bach Östra, der Empfänger des Vorhabens ist, ist ein sehr kleiner Teil des Natura-2000-Gebiets, und es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Emissionen des Vorhabens zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Umwelt in dem Gebiet führen. Der Fluss Torne gilt als überhaupt nicht von der Operation betroffen. Außerdem zählt der Östrabach nicht zu den ausgewiesenen Naturtypen des Gebiets. Talga hat zuvor festgestellt, dass für die geplante Aktivität in Nunasvaara Södra keine Natura 2000-Genehmigung erforderlich ist, da festgestellt wurde, dass die angewandte Aktivität die Umwelt im Natura 2000-Gebiet Torne und Kalix-Flusssystem nicht wesentlich beeinträchtigen kann. Talga steht an und für sich zu dieser Einschätzung, stellt aber gleichzeitig fest, dass die Bezirksverwaltung angegeben hat, dass eine Natura-2000-Genehmigung beantragt werden sollte. Talga kommt dem Wunsch des Bezirksvorstands nach und fordert die Erteilung einer Natura-

2000-Genehmigung für den Betrieb. Vor dem Hintergrund der im Antrag mit dazugehörigen Anlagen und Ergänzungen ausgewiesenen Bewertung der Auswirkungen auf das Natura 2000-Gebiet gelten die Voraussetzungen nach Kap. § 28 b Umweltgesetzbuch zur Meldung von Natura 2000 Auflagen erfüllt. Es wird daher beurteilt, dass die geplante Tätigkeit (1) den oder die Lebensräume in dem zu schützenden Gebiet nicht schädigen kann und (2) nicht dazu führt, dass die zu schützenden Arten oder Arten einer Störung ausgesetzt werden. Dies kann die Erhaltung in dem Gebiet erheblich erschweren. Diese Beurteilung gilt sowohl während der Errichtung und des Betriebes des Betriebes als auch nach Abschluss der Ausbauarbeiten.

Zulässigkeit nach Kap. 8 das Umweltgesetzbuch

Eine Artenschutzuntersuchung wurde durchgeführt. Die Arten, die innerhalb oder direkt neben dem Betriebsgebiet vorkommen und die durch die Artenschutzverordnung (2007:845) geschützt sind, sind alle in Norrbotten verbreitet. Die Tätigkeit wird mit geplanten Vorsorgemaßnahmen und Schutzmaßnahmen bewertet, um kein Verbot nach der Artenschutzverordnung zu verwirklichen. In dem Gebiet, das von der Tagebaumine abgedeckt wird, wurde eine auf der Roten Liste aufgeführte Art (Lappmes) gefunden. Es wird davon ausgegangen, dass die beantragte Aktivität den Erhaltungszustand des Patchworks vor Ort nicht beeinträchtigt. Talga verpflichtet sich jedoch, den hohlen Baum, in dem sich der Kiebitz eingenistet hat, nach Möglichkeit an einen geeigneten Ort außerhalb des Einsatzgebiets zu bringen. Zusammenfassend führt die geplante Tätigkeit nicht dazu, dass Ausnahmegenehmigungen oder Genehmigungen nach den Vorschriften des Gebietsschutzes oder des Schutzes der biologischen Vielfalt beantragt werden müssen.

Zulässigkeit nach Kap. 16 das Umweltgesetzbuch

Die Betriebszeit wird auf ca. 24-25 Jahre geschätzt. Der Betrieb wird durchgeführt, bis die Lagerstätte abgebaut ist, danach erfolgt die Endbearbeitung. Das Geschäft ist durch die angeforderte Produktionsmenge und die im Ziel eingegangenen Verpflichtungen begrenzt. Talga glaubt daher nicht, dass die Genehmigung zeitlich begrenzt sein muss.

Zusammenfassung der Zulässigkeit

Das Umweltkodex soll die gesellschaftliche Entwicklung in eine nachhaltige Richtung treiben. Aus den Ausführungen in diesem Abschnitt ergibt sich, dass die beantragte Tätigkeit mit dem Zweck des Umweltgesetzbuches vereinbar ist und die Anforderungen erfüllt, die nach den Zulässigkeitsregeln des Umweltgesetzbuches gestellt werden können. Die Erlaubnis für die beantragte Tätigkeit muss daher mitgeteilt werden.

AUSFÜHRUNGSORDNUNG _

Für Talga ist es wichtig, die Anlagenarbeiten für den geplanten Betrieb so schnell wie möglich nach Erteilung der Genehmigung zu beginnen. Daher hat das Unternehmen beantragt, dass das Gericht anordnet, dass die Erlaubnis sofort verwendet werden darf (Vollstreckungsbescheid). Es besteht die dringende Notwendigkeit, die Gesellschaft zu einer Wirtschaft ohne fossile Brennstoffe zu verändern. Dies erfordert Energiespeicherlösungen, d.h. Batterien. Graphit aus Nunasvaara kann maßgeblich zur Entwicklung einer elektrifizierten und fossilfreien Zukunft beitragen. Es wird auch davon ausgegangen, dass die Genehmigung wichtige positive sozioökonomische Auswirkungen in Form von erhöhten Beschäftigungsmöglichkeiten mit sich bringt. Durch die beschriebenen und für das Geschäft vorgesehenen Schutzmaßnahmen werden die Auswirkungen auf gegensätzliche

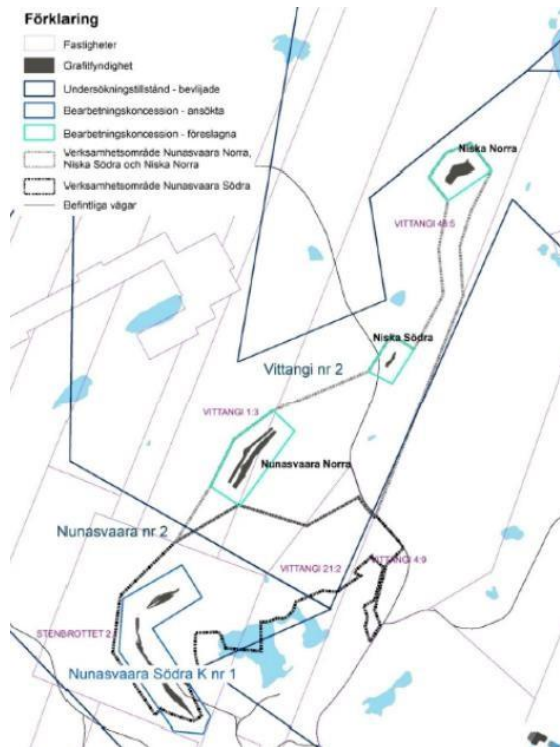
Interessen als begrenzt eingeschätzt. Insgesamt sieht das Unternehmen Gründe für einen Vollstreckungsbescheid.

DAS ABKOMMEN ÜBER SELBST-SOUVERÄNITÄT UND DAS ESPOO-ÜBEREINKOMMEN

Talga geht davon aus, dass die Operation voraussichtlich keine so erheblichen schädlichen grenzüberschreitenden Auswirkungen haben wird, die dazu führen könnten, dass das Espoo-Übereinkommen Anwendung findet. Das Unternehmen bleibt auch bei seiner Position und Einschätzung, dass der Betrieb keine Auswirkungen auf die Wasserqualität oder den Fluss des Flusses Torne haben wird, nicht einmal beim niedrigsten Niedrigwasser des Flusses, so dass keine grenzüberschreitenden Auswirkungen zu befürchten sind der Zustand der Gewässer oder ihre Nutzung, die zu dem grenzüberschreitenden Flussabkommen führen könnten, anwendbar wird. Aufgrund der Auffassung des Landes- und Umweltgerichts, dass das Grenzflussabkommen in dem Fall anwendbar sei, hat Talga dennoch Rücksprache gehalten

Die schwedische Umweltschutzbehörde hat am 28. Juli 2021 gemäß der Espoo-Konvention mit Finnland Konsultationen zu den geplanten Aktivitäten aufgenommen. Nachdem das Unternehmen die Konsultationsunterlagen ins Finnische übersetzt hatte, wurden sie am 16. August 2021 mit einer Ergänzung am 1. September 2021 an die schwedische Umweltschutzbehörde übermittelt. Die schwedische Umweltschutzbehörde übermittelte ihrerseits eine Notifizierung gemäß Artikel 3 der Espoo-Konvention an die zuständige Behörde in Finnland am 26. August 2021.

Am 25. August 2021 beantragte Talga beim Bergbaustaat eine Verarbeitungskonzession für drei weitere Lagerstätten; Nunasvaara Norra, Niska Södra und Niska Norra ("Projekt Niska"). Vor dem Hintergrund der von der Umweltschutzbehörde vorgenommenen Bewertung der Anwendbarkeit der Espoo-Konvention für die Betriebe in Nunasvaara Södra hat das Unternehmen in Absprache mit der Umweltschutzbehörde eine Espoo-Konsultation auch für die Verarbeitungskonzessionen im Projekt Niska eingeleitet. Das Konsultationsdokument dazu wurde gemeinsam erstellt und am 27. August 2021 an die Umweltschutzbehörde übermittelt. Die Umweltschutzbehörde hat ihrerseits am 3. September 2021 eine Mitteilung gemäß Artikel 3 der Espoo-Konvention an die zuständige Behörde in Finnland übermittelt.



Die Lage der einzelnen Konzessionsgebiete ist im Bild oben dargestellt.

Am 11. Oktober 2021 übermittelte die zuständige Behörde für die Espoo-Konsultation in Finnland ihre offizielle Antwort auf die Mitteilung der schwedischen Umweltschutzbehörde, in der sie darauf hinwies, dass Finnland eine weitere Teilnahme an dem Verfahren wünscht. In dem Schreiben wurde bekannt gegeben, dass sich die Antwort sowohl auf das Projekt Niska als auch auf die Bergbaubetriebe bei Nunasvaara Södra beziehe. Im Zusammenhang mit seiner Antwort wurden auch die von finnischen Interessenträgern erhaltenen Konsultationserklärungen beigelegt.

Talga hat die eingegangenen Konsultationserklärungen ins Schwedische übersetzen lassen und die geäußerten Ansichten überprüft, um sicherzustellen, dass sie bei der Erstellung der Antragsunterlagen und Ergänzungen berücksichtigt wurden. Eine Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen und ein Hinweis darauf, wo in den Bewerbungsunterlagen auf die jeweilige Sichtweise eingegangen wird, sowie gegebenenfalls die Stellungnahme von Talga zu der eingegangenen Sichtweise wurden erstellt. Talga geht davon aus, dass die Mehrheit der eingegangenen Kommentare berücksichtigt wurde. In Fällen, in denen das Unternehmen beabsichtigt, die Dokumentation aufgrund einer Sichtweise zu ergänzen, erfolgt dies im Rahmen der laufenden Korrespondenz in dem Fall.

Viele der im Rahmen der Espoo-Konsultation eingegangenen Meinungen betreffen Fragen, die im Hinblick auf grenzüberschreitende Auswirkungen eindeutig nicht als relevant angesehen werden können, geschweige denn, dass sie erhebliche schädliche grenzüberschreitende Auswirkungen haben (z. B. Staubbildung, Abfallcharakterisierung, mineralische Zusammensetzung, Abfallwirtschaft, Landnutzung usw.). Trotzdem hat das Unternehmen erklärt, dass viele der Standpunkte dennoch im Rahmen der Erstellung der Antrags- und Begleitunterlagen behandelt wurden. Das Unternehmen hat daher darauf verwiesen, wo jeder Standpunkt in den unterstützenden Dokumenten behandelt wird, und bezieht sich damit auf im Wesentlichen alle in dem Fall vorgelegten Dokumente.

Die schwedische Umweltschutzbehörde ist für die Durchführung der Konsultation gemäß der Konvention verantwortlich.

Das Unternehmen hat die Frage der Fortsetzung der Espoo-Konsultation mit der schwedischen Umweltschutzbehörde ausgeschlossen, die bekannt gab, dass die schwedische Umweltschutzbehörde beabsichtigt, relevante Unterlagen an die zuständige Behörde in Finnland im Zusammenhang mit dem Land- und Umweltgericht zu übermitteln, das den Antrag bekannt gibt. Das zunächst übermittelte Material wird nach vorläufiger Einschätzung im Wesentlichen aus entsprechenden Dokumenten bestehen, die das Gericht nach Maßgabe der grenzüberschreitenden Vereinbarung übersetzen lassen hat. Das Unternehmen ist der Ansicht, dass es nicht angemessen ist, dass alle Dokumente in diesem Fall folglich ins Finnische übersetzt und als Konsultationsdokumente für die Espoo-Konsultation beigelegt werden sollten. Die übersetzten Dokumente sind nach Angaben des Unternehmens ausreichend, um die Anforderungen von Artikel 3.5 des Übereinkommens zu erfüllen, insbesondere im Hinblick auf die Angaben des Unternehmens in Punkt 4.

Es obliegt der Umweltschutzbehörde als zuständiger Behörde sicherzustellen, dass die Espoo-Konsultation korrekt durchgeführt wird, und dazu gehört auch, dass relevante Dokumente übersetzt und der zuständigen finnischen Behörde übermittelt werden. Die Notwendigkeit der Übersetzung zusätzlicher Dokumente im Rahmen der Espoo-Konsultation wird mit der Umweltschutzbehörde vereinbart und, falls erforderlich, werden zusätzliche Dokumente übersetzt und im Rahmen der fortgesetzten Espoo-Konsultation übermittelt.

STELLUNGNAHMEN, DIE NACH ANKÜNDIGUNG DES ANTRAGS EINGEGANGEN SIND

KOMMENDE MEINUNGEN UND EINFÜHRENDE ZUSAMMENFASSUNG DER ANSICHTEN

Stellungnahmen erhalten

In Schweden ist nach Bekanntgabe der Sachverständigengutachten von der Kreisverwaltung, der Schwedischen Verkehrsverwaltung, der Region Norrbotten, dem Staatlichen Geotechnischen Institut, dem Geologischen Dienst von Schweden, dem Sami-Parlament, dem Sami-Dorf Gabna und dem Sami-Dorf Talma eingegangen, Saarivuoma Sami Village und die Nature Conservation Association. Darüber hinaus haben mehrere Personen bei der Veröffentlichung in Schweden Erklärungen zu dem Fall abgegeben, von denen einige von mehreren Personen geteilt wurden und dieselbe Person in mehr als einer gemeinsamen Erklärung vorkommt.

Personen, die ihre eigene Meinung abgegeben haben, sind Marita Sandmark, Lotta Lagermalm und Peter Pettersson. Darüber hinaus haben Mats Myhr, Sverker Forsén und Lennart Karlsson eine gemeinsame Erklärung abgegeben (Mats Myhr et al. unten).

Jan Johansson, Martin Baas, Bengt Henriksson, Barbro Eliasson, Åke Eliasson, Fredrik Linghall, Roger Rehnblom, Joakim Linghall, Ander Lidström und Johannes Fredriksson haben sich zu einer gemeinsamen Meinung geäußert (Martin Baas et al. unten).

Simon Holma, Tobias Daffeh, Gudrun Stålnacke, Helena Thyni, Sonja Hansson, Jörgen Hansson, Anders Lindström, Johan Uvén, Annelie Uvén, Elisabeth Johansson Halldén, Kalle Nilsson, Boel Halldén, Johan Nilsson, Håkan Hansi und Ann-Katrin Lindblom haben sich zu einer gemeinsamen Meinung geäußert (Simon Holma et al. unten).

Urpo Taskinen, Jävna Allas, Håkan Lundström, Johanna Ögren, Tarja Leinonen,

Päivi Juuso, Per-Anders Nutti, John Tomas Påve, Simon Marianen, Beatrice Flöystad und Elin Belleza sind zu einer gemeinsamen Meinung gelangt (Urpo Taskinen et al. unten).

Lars-Inge Lööv, Märta Lööv, Lars Jonas Lööv und Lena Fergman haben eine gemeinsame Stellungnahme abgegeben (Lars-Inge Lööv et al.).

Anette Johansson, Jan Johansson und Eric Johansson haben sich zu einer gemeinsamen Meinung geäußert (Anette Johansson et al.). Jan Johansson hat sogar teilgenommen und Martin Baas und andere kommentiert.

Ulrik Lidström nahm an dem Interview mit Martin Baas und anderen teil. von Simon Holma et al. och från Urpo Taskinen und andere.

Ulrika Sydberg und Ellinor Sydberg waren beide an den Gutachten von Simon Holma und anderen beteiligt. und Kommentare von Lars-Inge Lööv und anderen.

Hanna Råman und Kenneth Nilsson sind beide Teilnehmer und Meinungen von Simon Holma und anderen. und Meinungen von Urpo Taskinen und anderen.

Per-Erik Bjurholt und Erika Bjurholt haben eine eigene gemeinsame Erklärung abgegeben und sie haben auch eine gemeinsame Erklärung mit Simon Holma et al.

Als der Antrag und die Umweltverträglichkeitserklärung in Finnland bekannt gegeben wurden, gingen sachliche Kommentare vom Umweltministerium und von finnischen Behörden und Organisationen ein; Das NMT-Zentrum, die finnische Fischereibehörde, der Lappland-Regionalverband, das Umweltkomitee Rovaniemi, die Gemeinde Enontekiö, die Gemeinde Sodankylä, die norwegische Forstbehörde, das Institut für natürliche Ressourcen, die finnische Naturschutzbehörde, die Rentiervereinigung und die Kukkola-Gemeinschaftsvereinigung.

Erste Zusammenfassung der eingegangenen schriftlichen Stellungnahmen

Enskilda, das NMT Centre, die Finnish Fisheries Agency, das Natural Resources Institute, die Nature Conservation Society und Gabna Sami Village sowie die Finnish Nature Conservation Association haben die Meinung geäußert, dass die Prüfung mehr Projekte umfassen sollte, als derzeit beantragt werden, und haben erwogen, dass die Abgrenzung schwerwiegende Mängel in den Antragsunterlagen einschließlich der Umweltverträglichkeitserklärung zur Berichterstattung über die Folgen der Tätigkeit aufweist. Das NMT-Zentrum, die finnische Fischereibehörde, das Institut für natürliche Ressourcen und das Umweltkomitee von Rovaniemi haben auf der Grundlage laufender Projekte in Schweden und Finnland auf die Bedeutung der Bewertung kumulativer Auswirkungen hingewiesen.

Das Umweltministerium, das NMT-Zentrum, die finnische Fischereibehörde, die norwegische Forstbehörde und

Das Natural Resources Institute hat Einwände gegen die gemäß der Espoo-Konvention durchgeführte Konsultation sowie andere Mitteilungen im Fall mit Finnland erhoben und sich allgemein zur Angemessenheit der Grundlage für die Bewertung der grenzüberschreitenden Umweltfolgen der Aktivität und der Auswirkungen geäußert im Natura 2000-Gebiet.

Die Kreisverwaltung ist grundsätzlich der Auffassung, dass der Antrag des Unternehmens zusammen mit der Umweltverträglichkeitserklärung und weiteren beigelegten Unterlagen die beantragte Tätigkeit und die eintretenden abschätzbaren Folgen aufzeigt. Die Kreisverwaltung ist der Auffassung, dass es im Zusammenhang mit der Errichtung und dem Betrieb eines Bergbaubetriebes in dem beantragten Umfang unvermeidlich zu Störungen verschiedener Art kommt und dass es daher wichtig ist, dass entsprechende Bedingungen vorgeschrieben werden, die die Störungen auf ein akzeptables Maß begrenzen. Um die Abgrenzung des Bergwerks von der Umgebung zu präzisieren, erwägt die Kreisverwaltung unter Bezugnahme auf die Bestimmung in Kap. 2 § 6 Umweltgesetzbuch, dass das Landes- und Umweltgericht für den Fall, dass die beantragte Tätigkeit als zulässig beurteilt wird, über die Bestimmung des Tätigkeitsbereichs für die Bergbautätigkeit und des Bereichs für Sand und Gestein zu entscheiden hat Lagerung gemäß dem, was das Unternehmen in dem Fall gemeldet hat

Stellungnahmen zur Bedeutung des Gebiets für die Rentierhaltung, die Folgen für die Rentierhaltung und die Regelung der Bedingungen zum Schutz der Rentierhaltung wurden von der Bezirksregierung, dem Naturschutzverband, dem samischen Parlament und samischen Dörfern (Gabna, Talma und Saarivuoma) als erhalten sowie Einzelpersonen. Die Bezirksverwaltung hat hauptsächlich die Notwendigkeit der notwendigen Bedingungen zum Schutz der Interessen der Rentierindustrie im Bereich des geplanten Bergbaubetriebs hervorgehoben, und andere haben zusammengefasst, dass die Umweltverträglichkeitserklärung mangelhaft ist, dass sie nicht hervorgehoben hat oder Kumulationseffekte berücksichtigt werden und dass die Folgen für die Rentierhaltung weitreichender sind, als das Unternehmen berichtet. Der Rentierzuchtverband und das Umweltkomitee von Rovaniemi haben Stellungnahmen zu den Auswirkungen der Aktivität auf die Rentierzucht auf finnischer Seite abgegeben.

Der Naturschutzverband und die Kreisverwaltung haben zu den Auswirkungen der Maßnahme auf die Arten und zur Möglichkeit der Erteilung einer Artenschutzbefreiung Stellung genommen.

Enskilda hat zusammenfassend seine Besorgnis über die Folgen geäußert, zu denen die beantragte Tätigkeit während des laufenden Betriebs und nach Abschluss des Betriebs auch langfristig führen kann. Es wurden Bedenken geäußert, dass die Tätigkeit Folgen haben könnte, die Risiken für die Umwelt und die menschliche Gesundheit und Sicherheit mit sich bringen. Die Ansichten betrafen hauptsächlich Auswirkungen in Form von Lärm, Staub, Gerüchen und Emissionen in Gewässer. Die Kreisverwaltung hat vor allem die Notwendigkeit entsprechender Auflagen zur Begrenzung von Störungen betont.

Die Bezirksverwaltung und alle finnischen Behörden und Organisationen haben Ansichten über die Auswirkungen der Aktivität auf das Wasser durch Einleitungen und die Notwendigkeit von Bedingungen und Überwachung in Bezug auf Einleitungen in Gewässer vorgelegt. Auch finnische Behörden und Organisationen haben Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen auf Fische geäußert.

Die Geotechnische Anstalt des Landes hat sich zu der geplanten Lagerung von Graugestein und Anreicherungssand geäußert und nach der Antwort des Unternehmens erklärt, dass die Behörde keine weiteren Kommentare habe.

Der schwedische Geologische Dienst hat in seiner Stellungnahme zusammenfassend festgestellt, dass das Unternehmen vor Bauarbeiten und einer detaillierteren Planung des Gebiets eine allgemeine Überprüfung der Bodenarten und Bodentiefe durchführen sollte, um das Vorhandensein ungeeigneter

Bodenschichten auszuschließen und ggf , Planungen und Konstruktionen wie z.B. Teiche und Lagerung an örtliche Gegebenheiten.

Die Region Norrbotten hat zusammenfassend erklärt, dass die beantragte Aktivität große und positive sozioökonomische Auswirkungen in Norrbotten und für Schweden insgesamt haben wird. Einzelpersonen haben jedoch Einwände gegen die sozioökonomischen Auswirkungen der Operation vor Ort in der Region erhoben.

Sowohl Einzelpersonen als auch die Kreisverwaltung haben Stellungnahmen zur Notwendigkeit einer langfristigen Nachsorge und Nachbehandlung sowie zur Notwendigkeit einer finanziellen Absicherung abgegeben.

Nachfolgend hat das Gericht die eingegangenen schriftlichen Stellungnahmen in dem Fall und die Antwort des Unternehmens darauf zusammengefasst. Während der Bearbeitung des Falls hat das Unternehmen auf den zuvor gestellten Antrag auf Genehmigung der Nachzahlung verzichtet, weshalb Aussagen in diesen Teilen im Folgenden nicht wiedergegeben werden.

P UMFANG DER PRÜFUNG

Gegenparteien und andere Betroffene

Martin Baaset al. und Simon Holmaet al. hat zum Ausdruck gebracht, dass es seltsam ist, dass das gesamte Bergbauprojekt des Unternehmens, einschließlich der geplanten Minen in Niska, nicht gleichzeitig mit diesem Antrag bearbeitet wird.

Gabna Samiby und die Nature Conservation Society haben folgendes zusammengefasst. Die Antragstellung weist gravierende Mängel auf, die vor allem darauf zurückzuführen sind, dass das Unternehmen sein Graphitprojekt im Antragsverfahren in verschiedene Teile gegliedert hat. Dies hat dazu geführt, dass unklar ist, ob die Dimensionierung verschiedener technischer Lösungen zum Management des Bergbaubetriebs und seiner Abfälle so berechnet wird, dass sie den Anforderungen des gesamten Vittangi-Graphitprojekts entsprechen, oder ob zusätzliche Sand- und Klärlager benötigt werden. Derselbe Mangel wiederholt sich in mehreren Teilen des Antrags, wie z. B. die Auswirkungen auf wasserwirtschaftliche Einrichtungen, Emissionen an Empfänger, Transport auf den Straßen und Klimaauswirkungen. Es sollte eine Gesamtbewertung vorgenommen werden, um die Auswirkungen auf die Umwelt und die Auswirkungen auf Natura-2000-Gebiete abschätzen zu können. Unklar ist, wie die Planung aussieht, wenn der Bergbau unter Tage und ganzjährig verwirklicht wird, welche Folgen dies haben kann und ob die beantragten Anlagen für weitere Projekte dimensioniert sind. Der Antrag sollte abgelehnt und das Unternehmen aufgefordert werden, einen Antrag für das gesamte Vittangi-Graphitprojekt einzureichen.

Das NMT-Zentrum, die finnische Fischereibehörde und das Institut für natürliche Ressourcen sowie Die finnische Naturschutzbehörde hat betont, dass das Projekt viel größer sein kann und dass die Umweltverträglichkeitserklärung eine Bewertung der kumulativen Auswirkungen im Falle des Abbaus von drei zusätzlichen Erzvorkommen, anderen Minen, die im Einzugsgebiet des Flusses Torne gebaut werden, und anderen Projekten fehlt wo das Umweltverträglichkeitserklärungsverfahren läuft und die Möglichkeit, Minen auf finnischer Seite zu bauen.

Die Behandlung des Unternehmens

Der vorliegende Antrag betrifft die Gewinnung von bis zu 120.000 Tonnen Erz im Tagebau in den Monaten April bis September in der Lagerstätte Nunasvaara Södra. Untertägiger Bergbau oder ganzjähriger Bergbau ist nicht Gegenstand der Anwendung. Da diese Teile außerhalb des Prüfungsrahmens liegen, wurden die Umweltauswirkungen dieser Voraussetzungen folglich auch nicht in die Umweltverträglichkeitserklärung für den Betrieb aufgenommen.

Aus der Praxis ergibt sich, dass bei einer Genehmigungsprüfung nach dem Umweltgesetzbuch kumulative Wirkungen aus den zusätzlichen Tätigkeiten, laufenden Landinanspruchnahmen und Nutzungen, abgeschlossenen, aber nicht nachbearbeiteten Tätigkeiten und genehmigten, aber noch nicht begonnenen Tätigkeiten zu bewerten sind (siehe MÖD 2019:5). Die vom Unternehmen beantragten Verarbeitungskonzessionen im Projekt Niska (die Erzvorkommen Nunasvaara Norra, Niska Södra und Niska Norra) sind keine lizenzierten Aktivitäten und beinhalten daher keine kumulativen Auswirkungen, die im Rahmen dieses Antrags auf eine Lizenz gemäß den Umweltvorschriften bewertet werden müssen Code für Nunasvaara Södra. Für die vom Projekt Niska abgedeckten Erzkörper hat Talga derzeit nur eine Verarbeitungskonzession beim Bergbaustaat beantragt. Für keine der vom Projekt Niska abgedeckten Erzvorkommen wurde eine Genehmigung nach dem Umweltgesetz beantragt.

Da bei der Bewertung der kumulativen Auswirkungen aus dem laufenden Betrieb nur lizenzierte Betriebe zu berücksichtigen sind, werden etwaige zukünftige Bergbauprojekte in Finnland oder Schweden in dieser Überprüfung nicht berücksichtigt.

Für den Fall, dass die vorliegende Genehmigung zum Zeitpunkt eines Antrags für eine der vom Projekt Niska abgedeckten Lagerstätten erteilt wurde, muss diese Bewertung jedoch die kumulativen Auswirkungen von Nunasvaara Södra berücksichtigen.

G GRENZÜBERSCHREITENDE AUSWIRKUNGEN UND INTERNATIONALE ABKOMMEN**Gegenparteien und andere Betroffene**

Das Umweltministerium, das NMT-Zentrum, die finnische Fischereibehörde, die norwegische Forstbehörde und

Das Natural Resources Institute hat Einwände gegen die gemäß der Espoo-Konvention durchgeführte Konsultation erhoben und sich allgemein zur Angemessenheit der Grundlage für die Bewertung der grenzüberschreitenden Umweltfolgen der Aktivität und der Auswirkungen auf das Natura-2000-Gebiet geäußert. Es wurde die Meinung geäußert, dass nur ein kleiner Teil der Umweltverträglichkeitserklärung ins Finnische übersetzt wurde und dass Anhänge zum Antrag entweder in den nach Finnland übermittelten Unterlagen fehlten oder nur in zusammengefasster Form verfügbar waren. Auch Übersetzungen von Dokumenten wurden teilweise kritisiert.

Das Unternehmen

Zusammenfassend stellte das Unternehmen Folgendes fest. Talga bleibt bei seiner Position, dass die Aktivität keine grenzüberschreitenden Auswirkungen haben wird und folglich weder das Abkommen über grenzüberschreitende Flüsse noch die Espoo-Konvention auf den Fall anwendbar sind.

Da das Gericht entschieden hat, dass grenzüberschreitende Auswirkungen nicht ausgeschlossen werden können und daher das grenzüberschreitende Flussabkommen anzuwenden ist, kann das

Unternehmen geltend machen, dass die einzigen Umweltauswirkungen, die theoretisch zu grenzüberschreitenden Auswirkungen führen könnten, die Auswirkungen des Unternehmens durch Einleitungen in Gewässer und die Auswirkungen sind das könnte als Folge davon folgen. Andere Umweltauswirkungen aus der Geschäftstätigkeit des Unternehmens (wie Landschaft, Lärm, Vibrationen, Luftstöße, Transport, Rentierhaltung, kulturelle Umgebung, Leben im Freien und Erholung sowie Abfall, Umgang mit Chemikalien, Energieverbrauch und Luftemissionen) bestehen nicht eine grenzüberschreitende Perspektive. Vor diesem Hintergrund kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass die Tätigkeit *erhebliche schädliche* grenzüberschreitende Auswirkungen hat. Dies ist eine deutlich höhere Schwelle als nach dem Transboundary Rivers Agreement und eine Voraussetzung für die Anwendbarkeit der Espoo-Konvention.

Nach Art. 22 des Abkommens über grenzüberschreitende Flüsse müssen Zusammenfassungen des Genehmigungsantrags und die Antragsunterlagen in finnischer Sprache verfügbar gehalten werden, soweit dies erforderlich ist. Gemäß Artikel 3.5 des Espoo-Übereinkommens beziehen sich die im Rahmen der Espoo-Konsultation bereitzustellenden Informationen auf die wahrscheinlichen erheblichen grenzüberschreitenden Auswirkungen der Aktivität und ihre erwarteten grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen. Andere Themen liegen außerhalb dessen, was in einer Espoo-Konsultation enthalten sein sollte.

Alle Belege in dem Fall müssen möglicherweise nicht in finnischer Übersetzung vorgelegt werden. Das Unternehmen und/oder das Gericht haben in finnischer Übersetzung vorgelegte Unterlagen vorgelegt, die belegen, dass die Operation keine Auswirkungen auf die Wasserqualität im Torneälven haben wird, und interessierten Parteien und Behörden in Finnland gestattet, sich dazu zu äußern. Das Unternehmen ist der Ansicht, dass es nicht relevant oder erforderlich ist, dass Eingaben zu Folgenabschätzungen, die nicht einmal theoretisch zu grenzüberschreitenden Auswirkungen führen könnten, auf Finnisch verfügbar gehalten werden. Da nur die Auswirkungen von Freisetzungen in Gewässer und damit verbundene Umweltfolgen theoretisch grenzüberschreitende Auswirkungen haben könnten, ist es nur relevant, den finnischen Parteien die vorgelegten Unterlagen zu den Auswirkungen auf das Wasser in einer finnischen Übersetzung vorzulegen, die ist auch im Rahmen der Studie erfolgt. Es muss davon ausgegangen werden, dass die den finnischen Behörden und Interessenvertretern zur Verfügung gestellten Dokumente die Anforderungen der Espoo-Konvention und des grenzüberschreitenden Flussabkommens erfüllen.

Das Unternehmen nimmt den Standpunkt zu minderwertigen Übersetzungen zur Kenntnis, hat aber leider Schwierigkeiten, die Qualität der Übersetzung zu kontrollieren, da das Unternehmen selbst nicht finnischsprachig ist, sondern sich darauf verlassen muss, dass das Übersetzungsunternehmen die Dokumente korrekt übersetzt. Allerdings nimmt das Unternehmen damit den Standpunkt für zukünftige Übersetzungen ein.

Umweltministerium

Das Umweltministerium hat nach der Fertigstellung des Unternehmens im Herbst 2022 mit den finnischen Parteien noch einmal betont, dass die Konsultationen gemäß der Espoo-Konvention fortgesetzt werden müssen, und hat Folgendes zusammengefasst.

Basierend auf dem bereitgestellten Material, den in Finnland eingegangenen Kommentaren und der eigenen Meinung des Umweltministeriums ist das Umweltministerium der Ansicht, dass die grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung immer noch nicht ausreicht, um sich eine Meinung über die wahrscheinlichen negativen Auswirkungen des Projekts in Finnland zu bilden.

Finnland ist der Ansicht, dass die grenzüberschreitenden Konsultationen fortgesetzt werden müssen, und fordert daher die schwedische Regierung auf, unverzüglich ein bilaterales Konsultationstreffen zu dem Projekt zu organisieren und die grenzüberschreitende Bewertung unter Bezugnahme auf Artikel 5 der Espoo-Konvention abzuschließen. Finnland ist der Ansicht, dass die zuständige Behörde in Schweden keine begründete Schlussfolgerung zu dem Projekt ziehen kann, bevor die bilaterale Konsultation abgeschlossen ist. Schweden wird außerdem gebeten, die Rückmeldungen Finnlands zu analysieren, einen Vorschlag zur Behebung von Mängeln bei der Bewertung der grenzüberschreitenden Auswirkungen vorzulegen und diesen Vorschlag Finnland vor dem Treffen vorzulegen. Finnland weist die schwedische Regierung erneut darauf hin, dass dem UVP-Material aus Schweden fast systematisch Informationen zu grenzüberschreitenden Auswirkungen fehlen. Es muss betont werden, dass die Anwendung der Espoo-Konvention nicht bedeutet, dass das Material nur aus nationaler Sicht produziert und dann übersetzt wird. Offenbar konsultiert die finnische Regierung das Bergbauunternehmen und nicht den Staatskonvent oder den EU-Mitgliedstaat. Obwohl Finnland Schweden aufgefordert hat, schnelle und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu ergreifen, gibt es in der Praxis keine sichtbaren Veränderungen. Zur Bestätigung der Anwendung von

Die Espoo-Konvention und Artikel 7 der UVP-Richtlinie sowie die praktische Anwendung dieser Bestimmungen fordert Finnland von der schwedischen Regierung, unverzüglich eine Sondersitzung zu diesem Thema einzuberufen.

Die schwedische Umweltschutzbehörde

Auf Anfrage des Gerichts hat die schwedische Umweltschutzbehörde in ihrer Eigenschaft als in Schweden für die Espoo-Konvention zuständige Behörde zum Antrag des Umweltministeriums auf weitere Konsultationen Stellung genommen und zusammenfassend Folgendes ausgeführt.

Die Umweltschutzbehörde benachrichtigte Finnland am 25. August 2021 gemäß Artikel 3 des Espoo-Übereinkommens über den geplanten Antrag von Talga AB für Bergbautätigkeiten usw. in Nunasvaara Södra, Gemeinde Kiruna. Nach Ablauf der vereinbarten Konsultationsfrist gemäß Artikel 3 reichte Finnland ein eine Antwort an die Environmental Protection Agency am 13. Oktober 2021. In seiner Antwort reichte Finnland die erhaltenen Kommentare sowie Anträge auf weitere Teilnahme am Umweltprüfungsverfahren ein und erklärte, dass es die Möglichkeit erhalten wolle, an Konsultationen gemäß teilzunehmen Artikel 5. Finnlands Antwort auf die Anmeldung wurde dann zur weiteren Bearbeitung an Talga AB weitergeleitet.

Am 4. Mai 2022 wurde die Konsultationseinladung gemäß Artikel 5 zum Antrag und zur Umweltverträglichkeitserklärung versandt. Nach Einigung reichte Finnland am 15. August 2022 eine Stellungnahme zur Konsultation ein, die an das Land- und Umweltgericht weitergeleitet wurde. Finnland wurde am 24. Oktober 2022 eine Dokumentation für eine ergänzende Konsultation gemäß Artikel 5 über die Antwort von Talga AB auf die aus Finnland erhaltenen Stellungnahmen sowie ergänzende Dokumentation übermittelt. Nach Vereinbarung mit Finnland ging am 9. Dezember 2022 eine Antwort ein.

Das Umweltamt ist der Ansicht, dass die Konsultation gemäß Kapitel 6 § 33 des Umweltgesetzbuchs über die Konsultation mit anderen Ländern in der spezifischen Umweltprüfung geplant und durchgeführt wurde. Die schwedische Umweltschutzbehörde ist daher der Ansicht, dass die Behörde ihren Verpflichtungen gemäß Artikel 5 des Espoo-Übereinkommens nachgekommen ist. Das Umweltbundesamt ist der Ansicht, dass die Konsultationen mit anderen Staaten gemäß § 21 der Umweltprüfungsverordnung durchgeführt wurden und die der Behörde obliegenden Pflichten gemäß

§ 24 erfüllt sind. Sie beabsichtigen nicht, den Antrag auf ein bilaterales Konsultationstreffen in einer anderen Reihenfolge zu bearbeiten.

Es obliegt der Prüfstelle zu beurteilen, ob die Umweltverträglichkeitserklärung den Anforderungen in Kap. 6 entspricht. das Umweltgesetzbuch (vgl. Kap. 6, §§ 42 und 43).

KLIMAWANDEL _

Gegenparteien und andere Betroffene

Mats Myhret al. hat zusammenfassend festgestellt, dass die geplante Bergbautätigkeit zum notwendigen Klimawandel beiträgt.

Lars-Inge Lööv und andere und Urpo Taskinen et al. haben zusammenfassend folgendes festgestellt. Kohlendioxidemissionen müssen reduziert werden. Die Mineralindustrie verursacht große Emissionen von Treibhausgasen, was auf die großen Mengen an Energie zurückzuführen ist, die beim Erzabbau, Transport und den Prozessen zur Anreicherung und Verarbeitung des Erzes zu einem Endprodukt verwendet werden. Sie fragen sich, ob eine neue Mine der richtige Weg ist, da das Ausgraben von mehr Mineralien aus der Erde eine umfassende Umweltzerstörung und hohe Kosten nach sich ziehen kann. Die Erforschung alternativer Rohstoffe für Batterien ist weit fortgeschritten. Die Batterieproduktion macht 30 Prozent der Treibhausgase aus, die mit der Herstellung von Elektrofahrzeugen verbunden sind. Das Sammeln und Recycling von Batterien ist ein wichtiger Teil, der entwickelt werden muss.

der Naturschutzbund in seiner Stellungnahme folgendes festgestellt. Die angeforderte Aktivität trägt nicht zur Reduzierung der Emissionen bei, sondern diese werden zunehmen. Ein zugänglicherer und realistischerer Weg sollte darin bestehen, Ressourcen für den bereits laufenden Graphitabbau global zu bündeln und zu Umwelt- und Klimaverbesserungsmaßnahmen sowie zur Steigerung der Produktivität beizutragen.

Das Unternehmen

Um Schwedens Ziel zu erreichen, bis 2045 fossilfrei zu sein, muss die Nutzung fossiler Brennstoffe zugunsten fossilfreier Alternativen auslaufen, nicht zuletzt in der Automobilindustrie. Die Elektrifizierung von Fahrzeugen, sowohl Personenkraftwagen als auch Transport- und Industriefahrzeugen, ist ein wichtiges Instrument, um diesen Übergang zu ermöglichen. Gleichzeitig bedeutet die Elektrifizierung einen erhöhten Strombedarf, der hohe Anforderungen an effiziente Energiespeicherlösungen stellt, d.h. Batterien.

Graphit ist ein wichtiger Bestandteil in Batterien und Vittangi-Graphit eine wichtige Quelle für die Herstellung von Graphit und Graphen, deren Eigenschaften zu verbesserten Energiespeichersystemen sowie stärkeren Verbundwerkstoffen für Fahrzeuge beitragen und zu einem geringeren Kraftstoffverbrauch führen können. Graphen ermöglicht auch die Entwicklung neuer Beschichtungen, um giftige Chemikalien wie sechswertiges Chrom und Phosphate zu ersetzen, sowie Beschichtungen für Verpackungsmaterialien, die den Einsatz von Metallen reduzieren und Verpackungsmaterialien recycelbar machen.

Der in der heutigen Batterieherstellung verwendete Graphit ist meist synthetisch und wird in einem energieintensiven Herstellungsprozess aus Koks oder Rohöl hergestellt, und die verwendete

Energiequelle basiert oft größtenteils auf Kohlekraft. Die jetzt beantragten Aktivitäten haben erhebliche Umweltvorteile im Vergleich zum laufenden Graphitabbau weltweit.

Graphit wurde von der EU als kritischer Rohstoff gelistet. Der weiße Tangi-Graphit ist einzigartig im Vergleich zu Industriestandard-Naturgraphit. Dieses enthält die höchsten bekannten Graphitkonzentrationen der Welt und hat eine sehr hohe Erzqualität. Aufgrund des Graphitgehalts und der Erzqualität wird in Vittangi für eine bestimmte Graphitmenge nur etwa 1/8 – 1/3 der Erzmenge benötigt, die bei anderen Lagerstätten weltweit benötigt wird.

Durch den Abbau von Naturgraphit mit einem so hohen Graphitgehalt und hoher Graphitqualität, dessen Anreicherung vor Ort und die Weiterleitung an eine von Talga geplante und beantragte Anlage zur Herstellung von Batterieanodenmaterial aus Graphitkonzentrat in Luleå sowie durch die Nutzung von regenerativ erzeugtem Strom, Talga wird in einem integrierten und in mehreren Teilen des einzigartigen Produktionsprozesses in der Lage sein, Anodenmaterial mit deutlich geringeren Kohlendioxidemissionen als herkömmlich hergestelltes Anodenmaterial herzustellen. Die Ergebnisse abgeschlossener Lebenszyklusanalysen zeigen ein sehr großes Emissionsminderungspotenzial pro produziertem Elektroauto. Dadurch wird Talga aus globaler Sicht zu reduzierten Treibhausgasemissionen beitragen können.

M UMWELTFOLGEN

Lärm, Explosionen, Vibrationen, Luftdruckwellen

Gegenparteien und andere Betroffene

Per-Erik und Erika Bjurholt, Martin Baas et al., Simon Holma et al. und Annett Johansson et al. haben zusammenfassend Bedenken hinsichtlich Störungen in Form von beispielsweise Explosionen und Lärm geäußert.

Der Kreisverwaltungsrat hat in seiner Stellungnahme folgendes zusammengefasst. Die Kreisverwaltung ist der Ansicht, dass Störungen in Form von Erschütterungen und Luftstößwellen ab einem bestimmten Pegel, einzeln oder in Kombination, solche Störungen sind, die durch Auflagen geregelt werden müssen. Eine nachträgliche Nachverfolgung der Folgen der Sprengwirkung ist weniger sinnvoll. Aus diesem Grund hält es das Landratsamt für erforderlich, dass das Landes- und Umweltgericht Auflagen für Erschütterungen und Luftdruckwellen vorschreibt, um die Auswirkungen von Sprengungen zu begrenzen. Da das Unternehmen beabsichtigt, Sprengungen in der Zeit von April bis September zu platzieren, wenn die meisten Einwohner im Gebiet sind (Freizeitbebauung), ist es mit einer solchen Bedingung besonders gerechtfertigt. Der Kreisverwaltungsrat ist der Ansicht, dass das Störungsrisiko, die wahrgenommene Störung, richtungsweisend bei der Auflagenvergabe und der Festlegung des Grenzwertes sein sollte, der deutlich unter den vom Unternehmen gemeldeten Werten liegen soll.

Das Unternehmen

Es wurden Lärmpegelberechnungen durchgeführt, die zeigen, dass die Richtwerte des Umweltbundesamtes zu Gewerbe- und sonstigem Betriebslärm (Umweltschutzamt, 2015) mit Maßnahmen in Form einer Lärmschutzwand und einer Begrenzung eingedämmt werden können Bohren in der Anfangsphase. Der Beitrag des Verkehrs zum Lärmpegel ist gering, und die Pegel sind entlang Nunasvaaravägen bis zur E45 gering.

Talga hat das Risiko von Vibrationen, Luftdruckwellen und Steinschlag gemäß den geltenden schwedischen Normen untersuchen lassen. Hinsichtlich der Erschütterungen zeigt die Untersuchung, dass am nächsten Gebäude höchstens mit Erschütterungspegeln von 1,4 mm/s zu rechnen ist, bei größeren Entfernungen mit niedrigeren Werten. Diese Werte sind deutlich niedriger als die Werte von 8 mm/s, die ein Risiko für technische Schäden an Gebäuden darstellen. Darüber hinaus zeigt die Untersuchung, dass Vibrationen durch Sprengungen weit unter solchen Werten liegen, die normalerweise aus Sicht der Störung akzeptabel sein sollten, und Talga ist daher der Ansicht, dass es als Ausgangspunkt nicht erforderlich ist, Bedingungen in Bezug auf Vibrationen vorzuschreiben.

In Bezug auf Luftstoßwellen zeigt die Untersuchung von Talga, dass das Maximum, das man erwarten kann, Werte von 70 Pa, Reflexionsdruck und niedrigere Werte bei größeren Entfernungen sind. Auch diese Werte liegen weit unter dem Zielwert von 400 Pa, der für die angewandte Tätigkeit in Bezug auf Gebäudeschäden gelten sollte. Diese Werte können als niedrig angesehen werden und rechtfertigen folglich keine Verschreibungsbedingungen in diesem Teil.

Um mögliche Störungen für Anwohner zu minimieren, hat Talga einen Vorschlag für Bedingungen für Vibrationen und Luftstoßwellen erstellt. Es ist zu beachten, dass Messungen auch im Rahmen des Kontrollprogramms geregelt werden können, und nicht nur nach Beschwerden von Anwohnern.

Emissionen in die Luft, Staubbildung und Transport

Gegenparteien und andere Betroffene

Lotta Lagermalm hat erklärt, dass Emissionen von Gasen wie Kohlenwasserstoffen, Kohlenmonoxid und Partikeln die Gesundheit von Mensch und Tier beeinträchtigen können. Martin Baaset al. und Simon Holmaet al. haben Bedenken geäußert, dass das Abstauben zu einem großen Problem werden könnte. Per-Erik und Erika Bjurholt hat Bedenken wegen Geruch und Staub geäußert.

Der Kreisverwaltungsrat hat in seiner Stellungnahme folgendes zusammengefasst. Die Erfahrung des County Administrative Board mit Staub aus Bergbaubetrieben ist, dass die Zerkleinerungs- und Zerkleinerungsvorgänge periodisch stark zur Ausbreitung von Staub in die Umgebung beitragen. Eingehauste Brechanlagen mit Entstaubungseinrichtungen, die über eine Staubbildung für die Abluft verfügen, reduzieren Staub effektiv. Darüber hinaus stellt die Bezirksverwaltung fest, dass die Bedingungen hinsichtlich des Staubbildungs, die durch Probenahme und Analyse an eingesetzten NILU-Behältern im Einflussbereich einer Mine nachverfolgt werden, auch einen deutlichen Einfluss darauf haben, wie die Betreiber aktiv mit Maßnahmen zur Staubkontrolle arbeiten und Nachverfolgung der Auswirkungen der ergriffenen Maßnahmen.

Der Kreisverwaltungsrat ist der Ansicht, dass der Vorschlag des Unternehmens für Auflagen zur Entstaubung nicht geeignet ist, für das beantragte Geschäft vorzuschreiben. Die Bedingung ist im Hinblick darauf, was erreicht werden soll, zu willkürlich.

Probleme mit der Staubaufwirbelung treten unter anderem bei Brech- und Sortieranlagen auf. Auch der Straßentransport innerhalb, zum und vom Bergbaubereich ist eine Staubquelle. Es existiert eine bekannte Technologie zur Reinigung von Staub, bei der die Abluft unter Bedingungen geregelt werden kann, die nach Ansicht der Kreisverwaltung derzeit akzeptiert sind. Die Bezirksverwaltung ist der Ansicht, dass eine Bedingung für fallenden Staub, gemessen durch NILU-Dosen, für eine Reihe von Messpunkten in unmittelbarer Nähe des Einsatzgebiets vorgeschrieben werden sollte. Das Unternehmen sollte eine Reihe von Standorten in unmittelbarer Nähe des Betriebsgebiets

vorschlagen, die die Hauptwindrichtung, nahe Werte und Interessen berücksichtigen. Außerdem ist festzulegen, welche Mengen an herabfallendem Staub ein Vorschlag für Bedingungen zum Staubbiederschlag unter Bezugnahme auf die für die Nachverfolgung existierende Norm umfassen sollte.

Für den Fall, dass das Landes- und Umweltgericht beabsichtigt, die Frage der endgültigen Bedingungen für Emissionen in die Luft auf Probe zu belassen, schlägt der Kreisverwaltungsrat vor, eine vorläufige Regelung zu treffen, in der ein Nachfolgeprogramm festgelegt wird. Damit der Vorschlag des Unternehmens zur Untersuchung der Bedingungen zur Begrenzung der Staubbemissionen in die Luft sinnvoll umgesetzt werden kann, ist die Bezirksverwaltung der Ansicht, dass Anforderungen zur Eindämmung bestimmter Mengen an Staubbiederschlag an bestimmten ausgewiesenen Orten in die Untersuchung aufgenommen werden müssen und in einer vorläufigen Verordnung festgelegt.

Darüber hinaus kann die Kreisverwaltung nicht ausschließen, dass eine Auflage für die für den Betrieb der Brechanlage erforderlichen Reinigungseinrichtungen und/oder ein Konzentrationsgrenzwert für Staub (Zustand) in der Abluft der Entstaubungsanlage vorgeschrieben werden muss.

Die Behandlung des Unternehmens

Das Unternehmen hat eine Bewertung der erwarteten Emissionen des Betriebs in die Luft und der Auswirkungen auf das Klima durchgeführt. Daraus folgt, dass die Emissionen gering eingeschätzt werden und nicht zur Überschreitung von Umweltqualitätsnormen beitragen. Folgen in Form von Geruchsbelästigungen werden durch die geplante Tätigkeit nicht eingeschätzt.

Staub aus dem Betrieb kann während des Transports sowie beim Gesteinsbrechen, Be- und Entladen und Umschlagen von Abfallgestein, Erz und Anreicherungsand entstehen. Bei trockenem Wetter in Kombination mit starkem Wind steigt die Staubbildungsgefahr. Es wird vorgeschlagen, die Staubbildung im Rahmen des Kontrollprogramms des Betriebs zu überwachen. Das Sand- und Abfallgesteinreservoir wird so ausgelegt, dass Staubbildung und -ausbreitung begrenzt werden. Da der Anreicherungsand beim Einbringen in das Sand- und Altgesteinslager oder in den Tagebau einen gewissen Wassergehalt aufweist, wird dadurch die Staubgefahr reduziert. Da in den Tagebauen während der Winterzeit nicht gearbeitet wird, wird davon ausgegangen, dass während der Winterzeit kein Staub auftritt. Im Sommer kann es jedoch zu Staubbildung kommen, insbesondere bei heißem Wetter und Wind. Wenn Staubbildung auftritt, wird die Staubkontrolle von Minenstraßen und offenen Flächen kontinuierlich durchgeführt, um die Ausbreitung zu minimieren. Sowohl Wasser als auch Bindemittel können zur Staubkontrolle verwendet werden. Fallender Staub wird an mehreren Stellen neben der Mine und dem Transportweg gemessen. Transporte von Graphitkonzentrat erfolgen in überdachten Transporten und gelten daher nicht als Staubquelle.

Talga widerspricht grundsätzlich nicht, dass für den Betrieb eine Auflage bezüglich Staubbemissionen mit Messung durch eine NILU-Dose vorgeschrieben wird, falls Untersuchungen ergeben, dass dies erforderlich ist. Da es sich bei dem beantragten Geschäft jedoch um ein neues Geschäft handelt, gibt es nach Ansicht von Talga weder Gründe noch Bedingungen, um jetzt eine solche endgültige Bedingung vorzuschreiben. Stattdessen ist Talga der Ansicht, dass die Notwendigkeit und mögliche Höhe von Staubbemissionen zunächst während des tatsächlichen Geschäftsbetriebs überwacht und untersucht werden müssen. Vor diesem Hintergrund schlägt Talga vor, die Frage der Bedingungen für Staubbemissionen in die Luft um einen Zeitraum von vier Jahren nach dem rechtskräftigen Urteil

zu verschieben. In der Zwischenzeit muss Talga die Emissionen in die Luft überprüfen und weiterverfolgen und gegebenenfalls endgültige Bedingungen für Emissionen in die Luft vorschlagen.

Das Unternehmen ist der Ansicht, dass es während der Zeit der Verschiebung jedoch nicht erforderlich ist, die Emissionen in die Luft durch eine vorläufige Verordnung speziell zu regulieren. Während dieser Zeit reicht es aus, dass das Gericht vorschreibt, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Ausbreitung von Staub zu begrenzen, der eine Belästigung für die menschliche Gesundheit und die Umwelt darstellen kann, so der zuvor von Talga vorgeschlagene Wortlaut.

Zu erwähnen ist, dass auch das Thema Stauben im Rahmen des betrieblichen Kontrollprogramms behandelt und geregelt wird, weshalb das Unternehmen weiterhin keinen Anlass sieht, das Thema in der Umweltgenehmigung vorläufig zu regeln.

Talga sieht keine Notwendigkeit, zusätzlich eine abschließende Bedingung für Reinigungseinrichtungen für Brechanlagen und/oder einen Konzentrationsgrenzwert für Staub in der Abluft von Entstaubungsanlagen vorzuschreiben, und ist unabhängig davon der Ansicht, dass dies ohne nähere Informationen darin nicht geschehen kann Teil, weil es sich nun um eine neue Tätigkeit handelt, für die also vor Beginn der Tätigkeit keine Ist-Daten vorliegen.

Leben im Freien und Freizeitaktivitäten

Gegenparteien und andere Betroffene

Per-Erik und Erika Bjurholt, Martin Baas und andere. und Simon Holmaet al. wies zusammenfassend auf die unberührte Natur des Gebiets hin und wies auf das Risiko hin, dass die Aktivität die Möglichkeiten für z. Beerenpflücken, Jagen und dass Freizeitaktivitäten wie Skifahren und Motorschlittenfahren eingeschränkt werden müssen.

Das Unternehmen

Durch die geplante Tätigkeit kann der Teil des Gebiets von nationalem Interesse für das Leben im Freien und den Naturschutz, der dem Tätigkeitsgebiet am nächsten liegt, für diese Art von Tätigkeit an Attraktivität verlieren. Dies bezieht sich jedoch nur auf einen sehr kleinen Teil der verfügbaren Flächen ähnlicher Beschaffenheit im gesamten Gebiet von nationalem Interesse. Die Auswirkung ist auch auf den Zeitraum beschränkt, in dem die Aktivität ausgeführt wird. Schneemobilwege werden nicht beeinträchtigt und die Erreichbarkeit des Gebiets wird ebenfalls verbessert, da Nunasvaaravägen ganzjährig geöffnet sein wird. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass die geplanten Aktivitäten keine Auswirkungen auf das nationale Interesse an Freiluftleben und Naturschutz haben.

Wasser trinken

Gegenparteien und andere Betroffene

Per-Erik und Erika Bjurholt, Martin Baas et al., Simon Holma et al. und Lars-Inge Lööv et al. Samt Urpo Taskinen und andere. har säytä forvadt Oro för på på dricksvatten som tas direkt från älven.

Firmen

Das Wasserwerk in Vittangi hat ca. 900-1000 angeschlossene Personen. Die Entnahme von Rohwasser aus Torneälven befindet sich ca. 9 km stromabwärts des Betriebsgebiets von Talga und

der Mündung des Östra bäcken in den Fluss. Das Wasser wird aufbereitet, bevor es zur Verteilung an den Kunden in das Trinkwassernetz geleitet wird. Es wird davon ausgegangen, dass die beantragte Aktivität zu keinen oder nur sehr geringen Änderungen der Wasserqualität des Torneälven führt, sowohl während des normalen Betriebs als auch nach Abschluss der Aktivität sowie in einer Situation, in der unbehandeltes überschüssiges Wasser freigesetzt wird. Beim Vergleich der höchsten Konzentrationen, die voraussichtlich im Torneälven auftreten, mit den Grenzwerten der schwedischen Lebensmittelbehörde für Trinkwasser, kann festgestellt werden, dass die Grenzwerte in allen drei Szenarien knapp unterschritten werden. Knapp unterhalb eines Grenzwertes liegt lediglich Eisen, das jedoch im ungünstigsten Fall (Einleitung von verunreinigtem Wasser) nur eine sehr geringe Erhöhung gegenüber dem Grundpegel des Flusses bewirkt. Auch der Eisengehalt im Torneälven überschreitet diesen Grenzwert naturgemäß zu bestimmten Zeiten, so dass die Eisenemissionen nicht als Gefahr für die Trinkwasserversorgung angesehen werden. Daher wird davon ausgegangen, dass der Betrieb des Unternehmens kein Risiko für die Oberflächenwasserquelle von Vittangi darstellt. Ansonsten befinden sich keine Trinkwasserquellen oder Grundwasserkörper in der Nähe des Betriebes

Ins Wasser geben

Gegenparteien und andere Betroffene

Lotta Lagermalm, Lars-Inge Lööv und andere, und Urpo Taskinen et al. haben zusammenfassend folgendes festgestellt. Berechnungen zeigen, dass Einleitungen in Hosiojärvi nach der Behandlung die Wasserchemie im See und auch in Östra bäcken verändern können. Stoffe wie Sulfat, Calcium, Chlorid, Phosphor, Uran und ammoniakalischer Stickstoff können beim Empfänger eine ökologische Veränderung bedeuten, die beispielsweise die Möglichkeiten für die Fischerei beeinträchtigen kann. Das Erz ist sulfidhaltig und das Nebengestein säurebildend. Durch den Säuerungseffekt werden Metalle aus dem Material herausgelöst. Es besteht ein offensichtliches Risiko, dass die Aktivität Auswirkungen hat, die zu einer Verschlechterung des Status des Empfängers führen könnten.

Der Kreistag hat folgendes zusammengefasst. Für Torne River (Wasserkörper MS_CD WA86174110) gilt, dass die Umweltqualitätsnorm enthalten ist und sich ihr Zustand für keinen der Parameter oder Qualitätsfaktoren verschlechtert. Andere Gewässer, die die Größenkriterien für die Bildung von Wasserkörpern nicht erfüllen, fallen nicht unter festgelegte Umweltqualitätsnormen, fallen jedoch im Allgemeinen unter das Ziel der Wasserrahmenrichtlinie für einen guten ökologischen und chemischen Zustand (Östra bäcken und Hosiojärvi). Die Auswirkungen auf solche Gewässer dürfen jedoch nicht Gefahr laufen, den Zustand der Anschlussgewässer zu verschlechtern oder notwendigen Verbesserungen entgegenzuwirken. Die Kreisverwaltung weist darauf hin, dass auch andere Gewässer in die umweltpolitische Ziel- und Handlungsarbeit der Behörden vollumfänglich einbezogen werden und nach den allgemeinen Rücksichtsregeln und Hausordnungen in den Kapiteln 2–4 des Umweltgesetzbuches dem gleichen Grundschutz unterliegen.

Das bedeutet, dass auch lokale Auswirkungen auf kleinere Wasserflächen und damit verbundene Ökosysteme zu berücksichtigen sind, beispielsweise in Bezug auf Arten und Habitate. Für Hosiojärvi und Östra bäcken wird sich der chemische Zustand des Wassers für mehrere Stoffe verschlechtern, mit der Gefahr von Auswirkungen auf Wasserpflanzen und -tiere. Um die Anforderungen zu erfüllen, dass Genehmigungsentscheidungen nicht zu einer solchen Verschlechterung oder einem solchen Abenteuer in Bezug auf den Zustand des betreffenden Wasserkörpers führen sollten, und um die Auswirkungen auf Hosiojärvi und Östra bäcken zu begrenzen, hält die Bezirksverwaltung dies

weder für möglich noch für gerechtfertigt die Frage der endgültigen Bedingungen für die beantragte Tätigkeit auf Probe aufzuschieben.

Endgültige Bedingungen für Einleitungen in Gewässer werden als wichtig erachtet, um feststellen zu können, dass die beantragte Aktivität mit den Vorschriften in Kap. 5 vereinbar ist. § 4 Umweltgesetzbuch und dafür zu sorgen, dass der günstige Erhaltungszustand ausgewiesener Arten und Lebensräume im betroffenen Natura 2000-Gebiet nicht gefährdet wird.

Die Bezirksverwaltung ist der Ansicht, dass Vorschläge für Auflagen die Stoffe Zink, Uran, Kupfer, Nitrat, Stickstoff, Sulfat, Gesamtphosphor, Schwebstoffe umfassen sollten. Konditionen sind als Monatsmittelwerte vorzugeben. Cadmium, Nickel und Blei werden gemäß der Wasserrahmenrichtlinie als prioritäre Stoffe ausgewiesen, was bedeutet, dass sie für Maßnahmen auf Unionsebene vorrangig behandelt werden. Die Emission gefährlicher Stoffe muss an der Quelle gestoppt oder schrittweise eingestellt werden. Auch für diese Stoffe müssen die endgültigen Emissionsbedingungen gelten. Für Ammoniakstickstoff müssen Bedingungen für den Empfänger vorgeschrieben werden. Für Uran, Nitratstickstoff und Ammoniakstickstoff (HVMFS 2019:25) sowie für Kupfer und Zink sollten Höchstwerte im Empfänger vorgeschrieben werden. Auch für priorisierte Stoffe sollten die zulässigen Höchstgehalte beim Empfänger festgelegt werden. Bedingungen können anstelle von Konzentrationen auch Gesamtmengen beinhalten, die pro Jahr in Hosiojärvi überlaufen können (mit Ausnahme von Schwebstoffen).

Falls das Gericht beabsichtigt, die Frage der endgültigen Bedingungen für Einleitungen in Gewässer vor Gericht zu belassen, muss das Gericht berücksichtigen, dass die festgelegten Vorschriften sicherstellen müssen, dass die Einleitungen den Status von Torneälven nicht gefährden und Hosiojärvi und Östra bäcken nicht beeinträchtigen in nicht akzeptabler Weise. Die vorgeschlagene vorläufige Verordnung P1 enthält nur wenige Stoffe, und die Werte scheinen im Vergleich zu dem, was das Unternehmen angibt, in die Untersuchung U1 und in überlaufendes gereinigtes Wasser nach Hosiojärvi aufgenommen zu werden, gut bemessen zu sein. Die Bezirksverwaltung ist der Ansicht, dass bei der Festlegung einer vorläufigen Regelung oder endgültigen Bedingung Durchschnitts- und Höchstwerte für relevante Fächer berücksichtigt werden müssen. Größere Abweichungen von dem, was durch Reinigung als erreichbar erachtet wird, sind insbesondere mit dem Hinweis auf eine begrenzte und akzeptable Umweltbelastung zu begründen. Die Bezirksverwaltungsbehörde ist auch der Ansicht, dass die Untersuchung in diesem Teil die Nachverfolgung eines vorgeschlagenen Punkts beim Empfänger umfassen muss.

Die Umweltbehörde von Rovaniemi hat besonders betont, dass die kumulativen Auswirkungen von Emissionen in Gewässer untersucht werden müssen, damit die Möglichkeit des Baus von Minen auf finnischer Seite nicht beeinträchtigt wird.

Die norwegische Forstbehörde hat erklärt, dass das in das Natura-2000-Gebiet einzuleitende Wasser umfassend überwacht werden sollte, und zwar mit einer Häufigkeit, die ein akzeptables Überwachungs- und Zuverlässigkeitsniveau erreicht, und dass Konzentrationsgrenzen und maximale jährliche Belastungsgrenzen für die Einleitung festgelegt werden sollten Wasser aus der Mine. Dies ist auch notwendig, um den guten ökologischen und biologischen Zustand im Bottnischen Meerbusen bis spätestens 2027 zu erreichen. Das Natural Resources Institute hat auch Konzentrationsgrenzen für die Freisetzung von Schadstoffen in den Torneälven gefordert und den Vorschlag des Antragstellers zur Verschiebung in Frage gestellt Thema Freisetzungen ins Wasser.

das NMT-Zentrum folgendes präsentiert. Basierend auf den vorgelegten Berechnungen hätte das Projekt wahrscheinlich keine solchen Auswirkungen, d Finnland, dass es sich negativ auf den ökologischen oder chemischen Zustand des Torneälven in Finnland auswirkt und somit auch keine grenzüberschreitenden Folgen hat. Insgesamt kann jedoch anhand der vorliegenden Daten nicht beurteilt werden, ob die Bewertung in allen Belangen ausreichend ist. Um mögliche grenzüberschreitende Auswirkungen auszuschließen, ist es wichtig, die Belastung durch die Einleitung der Mine in den Torneälven umfassend zu überwachen. Die vom Antragsteller vorgeschlagenen Messstellen sind im Verhältnis zum geschätzten Einflussbereich sehr begrenzt und berücksichtigen auch nicht die dargestellte Abwasserstörzone. Das Kontrollprogramm sollte vor der Genehmigung der NTM-Zentrale zur Stellungnahme vorgelegt werden.

Die finnische Fischereibehörde hat Folgendes zusammengefasst. Eine Genehmigung sollte verbindliche Bedingungen für die maximale Einleitung in den Wasserlauf enthalten, um die Vorhersehbarkeit der Tätigkeit zu gewährleisten und sicherzustellen, dass Umweltfolgen vermieden werden.

Die Qualität des Regenwassers muss überwacht und gegebenenfalls gereinigt werden. Der Vorschlag des Antragstellers, dass, wenn zwei Überwachungspunkte nicht ausreichen, die Überwachung der Wasserqualität über den unmittelbaren Einflussbereich hinausgehen muss.

Die Lapland Landscape Association hat betont, wie wichtig es ist, die Auswirkungen auf das Wassersystem des TorneMuonio-Flusses während des Bergbaus zu verfolgen.

Der Verein Limitation of Mines in Lapland hat die Grundlage für die fraglichen Umweltfolgen, insbesondere in Bezug auf Emissionen in Gewässer, als unzureichend angesehen.

Die Behandlung des Unternehmens

Das Unternehmen ist der Ansicht, dass auf der Grundlage des im Rahmen des grenzüberschreitenden Flussabkommens und der Espoo-Konsultation bereitgestellten Materials nachgewiesen werden kann, dass der Betrieb negative Auswirkungen auf den finnischen Teil des Flusses haben wird Torne-Fluss.

In der laufenden Prüfung muss das Gericht prüfen, ob die Tätigkeit zulässig ist. Talga muss teilweise der Anforderung nachkommen, den Status des Torneälven nicht zu verschlechtern, und teilweise der Verpflichtung, das Erreichen eines guten Status des Torneälven nicht zu gefährden. Talga muss auch zeigen, dass die Auswirkungen auf andere Gewässer nicht inakzeptabel sind. Fragen, die nicht die Zulässigkeit der Tätigkeit betreffen, können während einer Probezeit zurückgestellt werden. Die Untersuchungen von Talga zeigen, dass die Auswirkungen der Freisetzung von gereinigtem Wasser auf den Torneälven als sehr gering eingeschätzt werden und dass die Auswirkungen für die unter die HaV-Vorschriften fallenden Stoffe vernachlässigbar sind. Talga hat folglich gezeigt, dass der Betrieb nicht zu einer unbefugten Verschlechterung der Gewässerumgebung führt oder dass die Möglichkeit, einen Umweltqualitätsstandard zu erreichen, in der in Kapitel 5 genannten Weise gefährdet wird. § 4 Umweltgesetzbuch und damit zulässig ist. Talga hat auch sonst gezeigt, dass die Umweltbelastung durch Emissionen in Gewässer vertretbar ist. Es sind Schutzmaßnahmen geplant, um die Auswirkungen auf Oberflächengewässer zu minimieren, um sicherzustellen, dass der Torneälven geschützt und die Auswirkungen auf andere Wasserläufe begrenzt werden

In Anbetracht dessen, dass es sich um einen neuen Betrieb handelt, bei dem die tatsächlichen Emissionen in das abfließende Wasser vor der Inbetriebnahme des Betriebs nicht genauer bewertet

werden können, gibt es derzeit keine Bedingungen, um endgültige Bedingungen für Emissionen in Gewässer vorzuschreiben.

Talga hat daher vorgeschlagen, dass die Frage der endgültigen Bedingungen für die Freisetzung von Kupfer, Nickel und Zink aus dem Betrieb für einen Probezeitraum verschoben wird, während dessen Talga die Möglichkeiten zur Begrenzung der Freisetzung von Kupfer, Nickel und Zink und eine damit verbundene Vorläufigkeit untersuchen wird Freisetzungsgrenzen für diese Stoffe.

Die wichtigsten zu begrenzenden Stoffe sind Kupfer, Nickel und Zink. Dennoch hat das Unternehmen beabsichtigt, die Emissionen auch für andere Stoffe zu verfolgen und zu kontrollieren. Das Unternehmen hat daher nichts dagegen einzuwenden, dass die zurückgestellte Frage so angepasst wird, dass zusätzliche Themen darin enthalten sind. Das Unternehmen hat daher seinen Vorschlag für Geschäftsbedingungen hinsichtlich der verschobenen Emission und der damit verbundenen Ermittlungsvorschriften angepasst. Die durch die Übergangsregelung zu begrenzenden Stoffe sind Kupfer, Nickel und Zink.

Talga widerspricht der in der Genehmigung vorgeschriebenen Kontrollstelle. Die Frage der Kontrollstelle wird sachgerecht in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde im Rahmen des Kontrollprogramms und nicht durch eine abschließende sanktionierte Auflage in der Genehmigung gehandhabt.

Im Fall von Regenwasser wird Wasser aus den Bereichen, die mit dem Erz in Kontakt kommen können, mit der weitergehenden Reinigung in einer der Wasseraufbereitungsanlagen gereinigt. Restwässer, beispielsweise aus dem Industriegebiet, Deponien und Straßen, enthalten daher voraussichtlich keine anderen behandlungsbedürftigen Verunreinigungen als eine Ölabscheidung oder Partikelabscheidung und müssen daher keiner der Wasseraufbereitungsanlagen zugeführt werden. Die Öl- und Partikelabscheidung entfernt Ölprodukte und suspendierte graphitische Substanzen und andere Sedimente aus dem Wasser. Der Prozess besteht aus der Ölabscheidung und der Sedimentation von Schwebeteilchen in Wasser.

Die Genehmigung des Kontrollprogramms ist Sache der Aufsicht und der Aufsichtsbehörde. Eine Verpflichtung des Unternehmens, das Bekämpfungsprogramm vor der Genehmigung der NTM-Zentrale zur Stellungnahme vorzulegen, besteht daher nicht und sollte auch nicht in der Genehmigung vorgesehen werden. Dies hindert die Aufsichtsbehörde nicht daran, sich im Zusammenhang mit der Behandlung der Frage des Kontrollprogramms an die NTM-Zentrale zu wenden

Auswirkungen auf Fisch und Angelgebühr

Gegenparteien und andere Betroffene

Mehrere finnische Behörden haben den wirtschaftlichen und Erholungswert des Torne-Flusses hervorgehoben und auf die Risiken einer Auswirkung auf Fische hingewiesen.

Die Gemeinde Sodankylä hat darauf hingewiesen, dass die Flüsse Torne und Muonio für die Freizeit- und Berufsfischerei genutzt werden und dass die Menschen nicht Gefahr laufen dürfen, durch Fische Fremdstoffen und Verunreinigungen im Oberflächenwasser ausgesetzt zu werden. Die Gemeinde Enontekiö ist der Ansicht, dass das Bergbauprojekt den Aufstieg der Lachsfische in den Oberlauf und das Ökosystem der Region nicht langfristig gefährden darf.

Die norwegische Forstbehörde hat betont, dass der Torne-Muonioälven das wichtigste natürliche Fortpflanzungs- und Brutproduktionsgebiet für Lachse in der Ostsee ist, das für das Angeln und den Angeltourismus sowie für die Erholung immer wichtiger wird, und dass das Gericht berücksichtigen sollte die Möglichkeit der Erhebung einer Angelgebühr.

Das Natural Resources Institute hat seine Stellungnahme auf die potenziellen grenzüberschreitenden Auswirkungen des Projekts auf die Fischereiwirtschaft konzentriert und Folgendes zusammenfassend hervorgehoben. In Bezug auf die Umweltauswirkungen während des Betriebs wird geschätzt, dass das Bergbauprojekt einen so geringen Einfluss auf die Konzentration von Metallen und anderen Schadstoffen im Fluss Torne hat, dass sie an sich keine Auswirkungen auf die Biota des Flusses haben werden, aber eine geringe zusätzliche Belastung können die Gesamtsituation des Flusses beeinträchtigen. Auch wenn das Projekt keine Auswirkungen auf die Fische selbst hat, kann sich der Erholungswert des Gebiets ändern, je nachdem, ob sich die Wahrnehmung der Menschen ändert und es möglicherweise umfangreicher im flussabwärts gelegenen Gewässersystem stattfindet. Das Unternehmen sollte umfangreiche Überwachungsdaten zu Veränderungen in der Freizeitfischerei auf Wanderfische und zu Veränderungen in der Attraktivität des Angeltourismus im Gewässersystem

erheben. Das Unternehmen sollte den Betrieb entschädigen, der unter etwaigen negativen Auswirkungen auf den Wert des Gebiets als Erholungsziel leidet. Wenn die Aktivität den Ruf des Wasserlaufgebiets von Torneälven schädigt, zu einem verringerten Erholungswert oder biologischen Schäden führt, muss eine erhebliche Angelgebühr gezahlt werden.

Die finnische Fischereibehörde hat Folgendes zusammengefasst. Basierend auf den Einschätzungen in den vorliegenden Antragsunterlagen ist es unwahrscheinlich, dass der Bergbaubetrieb unter normalen Umständen von *Bedeutung sein wird negative* Auswirkungen auf die Wasserstraßen und die Fischerei im finnischen Teil des Flusses Torne. Abwasser kann jedoch die Fischerei und andere Freizeitaktivitäten im Wassersystem beeinträchtigen und auch den Ruf des Gebiets in Wasserstraßen stromabwärts der Bergbaubetriebe schädigen. Bei einer möglichen Genehmigung muss sichergestellt werden, dass negative Auswirkungen auf die Fische verhindert werden, und es sollte gegebenenfalls eine Überwachung im Hinblick auf das Fischereimanagement stattfinden. Die Vorüberwachung der Mine sollte fischereiökonomische Untersuchungen beinhalten, z.B. über das Vorkommen von Lachsfisch- und Brutproduktionsgebieten in dem von Einleitungen in den Torneälven betroffenen Gebiet. Auf der Grundlage der Ergebnisse von Gewässerbeobachtungen und ggf. auch mit Hilfe von fischereiwirtschaftlichen Beobachtungen kann versucht werden, Folgen für die Fischereiwirtschaft abzuschätzen.

Der Gemeindeverband Kukkola hat zusammenfassend festgestellt, dass das Bergbauprojekt die Wasserqualität des Flusses Torne und den Lebensraum für seine Wanderfische in keiner Weise beeinträchtigen darf und dass sie ein sehr gutes Funktionieren und Überwachen der Aktivität sowie eine sofortige Information über Unfälle erfordern oder Störungen, die den Wasserlauf beeinträchtigen können.

Die finnische Naturschutzbehörde ist der Ansicht, dass das Projekt eine besondere Bedrohung für die Bestände von Wanderfischen und die biologische Vielfalt in Grenzgewässern darstellt und Auswirkungen auf den wichtigsten Lachsfluss in Europa hat.

Der Verein Limitation of Mines in Lappland hat folgendes zusammengefasst. Das Vorhaben belastet den Grenzgewässerlauf unzulässig. Wird die Genehmigung erteilt, müssen die Auswirkungen auf die Fische im Einflussbereich durch Bestandsverfahren überwacht werden, um die Anreicherung von Schwermetallen im Fisch und deren Einfluss auf die Entwicklung des Fischrogens zu überwachen. Das Referenzgebiet für die Überwachung sollte ein Gebiet außerhalb des Einflussbereichs des Vorhabens sein. Werden gesundheitsschädliche Schwermetallkonzentrationen festgestellt, müssen vom Schädiger Maßnahmen ergriffen werden, um die schädlichen Auswirkungen auf die Umwelt zu beseitigen.

Das Unternehmen

Die genannten Fischarten, insbesondere der Lachs, sind wirtschaftlich bedeutsam und eine wichtige Ressource für die beiden Grenzländer. Dies gilt sowohl für die kommerzielle Fischerei als auch für die Einnahmen aus dem Tourismus in der Region. Es wird davon ausgegangen, dass die beantragte Aktivität weder für Lachs noch für Meerforelle - oder für andere im Fluss vorkommende Fischarten - ein Risiko darstellt. Diese Bewertung betrifft sowohl direkte Risiken für die Fische in verschiedenen Lebensstadien (Toxizität) als auch indirekte Risiken in Form von z. chemische Barrieren und Vermeidungsverhalten. Es wird auch nicht erwartet, dass Schwermetalle z. Fisch als Folge der Tätigkeit, was ansonsten die Verzehrsmöglichkeiten beeinträchtigen könnte.

Das Kontrollprogramm für Oberflächengewässer stellt sicher, dass die Umweltauswirkungen des Betriebs, einschließlich der Auswirkungen auf Fische, weiterverfolgt werden. Es ist daher nicht erforderlich, Bedingungen für die Überwachung und Untersuchung des Fischbestands im Torneälven vorzuschreiben.

Da durch die beantragte Tätigkeit keine nachteiligen Auswirkungen auf den Wert des Gebiets als Erholungsgebiet zu erwarten sind, kommt es auch nicht zu einer Ausgleichszahlung für nahe gelegene Gewerbebetriebe. Sollten dennoch negative Auswirkungen mit daraus resultierenden finanziellen Schäden eintreten, ist die Frage der Entschädigungsansprüche gesondert zu behandeln, da sie nicht Gegenstand der laufenden Genehmigungsprüfung ist.

Da keine Gefahr besteht, dass im Fluss vorkommende Fischarten Schaden nehmen, ist es im Rahmen der vorliegenden Überprüfung nicht relevant, eine Fischereigebühr vorzuschreiben.

Natura 2000-Gebiet

Gegenparteien und andere Betroffene

Der Kreistag hat folgendes zusammengefasst. Die Auswirkungen auf die Flusssysteme Torne und Kalix des Natura 2000-Gebiets treten hauptsächlich durch die Freisetzung von Stoffen in die Wasserläufe stromabwärts des Betriebs, Östra bäcken und dann den Fluss Torne, auf.

Die Folgen für die betroffenen Naturtypen und Arten, die im Schutzplan für das Natura 2000-Gebiet festgelegt sind, werden als gering eingeschätzt. Um die Auswirkungen auf ein akzeptables Maß zu begrenzen, ist die Kreisverwaltung der Ansicht, dass endgültige Bedingungen für Einleitungen in Gewässer festgelegt werden sollten. Die Bezirksverwaltungsbehörde beurteilt, dass die Genehmigung gemäß dem Antrag des Unternehmens erteilt werden kann, wenn endgültige Bedingungen für die Einleitung in Gewässer vorgeschrieben sind.

Der Naturschutzbund hat in seiner Stellungnahme zusammenfassend festgestellt, dass die beabsichtigte Bergbautätigkeit die Natura 2000-Gebiete in der Nachbarschaft beeinträchtigen kann und dass es offensichtlich ist, dass eine Natura 2000-Genehmigung erforderlich ist.

Urpo Taskinen und andere hat erklärt, dass ein offensichtliches Risiko besteht, dass die Aktivität negative Auswirkungen auf Natura-2000-Gebiete haben wird.

das NMT-Zentrum, Das finnische Fischereiamt, das Forstamt und Enontekiös Kommune, der finnischen Naturschutzbehörde und der Vereinigung zur Beschränkung von Bergwerken i Lapland hat erklärt, dass das Unternehmen die kumulativen Auswirkungen untersuchen sollte, die das aktuelle Projekt und andere geplante oder laufende Bergbauprojekte für die Natura 2000-Gebiete Torne und Kalix-Flusssystem und Torne-Muonio-Flusswassergebiet haben könnten, und dass es notwendig sein könnte, Potenziale zu berücksichtigen kumulative Auswirkungen mit anderen Bergbauprojekten im Wasserlaufgebiet. Auch die norwegische Forstbehörde, die finnische Naturschutzbehörde und der Verein Limitation of Mines in Lapland haben betont, dass das Bergbauprojekt ein großes Risiko für das Ökosystem des Flusses Torne darstellt. Die finnische Fischereibehörde hat betont, dass Emissionen in Ausnahmefällen auch den finnischen Teil des Flusses Torne und seine Natura-2000-Gebiete betreffen können. Das NMT-Zentrum hat verständlicherweise bestritten, dass dem Antrag eine Entscheidung über eine Natura-2000-Genehmigung fehlt.

Die Behandlung des Unternehmens

Das Unternehmen hat die Auswirkungen im Rahmen des Targets untersucht und hierzu umfangreiche Unterlagen eingereicht. Es werden keine Auswirkungen auf die im Erhaltungsplan für die Flusssysteme Torne und Kalix ausgewiesenen Schutzwerte erwartet, weder lokal im Fluss Torne noch weiter flussabwärts, wo finnische Interessen beeinträchtigt werden könnten. Kumulative Wirkungen wurden für lizenzierte Aktivitäten beschrieben. Das aktuelle Projekt steht der Erreichung der für das aktuelle Natura 2000-Gebiet beschlossenen Schutzziele nicht entgegen, unabhängig von anderen bestehenden oder geplanten Aktivitäten im Einzugsgebiet.

In der Gegend gibt es gute Bedingungen für die Fischzucht, aber keine Laichgebiete für Lachsfische. Bestätigt wird dies durch die Tatsache, dass beim Fischfang im Untersuchungsgebiet auf Metalle im Muskel nur Hecht und Äsche gefangen wurden. Talga geht daher davon aus, dass das fragliche Gebiet einen begrenzten Wert als Laich- und Aufzuchtgebiet für Arten wie Forelle und Lachs hat, wobei letzterer eine ausgewiesene Art innerhalb des Natura-2000-Gebiets ist. Zusammenfassend ist Talga daher der Ansicht, dass die geplante Aktivität den oder die zu schützenden Lebensräume in dem zu schützenden Gebiet nicht schädigen kann und nicht dazu führt, dass die zu schützenden Arten oder Arten einer Störung ausgesetzt werden, die erheblich beeinträchtigen könnte die Erhaltung des Areals. Damit sind Voraussetzungen für die Erteilung einer Natura 2000-Genehmigung gegeben.

Mehr zu Artenschutz und Ausnahmen

Gegenparteien und andere Betroffene

Der Kreistag hat folgendes zusammengefasst. Die Bezirksverwaltung stellt im Hinblick auf das, was sich aus 4 § 4 p der Artenschutzverordnung und dem Bericht des Unternehmens in dem Fall ergibt, fest, dass das Verbot für die genannten Vogelarten im Gebiet von Nunasvaara nicht verwirklicht ist. Es fehlen Informationen über die Folgen von Störungen für z.B. die Arten Steinadler, Rotschwanzspecht, Dreizehenspecht, Würger und Weißwangenk Krähe vor allem durch Lärm im unmittelbaren Umfeld und innerhalb des Abbaugebietes, und es kann daher nicht beurteilt werden, ob das Verbot in § 4 Abs die Artenschutzverordnung ausgelöst wird und eine Ausnahmegenehmigung erforderlich ist oder ob zusätzliche Schutzmaßnahmen getroffen werden müssen.

Der Naturschutzbund hat die durchgeführte Naturwertinventur des Unternehmens in Frage gestellt und die Einschätzung in Frage gestellt, dass das Unternehmen einen Antrag auf Artenschutzbefreiung nicht für erforderlich gehalten habe.

Die finnische Naturschutzbehörde und die Vereinigung zur Begrenzung von Minen in Lappland sind der Ansicht, dass das Unternehmen die Auswirkungen auf die natürlichen Werte des Gebiets nicht ausreichend untersucht hat.

Die Behandlung des Unternehmens

Vorräte

Das Unternehmen hat umfangreiche Untersuchungen der natürlichen Umgebung in der Umgebung des geplanten Bergwerks durchgeführt. Das hat unter anderem Dazu gehörten eine Naturwertinventur und eine eingehende Arteninventur sowie Erhebungen der Gewässerumgebung. Insgesamt werden die Auswirkungen auf die Naturwerte als gering bis mittel und lokal eingeschätzt, weshalb davon auszugehen ist, dass für die Tätigkeit keine besonderen naturräumlichen Auflagen vorgeschrieben werden müssen. Das Unternehmen hält daran fest, dass die Prüfungsgrundlage in dem Fall ausreichend ist und dass dies als Grundlage für die Prüfung in diesem Teil verwendet werden sollte.

Vögel

Aus der neuen Schutzvorschrift für wildlebende Vögel geht ausdrücklich hervor, dass das Verbot der vorsätzlichen Störung in § 4 Abs. 4 p Artenschutzverordnung solche Störungen nicht erfasst, die für die Erhaltung oder Wiederherstellung des Bestandes des Vogels ohne Bedeutung sind Arten auf einem zufriedenstellenden Niveau, insbesondere auf der Grundlage ökologischer, wissenschaftlicher und kultureller Bedürfnisse.

Wissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass Lärm mit einem Schallpegel über 45 dB negative Auswirkungen auf Vögel haben kann, indem er unter anderem die Populationsdichte, veränderten Gesang und verändertes Verhalten beeinflusst. In dem Bereich, in dem Steinadler offenbar ein alternatives Nest errichten, sind keine negativen Lärmauswirkungen zu erwarten. Das Unternehmen ist damit der Ansicht, dass das Verbot in § 4 Abs. 4 p Artenschutzverordnung im Hinblick auf Steinadler nicht fortgeschrieben wird.

Bei Großspecht, Dreizehenspecht, Flechtenkreisch und Trauerkrähe schätzt Talga ein theoretisches Einschlagrisiko ein. Angesichts der Tatsache, dass die nun in Rede stehende Störungsart im Wesentlichen ein (geringes) theoretisches Risiko für diese Arten darstellt, ist die Gesellschaft der Ansicht, dass sie keine Bedeutung für die Erhaltung oder Etablierung des Bestandes der Vogelarten auf einem zufriedenstellenden Niveau haben. Bei Lappen sind die Auswirkungen schwieriger abzuschätzen, da die Art nur in begrenztem Umfang und nur in bestimmten Jahren im Gebiet vorkommt und zudem Informationen darüber fehlen, wie sich Lärm auf diese spezielle Art auswirken kann. Betrachtet man jedoch die lokale und regionale Spechtpopulation und deren Bedingungen in der unmittelbaren Umgebung, einschließlich der Tatsache, dass sie sich über große Gebiete bewegt und nicht direkt an einen bestimmten Wohn- oder Nistort gebunden ist, sind jedoch Auswirkungen von Lärmbelästigungen (oder andere Störungen) auf Specht wird als nicht wichtig für die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Population der Vogelart auf einem zufriedenstellenden Niveau beurteilt. Das Unternehmen geht somit davon aus, dass das Verbot in § 4 Abs. 4 S. für die genannten Arten nicht verwirklicht ist.

Für den Fall, dass das Gericht die Einschätzung des Unternehmens in diesem Teil nicht teilt, wird *unter Vorbehalt* beantragt, eine Ausnahmegenehmigung für Lappen, Großspecht, Dreizehenspecht, Raubwürger und Spatzenkrähe gemäß § 14 zu erteilen der Artenschutzverordnung.

Abschließend stellt das Unternehmen in diesem Teil fest, dass sich Talga verpflichtet hat, dafür zu sorgen, dass Bauarbeiten und Fällarbeiten mit Rücksicht auf Vögel in der Umgebung erfolgen, und dass diese Verpflichtung durch die allgemeinen Bedingungen verbindlich ist und in der Überwachung des Betriebs weiterverfolgt werden kann. Eine Auflage in einer Genehmigung nach dem Umweltgesetzbuch ist jedoch mit strafrechtlichen Sanktionen verbunden und muss daher hinreichend konkret sein, um einen Verstoß feststellen zu können. Die Vorschrift einer Gegenleistung in Form einer letzten Bedingung ist daher aus Gründen der Rechtssicherheit weder geeignet noch erforderlich.

Holzarten

Hinsichtlich der Auswirkungen auf Lärchenarten (§ 9 Artenschutzverordnung) weist die Kreisverwaltung darauf hin, dass bei Bestandsaufnahmen des Betriebsgebietes bestimmte Arten festgestellt wurden und diese möglicherweise betroffen sind. Da der Zweck einer Tätigkeit eindeutig ein anderer ist als das Entfernen oder Beschädigen einer geschützten Pflanze, muss für eine

Fortschreibung der Verbote des § 9 Artenschutzverordnung die Gefahr der Beeinträchtigung des Erhaltungszustandes der geschützten Art im Gebiet bestehen. Es wird nicht davon ausgegangen, dass die angewandte Maßnahme Auswirkungen hat, die es schwierig machen, einen günstigen Erhaltungszustand einer der vorhandenen Lärchenarten auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene aufrechtzuerhalten. Das Unternehmen hält daher an seiner Einschätzung fest, dass die Verbote des § 9 Artenschutzverordnung für Lupinenarten nicht gelten.

Für den Fall, dass das Landes- und Umweltgericht in diesem Teil eine andere Einschätzung als das Unternehmen trifft, wird *auf Vorbehaltsbasis* eine Artenschutzbefreiung für Lärchenarten nach § 15 der Artenschutzverordnung beantragt.

Befreiung

Ausschlaggebend für die Lokalisierung einer Mine ist der Ort, an dem sich die Lagerstätte tatsächlich befindet. Die Lagerstätte ist gut identifiziert und mit einer guten Marge abbaubar. Verschiedene Alternativen hinsichtlich der Gestaltung des Bergbaubetriebs wurden untersucht, und die derzeit angewendete Alternative wurde auf der Grundlage einer Reihe von bewerteten Aspekten als die beste beurteilt. Keine anderen Konstruktionen könnten auch bedeuten, dass ein möglicher Aufprall nicht eintritt. Es gibt also keine andere geeignete Lösung.

Die Laubpflanzen, die innerhalb des geplanten Gebiets vorkommen das Einsatzgebiet, d.h. Riffholz, Teppichholz und Flachholz sind alle weit verbreitet und kommen sowohl innerhalb als auch außerhalb des geplanten Betriebsgebiets häufig vor. Die Arten werden auch als lebensfähig beurteilt. Etwaige Auswirkungen auf einzelne Klone infolge der geplanten Aktivitäten werden nicht als Auswirkungen auf den Erhaltungszustand der Art angesehen.

Hinsichtlich Großspecht, Dreizehenspecht, Gemeiner Specht und Gemeiner Krähe wurde aufgrund der durchgeführten Bestandsaufnahmen festgestellt, dass die Art das geplante Aktivitätsgebiet nicht als Brut- oder Rastplatz genutzt hat. In Anbetracht der Tatsache, dass der Lärm in seiner Höhe ebenfalls nur geringe Auswirkungen auf die Arten hat, wird davon ausgegangen, dass die Ausnahme die Aufrechterhaltung eines günstigen Erhaltungszustands für diese Arten nicht behindert.

In Bezug auf Überlappungen wurden in den vergangenen Jahren Nester außerhalb, aber in der Nähe des geplanten Einsatzgebiets festgestellt. Die Inventare späterer Jahre konnten jedoch ausschließen, dass sich im unmittelbaren Bereich der geplanten Tätigkeit Flächen befinden, die Rastplätze oder Brutgebiete für Lappen sind. Auch wenn folglich nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich Lärm auf Lappen auswirkt, wird davon ausgegangen, dass eine mögliche Störung trotzdem keine Auswirkungen auf die Bevölkerung als solche hätte. Vor diesem Hintergrund würde ein Verzicht auf die Verzichtserklärung die Aufrechterhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes nicht erschweren.

Insgesamt wird daher nicht davon ausgegangen, dass eine Ausnahmeregelung die Aufrechterhaltung eines günstigen Erhaltungszustands für alle Arten erschwert, für die jetzt eine Ausnahmegenehmigung auf Vorbehaltsbasis beantragt wurde

Das Unternehmen macht geltend, dass der Abbau von Graphit in der Lagerstätte Nunasvaara Södra einen solchen zwingenden Grund darstellt, der ein überwiegendes öffentliches Interesse im Sinne von § 14 Abs. 3 lit Richtlinie. Voraussetzungen für eine Ausnahme nach der Artenschutzverordnung liegen daher vor.

LANGFRISTIGE WIRKUNG , NACHBEHANDLUNG UND FINANZIELLE SICHERHEIT**Gegenparteien und andere Betroffene**

Marita Sandmark betont, dass die beantragte Tätigkeit potenzielle langfristige Gesundheitsrisiken mit sich bringen kann. Lotta Lagermalm, Lars-Inge Lööv und andere, und Urpo Taskinen et al. hat zusammenfassend auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass das Gebiet nach dem Bergbau wiederhergestellt werden kann und dass für eine Wiederherstellung ausreichende finanzielle Sicherheiten vorhanden sein müssen.

Der Kreistag hat folgendes zusammengefasst. Ein wichtiges Thema in diesem Fall ist die Methode zur Fertigstellung des Sand- und Grausteinlagers, die für das Unternehmen gelten muss. Damit nach der Sanierung des Sand- und Abraumlagerstätten zu keinem Zeitpunkt unerwünschte Umweltbelastungen auftreten, muss das Verfahren im Zustand der Veredelung dem Anspruch nach bestmöglicher Technik gerecht werden. Es besteht Unsicherheit darüber, ob Moränen in der richtigen Qualität im Einzugsgebiet des Unternehmens in ausreichender Menge vorhanden sind. Die Kreisverwaltung kann daher nicht ausschließen, dass für den Ankauf von Moränen erhebliche Kosten anfallen können.

Eine finanzielle Sicherheit in beruhigender Höhe ist Voraussetzung dafür, dass der Staat alle erforderlichen Sanierungsmaßnahmen durchführen kann, die erforderlich sind, um im Verursacherfall unerwünschte Umwelteinwirkungen auf die umliegenden Naturräume zu verhindern. Der Betreiber ist insolvent. Die Kreisverwaltung stellt fest, dass der Betrag, den das Unternehmen für die Deckungsvorsorge vorschlägt, zu niedrig kalkuliert ist. Das Unternehmen hat den Antrag nicht um das ergänzt, was die Kreisverwaltung zuvor gefordert hatte. Eine genehmigte finanzielle Sicherheit in beruhigender Höhe ist von großer Bedeutung, damit der Betrieb keine über das beschriebene Maß hinausgehende Umweltbelastung verursachen kann.

Unter Bezugnahme auf den Antrag des Unternehmens auf Vollstreckung und Vorschläge für Auflagen zur Deckungsvorsorge ist der Kreisverwaltungsrat der Ansicht, dass die Genehmigung nur dann verwendet werden darf, wenn eine Deckungsvorsorge für konzessionierte Tätigkeiten genehmigt wurde.

Das Unternehmen

Von Kapitel 16 § 3 Abs. 2 UGB folgt, dass eine Sicherheitsleistung angenommen werden muss, wenn sie nachweislich für ihren Zweck ausreichend ist. Der Zweck der Sicherheitsanforderung besteht darin, die Gesellschaft davor zu schützen, für die Kosten der Wiederherstellung aufkommen zu müssen, wenn der Betreiber die Wiederherstellung nicht durchführen oder bezahlen kann. Eine Sicherheit sollte nicht größer als nötig sein. Talga ist der Ansicht, dass die vom County Board vorgeschlagenen Kosten und Maßnahmen entweder nicht relevant sind oder bereits Bestandteil der aktuellen Kostenschätzung des Unternehmens sind. In Bezug auf die Kosten für mögliche Ankäufe von Moränen stimmt Talga zu, dass die finanzielle Sicherheit erhöht werden sollte, wenn das Unternehmen nicht nachweisen kann, dass das Gebiet für den Abbau von Moränen geeignet ist.

DIE ERNÄHRUNG**Gegenparteien und andere Betroffene**

das Sámi-Parlament die Bedeutung des Gebiets für die Rentierzucht und die Auswirkungen der Aktivität auf die Rentierzucht beschrieben und Schwedens internationale Verpflichtungen in Bezug auf die Rechte der Sámi hervorgehoben und Folgendes zusammengefasst. Die Einschätzung der

Sami-Dörfer bezüglich der Auswirkungen auf die Rentierhaltung in ihrem jeweiligen Sami-Dorf muss Vorrang vor der Einschätzung des Unternehmens haben. Das samische Parlament schätzt, dass die Folgen für die Rentierhaltung und die Rentierzüchter weitreichender sind als das, was das Unternehmen in seinem Antrag und seiner Umweltverträglichkeitserklärung angegeben hat. In ihren Rentierhaltungsanalysen haben die Sámi-Dörfer erwartete Auswirkungen beschrieben, die sich aus der Rentierhaltung der geplanten Aktivitäten ergeben. Um die kumulativen Effekte beurteilen zu können, müssen die Effekte in Relation gesetzt werden, was der pU nicht getan hat. Die Umweltverträglichkeitserklärung ist mangelhaft und hat unter anderem die kumulativen Auswirkungen oder die sozialen und kulturellen Auswirkungen der beantragten Tätigkeit nicht ausreichend hervorgehoben und berücksichtigt. Es fehlt auch eine Beschreibung der Auswirkungen auf das Samendorf Saarivuoma. Die Auswirkungen der vom Unternehmen vorgeschlagenen Schadensminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen sind schwer abzuschätzen und bieten keine Garantie dafür, dass die betroffenen Sami- Dörfer weiterhin eine traditionelle , auf Naturweide basierende Rentierhaltung betreiben können . Insgesamt ist das Sami-Parlament der Ansicht, dass die Rentierzucht in diesem Gebiet die Landnutzung ist, die die langfristige Bewirtschaftung von Land, Wasser und der physischen Umwelt im Allgemeinen auf der Grundlage ökologischer, sozialer und sozioökonomischer Erwägungen am besten fördert. Die Auswirkungen der beantragten Tätigkeit werden für die betroffenen samischen Dörfer weitreichend sein und es sollte daher ein Ausgleich zwischen den nationalen Interessen hergestellt werden.

In Bezug auf die Umsiedlung von Rentieren können die vorgeschlagenen Bedingungen des Unternehmens dazu führen, dass die Durchfahrt erschwert wird, weil die Frist für die Meldung der Umsiedlung und Sperrung der Straße zu kurz ist. Die Möglichkeiten für das Sami-Dorf, sich über die Straße zu bewegen, können begrenzt sein, da äußere Bedingungen wie Wetter, andere Störungen und unvorhergesehene Ereignisse sowohl die Ansammlung als auch die Bewegung von Rentierherden beeinträchtigen können. Die Anzahl der Fälle, in denen die Straße gesperrt werden kann, sollte auch nicht auf eine zu geringe Anzahl von Fällen beschränkt werden, in denen die Rentierherde möglicherweise aufgrund von verstreuten Herden, Nachsammlungen usw. schubweise bewegt werden muss.

Das Dorf Talma Sami hat seiner Meinung nach auf eine Rentierhaltungsanalyse verwiesen und behauptet, dass es keine Schadensverhütungsmaßnahmen gebe, die dazu führen würden, dass Bergbau und Rentierhaltung in dem Gebiet nebeneinander existieren könnten. Talma Samiby hat weiter Karten aus der Umweltverträglichkeitsprüfung und der Rentierhaltungsanalyse von z.B. geplante Aktivitäten und die nationalen Interessen der Rentierzucht, Migrationsrouten, schwierigen Passagen, Erholungsland, Sammelgebiete und Ruheweiden und Störungszone gemäß dem Dorf Talma Sami .

Gabna Sameby hat in ihrer Stellungnahme auf eine Ernährungsanalyse von Rentieren verwiesen und folgendes zusammenfassend ergänzt. Die Rentierzucht ist in beiden internationalen Konventionen, der schwedischen Verfassung und dem Umweltgesetzbuch geschützt. Der Bergbaubetrieb würde Teile des Landes des Sami-Dorfes beanspruchen. Denn der Bergbau wirkt sich durch Lärm, seismische Aktivitäten, Auswirkungen auf das Wasser, Staub, menschliche Aktivitäten, Infrastruktur und Transport direkt negativ auf das Land aus, so dass das Land nicht mehr für die Rentierzucht genutzt werden kann. Somit wird das Land durch die geplante Aktivität beansprucht.

Der Transport ist eine Nebentätigkeit, und es ist ein Mangel, dass der Antragsteller keine alternativen Transportlösungen untersucht hat. Das Land, das das Unternehmen für den Transport zwischen dem Bergbaugbiet und der Straße E45 nutzen möchte, bildet eine notwendige funktionale Verbindung für

die Rentierzucht zwischen den Ländereien des Sami-Dorfes westlich und östlich von Vittangi. Hindernisse im Freilauf führen zu direkten und indirekten Weideverlusten. Zaun um z.B. B. in einem Bergbaugebiet oder entlang einer Straße, bringt im Allgemeinen die meisten Unannehmlichkeiten mit sich. Etwa 63 Prozent der Weiden des Sami-Dorfes sind von etablierten und konkurrierenden Landnutzungen betroffen. Es handelt sich um eine deutlich erhöhte Störung in Gebieten, die als nationales Interesse für die Rentierhaltung ausgewiesen sind. Aus Sicht des Sámi-Dorfes stellen allein die begleitenden Aktivitäten eine erhebliche Komplikation der Rentierhaltung dar. Falls der Antrag geprüft wird, ist ein Ausgleich zwischen den nationalen Interessen erforderlich.

Die vorgeschlagene Bedingung der Konsultation stellt in der Praxis bereits eine Praxis dar und stellt darüber hinaus keinerlei Schadensabwehr- oder Ausgleichsmaßnahme dar. Der bedingte Vorschlag erfüllt somit keine besondere Funktion. Der bedingte Vorschlag zur Umsiedlung von Rentieren ist unwirksam und praktisch nicht durchsetzbar. Die Schadensverhütungsmaßnahmen, die das Unternehmen vorschlägt, können bei weitem nicht als Verhinderung des Schadens angesehen werden, den die vorgeschlagene Aktivität für die Durchführung der Rentierzucht usw. im Sami-Dorf Gabna verursachen würde. Und selbst wenn diese Schadensverhütungsmaßnahmen ergriffen würden, ist das Sami-Dorf der Meinung, dass die Rentierhaltung wahrscheinlich immer noch erheblich schwieriger wäre und die Maßnahmen daher immer noch nicht als ausreichend angesehen werden könnten. Dieselbe Einschätzung trifft Samebyn in Bezug auf die Maßnahmen mit eher kompensatorischem Charakter, die das Unternehmen in seinen Erklärungen ansprach.

Das Samendorf Saarivuoma hat folgendes zusammengefasst. Das Sami-Dorf Saarivuoma hat Winterweiden direkt neben dem Gebiet der geplanten Mine und wird indirekte Folgen haben. Rentiere aus dem Talma Sami-Dorf meiden das Bergbaugebiet und wandern auf die Weiden von Saarivuoma. Es besteht die Gefahr einer Verwechslung und eines Dominoeffekts, dass Rentiere in Richtung der Straße E45 wandern, was zu vermehrten Rentierkollisionen nach dieser Straße führen wird. Südwinde, die Bergbaustaub in die Saarivuoma-Weiden tragen und den Weide- und Wasserbedarf beeinträchtigen. Die nationalen Interessen des Sami-Dorfes sind betroffen. Die geplante Mine wird die Rentierzucht im Sami-Dorf Saarivuoma erheblich erschweren, und das Sami-Dorf ist der Meinung, dass es keine Schadensverhütungsmaßnahmen gibt, die Abhilfe schaffen können.

Der Kreisverwaltungsrat hat in seiner Stellungnahme folgendes zusammengefasst. Die Bezirksverwaltung kann feststellen, dass die geplanten Bergbauarbeiten darauf ausgelegt sind, die Auswirkungen auf die Umgebung und die Interessen der Rentierzucht in dem Gebiet zu begrenzen. Mit dem Ziel, die Auswirkungen weiter zu begrenzen, wurden Zusagen zur zeitlichen Begrenzung von Teilen des Bergbaubetriebs und Auflagenvorschläge seitens des Unternehmens eingereicht.

Störungen in Form von Lärm, Staub, Transportbewegungen und allgemeiner menschlicher Aktivität im und um das Abbaugelände herum wirken sich auf die Rentierhaltung in den angrenzenden Gebieten aus. Da die Rentierhaltung im Gebiet um die begehrte Mine hauptsächlich periodisch während des Winterhalbjahres betrieben wird, werden Beschränkungen störender Arbeitselemente zu verschiedenen Jahreszeiten die Gesamtbelastung verringern. Bedingungen zur Begrenzung von Störungen während Zeiten, in denen sich Rentiere in der unmittelbaren Umgebung aufhalten, werden als notwendig erachtet, um die Auswirkungen auf ein akzeptables Maß zu reduzieren. Das Schutzbedürfnis der Rentierhaltung vor den Auswirkungen auf die freie Wanderung der Rentiere im und am Abbaugelände vorbei muss auch durch Auflagen, unter anderem zur Begrenzung des Transports in Zeiten, in denen Rentiere am Abbaugelände vorbeiziehen, und zum Lärmschutz sichergestellt werden.

Um die Beeinträchtigung der Interessen der Rentierzucht in dem Gebiet auf ein akzeptables Maß zu begrenzen, muss das Land- und Umweltgericht nach Ansicht des Bezirksverwaltungsrats Bedingungen vorschreiben, die den Betrieb der lautesten Betriebsteile ab einschließlich des Monats einschränken von Oktober bis einschließlich des Monats April . Die Bezirksverwaltung ist ferner der Ansicht, dass die vorgeschlagene Auflage für Lärm dahingehend angepasst werden muss, dass die Orte für die Nachverfolgung und Kontrolle neben der Unterbringung auch die Belange der Rentierhaltung umfassen. Dies kann durch Hinzufügen und/oder Anpassen von Orten zum Überwachen von Geräuschen in Bedingungen und Steuerprogrammen erfolgen

Die Bezirksverwaltung ist außerdem der Ansicht, dass die Beeinträchtigung des Rentierzugs durch den Transport, das freie Umherziehen der Rentiere, begrenzt werden muss. Die Kreisverwaltung ist der Ansicht, dass die vorgeschlagene Auflage im Hinblick auf die Bedingungen für die Verbringung von Rentieren sehr eng gefasst ist. Unter Bezugnahme auf die Tatsache, dass die Rentierzucht und die Verbringung von Rentieren durch Faktoren beeinflusst werden können, die sich der Kontrolle der Rentierzüchter entziehen, ist die Bezirksverwaltung der Ansicht, dass die derzeitige Gestaltung der Bedingung in gewisser Weise dem eigentlichen Zweck zuwiderlaufen könnte.

In Bezug auf den Vorschlag des Unternehmens für Bedingungen bezüglich der Durchführung einer jährlichen Konsultation mit dem Sami-Dorf ist der Bezirksvorstand der Ansicht, dass das Unternehmen klären muss, ob es eine Delegation an die Aufsichtsbehörde erteilen sollte, um zusätzliche Vorschriften oder Bedingungen auf der Grundlage des zu verkündenden Ergebnisses der Beratung.

Die Kreisverwaltung stellt fest, dass die Interessen der Rentierwirtschaft im Einzelfall sowohl gegen andere relevante Interessen als auch gegen die Interessen der Gesellschaft insgesamt abzuwägen sind. Die Bezirksverwaltungsbehörde stellt fest, dass weder nationales noch internationales Recht ein Hindernis für die Genehmigung der beantragten Tätigkeit darstellt, wobei die Vorschrift der notwendigen Bedingungen zum Schutz der Interessen der Rentierzucht im Bereich der beantragten Bergbautätigkeit berücksichtigt wird.

Der Naturschutzbund hat in seiner Stellungnahme folgendes zusammengefasst. Wenn die betroffenen Sami-Dörfer nicht zustimmen oder gegebenenfalls keine Vereinbarung unterzeichnen wollen, wird die Genehmigung ebenfalls nicht erteilt.

Der Umweltausschuss von Rovaniemi und der Verband der Rentierzucht haben erklärt, dass es auf finnischer Seite keine Bewertung der Folgen für die Rentierhaltung gibt.

Der Rentierzuchtverband hat das Folgende weiter zusammengefasst. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass die Rentiere des Rentierzuchtteams im Projektgebiet nach Finnland ziehen, aber es ist nicht vollständig ausgeschlossen, da es keine Zäune an der Grenze gibt. Die Verschmutzung des Wassers von Torneälven oder Umweltveränderungen in größerem Ausmaß können indirekte Auswirkungen auf Finnland und die finnische Rentierhaltung haben, indem sich der Umweltzustand allgemein verschlechtert. Das Risiko ist unter einer normalen Betriebssituation nicht wahrscheinlich. Alle Auswirkungen auf die Rentierzucht sollten in Absprache und Zusammenarbeit mit dem Rentierzuchtverband in der Region verhindert und minimiert werden.

Lotta Lagermalm, Lars-Inge Lööv und andere. und Urpo Taskinen et al. haben zusammenfassend folgendes festgestellt. Die Rentierzucht ist ein nationales Interesse in der Region und ein wichtiger Teil des Geschäftslebens der Gemeinde Kiruna. Der geplante Bergbaubetrieb wird die Rentierhaltung beeinträchtigen, indem Land im Winterweidenland beansprucht wird und somit nicht verfügbar ist,

und dass Staub, Lärm und zunehmender Verkehr entlang des Nunasvaaravägen die Rentierhaltung beeinträchtigen werden. Die längliche Form des Aktivitätsgebiets bildet eine Barriere und schneidet den südlichsten Teil des Talma Sámi-Dorfes für die Rentiere ab. Dies bedeutet, dass sich die Rentiere in verschiedene Richtungen ausbreiten und in das Gebiet der nahe gelegenen Samendörfer eindringen, was für die Rentierzüchter viel zusätzliche Arbeit bedeutet. Die schnell expandierende Bergbauindustrie stellt eine direkte Bedrohung für die Rentierhaltung und damit für die Grundlage der samischen Kultur dar.

Mats Myhret al. haben zusammenfassend erklärt, dass sie es für möglich halten, Bergbau zu betreiben, ohne mit der Rentierindustrie in Konflikt zu geraten.

Das Unternehmen

Auswirkungen auf die Rentierhaltung in der Region

Zusammenfassend stellte das Unternehmen Folgendes fest. Der Betrieb ist zu weit von der finnischen Grenze entfernt, als dass die Gefahr einer direkten oder indirekten Auswirkung auf die Rentierzucht in Finnland besteht. Dies gilt unabhängig davon, ob zwischen Schweden und Finnland ein eindeutiger Zaun besteht oder nicht. Nach sorgfältiger Prüfung der Ansichten von Talma und Gabna Sami Village sowie der Untersuchungen der von Talga beauftragten Berater ist Talga der Ansicht, dass die geplanten Aktivitäten in Nunasvaara Södra die Möglichkeit der Rentierzucht in der Region nicht wesentlich beeinträchtigen werden. Vorausgesetzt, dass geeignete Vorbeugungs- und Schadensbegrenzungsmaßnahmen ergriffen werden, geht Talga davon aus, dass es möglich sein wird, die Rentierzucht im Dorf Talma Sami mit den geplanten Aktivitäten zu koexistieren. Darüber hinaus wird die geplante Aktivität nur geringe Auswirkungen auf das Sami-Dorf Gabna und keine direkten Auswirkungen auf das Sami-Dorf Saarivuoma haben. Die Folgen für das Sami-Dorf Saarivuoma wurden in der Umweltverträglichkeitserklärung nicht speziell beschrieben, da das Unternehmen das Sami-Dorf als nicht besonders von dem Betrieb betroffen einschätzt.

Da die Auswirkungen auf die Rentierhaltung so begrenzt sein werden, schätzt das Unternehmen, dass auch die sozialen und kulturellen Folgen für die samischen Dörfer begrenzt sein werden. Darüber hinaus hat sich das Unternehmen bereit erklärt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um soziale und kulturelle Folgen für die samischen Dörfer primär zu vermeiden und sekundär abzumildern. Dies ist einer der Gründe für die vorgeschlagene Bedingung bezüglich jährlicher Konsultationen mit den samischen Dörfern.

Für den Fall, dass das Gericht feststellen sollte, dass den vom Sami-Parlament genannten internationalen Verpflichtungen bei der Beurteilung von Talgas Antrag auf Genehmigung des Bergbaubetriebs in Nunasvaara Södra Bedeutung beigemessen werden sollte, stellen diese zusammengenommen kein Hindernis dar für a Genehmigung erteilt wird.

Wie die Umzäunung des Industriegebiets im Detail gestaltet werden soll, soll in Absprache mit den Sami-Dörfern Talma und Gabna entschieden werden. Aspekte, die bei der Gestaltung des Zauns besonders berücksichtigt werden, sind zum einen, die Einzäunung so weit wie möglich zu minimieren und nur um wichtige Infrastrukturen und Bereiche herum zu verlaufen, in denen Aktivitäten stattfinden, zum anderen die Art des Zauns zu wählen, der am besten geeignet ist, die Rentiere fernzuhalten aus gefährlichen Bereichen. Das Unternehmen geht davon aus, dass aufgrund der geplanten Aktivitäten keine Ergänzungsfütterung in größerem Umfang erforderlich sein wird, als dies heute der Fall ist. Sollten Beeinträchtigungen in Form von gestörter Weideruhe, Stress und

Ergänzungsfütterungsbedarf auftreten, sollte dies im Rahmen der jährlichen Beratung nachverfolgt werden. Basierend auf den Ergebnissen dieser Konsultationen kann es erforderlich sein, dass das Unternehmen weitere Maßnahmen ergreift. Talga hat zuvor berichtet, dass dem Unternehmen bewusst ist, dass die Operation insbesondere für die Sami-Dörfer Talma und Gabna zusätzliche Arbeit bedeuten kann. Das Unternehmen ist der Meinung, dass die samischen Dörfer diese Kosten nicht selbst tragen müssen, sondern hat sich verpflichtet, den samischen Dörfern zu helfen oder sie zu entschädigen. In Bezug auf das Sami-Dorf Saarivuoma ist das Unternehmen der Meinung, dass die geplanten Aktivitäten keine Auswirkungen in Form von zusätzlicher Arbeit für das Sami-Dorf haben werden. Es ist unwahrscheinlich, dass Rentiere aus dem Sami-Dorf Talma aufgrund der geplanten Aktivitäten in größerem Umfang nach Norden streifen und sich mit Rentieren aus dem Sami-Dorf Saarivuoma vermischen. Sollte dies jedoch passieren, ist das Unternehmen bereit, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Auswirkungen zu minimieren und gegebenenfalls das Sami-Dorf Saarivuoma für alle zusätzlichen Kosten zu entschädigen.

Die Transporte von der geplanten Aktivität auf Nunasvaaravägen werden einen erheblichen Teil des Straßenverkehrs ausmachen und können daher als Folgeaktivität im Rahmen des Antrags betrachtet werden. Wenn die Transporte Nunasvaaravägen verlassen und auf die Straße E45 hinausfahren, machen die Transporte von Talgas jedoch nur einen sehr begrenzten Teil der gesamten LKW-Transporte aus, höchstens etwa fünf Prozent. Die Transporte auf der Straße E45 können daher nicht als Nebentätigkeit im Rahmen der Prüfung angesehen werden. Somit muss nicht die gesamte Transportstrecke als Nachfolgetätigkeit in den Antrag aufgenommen werden. Das Unternehmen gibt an, dass die Auswirkungen des Betriebs durch den Transport trotzdem im Antrag mit Belegen beschrieben wurden.

In Bezug auf alternative Transportrouten gibt das Unternehmen an, dass Nunasvaaravägen die einzige Straße in der Umgebung ist, die den Torneälven zur Straße E45 überquert. Wenn dies vom Unternehmen nicht genutzt würde, wäre der Bau einer neuen Forststraße und einer neuen Brücke über den Torneälven erforderlich, was direkte Auswirkungen auf das Natura 2000-Gebiet hätte. Alternative Transportmittel wurden untersucht, aber aufgrund des geringen zu transportierenden Produktvolumens wurde keines davon als wirtschaftlich vertretbar beurteilt. Der Transport über Nunasvaaravägen wird unter allen Umständen als die geeignetste und in der Praxis einzig vernünftige Alternative angesehen.

Das Unternehmen hält daran fest, dass es nicht erforderlich ist, nationale Interessen abzuwägen, und dass, wenn das Gericht es für erforderlich hält, dem nationalen Interesse an wertvollen Stoffen oder Materialien Vorrang einzuräumen ist.

Bedingungsregelung

das Unternehmen Folgendes fest. Das Unternehmen hat zugesagt, dass der Abbau nur in den Monaten April bis September stattfinden wird. Eingeschränkt wird dies auch durch die Auflage, dass nur in diesen Monaten gesprengt werden darf. Der Betrieb insgesamt wird somit während der Hauptzeit, wenn Rentiere in der Nähe der geplanten grasen, weniger störend sein das Einsatzgebiet. Diese Maßnahme wird als die wichtigste Einzelmaßnahme zur Minimierung der Auswirkungen auf die Rentierhaltung angesehen.

Talga ist der Ansicht, dass die vorgeschlagenen Bedingungen und Verpflichtungen ausreichen, um die Auswirkungen des Lärms auf die Rentierhaltung zu begrenzen.

Der zunehmende Verkehr auf Nunasvaaravägen bedeutet ein erhöhtes Risiko, Rentiere zu treffen. Talga beabsichtigt, mit dem Straßenverband zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass ein angemessenes Tempolimit eingeführt und an relevanten Stellen Warnschilder für Rentiere aufgestellt werden können. Wenn möglich, sollten die Geschwindigkeiten in Zeiten, in denen sich vergleichsweise mehr Rentiere in der unmittelbaren Umgebung aufhalten, weiter eingeschränkt werden. Talga wird auch prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, ein digitales System zu etablieren, z. durch GPS, das es ermöglicht, in Echtzeit zu wissen, wann sich Rentiere in der Nähe der Straße befinden.

Talga hat vorgeschlagen, dass das Gericht eine Bedingung bezüglich der Konsultation bekannt gibt. Talgas Absicht war, dass die Regulierung des Transports auf dem Nunasvaaravägen auch in Absprache mit den betroffenen samischen Dörfern erfolgen sollte. Talga ist jedoch der Ansicht, dass im Falle eines organisierten Umzugs der Mehrheit der Rentierherde Grund besteht, den Verkehr auf Nunasvaaravägen während der Zeit des Umzugs zu stoppen, und um diesem Bedarf gerecht zu werden, kann eine Bedingung bekannt gegeben werden.

Abgesehen von den vorgeschlagenen Bedingungen gibt es aus Sicht der Gesellschaft keinen ausreichend definierten Bereich, der geeignet wäre, an den Kreisverwaltungsrat zu delegieren. Für den Fall, dass der Kreisverwaltungsrat der Ansicht ist, dass es einen bestimmten und definierten Bereich von untergeordneter Bedeutung gibt, der angemessen delegiert werden sollte, ist das Unternehmen einem solchen Vorschlag gegenüber aufgeschlossen.

D GEGENSEITIGE SICHERHEIT

Gegenparteien und andere Betroffene

Martin Baas et al., Simon Holma et al. und Urpo Taskinen et al. haben darauf hingewiesen, dass es nicht ungewöhnlich ist, dass Grubenteiche undicht sind, und ihre Besorgnis darüber geäußert. Lars-Inge Lööv usw. hat in seiner Stellungnahme vorgebracht, dass es erforderlich ist, dass die Dammsicherheit ausreichend ist, dass es nicht zuverlässig ist, dies dem Unternehmen überlassen zu lassen, dass das Unternehmen jedoch für die Kontrolle bezahlen kann.

Der Naturschutzbund hat eine Folgeuntersuchung eines Dammbruchs beantragt.

Die finnische Fischereibehörde und das Umweltkomitee von Rovaniemi haben darauf hingewiesen, dass man bei der Planung von Dämmen auf Ausnahmesituationen vorbereitet sein muss.

Das Unternehmen

Die Deiche für den Sand- und Haldenspeicher bilden Deiche um einen weitgehend trockenen und stabilen Speicher (Mitablagerung von filtergepresstem Anreicherungsand und Halden). Diese stellen daher keine Tümpel im herkömmlichen Sinne dar, da sie kein freies Wasser und keine Grundwasseroberfläche im abgelagerten Material stauen (allerdings wird es in den Tailings durchaus Porenwasser geben, das nicht abgelassen wird). Der Sand- und Geröllspeicher dient also nicht zum Aufstauen oder Absperren von Wasser.

Bau und Betrieb des Stausees stellen daher keine Wasseraktivitäten dar und der Stausee ist keine Wasseranlage oder Staudamm. Dammsicherheitsklassifizierung nach Kap. 11 Vor diesem Hintergrund sind die §§ 24-26 UGB hinsichtlich der Sand- und Altgesteinslagerung nicht zu treffen. Trotzdem

wurde eine Bewertung der Dammsicherheitsklasse vorgenommen, um das Risiko der Anlage zu bewerten.

Bei diesem Design ist ein Dammbruch, einschließlich eines traditionellen Dammbruchs und einer Flutwelle, nicht möglich, da kein Damm vorhanden ist, dh. keine Struktur, die Wasser oder anderes flüssiges Material speichert. Das schlimmstmögliche Szenario in Bezug auf ein Versagen ist ein Erdbeben oder ein Bruch im Fundament der Struktur. Die Gefahr von Erdbeben und Materialabflüssen ist gering. Ein herkömmliches Dammbruchszenario wird daher nicht als wahrscheinliches Szenario angesehen. Kommt es zu einem Unfall, z. B. ein Ausrutscher, die Folgen keinen großflächigen Materialtransport außerhalb des unmittelbaren Bereichs verursachen würden. Daher wird der Transport von Material und möglicherweise einer geringeren Wassermenge (in Verbindung mit einem hohen Durchfluss) außerhalb des unmittelbaren Bereichs zu keinen größeren Umweltfolgen führen können. Talgas Vorbereitung auf Ausnahmesituationen ist in alle Entwürfe eingebaut, und mögliche Folgen der schlimmstmöglichen Szenarien sind auf den Betrieb, das Industriegebiet und möglicherweise den Hosiojärvi-See beschränkt.

SOZIOÖKONOMISCHE EFFEKTE

Gegenparteien

Die Region Norrbotten hat erklärt, dass die beantragte Aktivität große und positive sozioökonomische Auswirkungen in Norrbotten und für Schweden insgesamt haben wird. Lotta Lagermalm, Lars-Inge Lööv und andere. und Urpo Taskinen et al. hat jedoch festgestellt, dass es einen Arbeitskräfte- und Wohnungsmangel gibt und dass das Pendeln von Arbeitskräften von einem anderen Ort zu entgangenen Steuereinnahmen für die Gemeinde führt, in der der Bergbau betrieben wird.

das Unternehmen zusammenfassend erklärt, dass selbst unter Berücksichtigung der schwieriger gewordenen Personalrekrutierung die kommunalen Steuereinnahmen der rund 80 Personen, die (direkt oder indirekt) in den nun geplanten Betrieben beschäftigt werden sollen, auf geschätzt werden erwirtschaften ein jährliches kommunales Einkommen in der Größenordnung von SEK 10-11 Millionen .

DER ANTRAG AUF RÜCKERSTATTUNG

Per-Erik Bjurholt und Erika Bjurholt haben Folgendes zusammengefasst. Wenn das Gericht entscheidet, eine Umweltgenehmigung zu erteilen, verlangen die Grundstückseigentümer von Kiruna Vittangi 59:5 eine Entschädigung gemäß Kap. 32. § 1 Umweltgesetzbuch für die durch die Tätigkeit verursachten Umweltschäden für z.B. ihr Ferienobjekt. Die Immobilienwerte sind in der Gemeinde Kiruna in den letzten Jahrzehnten dank der umfassenden Wohnungsnot, die aufgrund des anhaltenden sozialen Wandels und der Stadtmigration herrscht, gestiegen. Darüber hinaus ist der Wert von Freizeitimmobilien in der Gemeinde und auf dem Land während der Pandemie gestiegen. Baurechte in Uferbereichen sind durch den Strandschutz begrenzt, was die Attraktivität von Freizeitimmobilien innerhalb des geplanten Areals direkt am Fluss zusätzlich erhöht. In Rovasundo wurde 2017 ein nahe gelegenes Grundstück für 520.000 SEK an sie verkauft. Aufgrund der einzigartigen Lage ihres Grundstücks auf der Landzunge, des guten Zustands der Gebäude und des allgemeinen Preisanstiegs wird der Marktwert für das Grundstück Vittangi 59:5 auf ca. 1 Mio. SEK geschätzt. Die Minderung des Marktwertes durch eine 1,3 km vom Grundstück entfernte Mine wird angesichts des Ausmaßes und der Art der Störung in Form von Lärm, Licht, Geruch und langen Zeitintervallen auf mindestens 25 Prozent geschätzt. Daher sollte eine Entschädigung von 250.000 SEK gezahlt werden.

Anette Johansson und andere haben in ihrer Stellungnahme erklärt, dass sie Schadensersatz wegen der Auswirkungen auf die Umgebung des Ferienhauses verlangen werden. Einen konkreten Schadensersatzanspruch haben sie nicht geltend gemacht.

Peter Pettersson hat folgendes zusammengefasst. Er ist der Grundstückseigentümer von Kiruna Vittangi 4:11 und 15:2, die an das Gebiet grenzen. Er sieht sich als Eigentümer und ist von Lärm, Sprengungen und Nutzung des Geländes betroffen. Im Falle einer Entscheidung über eine Bergbaugenehmigung müssen die Betroffenen auf verschiedene Weise für den Verstoß und die möglichen negativen Auswirkungen, die die Tätigkeit mit sich bringt, entschädigt/entschädigt werden. Er ist der Meinung, dass zwischen ihm und dem Unternehmen ein Nutzungsrechtsvertrag und ein Vertrag über eine Verletzungsentschädigung geschlossen werden sollten, in denen ihm eine rückwirkende Entschädigung für die Jahre 2019-2022 in Höhe von insgesamt 70.200 SEK und eine Entschädigung für die Zeit danach zugesprochen werden soll mit teilweise einem Pauschalbetrag von insgesamt SEK 1.020.000 und teilweise jährliche Vergütung während 24 Jahren mit insgesamt SEK 60.300 (SEK 42.500 + SEK 18.300) mit Indexberechnung.

Das Unternehmen hat in seiner Erklärung Folgendes angegeben. Talga möchte betonen, dass es sein Ziel ist, dass die Operationen die Umgebung und die Anwohner so wenig wie möglich beeinträchtigen sollten. Mit den vom Unternehmen getroffenen Vorsichtsmaßnahmen und Einschränkungen wird davon ausgegangen, dass den Eigentümern, soweit relevant, keine Schäden entstehen werden. Für den Fall, dass ein solcher Schaden eintritt, erklärt Talga, dass die Prüfung von Schadensersatzansprüchen gemäß Kap. 32 § 1 UGB soll vorliegend nicht geprüft werden. Allfällige Schadensersatzansprüche wegen der Tätigkeit können in diesem Fall nach Klageerhebung in der zuständigen Verfügung nach Ziff. 21 verhandelt werden. §§ 1 a und 2 Umweltgesetzbuch.

VERPFLICHTUNGEN DES UNTERNEHMENS

Zusätzlich zu dem endgültigen Vertragsvorschlag des Unternehmens hat das Unternehmen in der Hauptverhandlung die folgende Zusage für den Fall gemacht.

Emissionen in Luft und Staub

- Im Betrieb eingesetzte Maschinen und Fahrzeuge müssen mindestens Euro Stage IV erfüllen. Das Unternehmen untersucht vor allem die Möglichkeit, Kraftstoff mit einer Beimischung von bis zu
- 19 % hydriertem Pflanzenöl (HVO) für den internen und 25 % für den externen Transport zu verwenden. Falls HVO verfügbarer wird, wird die Beteiligung eines größeren Anteils von HVO untersucht.
- Es müssen Routinen eingerichtet werden, um das Stauben zu verhindern.
- Die Anreicherung muss in Innenräumen mit Partikelabscheidung an der Abluft erfolgen.
- Transporte von Graphitkonzentrat müssen in gedeckten Transporten erfolgen.
- Straßen und Freiflächen müssen mit Wasser und/oder Bindemitteln behandelt werden.
- Asphaltierte Flächen werden regelmäßig von staubigem Material gereinigt. Größere Blöcke und Kies werden auf offenen Flächen in Sand- und Abfallgesteinsreservoirs und ausgehobenen Tagebaugruben ausgelegt, um Staubbildung zu reduzieren. Der Anreicherungsand wird beim
- Auslegen feucht sein.

Lärm

- Entlang der Südwestseite des Tagebaus wird ein Lärmwall errichtet.
- Der Vorbrecher wird von einem Moränendamm umgeben.
- Der sekundäre Brecher und Konzentrator werden eingebaut.
- Zur Eindämmung zukünftiger Lärmbelastungen wird ein Kontrollprogramm mit Lärmmessungen sowie ein Reklamationsverfahren erstellt.
- Gesteinsbohrungen werden in der Anfangsphase nur tagsüber durchgeführt.

Ernährung von Rentieren

- Das Gewerbegebiet wird eingezäunt. Die Tagebaugruben werden markiert und Zäune werden dort eingesetzt, wo Absturzgefahren oder andere Risiken identifiziert werden.
- Andere Teile des Einsatzgebiets, in denen Risiken festgestellt werden, können nach Rücksprache mit dem Dorf Talma Sami eingezäunt werden.
- Gegebenenfalls wird Hilfe oder Ausgleich für verstärkte Überwachung, Beifütterung und Mehrarbeit gewährt.

Risiko und Chemikalien

- In Verbindung mit der systematischen Arbeitsschutzarbeit wird es Aktionsprogramme und Routinen geben, um Unfallgefahren mit z.B. Chemikalien.
- Das Selbstkontrollprogramm des Unternehmens wird Routinen für den Umgang mit Chemikalien enthalten. Für den Fall eines schweren Unfalls wird es Notfallpläne geben.
- Tanks für Diesel und andere Kraftstoffe werden zugemauert.
- Nach Ende der Betriebszeit werden rund um die Tagebaue Erdwälle errichtet, bei denen Absturzgefahr bestehen kann.
- Der Sand- und Grausteinspeicher sowie das Absetzbecken werden vor Erosion und Frost geschützt. Außerhalb der Sammelgräben sind Sperrgräben geplant, um den Zufluss von (sauberem) Wasser aus der Umgebung zur Wasseraufbereitung zu begrenzen. Sperrgräben sind für die Ableitung an die Umgebung angepasst.
- Die im Betrieb eingesetzten Fahrzeuge werden mit Feuerlöschern ausgestattet. Der Service an Fahrzeugen und mobilen Geräten umfasst die Brandschutzausrüstung.
- Basierend auf den spezifischen Explosionsparametern wird eine Explosionsschutzzone eingerichtet. Ein System zur Warnung der Öffentlichkeit im Falle einer Sprengung wird eingerichtet.
- Gesprengt wird nur zu festgelegten Zeiten. Es werden Verfahren eingeführt, um Steinschlag während der Sprengung zu minimieren.
- **Auswirkungen auf Grund- und Oberflächenwasser**
- Xanthate werden im Geschäft nicht verwendet.

Natürliche Umgebung und geschützte Arten

- Bodenmassen werden gelagert und in der Nachbehandlungsphase zur Wiederherstellung der Vegetation verwendet.
- Totholz von gefälltten Waldflächen wird in benachbarte Waldflächen verteilt, um immergrünen Arten zu helfen.

Kulturelle Umgebung

- Die beiden identifizierten antiken Überreste werden geschützt.
- Wenn während der geplanten Arbeiten antike Überreste gefunden werden, die bisher nicht bekannt sind, werden die Arbeiten in dem Teil unterbrochen, der die gefundenen antiken Überreste betrifft. Talga wird den Fund unverzüglich der Kreisverwaltung melden. • Talga wird sich mit den samischen Dörfern über geeignete Maßnahmen beraten, um Auswirkungen auf die samische Kultur zu vermeiden und abzumildern.

BEGRÜNDUNG**EINFÜHRUNG _**

Der Antrag von Talgas umfasst die Genehmigung zur Durchführung von Bergbaubetrieben in einem Teil von nationalem Interesse, der Graphitlagerstätte Nunasvaara und dem Erzkörper Nunasvaara Södra, einschließlich Tagebauabbau von bis zu 120.000 Tonnen Graphiterz pro Jahr. Der Antrag umfasst auch die Genehmigung zum Bau und Betrieb der Anlagen sowie die sonstigen betriebsnotwendigen Maßnahmen, z.B. Genehmigung zur Lagerung von Abraum, Anreicherungssand und Schlamm sowie zur Verfüllung von Abfällen in ausgehobenen Tagebauen. Der Test umfasst auch Wasseraktivitäten, die unter anderem aus Entfernung von Sickerwasser aus offenen Gruben und Entfernung von Oberflächenwasser aus Hosiojärvi. Talga hat auch eine sogenannte Natura 2000-Genehmigung und eine Vorbehaltsausnahme von der Artenschutzverordnung beantragt.

Während der Bearbeitung des Falles wurde der Antrag ergänzt. Das Land- und Umweltgericht hat während des Verfahrens ferner festgestellt, dass das grenzüberschreitende Flussabkommen auf den Fall anwendbar ist, woraufhin das Unternehmen in Absprache mit der schwedischen Umweltschutzbehörde mit der Konsultation gemäß der Espoo-Konvention begonnen hat. In dem Fall haben sich widerstreitende Interessen zu der beantragten Tätigkeit herauskristallisiert. Die Bezirksverwaltung und das Sami-Parlament sind die schwedischen Behörden, die in dem Fall nach der Bekanntgabe aktiv waren. Die Kreisverwaltung hat dem Antrag zugestimmt, sich aber zu den Bedingungen geäußert. Das Sámi-Parlament, die drei Sámi-Dörfer, die den Fall vorgebracht haben, und der Naturschutzverband haben sich gegen die Genehmigung für die beantragte Aktivität ausgesprochen. Einzelne Personen haben Bedenken hinsichtlich der Folgen geäußert, zu denen die beantragte Tätigkeit während des laufenden Betriebs und nach Beendigung des Betriebs auch in einer langfristigen Perspektive führen kann. Das Umweltministerium und die finnischen Parteien sind hauptsächlich der Ansicht, dass die Grundlage in dem Fall aufgrund der grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen, die die Tätigkeit für Finnland haben kann, unzureichend ist, und haben Stellungnahmen dazu abgegeben, welche Folgen die beantragte Tätigkeit haben könnte.

Das Landes- und Umweltgericht entscheidet zunächst, ob die konkrete Umweltprüfung abgeschlossen und die Umweltverträglichkeitserklärung genehmigt werden kann. Sie umfasst die Prüfung der durchgeführten Beratung, des Umfangs des Antrags sowie der Abgrenzung und Stellungnahme zu Mängeln in den Prüfungsunterlagen. Das Gericht entscheidet dann über die Zulässigkeit der beantragten Tätigkeit.

M UMWELTPRÜFUNG

Der Anhörungsprozess vor der Erstellung der Umweltverträglichkeitserklärung Das Gericht kann feststellen, dass die Umweltverträglichkeitserklärung eine Darstellung der vor ihrer Erstellung stattgefundenen Anhörungen und deren Ergebnisse enthält. Aufgrund der vorgelegten Beratungsunterlagen beurteilt das Gericht, dass die Beratung inhaltlich und richtungsweisend nach den Vorschriften des Umweltgesetzbuches und der Umweltprüfungsverordnung (2017:966) erfolgt ist. Hinsichtlich der Abgrenzung der Anhörung und der Form der Anhörung hält das Gericht die vor der Erstellung der Umweltverträglichkeitserklärung durchgeführte Anhörung für die bestehenden Anforderungen ausreichend. Der vor der Erstellung der Umweltverträglichkeitserklärung durchgeführten Konsultation liegen daher keine Mängel vor, die einer sachlichen Prüfung des Antrags entgegenstehen.

Grenzüberschreitende Beratung

Internationale Vereinbarungen

Der Anwendungsbereich des Umweltgesetzbuches ist nach grundlegenden Rechtsgrundsätzen im Wesentlichen auf das schwedische Hoheitsgebiet beschränkt. Bei bestimmten umweltgefährdenden Tätigkeiten und bestimmten Wassertätigkeiten gelten Sonderregelungen (Kapitel 1 § 4 Umweltgesetzbuch). Für Aktivitäten, die grenzüberschreitende Auswirkungen in Finnland haben können, kann das grenzüberschreitende Flussabkommen anwendbar sein.

Das Grenzseltbestimmungsabkommen ist räumlich begrenzt (Artikel 1). Sie gilt für die Einzugsgebiete bestimmter Wasserläufe und Seen sowie bestimmter Küstengewässer. Diese bilden ein finnisch-schwedisches Einzugsgebiet (Einzugsgebiet). Für Tätigkeiten oder Maßnahmen im Einzugsgebiet, die grenzüberschreitende Auswirkungen auf den Zustand der Gewässer oder für deren Nutzung haben können, sind die Bestimmungen des grenzüberschreitenden Flussabkommens anzuwenden. In diesen Fällen müssen auch andere grenzüberschreitende Auswirkungen als die den Zustand oder die Nutzung der Gewässer betreffenden Auswirkungen in der gleichen Reihenfolge

behandelt werden (Artikel 15). Wenn das Grenzabkommen anwendbar ist und ein Gericht eine Frage der Zulässigkeit oder Erlaubnis einer Tätigkeit prüft, sind die Auswirkungen, die die Tätigkeit oder Maßnahme auf dem Hoheitsgebiet der anderen Partei hat oder haben kann, in gleicher Weise wie die entsprechenden zu berücksichtigen Wirkungen im eigenen Land (Artikel 16.1). Gleichbehandlung ist auch erforderlich, wenn es um das Recht geht, Inhaber einer Forderung zu sein, und das Recht, in dem Fall Klage zu erheben oder eine Meinung zu äußern (Artikel 16.).

Das Abkommen über die Grenzseltverwaltung enthält auch Bestimmungen zur Überwachung der öffentlichen Interessen (Artikel 17) und Informationen zu Genehmigungsangelegenheiten (Artikel 18) und bedeutet, dass jeder Staat eine Überwachungsbehörde zur Überwachung der öffentlichen Interessen in Angelegenheiten der Aktivitäten benennen muss Artikel 15. Die Überwachungsbehörde hat das Recht, zum Beispiel eine ergänzende Untersuchung beantragen, angehört werden, eine Klage einreichen oder beim Gericht der anderen Partei Berufung einlegen, so wie es eine Behörde im anderen Land in einem ähnlichen Fall tun würde. Das Gericht ist verpflichtet, die Überwachungsbehörde des anderen Landes im Zusammenhang mit der Aktualisierung eines Falls gemäß Artikel 16.1 zu benachrichtigen . Es ist die Aufsichtsbehörde, die für die Bekanntgabe und Zustellung des Antrags und der Vorladung im eigenen Land zuständig ist. Wie bereits erwähnt, ist das NMT-Zentrum die finnische Überwachungsbehörde.

Neben den Sonderbestimmungen im Grenzüberschreitenden Flussabkommen gibt es auch eine Reihe internationaler Umweltkonventionen und internationale Abkommen. Bestimmungen zu Umweltverträglichkeitserklärungen im grenzüberschreitenden Kontext und Anforderungen an deren Inhalt finden sich in der Espoo-Konvention. Aus der Espoo-Konvention ergibt sich eine Informationspflicht gegenüber anderen Staaten, bei denen davon auszugehen ist, dass sie erheblichen schädlichen grenzüberschreitenden Umwelteinwirkungen ausgesetzt sind. Die EU hat die Konvention unterzeichnet und ratifiziert und die UVP-Richtlinie ¹regelt auch grenzüberschreitende Umweltfolgen. Es besteht die Pflicht, andere Länder über Projekte zu informieren, von denen angenommen werden kann, dass sie erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt in einem anderen Mitgliedstaat haben, oder wenn ein möglicherweise erheblich belasteter Mitgliedstaat dies verlangt (Artikel 7 der UVP-Richtlinie). Im schwedischen Recht wurde die Verpflichtung, andere Länder über grenzüberschreitende Konsultationen zu informieren, durch Kapitel 6 umgesetzt. §§ 33 und 34 Umweltgesetzbuch und §§ 21-25 Umweltprüfungsverordnung. Die Bestimmung zur Konsultation mit

¹Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten im Wortlaut gemäß der sog. Änderungsrichtlinie Richtlinie 2014/52/EU der das Europäische Parlament und der Rat.

anderen Ländern in Kap. 6 Abschnitt 33 des Umweltgesetzbuchs bedeutet, dass im nationalen schwedischen Recht eine Konsultation mit allen Ländern erforderlich ist, die möglicherweise erheblichen Umweltauswirkungen durch Aktivitäten in Schweden ausgesetzt sind, und dass die vorbereitenden Arbeiten über die Anforderungen innerhalb der EU und des Espoo hinausgehen Übereinkommen (prop. 1997/98:45 Teil 1 S. 287). Die Satzung beschränkt sich auch nicht auf die Beratung zur Umweltverträglichkeitserklärung, sondern umfasst auch die Beratung zum Genehmigungsantrag.

In Schweden ist die schwedische Umweltschutzbehörde die zuständige Behörde für Konsultationen sowohl gemäß der Espoo-Konvention als auch der UVP-Richtlinie. Wenn eine Konsultation mit einem anderen Land stattfinden soll, muss die schwedische Umweltschutzbehörde mit der zuständigen Behörde dieses Landes vereinbaren, wie die Konsultation durchgeführt werden soll, damit die Behörden und die Öffentlichkeit, von der angenommen werden kann, dass sie betroffen ist, Gelegenheit erhalten innerhalb einer angemessenen Frist, die mindestens 30 Tage betragen muss, Stellung zu nehmen (6. Kapitel § 33 Umweltgesetzbuch und §§ 21 und 23 Umweltprüfungsverordnung). Die schwedische Umweltschutzbehörde muss auch Mitteilungen senden und empfangen und ansonsten die Verpflichtungen erfüllen, die eine Partei gemäß Artikel 3 Nummern 1-3 und 5-8, Artikel 4 Nummer 2 und Artikel 5-7 des Espoo-Übereinkommens hat und erfüllen die Aufgaben, die sich aus Artikel 7 der UVP-Richtlinie (§ 24 UVPV) ergeben. Damit die Umweltschutzbehörde ihren Auftrag erfüllen kann, sind andere Regierungsbehörden in Schweden verpflichtet, die Umweltschutzbehörde darüber zu informieren, wenn sie Kenntnis von einer Tätigkeit erhalten, von der angenommen werden kann, dass sie erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt hat in einem anderen Staat (§ 22 Umweltprüfungsverordnung).

Der Konsultationsprozess mit Finnland im Ziel

Während der Bearbeitung des Falls wurden das Grenzüberschreitende Flussabkommen und das Espoo-Übereinkommen parallel gegenüber Finnland angewandt.

Im Grenzflussabkommen gibt es eine Bestimmung zur Sprache der Dokumente. Es wird ausgeführt, dass das die Genehmigung prüfende Gericht dafür verantwortlich sein muss, dass die Antragsunterlagen im erforderlichen Umfang auf Schwedisch und Finnisch vorliegen, und während der Bearbeitung für ausreichende Informationen in beiden Sprachen verantwortlich ist. Darüber hinaus ist das Gericht dafür verantwortlich, dass Zusammenfassungen des Genehmigungsantrags und des Urteils oder der Entscheidung in beiden Sprachen verfügbar sind (Artikel 22

Grenzüberschreitendes Abkommen). Es gibt kein Äquivalent zu der Bestimmung in der Espoo-Konvention oder der UVP-Richtlinie. Auch im Umweltgesetzbuch oder der Umweltprüfungsverordnung gibt es keine detaillierten Regelungen zur Sprache der Urkunden oder Anforderungen an das Gericht zur Übersetzung bei grenzüberschreitenden Beratungen. Das Gericht hat daher während des Verfahrens Dokumente gemäß der Verpflichtung aus dem Grenzflussabkommen übersetzt. Das Unternehmen hat das Gericht auch bei der Übersetzung bestimmter Dokumente während der Bearbeitung des Falls unterstützt.

Das Gericht kann feststellen, dass nach den Vorschriften über die grenzüberschreitende Anhörung ein Land, bei dem davon ausgegangen werden kann, dass es grenzüberschreitenden Auswirkungen ausgesetzt ist, so früh wie möglich und spätestens dann, wenn die eigene Öffentlichkeit im Original davon betroffen ist, über die Tätigkeit informiert werden muss Land informiert wird (Artikel 3 der Espoo-Konvention und Artikel 7 der UVP-Richtlinie). Finnland wurde über die Environmental Protection Agency am 25. August 2021 über den Antrag informiert, d. h. vor dem Antrag und der Umweltverträglichkeitserklärung wurden keine vom Gericht in Schweden bekannt gegeben. Das Unternehmen hat erklärt, dass das Umweltministerium am 11. Oktober 2021 seine offizielle Antwort auf die Mitteilung der schwedischen Umweltschutzbehörde übermittelt hat, was impliziert, dass Finnland eine weitere Teilnahme an dem Verfahren wünscht. Die Antwort des Umweltministeriums betraf neben den jetzt beantragten Bergbaubetrieben in Nunasvaara Södra auch die anderen Niska-Projekte des Unternehmens (die Erzlagerstätten in Nunasvaara Norra, Niska Södra und Niska Norra). Das Unternehmen hat mitgeteilt, dass es die Stellungnahmen der finnischen Interessengruppen zur Kenntnis genommen hat. Im Frühjahr 2022 hat das Unternehmen auf Verlangen des Gerichts einen Bericht über die gemäß der Espoo-Konvention stattgefundene Konsultation und eine Zusammenstellung der eingegangenen Ansichten und der Stellen, an denen die Ansichten im Antrag berücksichtigt wurden, vorgelegt Konto.

Da Finnland in seiner Antwort auf die erste Mitteilung der schwedischen Umweltschutzbehörde seinen Wunsch bekundet hat, an der fortgesetzten Konsultation gemäß Artikel 5 der Espoo-Konvention teilzunehmen, hat das Gericht den Antrag und die Umweltverträglichkeitserklärung im April bekannt gegeben 2022 erklärte, dass in dem Fall eine Konsultation mit Finnland stattfinden würde (vgl. Kap. 6 § 40 Umweltgesetzbuch).

Das Gericht hat die Bekanntmachung und wesentliche Teile der Antragsunterlagen ins Finnische übersetzt. Die übersetzten Dokumente wurden am 26. April 2022 zur Veröffentlichung in Finnland an

das NMT-Zentrum gesendet. Gleichzeitig hat das Gericht die schwedische Umweltschutzbehörde über die Ankündigung informiert und übersetzte Dokumente übermittelt. Die Umweltschutzbehörde hat mitgeteilt, dass die Einladung zur Konsultation gemäß Artikel 5 der Espoo-Konvention bezüglich des Antrags und der Umweltverträglichkeitserklärung am 4. Mai 2022 an Finnland gesandt wurde. In Finnland haben das NMT-Zentrum und das Umweltministerium die Konsultationen zum Genehmigungsantrag und den Umweltauswirkungen des Bergbauprojekts koordiniert. Die Veröffentlichung des Antrags und der Umweltverträglichkeitserklärung stand der Öffentlichkeit in Finnland zwischen dem 11. Mai und dem 27. Juni 2022 zur Verfügung. Finnlands Antwort auf die Espoo-Konsultation ging am 15. August 2022 beim Gericht ein und das NMT-Zentrum erhielt am 23. August 2022 eine Stellungnahme zu das Verfahren, das in Finnland stattgefunden hat, und kommentiert den Antrag.

Die finnische Stellungnahme zum Antrag und die Umweltverträglichkeitserklärung, die im August 2022 beim Gericht eingereicht wurden, wurden vom Unternehmen ins Schwedische übersetzt. Dem Unternehmen wurde anschließend Gelegenheit gegeben, auf Kommentare aus Finnland zu antworten, und die Antwort des Unternehmens wurde ins Finnische übersetzt. Weitere Dokumente des Unternehmens wurden ebenfalls ins Finnische übersetzt. Da Finnland in seiner Antwort vom 15. August 2022 den Wunsch nach einer Fortsetzung der Konsultation im Rahmen der Espoo-Konvention äußerte, wurde der Konsultationsprozess fortgesetzt.

Um es den finnischen Parteien, die an der fortgesetzten Konsultation teilnehmen wollten, zu erleichtern, nicht zwischen den unterschiedlichen Verarbeitungsregeln im grenzüberschreitenden Flussabkommen und der Espoo-Konvention unterscheiden zu müssen, stand das Gericht in Kontakt mit der NMT-Zentrale, die sich verpflichtete die Sammlung von Meinungen weiterhin mit dem Umweltministerium zu koordinieren. Am 28. Oktober 2022 schickte das Gericht die Antwort des Unternehmens und zusätzliches Material an das NMT-Zentrum und an die Environmental Protection Agency. Darüber hinaus hat das Gericht am 3. November 2022 allen Behörden und Organisationen in Finnland, die sich im August 2022 zu dem Fall geäußert haben, eine Benachrichtigung über das weitere Verfahren in dem Fall übermittelt. Das Gericht teilte daraufhin mit, dass in Schweden das Land- und Umweltgericht sowohl den Genehmigungsantrag als auch die Frage der Durchführung der spezifischen Umweltverträglichkeitsprüfung (Genehmigung der Umweltverträglichkeitserklärung) prüfen muss und dass das NMT-Zentrum und das Ministerium für die Umwelt würde weiterhin die Sammlung von Meinungen zur Behandlung des Beschwerdeführers koordinieren. Darüber hinaus hat das Gericht in der Mitteilung den damaligen vorläufigen Termin für die Hauptverhandlung angegeben

und daran erinnert, dass die Hauptverhandlung eine Ergänzung des schriftlichen Verfahrens ist und die Gesellschaft auf etwaige zusätzliche Gesichtspunkte in der Sache erst am Hauptverhandlung. Die Bekanntgabe der Vorladung zur Hauptverhandlung und der Verfahrensbeschluss des Gerichts wurden ins Finnische übersetzt und am 23. November 2022 direkt an die finnischen Parteien versandt. Das NMT-Zentrum hat das Gericht auch darüber informiert, dass die Vorladung zur Hauptverhandlung bekannt gegeben wurde in Finnland am 7. und 8. Dezember 2022.

das zusätzliche Material der Öffentlichkeit in Finnland zwischen dem 2. und 30. November 2022 zur Verfügung stand der Rahmen der Espoo-Konvention fortgesetzt werden müsse, und forderte auch die schwedische Regierung auf, ein bilaterales Konsultationstreffen zum Projekt Nunasvaara Södra zu organisieren, um die grenzüberschreitende Bewertung abzuschließen, und das Umweltministerium verwies auf Artikel 5 der Espoo-Konvention. In ihrer Erklärung vor Gericht hat die schwedische Umweltschutzbehörde den Prozess erläutert, der im Rahmen der Espoo-Konvention stattgefunden hat. Die schwedische Umweltschutzbehörde ist der Ansicht, dass die Konsultation in Übereinstimmung mit Kapitel 6 geplant und durchgeführt wurde. § 33 Umweltgesetzbuch und § 21 Umweltprüfungsverordnung und dass die Behörde ihre Pflichten gemäß Artikel 5 der Espoo-Konvention und § 24 Umweltprüfungsverordnung erfüllt hat. Die schwedische Umweltschutzbehörde hat ferner erklärt, dass die Behörde nicht beabsichtigt, den Antrag des Umweltministeriums auf ein bilaterales Konsultationstreffen in einer anderen Reihenfolge zu bearbeiten. Die schwedische Umweltschutzbehörde hat auch betont, dass es Sache des Gerichts als Prüfbehörde ist, zu beurteilen, ob die Umweltverträglichkeitserklärung die Anforderungen in Abschnitt 6 erfüllt. das Umweltgesetzbuch.

Die Einschätzung des Landes- und Umweltgerichtshofs

Wie das Land- und Umweltgericht den finnischen Parteien Anfang November 2022 mitgeteilt hat, muss das Gericht sowohl den Genehmigungsantrag als auch die Frage der Durchführung der spezifischen Umweltprüfung prüfen. Diese Prüfung findet in Schweden in der Regel zeitgleich statt und bedeutet, dass die Umweltprüfung erst im Zusammenhang mit der Urteilsverkündung abgeschlossen wird (Kapitel 6 §§ 42-43 Umweltgesetzbuch). Auch die Erteilung einer Natura 2000-Genehmigung kann im Rahmen des Genehmigungsverfahrens im Rahmen eines Urteils gerichtlich geprüft werden (Kapitel 7 § 29 b Abs. 2 UGB).

Aus dem Umweltgesetzbuch und dem grenzüberschreitenden Flussabkommen geht hervor, dass das Gericht die finnischen Parteien gleich behandeln und somit auch die Stellungnahmen

berücksichtigen muss, die aufgrund des Verfahrens gemäß dem grenzüberschreitenden Flussabkommen in dem Fall eingegangen sind. In Bezug auf die Espoo-Konvention ist die schwedische Umweltschutzbehörde hauptsächlich für die Erfüllung der Verpflichtungen verantwortlich, die eine Partei gemäß der Konvention hat (Kapitel 6, Abschnitt 33 des Umweltgesetzbuchs und Abschnitt 24 der Umweltprüfungsverordnung). . Obwohl die schwedische Verfassung nicht ausdrücklich festlegt, dass das Gericht bei seiner Überprüfung die im Zusammenhang mit der Espoo-Konsultation geäußerten Ansichten berücksichtigen oder prüfen muss, ob die Konsultation gemäß der Espoo-Konvention korrekt stattgefunden hat, kann das Gericht feststellen, dass die EU das Übereinkommen ratifiziert hat und grenzüberschreitende Konsultationen in der UVP-Richtlinie (Artikel 7-8) geregelt sind. Artikel 8 der UVP-Richtlinie sieht vor, dass das Gericht bei der Prüfung auch die Ergebnisse der Konsultationen mit anderen Staaten zu berücksichtigen hat. Aus den vorbereitenden Arbeiten geht hervor, dass Artikel 7 der UVP-Richtlinie durch das Gesetz im heutigen Kapitel 6 umgesetzt wurde. § 33 Umweltgesetzbuch und Artikel 8 der UVP-Richtlinie wurden durch das Gesetz in nun § 6 umgesetzt. §§ 42-43 UGB (Eig. 1997/98:45 S. 287, 294, 698 und 702f. und Eig. 2016/17:200 S. 123f., 204f. und 210). Die Umweltprüfung des Gerichts schließt somit die Berücksichtigung der durchgeführten grenzüberschreitenden Anhörung ein. Wenn Orientierungsbedarf hinsichtlich der Frage besteht, ob die Konsultation in akzeptabler Weise durchgeführt wurde, kann diese Prüfung sowohl gegen die UVP-Richtlinie als auch gegen die Absichten der Espoo-Konvention erfolgen.

Das Landes- und Umweltgericht stellt fest, dass sowohl die Verpflichtungen, die nach internationalen Abkommen (dem Transboundary River Agreement, der Espoo-Konvention und der UVP-Richtlinie) als auch im Rahmen des Umweltgesetzbuches bestehen, erfüllt sind. Im schriftlichen Verfahren hat das Gericht die wesentlichen Teile der Antragsunterlagen übersetzt. Finnische Behörden und Organisationen, die sich zu dem Fall geäußert hatten, hatten Gelegenheit, sowohl bei der Anhörung als auch bei der Hauptanhörung anwesend zu sein und den Fall vorzustellen. Das Gericht hat die finnischen Parteien über den Zweck der Hauptverhandlung informiert, dass es sich um eine Ergänzung zum schriftlichen Verfahren handelt und dass das Unternehmen während der Anhörung Stellungnahmen erhalten könnte. Die Hauptverhandlung in dem Fall dauerte vier Wochen, und das Gericht hat die finnischen Parteien rechtzeitig über die Verhandlung und die Reihenfolge der Verhandlung informiert, d. h. die Tagesordnung, welche Themen zu welchem Vorlauf behandelt werden sollen. Während der mündlichen Verhandlung war ein Gerichtsdolmetscher und während der Hauptverhandlung zwei Gerichtsdolmetscher anwesend, selbst an den Tagen, an denen die finnischen Parteien nicht anwesend waren. Darüber hinaus stellte das Unternehmen während der

Hauptverhandlungen auch sicher, dass eine Auswahl von Präsentationsentwürfen in finnischer Übersetzung verfügbar war. Alles in allem wurden den finnischen Parteien die erforderlichen Informationen und Unterlagen zugesichert, und die Parteien wurden gleich behandelt.

Wie die schwedische Umweltschutzbehörde betont hat, obliegt es dem Gericht als Prüfbehörde zu beurteilen, ob die Umweltverträglichkeitserklärung die Anforderungen in Abschnitt 6 erfüllt. das Umweltgesetzbuch. Wie das Landes- und Umweltgericht oben ausgeführt hat, muss das Gericht auch die Ergebnisse der Anhörung anderer Staaten berücksichtigen, d.h. die zum Antrag eingegangenen Stellungnahmen und die Umweltverträglichkeitserklärung im Wesentlichen (Kapitel 6 §§ 42-43 des Umweltgesetzbuchs, Artikel 6 der Espoo-Konvention und Artikel 8 der UVP-Richtlinie und Artikel 17 des Grenzüberschreitenden Flussabkommens). Wenn die Genehmigungsfrage erledigt ist, muss das Gericht dies so schnell wie möglich bekannt geben und es obliegt ihm

Die schwedische Umweltschutzbehörde weist darauf hin, dass diese Informationen in diesem Fall auch Finnland zur Verfügung gestellt werden (Kapitel 6 §§ 44-45 des Umweltgesetzbuches). Es ist Sache des Gerichts, das NMT-Zentrum zu informieren, wenn das Urteil in dem Fall verkündet wird, und Zusammenfassungen des Urteils ins Finnische zu übersetzen (Artikel 18 und 22 des Abkommens über grenzüberschreitende Flüsse).

Unter Berücksichtigung des Vorstehenden sieht das Landes- und Umweltgericht keine Mängel der durchgeführten grenzüberschreitenden Anhörung, die einer Prüfung des Antrags in der Sache entgegenstehen.

Ansichten zur Abgrenzung der Anwendung etc

In diesem Fall wurde argumentiert, dass der Antrag von Talga mit der Begründung abgelehnt werden sollte, dass er nur die Minerallagerstätte in Nunasvaara Södra abdeckt und keine kumulativen Auswirkungen eines Bergbaubetriebs auf die anderen Minerallagerstätten des Unternehmens in Vittangi (das Erz Lagerstätten in Nunasvaara Norra, Niska Södra und Niska Norra), dass das Unternehmen eine Verarbeitungskonzession für August 2021 beantragt hat. Zusammenfassend wurde beanstandet, dass die Abgrenzung des Antrags dazu führt, dass die gesamten Umweltauswirkungen der Projekte nicht bewertet werden können . Von den samischen Dörfern und dem Naturschutzverband wurde Einspruch erhoben, dass es dem Zweck der Gesetzgebung widerspreche, dass eine kollektive Bewertung der Umweltauswirkungen des Projekts stattfinden muss, insbesondere wenn es um die Auswirkungen auf Natura 2000-Gebiete geht. Die finnischen Parteien haben insbesondere betont, dass der Antrag mit der Umweltverträglichkeitserklärung abgelehnt werden sollte, da er im Allgemeinen

keine kumulativen Auswirkungen mit anderen Projekten auf nationaler und internationaler Ebene beschreibt, bei denen Konsultationen für die Umweltverträglichkeitserklärung laufen. Als Reaktion darauf hat das Unternehmen zusammenfassend erklärt, dass nur lizenzierte Betriebe bei der Bewertung der kumulativen Auswirkungen des laufenden Betriebs berücksichtigt werden sollten und dass zukünftige Bergbauprojekte in Finnland oder Schweden in der vorliegenden Überprüfung nicht berücksichtigt werden sollten. Das Unternehmen hat weiter betont, dass der Antrag auf eine Verarbeitungskonzession aufgrund der Tatsache gestellt wurde, dass die Gültigkeitsdauer der Explorationsgenehmigung, d. h. das Exklusivrecht auslaufen würde und das Unternehmen nicht die Absicht hat, in den nächsten Jahren eine Umweltgenehmigung für andere Mineralvorkommen in Vittangi zu beantragen.

Die Rechtsprechung zeigt, dass zwar der Antragsteller durch seinen Antrag den Rahmen für die Überprüfung vorgibt, es aber dem Gericht obliegt, zu entscheiden, ob er Grundlage der Überprüfung sein kann (vgl. etwa die Rechtssachen MÖD 2006:6 und MÖD 2010:9). Darüber hinaus darf eine Teilung eines Vorhabens, das zu einer Umgehung des Zwecks der UVP-Richtlinie führt, nicht in der Weise erfolgen, dass die Teilung dazu führt, dass der Betreiber die Verpflichtung zur Erstellung einer Umweltverträglichkeitserklärung umgeht (siehe u. a. die Rechtssachen im Fall C 72/95 Kraaijeveld et al., C 392/96 Kommission gegen Irland, C 142/07 Ecologistas und MÖD 2007:50).

Nach Einschätzung des Landes- und Umweltgerichtshofs soll es einem Betreiber freistehen, eine Umweltgenehmigung mit einer Natura 2000-Genehmigung für die aus Betreibersicht aktuell wünschenswerte Tätigkeit zu beantragen. Vorausgesetzt, es liegen Voraussetzungen für eine vollständige Prüfung vor, bei denen alle Umweltauswirkungen für den angewandten Betrieb mit Tochterunternehmen erfasst sind und sichergestellt werden kann, dass Auflagen zur Vorschrift umweltrelevanter Auflagen vorliegen (vgl. die Rechtssachen MÖD 2006:57, MÖD 2011:51 , MÖD 2020:48 und NJA 2013 S. 613 und HFD 2022 Anm. 20). Der Antrag des Unternehmens im vorliegenden Fall bezieht sich auf den Bergbaubetrieb mit zugehörigen Betrieben, die in Nunasvaara Södra durchgeführt werden sollen. Der Antragsteller hat seinen gesamten Bergbaubetrieb vorgelegt und der Antrag umfasst sowohl den Bergbau, die Aufbereitung, die Abfallwirtschaft, die Reinigung, die erforderlichen Wasserbetriebe als auch Nebengeschäfte in Form des Transports von Graphit. Das Vorhaben ist nicht von anderen Vorhaben oder Umweltgenehmigungen abhängig (vgl. die Rechtssachen HFD 2016 Az. 21 und die Entscheidung des Landes- und Umweltgerichtshofs vom 12.10.2017 in der Sache M 8159-16) . Die Tatsache, dass andere mögliche geplante Projekte, für die

das Unternehmen eine Verarbeitungskonzession beantragt hat, nicht aufgenommen wurden, hat nicht dazu geführt, dass das Unternehmen um die Verpflichtung zur Erstellung einer Umweltverträglichkeitserklärung herumgekommen ist. Hinsichtlich der kumulativen Wirkungen, die ein Antrag und eine Umweltverträglichkeitserklärung enthalten müssen, zeigt die Praxis, dass kumulative Wirkungen aus den zusätzlichen Aktivitäten, der laufenden Landnutzung und -entwicklung, den abgeschlossenen, aber nicht nachbearbeiteten Aktivitäten und den genehmigten, aber nicht genehmigten Aktivitäten zu bewerten sind noch nicht begonnen (vgl. das Urteil des Landes- und Umweltkammergerichts in der Rechtssache MÖD 2019:5). Es besteht daher für das Unternehmen kein Anlass, in der aktuellen Prüfung Kumulationseffekte mit anderen unternehmensinternen Projekten, bei denen Verarbeitungskonzessionen beantragt wurden, oder mit Projekten anderer Betreiber, bei denen Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung laufen, zu beschreiben. Weder die UVP-Richtlinie noch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs geben Anlass zu einer anderen Beurteilung.

Das Landes- und Umweltgericht ist der Ansicht, dass die Grundlage des Verfahrens ausreicht, um die Auswirkungen der Aktivität auf das betroffene Natura 2000-Gebiet zu beurteilen und zu prüfen, und dass die Abgrenzung des Antrags so ist, dass sie einer Prüfung nicht entgegensteht die Begründetheit des Falles. Die Forderung der samischen Dörfer, Einzelpersonen und finnischen Behörden und Organisationen, den Antrag auf dieser Grundlage abzulehnen, ist daher zurückzuweisen.

Stellungnahmen zu Mängeln in den Prüfungsunterlagen

Gabna Sameby, Talma Sameby und der Naturschutzverband haben vorgebracht, dass das Unternehmen die Auswirkungen, die die Operationen auf die Rentierhaltung haben könnten, nicht detailliert genug gemeldet hat und dass es solche Mängel gibt, dass die Grundlage nicht die Grundlage für eine Stellungnahme sein kann die Auswirkungen der Operationen auf die Rentierhaltung. Das samische Parlament hat die Umweltverträglichkeitserklärung als mangelhaft angesehen, dass sie u.a. Die kumulativen, sozialen und kulturellen Auswirkungen der beantragten Aktivität wurden nicht hervorgehoben und berücksichtigt, und es fehlt an einer Beschreibung der Auswirkungen auf das Samendorf Saarivuoma. Der Naturschutzbund hat ferner Stellungnahmen zu abgeschlossenen Naturwertinventuren vorgelegt und dass sowohl der Antrag als auch die Umweltverträglichkeitserklärung und Unteranhänge des Antrags während der Bearbeitung des Falls geändert, ergänzt und korrigiert wurden.

Das Gericht kann zunächst feststellen, dass der Antrag, die Umweltverträglichkeitserklärung und andere Belege vom Unternehmen ausgefüllt wurden, nachdem sowohl das Gericht als auch die

schwedischen Behörden die Vervollständigung beantragt hatten. Zum größten Teil sind die Ergänzungen eingegangen, bevor der Fall bekannt gegeben wurde. Nach der Ankündigung hat das Unternehmen die Dokumentation basierend auf den von Kontrahenten und anderen interessierten Parteien erhaltenen Ansichten ergänzt. Nach Ansicht des Gerichts ist es selbstverständlich wünschenswert, dass ein Antrag und eine Umweltverträglichkeitserklärung so klar und eindeutig sind, dass nach Antragstellung beim Gericht keine Ergänzungen vorgenommen werden müssen. Ausgehend von der Ermittlungspflicht des Gerichts und der Tatsache, dass Gegenparteien und die Öffentlichkeit im Verfahren gehört werden müssen, versteht es sich von selbst, dass während der Bearbeitung Ergänzungen und Anpassungen des Antrags vorgenommen werden können der Fall. Bestimmte Aktivitäten sind auch so beschaffen, dass mit Stellungnahmen und ergänzenden Anforderungen zu rechnen ist. Darüber hinaus muss eine nachträgliche Ergänzung möglich sein, wenn Auflagen vorliegen, die erst dann relevant werden oder mit neuen Erkenntnissen zusammenhängen (vgl. Gerichtsverfahren NJA 2009 S. 321). Das Gericht ist der Ansicht, dass das Unternehmen im vorliegenden Fall die Ansichten, die die Gegenparteien in dem Fall vorgebracht haben, in erforderlicher und ausreichender Weise beschrieben und beantwortet hat.

In Bezug auf die Berichte des Unternehmens in dem Fall über die Auswirkungen auf die Rentierhaltung ist das Gericht der Ansicht, dass das Sami-Parlament, Talma Samiby und Gabna Samibys Einwände gegen die Umweltverträglichkeitserklärung und die Methode des Unternehmens zur Analyse der Auswirkungen auf die Rentierhaltung am unmittelbarsten sind zielen auf die endgültige Bewertung des Unternehmens hinsichtlich der Umweltauswirkungen ab, die sich für die Rentierhaltung ergeben. Nach Ansicht des Gerichts geht es bei den Einwänden im Wesentlichen darum, dass das Sámi-Parlament und die Sámi-Dörfer eine andere Bewertung als die des Unternehmens hinsichtlich der Umweltauswirkungen vornehmen. Das Gericht ist der Ansicht, dass diese Einwendungen für die Prüfung des Antrags in der Sache wichtig sind und nicht bedeuten, dass es sich um Umstände handelt, die das Verfahren behindern. Das Gericht geht detaillierter auf die Einwände der Sami-Dörfer gegen die Methode und Analyse des Unternehmens ein, wenn es die Auswirkungen der Operation auf die Rentierzucht bewertet.

Insgesamt hält das Gericht die Umweltverträglichkeitserklärung mit den auch in diesem Teil vorgelegten Ergänzungen für ausreichend, um Grundlage einer Sachprüfung zu sein.

Zusammenfassung der Umweltverträglichkeitsprüfung

Das Landes- und Umweltgericht hat oben gewürdigt, dass die Konsultationsunterlagen hinreichend umfassend sind und bei der Erstellung der Umweltverträglichkeitserklärung berücksichtigt wurden. Den finnischen Parteien wurden die erforderlichen Informationen und Unterlagen zugesichert, und die Parteien wurden gleich behandelt, und das Gericht hat festgestellt, dass die grenzüberschreitende Konsultation die Anforderungen des Umweltgesetzbuchs, der Espoo-Konvention und der UVP-Richtlinie erfüllt. Der Antrag umfasst alle Bergbauaktivitäten mit verwandten Aktivitäten, die auf Nunasvaara Södra durchgeführt werden sollen, und das Projekt ist nicht von anderen Projekten oder Umweltgenehmigungen abhängig. Insgesamt hat das Gericht daher geurteilt, dass die Abgrenzung des Antrags so ist, dass er nicht daran gehindert wird, Grundlage für eine Prüfung in der Sache zu sein. Dass nach Bekanntgabe Ergänzungen erfolgt sind, hat das Gericht nicht als Mangel der Prüfungsunterlagen gewertet. Weitere Einwände gegen die Darstellung der Auswirkungen auf die Rentierhaltung durch das Unternehmen, so hat das Gericht entschieden, zielen auf die abschließenden Einschätzungen des Unternehmens hinsichtlich der entstehenden Umweltfolgen ab. In diesen Teilen reicht die Umweltverträglichkeitserklärung als Grundlage der Fallprüfung aus. Insgesamt beurteilt das Gericht, dass die Umweltverträglichkeitserklärung mit den eingereichten Ergänzungen den Anforderungen in Kap. 6 entspricht. den Anforderungen des Umweltgesetzbuches entsprechen und eine hinreichend umfassende und verlässliche Grundlage für die Bewertung und Prüfung der Auswirkungen der Tätigkeit auf das betroffene Natura 2000-Gebiet und der sonstigen kollektiven Umweltauswirkungen des Antrags darstellen. Damit kann die Umweltverträglichkeitserklärung genehmigt und die spezifische Umweltprüfung abgeschlossen werden.

T ZULASSUNG UND GENEHMIGUNG**Einführung**

Da das Obergericht entschieden hat, dass die konkrete Umweltprüfung durchgeführt werden kann, muss das Gericht über die Zulässigkeit der beantragten Tätigkeit entscheiden.

Für eine Tätigkeit oder Maßnahme, die eine Land- oder Wasserfläche in Anspruch nimmt, ist ein Ort zu wählen, der im Hinblick darauf geeignet ist, dass der Zweck mit minimalen Eingriffen und Beeinträchtigungen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt erreicht werden kann (Kapitel 2, § 6 Umweltgesetzbuch). Bei der Prüfung der Begründetheit wird allgemein davon ausgegangen, dass der Betreiber nachweisen muss, dass die Abwägungsregeln in Kap. 2. des Umweltgesetzbuchs eingehalten wird (Kapitel 2, Absatz 1 des Umweltgesetzbuches). Der Unternehmer ist auch verpflichtet, die Schutzmaßnahmen durchzuführen und allgemein die Vorsorgemaßnahmen zu

treffen, die erforderlich sind, um zu verhindern, zu verhindern oder abzuwenden, dass der Betrieb oder die Maßnahme Schäden oder Unannehmlichkeiten für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt verursacht (Kapitel 2, Abschnitt 3 des Umweltgesetzbuches). Diese Verpflichtung beginnt, sobald Anlass zu der Annahme besteht, dass die Tätigkeit oder Handlung zu Schäden oder Unannehmlichkeiten führen kann. Das Erfordernis der Lokalisierung gilt, soweit es nicht unzumutbar ist, es zu erfüllen. Bei dieser Bewertung ist der Nutzen von Schutzmaßnahmen und sonstigen Vorsorgemaßnahmen im Verhältnis zu den Kosten dieser Maßnahmen besonders abzuwägen (2. Kapitel § 7 Abs. 1 UGB).

In den meisten Fällen wird die Frage der Landnutzungsprüfung nach Kap. 3 und 4 behandelt. das Umweltgesetz für Bergbaubetriebe des Staates Norwegen im Zusammenhang mit der Erteilung einer Verarbeitungskonzession gemäß dem Mineraliengesetz (1991:45). In diesem Fall gibt es keine Verarbeitungskonzession für die Erzlagerstätte Nunasvaara Södra. Das Unternehmen hat beim Staat Norwegen eine Konzession für das Gebiet beantragt, das für die beantragte Tätigkeit benötigt wird. Bergsstaten hat dem Gericht mitgeteilt, dass die Behörde bis zur Prüfung der Natura-2000-Genehmigung durch das Land- und Umweltgericht nicht zu dem Antrag Stellung nehmen werde. Das bedeutet, dass das Gericht auch in diesem Fall die Zulässigkeit der Tätigkeit aufgrund der Hauswirtschaftsordnung in Kap. 3 und 4 zu prüfen hat. das Umweltgesetzbuch. Vorrangig sind solche Verwendungen zu verwenden, die im Allgemeinen eine betriebswirtschaftliche Ordnung erfordern (Kapitel 3 Absatz 1 Umweltgesetzbuch). Die Grundordnungen der Bewirtschaftung enthalten auch bestimmte allgemeine Regelungen zur Bewirtschaftung von Land- und Wasserflächen, die einen gewissen Schutz für Flächen vorschreiben, die für verschiedene Branchen und Interessen von Bedeutung sind.

Zusammenfassend sind in dem Verfahren Einwendungen hinsichtlich der Umweltauswirkungen erhoben worden, zu denen die beantragten Aktivitäten während der laufenden Aktivitäten und nach Abschluss der Aktivitäten auch in langfristiger Perspektive führen können. Es wurden Bedenken geäußert, dass die Operation Folgen haben könnte, die Risiken für die Umwelt und die menschliche Gesundheit und Sicherheit mit sich bringen könnten. Die Ansichten betrafen hauptsächlich die Auswirkungen in Form von Lärm, Staub und Geruch.

Es gab widersprüchliche Interessen im angewandten Geschäft. Die Rentierhaltung ist ein gegensätzliches Interesse an dem Ziel, das betroffen ist. Für die Rentierhaltung wichtige Flächen sind so weit wie möglich vor spürbaren Einflüssen zu schützen (Kapitel 3 § 5 Umweltgesetzbuch).

Darüber hinaus haben der Naturschutzbund und der Kreisverwaltungsrat Stellungnahmen zu den Auswirkungen der Maßnahme auf die Arten und zur Möglichkeit der Erteilung einer Artenschutzbefreiung abgegeben. Die Artenschutzverordnung (2007:845) ist als Konkretisierung dessen zu sehen, was sich aus den allgemeinen Betrachtungsregeln zum Artenschutz ergeben kann (vgl.

Zum Beispiel das Gerichtsverfahren MÖD 2013:13). Das bedeutet, dass das Gericht unter Anwendung der einschlägigen Erhaltungsvorschriften der Artenschutzverordnung zu beurteilen hat, wie die geschützten Arten durch die geplante Tätigkeit beeinträchtigt werden.

Darüber hinaus wurden Meinungen zu den Auswirkungen der Operation durch Einleitungen in Gewässer und zu der Frage abgegeben, ob die Operation im Widerspruch zur EU-Wasserrahmenrichtlinie (²der Wasserrichtlinie) stehen könnte, sowie zu den Auswirkungen, die auf das Natura-2000-Gebiet Torne und auftreten können

Kalix-Flusssystem. Wenn die Tätigkeit Natura 2000-Gebiete erheblich beeinträchtigen kann, ist eine Sondergenehmigung erforderlich, die nur unter bestimmten Voraussetzungen erteilt werden darf (Kapitel 4, § 8 und Kapitel 7, § 28 a Umweltgesetzbuch).

Sowohl Einzelpersonen als auch der Bezirksvorstand haben, sofern die Genehmigung erteilt wurde, ihre Ansichten zur Notwendigkeit einer langfristigen Nachsorge und Nachbehandlung sowie zur Notwendigkeit einer finanziellen Absicherung vorgelegt.

Bei der Prüfung des Falles hat das Gericht im Hinblick auf das Vorstehende den Ort der ausgeübten Bergbautätigkeit und die Auswirkungen auf gegensätzliche Interessen, u.a. menschliche Gesundheit, Rentierhaltung, Tierarten und Natura-2000-Gebiete. Dazu gehört auch zu prüfen, welche Vorkehrungen und Schutzmaßnahmen erforderlich sind, damit der Standort geeignet ist. Gegen die widerstreitenden Interessen, die im Fall der Errichtung von Bergbaubetrieben bestehen, ist abzuwägen.

Grundvoraussetzungen

Verfügbarkeit für Wasseraktivitäten

Verfahrensvoraussetzung ist, dass Talga in dem Gebiet, in dem die antragsgegenständlichen Maßnahmen getroffen werden sollen, über das Wasser verfügt (vgl. die Rechtssachen NJA 1993 S. 331

²Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik

und NJA 2012 S. 362). Das Unternehmen hat eine Genehmigung für Wasserbetriebe in Form der Entfernung von infiltrierendem Grundwasser aus Tagebaugruben und der Instandhaltung von Anlagen dafür, den Bau von Absetz- und Klärbecken, die Entfernung von Oberflächenwasser aus dem angrenzenden Hosiojärvi in einer Gesamtmenge beantragt von 4.500 m³ und den Bau und Unterhalt von Anlagen dafür, das Auffüllen von Oberflächenwasser für den Bau eines kombinierten Sand- und Gesteinsspeichers sowie den Bau von Gräben für die betriebliche Wasserwirtschaft. Die Wasserbetriebe sollen auf den Grundstücken Kiruna Stenbrottet 2:1 und Kiruna Vittangi 21:2 und 43:5 durchgeführt werden, mit deren Eigentümern die Gesellschaft langfristige Nutzungsrechte und Pachtverträge abgeschlossen hat. Nach Ansicht des Landes- und Umweltgerichtshofs verfügt das Unternehmen durch die Vereinbarungen über den erforderlichen Ermessensspielraum, um eine Genehmigung für Wasserbetriebe zu beantragen und durchzuführen.

Konditionen planen

Gemäß Kap. 2 § 6, dritter Absatz des Umweltgesetzbuchs, eine Genehmigung darf nicht erteilt werden, wenn ein Detailplan oder Gebietsvorschriften nach dem Planungs- und Baugesetz (2010:900) verletzt werden. Kleine Abweichungen, die dem Zweck des Plans nicht entgegenstehen, sind jedoch zulässig. Ein Übersichtsplan für die Gemeinde Kiruna wurde 2018 verabschiedet. Im Übersichtsplan wird das Gebiet um Nunasvaara als Mineralvorkommen und als Interessengebiet für den Abbau von Graphit ausgewiesen. Die Rentierindustrie soll teilweise, aber hauptsächlich in der Umgebung des Gebiets Interessen haben. Das Gebiet ist nicht durch einen detaillierten Plan abgedeckt. Auch für das Gebiet gibt es keine Gebietsverordnungen nach dem Raumordnungs- und Baugesetz. Der Zulässigkeit der Tätigkeit stehen keine unmittelbaren planerischen Gegebenheiten entgegen.

Standort

Das Landes- und Umweltgericht stellt fest, dass sich die Standortbestimmung von Bergwerken nach der Lage der abbauwürdigen Lagerstätten richtet und die Möglichkeit, diesbezüglich alternative Standorte zu finden, daher sehr begrenzt ist. Eine vorbehaltlose Alternativbewertung ist daher nicht möglich.

Hinsichtlich des Standorts der Abbauabfallanlage wurde ein Standort außerhalb des geplanten Betriebsgebiets geprüft, es wurde jedoch letztendlich als besser erachtet, die Abbauabfallanlage im selben Einzugsgebiet wie den Bergbau zu platzieren, da Sie dadurch das Potenzial einschränken Umweltrisiken auf einen Standort, anstatt sie auf mehrere zu verteilen. Für andere Geschäftsbereiche, d.h. Industriegebiet mit Konzentratoren, Wasseraufbereitungsanlagen und Lagerflächen wurden

verschiedene Standorte der Betriebe im Zusammenhang mit den geplanten Tagebauen evaluiert. Die Ermittlungen in dem Fall ergeben, dass die Anlagenteile innerhalb des endgültigen Einsatzgebietes so platziert wurden, dass eine möglichst geringe Beeinträchtigung anderer Interessen wie Naturwerte und Rentierhaltung erreicht wird. In dem Bereich, in dem das Sand- und Grausteinreservoir platziert werden soll, befindet sich eine kleinere Wasserfläche, die wieder verfüllt wird. Es wurde eine Standortuntersuchung durchgeführt, die zeigt, dass der gewählte Standort der beste für die Lokalisierung des Sand- und Gesteinsreservoirs ist.

Vor diesem Hintergrund stellt das Landes- und Umweltgericht fest, dass die geplante Verlegung die geringsten Eingriffe und Beeinträchtigungen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt darstellt (Kapitel 2 § 6 Absatz 1 UGB). Bei der raumwirtschaftlichen Bewertung ist dies gegen die konkurrierenden Landnutzungsinteressen im Gebiet abzuwägen, auf die im Folgenden eingegangen wird (vgl. Kap. 3, § 1-2 UGB).

Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt *Lärm und Vibrationen etc*

Der Betrieb ist mit Störungen und Gefahren durch Lärm, Bodenerschütterungen, Luftdruckwellen und Steinschlag verbunden. Das Gericht kann feststellen, dass die Topographie des Geländes mit Höhenunterschieden eine natürliche Lärmschutzfunktion erfüllt und dass die Lärmschutzwände, die das Unternehmen vor dem Abbau im Tagebau errichten will, das Ausmaß der Lärmbelästigung beeinflussen. Wenn der Abbau weiter unten im Tagebau stattfindet, nimmt die Schallausbreitung ab. Sprengungen führen zu Bodenerschütterungen und Luftchockwellen sowie zu Steinschleudern, aber die Untersuchungen des Unternehmens bestätigen die Tatsache, dass sie kein Risiko von Schäden an Häusern oder inakzeptablen Beeinträchtigungen für die Gesundheit der Menschen mit sich bringen. Das Gericht ist der Ansicht, dass die Gesellschaft dargetan hat, dass angemessene Vorsorgemaßnahmen getroffen werden können und dass es möglich ist, Auflagen vorzuschreiben, so dass Zulässigkeitshindernisse aus diesem Grund nicht bestehen.

Emissionen in Luft, Staub und Geruch

Die Emissionen in die Luft aus dem Betrieb bestehen aus Emissionen von Fahrzeugen innerhalb des Betriebsgebiets, sogenannten explosiven Gasen, Stäuben aus der Zerkleinerung und diffusen Stäuben von z.B. Straßen und Freiflächen. Talga hat bewertet, dass die Emissionen gering sein werden und nicht dazu beitragen werden, dass Umweltqualitätsstandards überschritten werden. Das Landratsamt hat darauf hingewiesen, dass es häufig Probleme mit der Staubaubreitung gibt, z. B. in Brech- und

Sortieranlagen und Entstaubung beim Transport auf Straßen innerhalb und zu und von bergbaulichen Industriegebieten.

Hinsichtlich der Staubverteilung bei der Zerkleinerung hat sich das Unternehmen verpflichtet, dass die Anreicherung, die im Innenbereich stattfinden wird, eine Partikelabscheidung von der Abluft aufweisen muss. Der Vorebrecher wird unten im Tagebau stehen und der Nachbrecher näher am Industriegebiet gebaut und eingebaut. Diffuses Staube wird dadurch begrenzt, dass Transporte von Graphitkonzentrat abgedeckt werden, Straßen und offene Flächen mit Wasser und/oder Bindemitteln behandelt werden, asphaltierte Oberflächen regelmäßig gereinigt werden und dass Blöcke und Kies in offenen Oberflächen Sand und Sand platziert werden Lagerung von Abfallgestein und offene Gruben, um den Bergbau zu reduzieren.

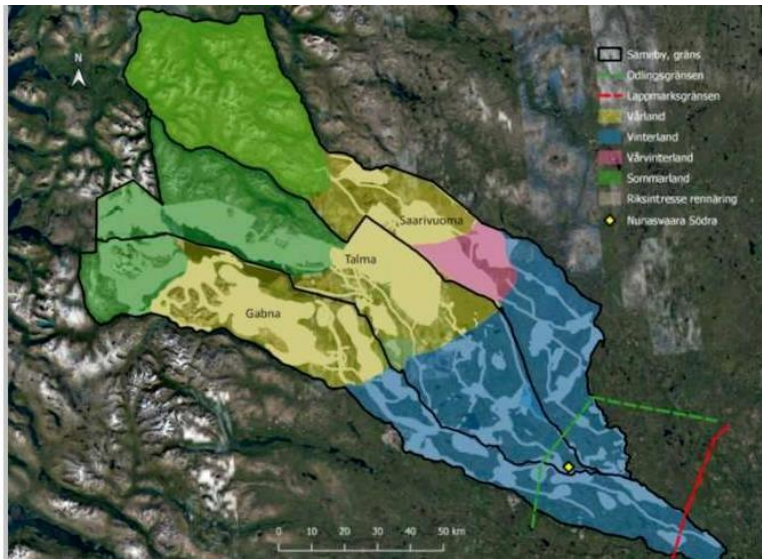
Das Landes- und Umweltgericht teilt die Einschätzung des Unternehmens, dass der Betrieb nicht dazu beiträgt, dass keine Umweltqualitätsnorm in Bezug auf die Luft überschritten wird. Das Gericht geht davon aus, dass die gemeldeten Maßnahmen die Ausbreitung von Staub und Staubsiederschlag aus dem Betrieb begrenzen werden und dass die Kontrolle hiervon durch eine Überprüfung des Staubsiederschlags in der vom Unternehmen vorgeschlagenen Weise erfolgen kann. Der Betrieb wird auch keine Geruchsbelästigungen verursachen. Insgesamt besteht nach Einschätzung des Gerichts keine Gefahr für Mensch und Tier durch den Eingriff. Der Zulässigkeit stehen somit keine Hindernisse aufgrund von Geruch, Staubbildung und Emissionen in die Luft entgegen.

Widersprüchliche Landnutzungsinteressen

Ernährung von Rentieren

Der Test im Ziel und Grundlage für die Bewertung der Auswirkungen

Das Betriebsgebiet für die angewandte Bergbautätigkeit liegt innerhalb des Dorfes Talma Sami. Angrenzend an das Einsatzgebiet hat im Süden das Sami-Dorf Gabna sein Land und im Osten das Sami-Dorf Saarivuoma.



Die Karte des Unternehmens der Ländereien der samischen Dörfer mit dem in einem gelben Kästchen markierten Einsatzgebiet.

Da dem Unternehmen eine Verarbeitungskonzession fehlt, steht die Zulässigkeit der Tätigkeit in Bezug auf die Rentierhaltung im Rahmen dieser Zielsetzung zur Prüfung an. Wie der Oberste Gerichtshof für Land und Umwelt festgestellt hat, erfüllen die Regeln des Umweltgesetzes die Verpflichtung Schwedens gemäß der internationalen Konvention über bürgerliche und politische Rechte (Urteile des Obersten Gerichtshofs für Land und Umwelt vom 23. November 2011 in der Sache M 847-11 und im Fall M 824-11).

Das Unternehmen hat argumentiert, dass die angewandte Bergbautätigkeit mit der Rentierzucht in der Gegend koexistieren kann. Die Rentierhaltungsanalysen des Unternehmens decken das Sami-Dorf Gabna und das Sami-Dorf Talma ab und wurden von den jeweiligen Sami-Dörfern erstellt, aber vom Unternehmen finanziert. Neben Rentierhaltungsanalysen hat das Unternehmen Daten dazu erstellt, wie Folgen für die Rentierhaltung verhindert und/oder reduziert werden können. Die Dokumentation zeigt, dass das Sami-Dorf Talma ursprünglich eingeladen wurde, sich zu dem Vorschlag des Unternehmens für Präventions- und Schadensminderungsmaßnahmen zu äußern, und dass das Sami-Dorf behauptet, dass es keine gibt. Das Unternehmen hat auch eine Dokumentation darüber erstellt, wie auf die Rentierhaltungsanalyse von Gabna Sameby reagiert werden soll, basierend auf der Tatsache, dass das Unternehmen andere Schlussfolgerungen in Bezug auf die Auswirkungen und die Möglichkeit von Maßnahmen zur Schadensminderung gezogen hat. Das Unternehmen hat den Antrag im Rahmen der Bearbeitung des Falls zudem um zusätzliche Unterlagen zur Bewertung der Folgen und Auswirkungen auf die Rentierhaltung ergänzt. Die Grundlage, die das Unternehmen erstellt, basiert auf den

Rentierernährungsanalysen und aus Quellen wie z.B. Literaturstudien und GIS-Daten verschiedener Behörden.

Gabna Sameby und Talma Sameby waren der Ansicht, dass die Methode des Unternehmens zur Analyse der Auswirkungen auf die Rentierhaltung Mängel aufweist, und widersprachen den Schlussfolgerungen des Unternehmens zu den Auswirkungen auf die Rentierhaltung und betonten, dass das Unternehmen die Grundlage für die Beurteilung hat hergestellt fehlt weitgehend. In der Hauptverhandlung wurde auch kritisiert, dass sich das Unternehmen nicht auf ergänzende Dokumente mit den samischen Dörfern geeinigt habe. Zu der Kritik, dass das Unternehmen keine ergänzende Dokumentation mit den samischen Dörfern vereinbart habe, kann das Gericht feststellen, dass den samischen Dörfern Gelegenheit gegeben wurde, während des Verfahrens des Falls vor Gericht zu der ergänzenden Dokumentation Stellung zu nehmen, dass die Firma eingereicht hat. Gabna Sameby hat eine Erklärung abgegeben, als der Antrag bekannt gegeben wurde, und eine Erklärung über die Behandlung der Rentierhaltung durch das Unternehmen. Bei der Bekanntgabe des Antrags hat Talma Sami Village lediglich auf eine zuvor durchgeführte Ernährungsanalyse von Rentieren verwiesen und diese zunächst durchgeführt

In der Hauptverhandlung wurde kommentiert, welche Mängel das Sámi-Dorf in den Unterlagen des Unternehmens sieht. Zusätzlich zu den samischen Dörfern haben die Bezirksverwaltung und das samische Parlament Ansichten zu den Auswirkungen auf die Rentierhaltung vorgelegt.

Das Gericht ist der Ansicht, dass die Beweise in dem Fall für eine Prüfung ausreichen und dass es möglich ist, die Auswirkungen auf die Rentierhaltung als individuelles und öffentliches Interesse sowie die erforderlichen Bedingungen im Falle einer möglichen Genehmigung zu beurteilen. Wie bereits betont, geht das Gericht davon aus, dass die Einwände der Sami-Dörfer gegen die Dokumentation im Wesentlichen darauf abzielen, dass die Sami-Dörfer eine andere Einschätzung der Umweltauswirkungen vornehmen als das Unternehmen und dass die Sami-Dörfer daraus andere Schlussfolgerungen ziehen, unter anderem, die vorhandenen Literaturstudien. Gleiches gilt nach Ansicht des Gerichts für die Einwände des samischen Parlaments, dass die Untersuchung die kumulativen, sozialen und kulturellen Auswirkungen des Antrags nicht ausreichend beschreibe. Während der Hauptanhörung haben sowohl das Sami-Dorf Gabna als auch das Sami-Dorf Talma ausführlich auf die Ermittlungen des Unternehmens reagiert und erläutert, welche Schlussfolgerungen die samischen Dorfbewohner beispielsweise aus den vorhandenen Literaturstudien ziehen können und welche Auswirkungen sie auf den Bergbaubetrieb haben Rentierhaltung zu haben. Auch das Sami-Dorf Saarivuoma hat sich während des Verfahrens schriftlich und während der Hauptverhandlung

mündlich zu den Auswirkungen auf die Rentierhaltung geäußert. Die Grundlage des Falles steht daher einer Prüfung in der Sache nicht entgegen.

Die Bedeutung des Gebiets für die Rentierzucht

Das Talma Sami Village hat betont, dass sie das Land innerhalb und außerhalb des Einsatzgebiets genutzt haben und nutzen, um das ganze Jahr über Rentierzucht zu betreiben und insbesondere so, dass einzelne Würfe während des Sommers in dem Gebiet bleiben können. Das Dorf Gabna Sámi hat auch betont, dass einzelne Würfe im Sommer bleiben können, und sie haben auch betont, dass sie das Land im Winter nutzen, in den Jahren, in denen das Dorf Talma Sámi seine Rentiere nicht in der Gegend hat. Das Land- und Umweltgericht bestreitet diese Beschreibung nicht. Das Genehmigungsverfahren nach dem Umweltgesetzbuch befasst sich jedoch nicht mit der zivilrechtlichen Verfügung über das Grundstück. Bei der Beurteilung, ob die beantragte Tätigkeit die Rentierhaltung erheblich erschweren kann, muss die Abwägung für die Sami-Dörfer davon ausgehen, dass die Flächen innerhalb und unmittelbar außerhalb des Betriebsgebiets laut Rentierhaltung liegen Gesetz sind sogenannte Winterweiden für die Samendörfer und dass einzelne Würfe für die restliche Zeit im Gebiet bleiben können.

Das Winterweidegebiet des Dorfes Talma Sámi ist in verschiedene Gebiete unterteilt, Båtnecielgi, Duortnuseatnu und Lulde. Das Lulde-Gebiet ist ein Gebiet östlich von Esrangevågen in Richtung Vittangi.



Karte der Ernährungsanalyse von Rentieren, erstellt vom Dorf Talma Sámi des Weidegebiets Lulde, schwarz eingekreist

Der geplante Abbaubetrieb befindet sich im östlichen Teil der Weidefläche Lulde. Innerhalb des angewandten Tätigkeitsbereichs gibt es keine vom Sami-Parlament benannten nationalen Interessen für die Rentierhaltung. Das samische Parlament hat die zweitnördlichste Wanderoute und zwei weitere südliche Wanderouten sowie eine schwierige Passage im Süden als von nationalem Interesse für die Rentierindustrie eingestuft.

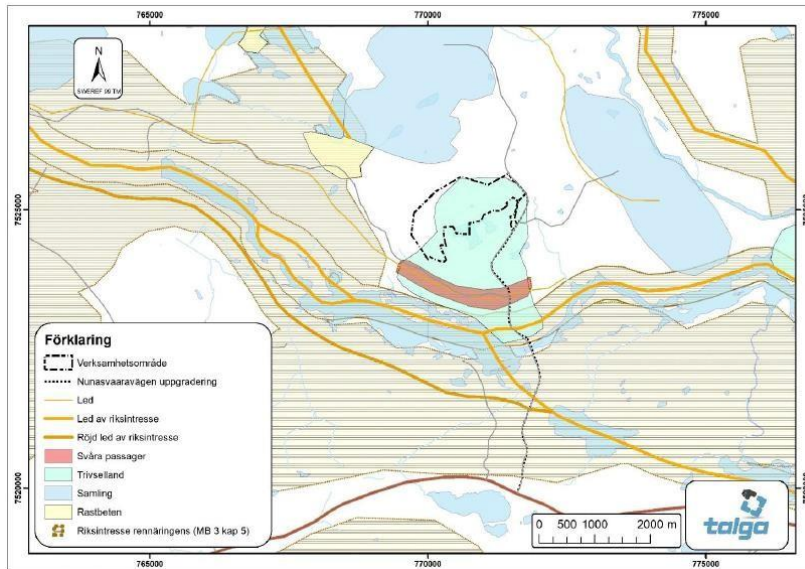


Abbildung aus der UVP des Unternehmens, Karte mit geplanten Aktivitäten und nationalen Interessen für die Rentierhaltung, die vom samischen Parlament festgelegt wurden, sowie Angabe von Migrationsrouten, schwierigen Passagen, Erholungsgebieten, Sammelgebieten und Ruheweiden

Das Dorf Talma Sámi hat betont, dass erstens das gesamte Weidegebiet von Lulde als nationales Interesse für die Rentierzucht eingestuft werden sollte und zweitens die vom samischen Parlament ausgewiesenen Gebiete zusammen mit Schlüsselgebieten gemäß der Rentierhaltungsplan. Schlüsselgebiete sind diejenigen, die auf der obigen Karte teilweise als Sammelgebiete (blaue Farbe) und teilweise als Vergnügungsgebiete (hellgrüne Farbe) markiert sind. Das Sámi-Dorf hat besonders betont, dass sich das Einsatzgebiet direkt in einem der wichtigsten Weidegebiete des Sámi-Dorfes befindet, sowohl als Sammel- als auch als Erholungsland.

Der Schutz der Rentierhaltung wird durch die grundlegenden Haushaltsvorschriften in Kap. 3 abgedeckt. § 5 erster Absatz des Umweltgesetzbuches. Diese beabsichtigen einen Basisschutz für z.B. der Rentierhaltung gegen Maßnahmen der Gemeinschaftsbildung und bei sonstigen Tätigkeiten, die mit irreversiblen Eingriffen in die vorgesehenen Land- oder Wasserflächen verbunden sind oder in sonstiger Weise das Geschäft der Branche erheblich erschweren. Die Tatsache, dass für die Rentierhaltung wichtige Gebiete so weit wie möglich geschützt werden müssen, bedeutet, dass dieses Interesse gegensätzliche Interessen abzuwägen sind. Der Ausgleich muss die Berücksichtigung der praktischen und finanziellen Folgen des Schutzes beinhalten, den der Abschnitt bietet. Um die Bedingungen für die Rentierhaltung aufrechtzuerhalten, müssen die aus nationaler Sicht wichtigsten Gebiete, die nationalen Interessen, innerhalb jedes Sami-Dorfes gemäß Absatz 2 der Bestimmung besonders geschützt werden. Solche Bereiche müssen geschützt werden. Die Bedeutung der verschiedenen Landflächen innerhalb des Rentierzuchtgebiets ist sehr unterschiedlich. Bei der Bewertung, welche Flächen als von nationalem Interesse anzusehen sind, sind nach den Vorarbeiten

der Bedarf der Branche an zusammenhängenden Weideflächen und der Zugang zu alternativen Weideflächen innerhalb der unterschiedlichen saisonalen Felder sowie alternative Wanderrouen zu berücksichtigen. Die besondere Bedeutung von Winterweiden für die Rentierhaltung sollte berücksichtigt werden. Gemäß den vorbereitenden Arbeiten muss der Schutz auf solche Gebiete abzielen, die im Hinblick auf verschiedene Aspekte der Praxis der Rentierzucht in verschiedenen samischen Dörfern besonders wichtig zu schützen sind, und es wird angegeben, dass solche Gebiete z. Wanderrouen, Abkalbegründe und bestimmte Gebiete mit besonders guten Weidebedingungen (Prog. 1985/86:3 mit Gesetzesvorschlag zur Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen etc., S. 161.)

Das Landes- und Umweltgericht ist der Ansicht, dass sich in dem Fall keine Erkenntnisse ergeben haben, die darauf hindeuten, dass die gesamte Weidefläche von Lulde ein so wichtiges Gebiet darstellt, dass das gesamte Gebiet einen besonderen nationalen Schutz erhalten sollte. In Bezug auf die vom Talma-Sami-Dorf ausgewiesenen Schlüsselgebiete geht aus den Informationen der Sami-Dörfer und der Untersuchung des Unternehmens hervor, dass das Gebiet vom Talma-Sami-Dorf hauptsächlich als Winterweide sowie zum Bewegen und freien Roaming genutzt wird . Auf der Grundlage des Verfahrens ergibt sich jedoch nicht, dass es sich bei den Gebieten um besonders schutzwürdige Gebiete handelt, die unter den Schutz nationaler Interessen nach Kap. 3 fallen. § 5 Zweitgutachten Umweltgesetzbuch. Das Gericht sieht keinen Anlass, die Notwendigkeit eines besonderen Schutzes der vom Sami-Parlament als von nationalem Interesse bezeichneten Wanderrouen unter Berücksichtigung des Bedarfs der Rentierhaltung an zusammenhängenden Flächen in Frage zu stellen. Das Gericht geht daher bei seiner Prüfung davon aus, dass gerade die vom Sami-Parlament ausgewiesenen Gebiete unter besonderen Schutz fallen und vor Maßnahmen geschützt werden müssen, die den Betrieb der Rentierhaltung erheblich behindern können.

Die Auswirkungen der Operation auf die Rentierindustrie

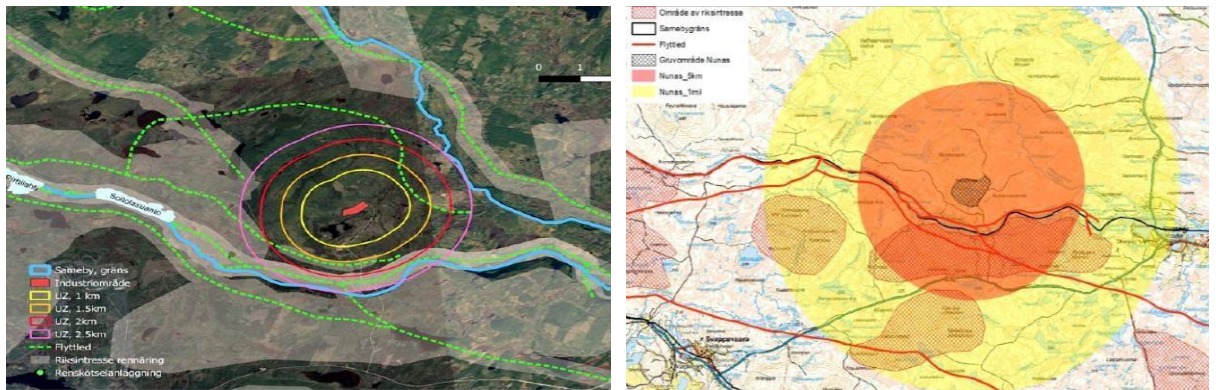
Der größte Teil des Industriegebiets liegt in einem Weidegebiet (Schlüsselgebiet), das für das Dorf der Talma-Samen wichtig ist. Das Landes- und Umweltgericht schätzt, dass der geplante Abbaubetrieb daher offensichtlich Auswirkungen auf die Rentierhaltung haben wird. Obwohl es wichtig ist, dass die Genehmigung zum Abbau des Graphits in der Lagerstätte erteilt werden kann, darf dies nicht auf eine Weise erfolgen, die die Bedingungen für das Sami-Dorf Talma oder das weitere Streben nach Wirtschaftlichkeit des Sami-Dorfes Gabna und des Sami-Dorfes Saarivuoma gefährdet tragfähige Rentierhaltung .

Eine der Grundvoraussetzungen für die Rentierhaltung als öffentliches Interesse ist, dass die Haltung auf die traditionelle Weise der Sami praktiziert wird, bei der die Rentiere durch natürliche Beweidung auf großen zusammenhängenden Flächen gefüttert werden. Ausgangspunkt für die Prüfung des Landes- und Umweltgerichts sollte daher sein, dass die samischen Dörfer weiterhin Rentierzucht in traditioneller Weise der Sami betreiben können sollen. Bei der Interessenabwägung zwischen den gegensätzlichen Interessen der Graphitgewinnung und der Rentierhaltung geht das Landes- und Umweltgericht von dem Grundsatz aus, zunächst Schäden zu vermeiden, dann das Schadensrisiko zu mindern und schließlich eingetretene Schäden zu kompensieren.

Die Betriebszeit der Mine wurde von der Antragstellerin mit ca. 25 Jahren und der unmittelbare Landanspruch auf 1,5 km² angegeben. Wie das Gericht oben bei der Lokalisierung erläuterte, hat das Unternehmen die Betriebsanlagen so weit wie möglich angepasst, um die Auswirkungen auf die natürlichen Werte und auch die Auswirkungen auf die Rentierhaltung zu verringern. Die drei mit Wasser zu verfüllenden Tagebaue würden auch nach Fertigstellung des Bergwerks einen dauerhaften Flächenverlust bedeuten. Neben den direkten Auswirkungen auf die Rentierhaltung durch die Inanspruchnahme des Landes gibt es Auswirkungen auf die Rentierhaltung durch Störungen, die neben und außerhalb des Industriegebiets auftreten, und teilweise durch die daraus resultierenden Aktivitäten in Form von Transporten während der Bauphase und während der Betriebsphase, auch wenn die Auswirkungen während der Bauphase vorübergehend sind.

In dem Fall wurde ausführlich darüber diskutiert, welche Störungen in der Rentierhaltung neben und außerhalb des Industriegebiets infolge der Bergbautätigkeiten auftreten und in welchem Ausmaß außerhalb des Industriegebiets die Störung auftritt. Im Hinblick auf das Ausmaß, in dem Störungen auftreten können, wurde in der Hauptverhandlung darüber diskutiert, ob es einen Unterschied zwischen den Begriffen Störzone und Vermeidungszone gibt und ob eine Störzone möglicherweise als ein größeres Gebiet als das wahrgenommen werden kann Vermeidungszone. Unabhängig davon, wie das Störungsgebiet benannt wird, steht nach Auffassung des Gerichts fest, dass durch die Bergbautätigkeit neben der unmittelbaren Landbeanspruchung auch eine Beeinträchtigung der Rentierhaltung eintritt.

Das Unternehmen hat behauptet, dass die Vermeidungszone 1 km beträgt. Das Dorf Talma Sámi hat angenommen, dass die Störungszone mindestens 5 km beträgt, während das Dorf Gabna Sámi in der Analyse der Rentierhaltung und während der Hauptverhandlung eine Störungszone von 5 km bzw. 10 km meldete.



Die Karte des Unternehmens und die Karte von Gabna Samiby. Das Unternehmen zeigt die Ausbreitung von Störungen 1-2,5 km mit Migrationsrouten und das Sámi-Parlament bezeichnete die nationalen Interessen für die Rentierzucht als ausgezeichnet, und Gabna hat Störungen bis zu 5 km in Orange und bis zu 10 km in Gelb angegeben.

Nach Ansicht des Gerichts ist die Auswirkung der Störung dynamischer Natur und es gibt viele Variablen, die sich auf die Bedingungen auswirken können und die Bedingungen an verschiedenen Orten, an denen Rentierzucht betrieben wird, unterschiedlich sind. Welche Auswirkungen hat Mining, d.h. das Ausmaß der Störung des Betriebsbetriebs richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls. Für den laufenden Betrieb ist die Störung in direktem Anschluss an das Industriegebiet am größten, mit einer schrittweisen Abkehr aus dem Gebiet. Von auftretenden Störungen kann nicht automatisch gesagt werden, dass sie kreisförmig vom Zentrum des Industriegebiets ausgehen. Wie das Gericht oben ausgeführt hat, erfüllt die Topographie des Geländes mit Höhenunterschieden eine natürliche Lärmschutzfunktion und die Lärmschutzwände, die das Unternehmen vor dem Abbau im Tagebau errichten will, wirken sich auf das Ausmaß der Lärmbelastung aus. Darüber hinaus sind die vorherrschenden Windrichtungen sowohl für die Lärmausbreitung als auch für die Staubbildung wichtig. Andere Umstände, die die möglicherweise auftretenden Störungen beeinflussen können, sind, dass das Gebiet um das Industriegebiet herum als gute Weideressourcen hervorgehoben wurde und dass es keine größeren Barriereneffekte jenseits der Straße E45 gibt.

Das Gericht stellt fest, dass die drei Samendörfer, die Klage erhoben haben, in unterschiedlichem Maße von der beantragten Tätigkeit betroffen sind. Die daraus resultierenden Folgen für das Dorf der Talma-Samen sind unter anderem Weideverlust, gestörter Weidefrieden und andere Störungen in Form von lauten Aktivitäten, Staubwischen und mehr Transportbewegungen in der Umgebung, insbesondere entlang Nunasvaaravägen. Da sich die beantragte Aktivität im östlichen Teil der Ländereien des Dorfes Talma Sami befindet, bedeutet der Bergbaubetrieb weder, dass die Winterweiden des Dorfes Talma Sami abgeschnitten werden, noch scheint er dazu beizutragen, schwierige Passagen zwischen den Ländereien zu schaffen. Für Gabna Samiby bedeutet die Aktivität

keinen direkten Anspruch auf Land, aber die Auswirkungen entstehen durch eine gewisse Zunahme der Transportbewegungen nach Nunasvaaravägen sowie durch Staub und Lärm. Das Sami-Dorf Saarivuoma kann indirekt durch ein gewisses erhöhtes Risiko der Vermischung von Rentieren betroffen sein. Das Gericht ist der Ansicht, dass dies die Fähigkeit des Sami-Dorfes Saarivuoma, eine wirtschaftlich tragfähige Rentierzucht zu betreiben, nicht wesentlich behindert. Auf der als von nationalem Interesse eingestuften Verkehrsstrecke südlich des Einsatzgebietes kann es zu Störungen kommen.

Das Unternehmen hat sich verpflichtet, nur sechs Monate im Jahr Bergbau zu betreiben, um die Auswirkungen insbesondere auf das Talma Sami-Dorf zu minimieren. Bei der Hauptverhandlung hat das Unternehmen nach Kommentaren aus den samischen Dörfern seine vorgeschlagene Bedingung bezüglich der Jahreszeit, dass kein Tagebau stattfinden darf, angepasst und auch klargestellt, welche damit verbundenen Aktivitäten nicht durchgeführt werden dürfen. Der Zeitraum wurde auf den 1. Dezember bis einschließlich 31. Mai festgelegt (Bedingungsvorschlag 11). Nach Ansicht des Gerichts handelt es sich um eine umfassende Schutzmaßnahme des Unternehmens, um die Auswirkungen auf die Rentierhaltung so gering wie möglich zu halten. Die Schutzmaßnahme mindert sowohl Lärm und Staub als auch den Personenverkehr und reduziert Störungen, die auf der als nationales Interesse eingestuften Migrationsroute im Süden auftreten können. Migrationsrouten sind wichtig zu schützen, da die Rentierhaltung die Möglichkeit einer kollektiven Migration benötigt und um die funktionale Verbindung zwischen Landgebieten nicht zu unterbrechen. Obwohl der Umzug im Herbst möglicherweise erfolgen muss, wenn der Abbau in vollem Gange ist, kann das Gericht feststellen, dass das Unternehmen den Zeitraum, in dem der Abbau stattfinden soll, auf der Grundlage der in der Hauptverhandlung vorgelegten Wünsche der samischen Dorfbewohner angepasst hat .

Bei den Transporten zum und vom Betrieb handelt es sich um ein zu berücksichtigendes Tochterunternehmen (Kapitel 16, § 7 Umweltgesetzbuch). Gabna Samiby hat geltend gemacht, dass die Transporte nach Nunasvaaravägen bis zur E45 und weiter bis zum Anschluss an die Straße E10 bei Svappavaara, eine Entfernung von etwa 15 km, als Tochterunternehmen anzusehen seien. Das Unternehmen hat dem widersprochen und betont, dass nur der Transport entlang des Nunasvaaravägen als Nebentätigkeit angesehen werden kann. Nach Ansicht des Landes- und Umweltgerichtshofs ist bei der Genehmigungserteilung abzugrenzen, welcher Teil der Transporte als Tochtergesellschaft anzusehen ist. Ausgangspunkt ist, dass sie nur insoweit berücksichtigt werden sollen, als sie in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der beantragten Tätigkeit gesehen werden

können (vgl. prop. 1997/98:45, Teil 2 S. 208). Die Frage, wo die Grenze liegt, muss durch eine Abwägung der Umstände entschieden werden, wie z. vgl. das Gerichtsverfahren NJA 2004 S. 421).

Das Landes- und Umweltgericht stellt fest, dass die Transporte entlang des Nunasvaaravägen eindeutig eine Folgetätigkeit darstellen. Hinsichtlich der weiteren Transporte auf der Straße E45 geht aus den Untersuchungen des Unternehmens hervor, dass die Transporte nur einen marginalen Teil des Gesamtverkehrs und der dadurch verursachten Unannehmlichkeiten ausmachen werden. Auch ausgehend von der Schilderung von Gabna Samiby in der Hauptverhandlung lässt sich festhalten, dass die Straße E45 bereits heute eine starke Barrierewirkung mit umfangreichen und u. a.

Schwerlastfahrzeuge aus den bestehenden Betrieben von Kaunis Iron in Tapuli, Sahaavaara und Palotieva, die vom Landes- und Umweltgericht zuletzt mit Urteil vom 1. Dezember 2022 in der Sache M 2090-19 zugelassen wurde (das Urteil ist noch nicht rechtskräftig). Auf der Linie E45 ist der Anteil des Unternehmens an den Transporten nach Ansicht des Gerichts nicht als so erheblich anzusehen, dass sie in die bei der Bewertung zu berücksichtigenden Folgeaktivitäten einzubeziehen wären. Die Prüfung der möglichen Folgeaktivitäten erstreckt sich daher nur auf die Umweltauswirkungen der Transporte entlang des Nunasvaaravägen. Insgesamt kann weder das allgemeine noch das individuelle Interesse an der Rentierhaltung als derart beeinträchtigt angesehen werden, dass der Transport entlang des Nunasvaaravägen ein Hindernis für die Zulässigkeit der Tätigkeit darstellen würde.

Das Gericht ist der Ansicht, dass die geringfügigen Auswirkungen, die auf dem als nationales Interesse eingestuften Verkehrsweg durch Störungen (auch Störungen durch die nachfolgenden Aktivitäten in Form des Verkehrs) auftreten können, nicht das Ausmaß erreichen, das für einen Ausgleich zwischen nationalen Interessen erforderlich ist gemäß Kap. 3. § 10 Umweltgesetzbuch.

Der Umweltausschuss von Rovaniemi und der Verband der Rentierzüchter haben während des Verfahrens erklärt, dass es keine Bewertung der Folgen für die Rentierhaltung auf finnischer Seite gibt. Aufgrund der Entfernung der Bergbaubetriebe von Finnland und unter Berücksichtigung der Einschätzung des Gerichts zu den Auswirkungen auf die Wassersysteme der Flüsse Torne und Kalix ist das Gericht der Ansicht, dass ausgeschlossen werden kann, dass die Betriebe Auswirkungen auf die Rentierhaltung in Finnland haben Seite.

Zusammenfassende Bewertung der Rentierhaltung

Der Vorschlag des Unternehmens, Bedingungen zu regeln, dass der Betrieb des Bergbaubetriebs für die sechs Monate im Jahr, in denen die samischen Dörfer das Gebiet nicht nutzen, eine umfassende Schadensminderungsmaßnahme ist, die die Auswirkungen auf die Rentierzucht verringert. Die Rentierhaltung wird nach Einschätzung des Landes- und Umweltgerichts trotz der offensichtlich mit dem beantragten Betrieb einhergehenden Störungen sowohl während des Betriebs als auch nach Beendigung und Wiederherstellung des Bergbaubetriebes weitergeführt werden können. Der dauerhafte Flächenverlust, den drei von sechs Tagebauen mit sich bringen, hält sich in Grenzen und muss in Kauf genommen werden. Insgesamt ist das Landes- und Umweltgericht der Ansicht, dass die Rentierhaltung und die beantragte Tätigkeit in der vom Unternehmen angegebenen Weise nebeneinander bestehen können und dass in den jetzt insoweit geprüften Teilen einer Zulässigkeit nichts entgegensteht.

Andere Landnutzungsinteressen und nationale Interessen in der Region

Der Standort des beantragten Unternehmens liegt in einem Gebiet, das aufgrund der dort gefundenen Graphitvorkommen als nationales Interesse für *Wertstoffe und Mineralien ausgewiesen ist*. Das Gebiet wurde von der SGU detailliert abgegrenzt. Der beantragte Betrieb steht einem künftigen Abbau tiefer liegender Erze nicht entgegen und ist daher mit dem gesamtstaatlichen Interesse an Wertstoffen und Mineralien vereinbar (Kapitel 3 § 7 Umweltgesetzbuch).

Die Straßen E10 und E45 sowie die Eisenbahn zwischen Råtsi und Svappavaara sind als von nationalem Interesse für die *Kommunikation ausgewiesen*. Der Ort der Operation liegt im MSA-Gebiet des Flughafens Kiruna, aber Schweden hat während der Konsultation keine Einwände gegen die Operation erhoben. Nach den Erkenntnissen des Falles wird beurteilt, dass die beantragte Tätigkeit die Nutzung dieser Anlagen nicht erheblich behindert (Kapitel 3 § 8 UGB).

Das Gebiet ist als Tieffluggelbiet von nationalem Interesse für *die Gesamtverteidigung und für den militärischen Wetterdienst (Wetterradar) von nationalem Interesse ausgewiesen*. Die Streitkräfte haben keine Erinnerung an die Aktivität. Die beantragte Tätigkeit steht daher den Interessen der Gesamtverteidigungskräfte (Kapitel 3 § 9 Umweltgesetzbuch) nicht erheblich entgegen.

Torneälven ist ein Wasserlauf von nationalem Interesse für die *kommerzielle Fischerei*. Da das Berufungsgericht teilweise festgestellt hat, dass die Aktivität keine Änderung der Wasserqualität in Torneälven mit sich bringen wird, und teilweise festgestellt hat, dass Östra bäcken kein Laich- und Aufzuchtgebiet für Lachse darstellt, trifft das Gericht auch die Einschätzung, dass dies keine kommerzielle Fischerei sein wird erheblich beeinträchtigt (Kapitel 3 § 5 Umweltgesetzbuch).

Torneälven ist auch als nationales Interesse für *Naturschutz und Leben im Freien ausgewiesen*. Der Betrieb liegt nicht in unmittelbarer Nähe des Flusses, so dass nach Einschätzung des Gerichts diese gesamtstaatlichen Interessen durch den Betrieb nicht erheblich beeinträchtigt werden (Kapitel 3 § 6 UGB).

Das Unternehmen hat eine kulturelle Umgebungsanalyse und eine archäologische Untersuchung in der Umgebung durchführen lassen. Im Einsatzgebiet wurden keine antiken Überreste gefunden. Sieben weitere kulturhistorische Überreste werden wahrscheinlich verschwinden, da sie sich dort befinden, wo sich die Tagebaue und die Lagerhäuser aus Sand und grauem Stein befinden. Sechs dieser kulturhistorischen Überreste bestehen aus Schürffresten und einer besteht aus einem Rauchgerät in Form eines Rauchgeräts ein steinbeschlagenes Eintauchen mit einem rostigen Blechfass. Das Landes- und Umweltgericht stellt fest, dass die Tätigkeit geringe Auswirkungen auf *das kulturelle Umfeld haben wird* (vgl. Kapitel 3, § 6 des Umweltgesetzbuches).

Nach Gesamtwürdigung des Landes- und Umweltgerichts steht die beantragte Tätigkeit mit den zu ergreifenden Schutz- und Vorsorgemaßnahmen keinem der derzeit behandelten widersprüchlichen Flächennutzungsinteressen entgegen und ist daher zulässig von diesem Aspekt.

Zusammenfassende Bewertung gegen Landnutzungsinteressen

Das entgegengesetzte Landnutzungsinteresse, das hauptsächlich von der Operation betroffen sein wird, ist die Rentierhaltung. Das Gericht hat oben geurteilt, dass der Betrieb neben der Rentierhaltung bestehen kann. Die beantragte Tätigkeit wurde nicht so weit beurteilt, dass sie als unvereinbar mit gegensätzlichen Interessen bezeichnet werden kann. Ein Ausgleich zwischen nationalen Interessen gemäß Kap. 3. § 10 Umweltgesetzbuch ist daher in dem Fall nicht erforderlich. Zusammenfassend stellt das Landes- und Umweltgericht fest, dass keine entgegenstehenden Grundstücksinteressen einer Zulässigkeit des Betriebs entgegenstehen. Auch unter Berücksichtigung des Standorts aus hauswirtschaftlicher Sicht erscheint der Standort daher angemessen (vgl. Kap. 2 § 6 und Kap. 3 §§ 1-2 UGB).

Auswirkungen auf Oberflächen- und Grundwasser

Das angewandte Tätigkeitsgebiet befindet sich neben dem See Hosiojärvi und umschließt den See an seiner West- und Nordseite. Der Abfluss des Sees schließt an den im Fall genannten Östra bäcken an. Westlich des Einsatzgebietes befindet sich ein weiterer kleinerer Bach, in dem Fall Västra bäcken

genannt. Beide Bäche münden in den Torneälven. Der Östra-Bach mündet etwa 1,5 km stromabwärts der Brücke, über die Nunasvaaravägen den Fluss überquert, in den Torneälven. Västra- und Östra bäcken und Torneälven sind Teil des Natura 2000-Gebiets Torne- und Kalix-Flusssystem (SE0820430) (mehr dazu weiter unten unter der Überschrift Natura 2000).

In unmittelbarer Nähe der geplanten Aktivität befinden sich keine ausgewiesenen Grundwasserkörper, der nächste Grundwasserkörper befindet sich auf der Südseite des Flusses Torne.

Der Torneälven ist als Wasserkörper gelistet und hat Umweltqualitätsstandards festgelegt. Der Abschnitt, der am Bergbauggebiet von Nunasvaara vorbeifließt, ist 104 km lang und erstreckt sich von Luspajärvi bis zum Zufluss des Lainoälven (SE752023-175459). Der ökologische Zustand des Flusses ist gut, während der chemische Zustand (ohne Quecksilber und PBDE) nicht klassifiziert ist. Die Umweltqualitätsnorm ist ein guter ökologischer und chemischer Zustand. Hosiojärvi und Västra und Östra bäcken sind keine Wasserkörper, sondern werden als sogenannte andere Gewässer bezeichnet und haben daher keine etablierten Umweltqualitätsstandards.

Sowohl im Briefwechsel als auch in der Hauptverhandlung wurde die Frage der Auswirkungen des Bergbaus auf die Oberflächengewässer und teilweise auch auf das Grundwasser erörtert. Insbesondere wenn und in diesem Fall wie der Wasserkörper Torneälven durch Emissionen beeinträchtigt werden kann und wenn die Auswirkungen zu grenzüberschreitenden Folgen führen. Im Falle einer Auswirkung auf den Torneälven darf die angewandte Aktivität nicht gegen die Anforderungen der Wasserrichtlinie und das Verbot der Gefährdung verstoßen, die 2019 durch die Vorschriften in Kapitel 5 in schwedisches Recht aufgenommen wurden. § 4 Umweltgesetzbuch. Danach darf eine Überprüfungsbehörde die Aufnahme oder Änderung einer Tätigkeit oder Maßnahme nicht gestatten, wenn sie zu einer solchen erhöhten Verschmutzung oder Störung führt, die zu einer unzulässigen Verschlechterung der Gewässerumwelt führt oder von so großer Bedeutung ist, dass dies der Fall ist die Möglichkeit gefährdet, den Zustand oder das Potenzial zu erreichen, den das Wasser gemäß der Umweltqualitätsnorm haben muss. Bei der Prüfung auf eine neue Genehmigung und bei der Überprüfung einer Genehmigung sind die Bestimmungen und Bedingungen zu entscheiden, die erforderlich sind, damit die Tätigkeit nicht zu einer solchen Verschlechterung oder einem solchen Abenteuer im Sinne der Satzung führt. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gewässer, die keine Oberflächengewässer sind, Hosiojärvi und die unbenannten Bäche Västra und Östra, gilt die allgemeine Anforderung des Umweltgesetzes, dass die Umweltauswirkungen nicht unannehmbar sein dürfen.

Der Antrag des Unternehmens zeigt, dass die Freisetzung von überschüssigem Wasser aus dem Betrieb Hosiojärvi, Östra bücken und Torneälven betroffen wird, aber nicht Västra bücken. Beide Bäche werden jedoch hydrologisch durch niedrigere Abflüsse aufgrund von Grundwasserabsenkungen beeinträchtigt, die durch den Kreisbesitz von Tagebauen verursacht werden.

Das Unternehmen hat angegeben, dass Retentionswasser des Landkreises aus den Tagebauen, Abfluss aus Industriegebieten und Erzhalten, Abfluss aus nicht erdbedeckten Teilen und Sickerwasser aus dem Sand- und Abfallgesteinreservoir sowie Prozesswasser aus der Aufbereitungsanlage, muss gereinigt werden, bevor es in den Hosiojärvi-See überlaufen darf. Die Reinigung besteht aus konventionellen Verfahren in Form von Kalkbehandlung, Fällung und Sedimentation. Von den beiden zu errichtenden Kläranlagen wird das Wasser über ein Klärbecken nach Hosiojärvi geleitet. Gräben, Pumpenschächte, Becken und andere Anlagenteile, die das zu reinigende Wasser führen, müssen dicht sein. Das Unternehmen hat Versuche durchführen lassen, um die Effizienz geplanter Kläranlagen hinsichtlich der Reinigung des gesammelten Wassers zu beurteilen. Die Ergebnisse wurden für die volle Produktion (Jahr 25) berechnet. Sie zeigen, dass die Umweltqualitätsnormen für den Wasserkörper Torneälven nicht überschritten werden und dass es keine spürbaren Auswirkungen geben wird. Bei Hosiojärvi und Östra bücken kann es zu mäßigen oder kleinen Änderungen in Bezug auf die Wasserqualität kommen.

Das Unternehmen hat darüber berichtet, wie Untersuchungen und Berechnungen durchgeführt wurden. Nach Ansicht des Gerichts beruhen die vom Unternehmen vorgelegten Grundlagen und Berechnungen auf einer anerkannten Methodik. Das Gericht hat nicht erkannt, dass es an Input mangeln würde oder dass Unsicherheiten und Annahmen so groß sein könnten, dass die Ergebnisse nicht als zuverlässig angesehen werden könnten. Das Gericht ist der Ansicht, dass die Untersuchung in diesem Fall zeigt, dass, solange das Wasser durch den Bau der vorgeschlagenen Kläranlagen gereinigt wird, der Betrieb ohne das Risiko unannehmbarer Umweltauswirkungen auf Hosiojärvi und Östra bücken durchgeführt werden kann. In Bezug auf den Torneälven, in den Östra bücken mündet, stimmt das Gericht der Einschätzung des Unternehmens zu, dass keine Gefahr einer unzulässigen Verschlechterung der Wasserumwelt besteht oder die Möglichkeit gefährdet wird, den Zustand oder das Potenzial zu erreichen, das das Wasser haben sollte nach ökologischen Qualitätsstandards.

In dem Fall ging es auch um die Frage, ob die Trinkwasserquelle Vittangi, die ihre Wasserentnahme im Torneälven ca. 9 km stromabwärts der Mündung des Östra bücken hat, durch Einleitungen ins Wasser aus dem Betrieb beeinträchtigt werden könnte. Das Unternehmen hat gezeigt, dass geplante

Operationen sowohl während des Betriebs als auch am Ende des Betriebs und in einem hypothetischen Fall, wenn der Betrieb ohne Aufbereitungsanlagen betrieben wird, zu sehr geringen Änderungen der Wasserqualität von Torneälven führen. Die Vorschriften der schwedischen Lebensmittelbehörde (SLVFS 2001:30) können eingedämmt werden. Das Landes- und Umweltgericht teilt daher die Einschätzung des Unternehmens, dass eine Beeinträchtigung der Vittangi-Trinkwasserquelle durch den Betrieb nicht zu befürchten ist.

Es wird geschätzt, dass die landesweite Instandhaltung der Tagebaue zu einer Absenkung des Grundwassers in einem Bereich von ca. 600 Metern vom Zentrum der Tagebaue führt. Der Wasserfluss in Torneälven wird dadurch nicht beeinträchtigt. Der Durchfluss in Hosiojärvi, Östra- und Västra bäcken wird leicht abnehmen. In Hosiojärvi und Östra bäcken wird der reduzierte Durchfluss durch einen erhöhten Zufluss in Form von Wellenbrechern kompensiert. Insgesamt stellt das Gericht fest, dass die beanstandeten Strömungsänderungen relativ gering sind und die Grundwasserumleitung daher der Zulässigkeit nicht entgegensteht.

Das Landes- und Umweltgericht urteilte auf Grundlage der im Verfahren vorliegenden Beweise im Juni 2021, dass nicht auszuschließen sei, dass die beantragte Tätigkeit grenzüberschreitende Wirkungen hervorrufen könne. Unter Berücksichtigung der jetzt vorliegenden Beweise hat das Landes- und Umweltgericht, wie oben erwähnt, festgestellt, dass die beantragte Aktivität keine Auswirkungen auf die Wasserqualität oder den Durchfluss im Torneälven stromabwärts der Mündung des Östra bäcken haben wird. Daraus folgt, dass das Gericht nunmehr auch davon ausgeht, dass ausgeschlossen werden kann, dass die Tätigkeit diesbezüglich grenzüberschreitende Auswirkungen hat.

In diesem Fall haben die Gegenparteien erklärt, dass das Gericht die endgültigen Bedingungen für die Einleitung in Gewässer festlegen muss, damit die Tätigkeit als zulässig angesehen werden kann. Für die Zulässigkeit selbst ist nach Ansicht des Gerichts die Beeinflussung durch die Tätigkeit maßgeblich. Daher ist es im Zulässigkeitsverfahren nicht entscheidend, ob das Gericht endgültige Auflagen für Einleitungen in Gewässer anordnet oder die Erteilung während einer Probezeit vertagt (vgl. sowie in MÖD 2021:5). Zusammenfassend stellt das Gericht fest, dass die Auswirkungen der Tätigkeit auf Oberflächen- und Grundwasser der Zulässigkeit der Tätigkeit nicht entgegenstehen. Es wird möglich sein, die Emissionen durch Bedingungen so weit zu begrenzen, dass die Auswirkungen auf die Gewässerumgebung akzeptabel werden. Ein Hindernis für die Zulässigkeit der Tätigkeit im Hinblick auf die Anforderungen nach Kap. 5. § 4 Umweltgesetzbuch existiert nicht.

Natur 2000

Talga AB hat eine Genehmigung gemäß Kap. 7 beantragt. § 28 a Umweltgesetzbuch, im Rahmen dessen, was die Genehmigung sonst zulässt, Tätigkeiten durchzuführen, die das Natura 2000-Gebiet Torne und das Flusssystem Kalix erheblich beeinträchtigen können. Die Kreisverwaltung hat festgestellt, dass auf Antrag des Unternehmens eine sogenannte Natura 2000-Genehmigung erteilt werden kann, wenn endgültige Auflagen für relevante Stoffe im Überlaufwasser und beim Vorfluter vorgeschrieben werden.

Die Oberflächengewässer, die Teil des Natura 2000-Gebiets sind und von der beantragten Aktivität betroffen sind, sind teilweise der Torneälven und teilweise zwei kleinere Wasserläufe, Östra und Västra bäcken. Der Antrag bezieht sich auf eine Mine, die im Vergleich zu anderen Minen in der Grafschaft relativ begrenzt betrieben wird (nur in den Monaten Juni bis November) und in Bezug auf das Ausmaß des Abbaus am ehesten als ein relativ häufiger Steinbruch beschrieben werden kann. Der Betrieb umfasst auch eine ganzjährig nutzbare Aufbereitungsanlage sowie eine Abfallentsorgungsanlage in Form eines Sand- und Abfallgesteinslagers. Insgesamt kommt das Gericht zu der Einschätzung, dass die geplante Tätigkeit die Umwelt innerhalb des betroffenen Natura 2000-Gebiets Torne und des Kalix-Flusssystems typischerweise durch Einleitung in Gewässer beeinträchtigen kann, weshalb für die geplante Tätigkeit eine Genehmigung erforderlich ist. Wie das Gericht zuvor ausgeführt hat, wird es für möglich gehalten, Einleitungen an den Empfänger durch Auflagen so zu begrenzen, dass die Auswirkungen von Einleitungen in Gewässer hinnehmbar werden und dass die Erteilung abschließender Auflagen oder einer Bewährungsverfügung in diesem Fall allein nicht ausschlaggebend ist Zulässigkeit.

Gemäß dem Erhaltungsplan für das Flusssystem Torne und Kalix besteht der übergeordnete Zweck der Erhaltung des Gebiets darin, zur Erhaltung der biologischen Vielfalt beizutragen, indem ein günstiger Erhaltungszustand für die darin enthaltenen Lebensraumtypen und Arten auf biogeografischer Ebene aufrechterhalten oder wiederhergestellt wird. das heißt für das gesamte Natura 2000-Netzwerk. Zweck des einzelnen Natura 2000-Gebiets ist auch die örtliche Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes für die ausgewiesenen Naturtypen und Arten.

Das Unternehmen hat Bestandsaufnahmen von Gewässerumgebungen, eine Rezipientenuntersuchung und eine Untersuchung der Auswirkungen auf das Natura-2000-Gebiet durchgeführt. Von den für die Flusssysteme Torne und Kalix ausgewiesenen Naturtypen wird der Fluss Torne als „natürlicher

Wasserlauf vom fennoskandischen Typ“ (3210) eingestuft. Insgesamt werden die Ost- und Westbäche laut Untersuchung nicht als Naturtyp „Kleine Fließgewässer mit Schwimmblattvegetation oder Wassermoosen“ (3260) bewertet, da den Fließgewässern naturgemäß die zur Erhaltung einer lebensfähigen Population erforderliche Struktur und Funktion fehlt der typischen Forellen- und Äschenarten. Von den ausgewiesenen Arten wurden bei den Untersuchungen des Unternehmens in dem Gebiet Lachse angetroffen. Lachs wird in Torneälven reproduziert. Der Västra-Bach ist nicht lachsführend, während der niedrigste Teil des Baches (ca. 50 m stromaufwärts der Mündung des Torneälven) ein mögliches Laichgebiet für Lachse ist. Der östliche Bach hingegen hat etwa 30 m vor der Mündung eine Wandersperre. Es wird auch davon ausgegangen, dass Otter in dem Gebiet vorhanden sind, es wurden jedoch keine Beobachtungen gemacht.

Das Landes- und Umweltgericht teilt die in den Ermittlungen getroffenen Einschätzungen und stellt ebenso wie das Unternehmen fest, dass der Eingriff nicht als Beeinträchtigung der Lebensräume im zu schützenden Gebiet beurteilt wird. Dies gilt auch dann, wenn festgestellt wird, dass Östra und Västra bächen einen geschützten Naturtyp darstellen, weil in den Bächen keine typischen oder ausgewiesenen Arten vorkommen, weshalb die Aktivität die Bedingungen für eine günstige Erhaltung des Naturtyps oder der Natur nicht beeinträchtigen kann Spezies. Auch hinsichtlich der bezeichneten Arten trifft das Gericht die gleiche Einschätzung wie das Unternehmen, d.h. dass die Aktivität nicht dazu führt, dass die ausgewiesene Art einer Störung ausgesetzt wird, die die Erhaltung in dem Gebiet erheblich beeinträchtigen könnte. Es bestehen daher Voraussetzungen nach Kap. 7. § 28 b Umweltgesetzbuch zur Erteilung einer Natura 2000-Genehmigung.

Insgesamt stellt das Landes- und Umweltgericht fest, dass geplante Maßnahmen weder die zu schützenden Lebensräume schädigen noch dazu führen können, dass die zu schützenden Arten einer Störung ausgesetzt werden, die die Erhaltung der Arten im Gebiet erheblich beeinträchtigen kann. Bestimmungen na zu Natura 2000 stehen der Zulässigkeit somit nicht entgegen.

Artenschutz

Der Wortlaut des § 4 der Artenschutzverordnung (2007:845) wurde am 1. Oktober 2022 geändert und enthält keine Übergangsbestimmungen. Dies bedeutet, dass bei der Prüfung des aktuellen Falles durch das Landes- und Umweltgericht die neue Formulierung anzuwenden ist. Nach geltendem Wortlaut des § 4 Abs. 1 Nr. 4 ist es verboten, Wildvögel, insbesondere während ihrer Brut- und Brutzeit, vorsätzlich zu stören, es sei denn, die Störung hat keine Bedeutung für (a) die Erhaltung des Bestandes der Vogelart in zufriedenstellendem Maße Niveau, insbesondere auf der Grundlage

ökologischer, wissenschaftlicher und kultureller Bedürfnisse, oder (b) die Bevölkerung auf dieses Niveau zurückbringen.

Das Unternehmen hat in den Jahren 2015 bis 2019 Inventuren durchführen lassen.

Die Ergebnisse davon sind in „Naturwertinventur 2015–2019 Hosiorinta (Nunasvaara), Gemeinde Kiruna, 2019“. Dies wurde später durch ein "Inventar der Greifvogelnester in Hosiorinta (Nunasvaara), Gemeinde Kiruna, 2020" und "Inventar der Vögel in Nunasvaara Södra, Gemeinde Kiruna, 2020-2021" ergänzt. Während der Hauptverhandlung wurden auch bestimmte Ergänzungen im Laufe des Jahres 2022 gemeldet.

Bei den Vögeln wurden im Inventargebiet etwa 60 Arten beobachtet, von denen etwa 50 Arten einer mehr oder weniger ständigen Brutvogelfauna zugerechnet wurden. Alle Vögel sind nach § 4 der Artenschutzverordnung geschützt. Bei der Bestandsaufnahme der Gefäßpflanzen wurden knapp über 100 Arten festgestellt. Einige davon sind geschützt, Orchideen (§ 8 Artenschutzverordnung) und Berufkraut, Teppichbuche, Glatt- und Riffbuche (§ 9 Artenschutzverordnung). Die Orchideen kamen jedoch nicht innerhalb des Betriebsgebiets vor, während die Lupinenarten, abgesehen von der Flachlupine, innerhalb und angrenzend an das Betriebsgebiet vorkamen. Die Arten Grasfrosch, Viper und Waldeidechse (§ 6 Artenschutzverordnung) wurden in Form von Tieren oder Spuren gefunden, jedoch nicht innerhalb des Einsatzgebietes. Einige Moose und Flechten wurden auch gefunden, aber diese sind nicht geschützt.

Der Naturschutzverband hat die Anzahl der Naturschutzarten in den vorgelegten Naturwertinventaren des Unternehmens mit dem verglichen, was der Verband bei Besuchen, Waldspaziergängen und Inventuren in denkbaren Gebieten mit Naturwerten im Juni und September 2022 festgestellt hat. Der Verband hat besonders darauf hingewiesen, dass der Verein mehr Pilzarten gefunden hat, als in den Inventaren des Unternehmens gefunden wurden. Keine dieser Arten ist jedoch geschützt.

Das Unternehmen hat Bedingungen vorgeschlagen, dass im Zeitraum vom 1. Mai bis einschließlich 31. Juli keine Fällarbeiten im Betriebsgebiet stattfinden dürfen. Darüber hinaus hat sich das Unternehmen verpflichtet, Totholz aus gefälltten Waldflächen zum Wohl lebender Arten in benachbarten Waldflächen auszubringen. In Bezug auf Vögel bewertet das Unternehmen, dass die möglicherweise auftretenden Auswirkungen auf Vögel mit den vorgeschlagenen Bedingungen, wann ein Schlag stattfinden darf, keine Bedeutung für die Erhaltung der Populationen der betroffenen Arten auf einem zufriedenstellenden Niveau sowohl lokal als auch regional haben und national. Das

Unternehmen geht daher davon aus, dass das Verbot des § 4 1 Abs. 4 Artenschutzverordnung für Vögel nicht gilt.

In Bezug auf die Auswirkungen auf Lärchenarten ist das Unternehmen der Ansicht, dass, da der Zweck der Aktivität eindeutig von der Entfernung oder Beschädigung einer geschützten Pflanze abweicht, das Risiko einer Auswirkung auf den Erhaltungszustand der geschützten Art in dem Gebiet bestehen muss. Es wird nicht davon ausgegangen, dass die angewandte Maßnahme Auswirkungen hat, die es schwierig machen, einen günstigen Erhaltungszustand einer der vorhandenen Lärchenarten auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene aufrechtzuerhalten. Aus Sicht des Unternehmens gelten daher die Verbote des § 9 Artenschutzverordnung nicht für Lupinenarten.

Für den Fall, dass das Gericht die Einschätzung des Unternehmens nicht teilt, hat das Unternehmen unter Vorbehalt beantragt, eine Ausnahme von den Verboten des § 4 Artenschutzverordnung nach § 14 derselben Verordnung für Lapis, Großspecht, Dreizehenspecht, Kreischech und Trauerkrähe. Des Weiteren hat das Unternehmen unter Vorbehalt beantragt, dass für Lupinenarten gemäß § 15 Artenschutzverordnung eine Ausnahme von den Verboten des § 9 erteilt wird.

Bezirksverwaltung hat im Hinblick auf die Angaben in Abschnitt 4 erster Absatz 4 der Artenschutzverordnung und den Bericht des Unternehmens erklärt, dass das Verbot für die genannten Vogelarten im Gebiet von Nunasvaara nicht aktualisiert wird. Im Hinblick auf die Auswirkungen auf Lärchenarten innerhalb des Betriebsgebiets hat der Kreisverwaltungsrat die Voraussetzungen für die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung erwogen.

Das Landes- und Umweltgericht teilt die Auffassung des Kreisvorstandes, dass das Verbot des § 4 Abs. 1 Nr. 4 der Artenschutzverordnung für Lappen, Großspecht, Dreizehenspecht, Würger und Trauerkrähe im Bereich von nicht verwirklicht ist Nunasvaara. Auch die Verbote in § 4 derselben Verordnung werden nicht aktualisiert. Dies unter der Voraussetzung, dass in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli gemäß dem AGB-Vorschlag des Unternehmens kein Holzeinschlag im Betriebsgebiet stattfindet.

Nach § 15 Artenschutzverordnung kann eine Ausnahme von § 9 erteilt werden, wenn keine andere geeignete Lösung besteht und die Ausnahme die Aufrechterhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes der Artpopulation in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet nicht behindert. Das Unternehmen hat erklärt, dass es keine andere geeignete Lösung gibt. Ausschlaggebend für die Lokalisierung einer Mine ist der Ort, an dem sich die Lagerstätte tatsächlich befindet. Die Lagerstätte

ist gut identifiziert und mit einer guten Marge abbaubar. Es wurden verschiedene Alternativen zur Gestaltung des Bergbaubetriebs entwickelt, und die jetzt angewendete Alternative wurde auf der Grundlage einer Reihe von bewerteten Aspekten als die beste beurteilt. Keine anderen Konstruktionen könnten auch bedeuten, dass ein möglicher Aufprall nicht eintritt.

Das Landes- und Umweltgericht teilt die Einschätzung des Unternehmens, dass eine andere geeignete Lösung möglich ist und dass eine Ausnahmeregelung der Erhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes der Artpopulation in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet nicht entgegensteht. Für die genannten Lupinenarten kann somit eine Ausnahmegenehmigung erteilt werden. Das Verbot des § 9 Artenschutzverordnung stellt daher kein Zulässigkeitshindernis dar.

Abfall und Veredelung

Gemäss § 64 der Verordnung (2013:319) über mineralische Abfälle (Extraktionsabfallverordnung) eine Tätigkeit, die unter diese fällt und für die eine Bewilligung nach Kap. 9 beantragt wird oder Kap. 11 das Umweltgesetzbuch, der Genehmigungsbehörde mitzuteilen, wer die Tätigkeit durchführen soll, den Ort der Tätigkeit, den Inhalt des erforderlichen Abfallwirtschaftsplans, die erforderliche Sicherheit in Bezug auf eine Gewinnungsanlage und wie sonst sichergestellt wird, dass die Vorschriften eingehalten werden die Verordnung eingehalten werden.

Der Antrag des Unternehmens auf Genehmigung des Betriebs enthielt einen Abfallwirtschaftsplan mit Anlagen zur Abfallcharakterisierung und einem Statusbericht. Während der Bearbeitung hat das Unternehmen den Abfallwirtschaftsplan überarbeitet. In einer Anlage zum Abfallwirtschaftsplan hat das Unternehmen einen gesonderten Nachbehandlungsplan mit Charakterisierung und Einstufung der Gewinnungsabfälle vorgelegt. Das graue Gestein und der Anreicherungsand wurden als potenziell säurebildend eingestuft und enthalten erhöhte Metallgehalte. Hydroxidschlamm aus der Wasseraufbereitung ist als ungefährlicher Abfall gekennzeichnet und muss separat in einer Zelle im kombinierten Sand- und Steinbruchreservoir deponiert werden. Keiner dieser Abfälle ist als Inertabfall im Sinne der Rohstoff-Abfall-Verordnung anzusehen. Die Nachbehandlung der Fläche wird so durchgeführt, dass das Risiko des Auftretens von saurem Sickerwasser, der Mobilisierung und Ausbreitung von Metallen minimiert wird.

In der Hauptverhandlung hat das Unternehmen entgegen den Angaben in den Unterlagen mitgeteilt, dass die Sohle des Sand- und Gesteinsspeichers etappenweise gebaut werden darf und die

Entwässerung des Hydroxidschlammes aus der Wasseraufbereitung dauern wird Ort in Geotubes vor Ort in einer separaten Zelle im kombinierten Sand- und Gråberg-Magazin.



Die in der Hauptverhandlung vorgelegten Zahlen des Unternehmens.

Das Landes- und Umweltgericht stellt fest, dass das Unternehmen mit den vorgelegten Unterlagen und der Rechnungslegung in der Hauptverhandlung seiner Informationspflicht nach der Rohstoff-Abfall-Verordnung nachgekommen ist. Das Gericht teilt auch die Einschätzung des Unternehmens, dass das Sand- und Grausteinlager keine Risikoanlage im Sinne des § 10 der Rohstoff-Abfall-Verordnung ist, weshalb es nicht von den Anforderungen an ein Konzept zur Verhütung schwerer Unfälle, Sicherheitsmanagement, erfasst wird System und interner Notfallplan nach §§ 57-63 der Altstoff-Abfall-Verordnung. Das Landes- und Umweltgericht stellt daher fest, dass der Abfallwirtschaftsplan den Anforderungen der Verordnung entspricht. Insoweit besteht somit kein Zulässigkeitshindernis.

Zusammenfassende Beurteilung der Zulässigkeit und Erlaubnis

Nach der Gesamtwürdigung des Landes- und Umweltgerichts betrifft der Antrag ein Bergwerk, das im Vergleich zu anderen Bergwerken des Landkreises relativ eingeschränkt betrieben wird und hinsichtlich des Umfangs des Abbaus mit einem relativ gewöhnlichen Steinbruch zu vergleichen ist. Das Gericht hat oben geurteilt, dass die beantragte Lokalisierung nach Kap. 2 geeignet ist. § 6 Umweltgesetzbuch. Die Aktivitäten mit den in Gebrauch genommenen Landflächen können angesichts der Notwendigkeit einer langfristigen Bewirtschaftung und effizienten Ressourcennutzung die relevanten nationalen Interessen nicht spürbar beeinträchtigen und die Aktivitäten können mit dem entgegengesetzten Interesse, der Rentierhaltung, koexistieren. Die Untersuchung in diesem Fall hat gezeigt, dass, solange möglicherweise kontaminiertes Wasser gereinigt wird, die Operation ohne das Risiko unannehmbarer Umweltauswirkungen auf den See Hosiojärvi und Östra bäcken

durchgeführt werden kann . Im Falle des Torneälven, in den der Östra bäcken mündet, steht die Tätigkeit nicht im Widerspruch zu den Anforderungen der Wasserrichtlinie zum Schutz vor Verschlechterung und zum Gefährdungsverbot (vgl. Kapitel 5, Abschnitt 4 des Umweltgesetzbuchs). Das Gericht hat festgestellt, dass Natura 2000-Genehmigungen erteilt werden können und die Artenschutzverordnung der Zulässigkeit nicht entgegensteht. Bewilligungshindernisse gemäss Hausordnung in Kap. 3 und 4. das Umweltgesetzbuch existiert nicht. Unter Berücksichtigung der jetzt verfügbaren Beweise in dem Fall ist das Gericht der Ansicht, dass ausgeschlossen werden kann, dass der Vorgang zu grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen in Finnland führen wird. Das Landes- und Umweltgericht stellt in abschließender Beurteilung der Abwägungsregeln fest, dass durch die Tätigkeit keine Schäden oder Beeinträchtigungen von erheblicher Bedeutung für Mensch und Umwelt entstehen werden, so dass die Tätigkeit nicht gestattet werden kann. Die Tätigkeit ist daher zulässig und Talga kann gemäß dem Urteil eine Genehmigung erteilt werden. Die Erlaubnis sollte mit einer Verpflichtung des Unternehmens zur Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen für den Verlust von Naturwerten und im Übrigen mit den unten genannten Auflagen verbunden werden.

ZEITBESCHRÄNKUNG DER GENEHMIGUNG

Die Nutzungsrechts- und Mietverträge, die die Gesellschaft aufgrund u.a. Wasseraktivitäten beantragt werden, sind auf 50 Jahre befristet. Die Verträge sind zwar verlängerbar und zielen auf den Erwerb der Liegenschaften durch die Gesellschaft ab, aber ob es zu einem Erwerb oder einer Verlängerung der Verträge kommt, ist natürlich noch nicht endgültig entschieden. Die Genehmigung für Wasseraktivitäten kann nur erteilt werden, wenn der Antragsteller die Kontrolle über das Wasser in dem Gebiet hat, in dem die Aktivität durchgeführt werden soll. Das Unternehmen hat erklärt, dass es keine Einwände gegen eine Befristung der Genehmigung auf 50 Jahre habe. Da die Verfügbarkeit des Unternehmens zeitlich begrenzt ist, kann eine Erlaubnis zum Betrieb nicht länger als 50 Jahre, gerechnet ab dem ältesten Pachtvertrag vom 18.05.2020, erteilt werden. Die Befristung gilt für die gesamte Erlaubnis.

KUNSTSCHUTZABGABE _

Das Landes- und Umweltgericht hat oben festgestellt, dass für Teppichlärche, Flachlärche und Riffelärche die Voraussetzungen für eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung von den Verboten des § 9 Artenschutzverordnung vorliegen. Die Artenschutzbefreiung muss daher angezeigt werden.

AUSGLEICHSMASSNAHMEN _

Von Kapitel 16 § 9 Umweltgesetzbuch besagt, dass Genehmigungen oder Ausnahmen und der Widerruf von Genehmigungen oder Ausnahmen mit einer Pflicht zur Vornahme oder Bezahlung verbunden werden können, u. a. besondere Maßnahmen zum Ausgleich des Eingriffs in öffentliche Interessen, der mit der Tätigkeit verbunden ist.

Der Kreisverwaltungsrat hat in einem frühen Stadium der Bearbeitung beantragt, dass das Unternehmen einen Vorschlag für einen Ausgleichsplan vorlegen muss, in dem angemessene Ausgleichsmaßnahmen für die beantragte Tätigkeit und deren Auswirkungen auf die beschriebenen natürlichen Lebensräume anzugeben sind. Das Unternehmen hat in der Hauptverhandlung mitgeteilt, dass es quantitative Berechnungen durchgeführt hat der biologischen Vielfalt im geplanten Einsatzgebiet. Die Berechnung wurde mit einem Modell, CLImB (Changing Land use Impact on Biodiversität), das sich in der Entwicklung befindet und an die schwedischen Bedingungen angepasst wurde und auf Eingabedaten aus Naturwertinventaren basiert. Das Modell ermöglicht die Berechnung des Barwerts eines Gebiets in Form von Biodiversitätspunkten, Verlust von Biodiversitätspunkten durch Ausbeutung oder andere Aktivitäten und die Möglichkeit, Bedingungen für die Biodiversität zu verbessern und/oder zu schaffen, sowohl innerhalb des Betriebsgebiets als auch als Kompensation Flächen und schufen so Biodiversitätspunkte.

Das Unternehmen hat sich verpflichtet, den geschätzten Verlust an Naturwerten zuzüglich 15 % des Schadenswerts zu kompensieren, der auf 189 sogenannte Biodiversitätspunkte geschätzt wurde. Da noch keine Vereinbarungen mit Grundstückseigentümern geschlossen wurden, lässt sich nach Angaben des Unternehmens derzeit nicht sicher sagen, welche Flächen in den ökologischen Ausgleich einbezogen werden. Der Plan mit der Kompensation ist es, die natürlichen Umgebungen, die durch Investitionen in ähnliche natürliche Umgebungen innerhalb der Gemeinde Kiruna verloren gehen, so weit wie möglich zu kompensieren. Bei der Hauptverhandlung hat sich das Unternehmen verpflichtet, auch die Gewässerumgebung in die weitere Untersuchung des ökologischen Ausgleichs einzubeziehen.

Das Unternehmen und der Kreisvorstand haben jeweils eine Bedingung für den ökologischen Ausgleich vorgeschlagen. Der Auflagenvorschlag des Unternehmens enthält eine Bestimmung darüber, wie weitreichend die Ausgleichsmaßnahmen sein müssen und dass sie innerhalb der Gemeinde Kiruna oder im Kreis Norrbotten getroffen werden müssen, während der Vorschlag des

Kreisvorstands besagt, dass sich die Maßnahmen auf ein Gebiet beziehen müssen, das betroffen ist oder erhalten ähnliche natürliche Werte wie das von der Operation betroffene Gebiet.

Im Hinblick auf den Vorschlag des Unternehmens für Ausgleichsmaßnahmen hat das Landratsamt die Auffassung vertreten, dass die Frist für die Einreichung einer Untersuchung nicht daran geknüpft werden sollte, dass die Erlaubnis verwendet wurde und dass sie rechtskräftig geworden ist und unter welchen Voraussetzungen der letzte Satz die Bedingung gilt ist nicht erforderlich. Der Kreisverwaltungsrat hat betont, dass auch festgestellt werden kann, dass die Aufsichtsbehörde eine spätere Vorlage des Vergütungsplans zulassen kann.

Das Landes- und Umweltgericht beurteilt, dass der Vorschlag des Unternehmens, wie die Naturwerte zu bewerten seien, eindeutiger sei als der Vorschlag des Kreisvorstands, weshalb die Formulierung der Bedingung des Unternehmens in diesem Teil zu notifizieren sei. Andererseits ist der Vorschlag des County Board, dass die Maßnahmen in erster Linie in der Gemeinde Kiruna und in zweiter Linie im Landkreis Norrbotten ergriffen werden sollten, besser als der Vorschlag des Unternehmens. Einer Regelung, dass die Aufsichtsbehörde den Bereich genehmigen muss, in dem der Ausgleich erfolgen soll, bedarf es dann nicht.

Ein Vergütungsplan ist im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde zu erstellen und der Aufsichtsbehörde spätestens ein Jahr nach Rechtskraft und Inanspruchnahme der Erlaubnis oder später, wenn die Aufsichtsbehörde dies zulässt, vorzulegen. Das Gericht sieht es nicht als erforderlich an, dass die Aufsichtsbehörde den Vergütungsplan genehmigt, andererseits muss die Aufsichtsbehörde delegiert werden, um später zu entscheiden, welche Entschädigungsmaßnahmen zu ergreifen sind. Der Aufsichtsbehörde sollte auch die Möglichkeit eingeräumt werden, die Frist zu verlängern, bis zu der der Bericht über Entschädigungsmaßnahmen spätestens einzureichen ist.

Im Hinblick auf den Vorschlag des Unternehmens, dass die Verpflichtung zur Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen nur unter der Voraussetzung gelten soll, dass das Unternehmen den Zugang zu Grundstücken sowie die erforderlichen Genehmigungen und Ausnahmen erhält, nimmt das Gericht folgende Einschätzung vor. Aufgrund der Tatsache, dass die Ausgleichsmaßnahmen im gesamten Landkreis Norrbotten durchgeführt werden können und die Aufsichtsbehörde eine spätere Abrechnung zulassen kann, urteilt das Gericht, dass es möglich sein wird, einen geeigneten und zugänglichen Ort zu finden, an dem die erforderlichen Genehmigungen und Ausnahmen erteilt werden können gewährt. Sollte dies nicht der Fall sein, kann das Unternehmen die sich bietenden

Möglichkeiten nutzen und eine Änderung des Zustandes verlangen (vgl. Kapitel 24, § 13 Umweltgesetzbuch).

Zusammenfassend stellt das Landes- und Umweltgericht fest, dass eine Auflage mit der Verpflichtung zur Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen zu verkünden und die Auflage so zu gestalten ist, wie sie sich aus dem Urteil ergibt (Auflage 20).

V BEDINGUNGEN M . M. _

Einführung

Im Antrag hat der Antragsteller Vorschläge für Auflagen und zurückgestellte Ausgaben eingereicht. Auch der Vorschlag des Antragstellers wurde in der Hauptverhandlung nach Stellungnahmen anderer Beteiligter angepasst und ergänzt. In einigen Teilen weicht der Vorschlag des Antragstellers von den Bedingungen ab, die die anderen Parteien bevorzugt haben. Das Landes- und Umweltgericht nimmt nachstehend zu den Voraussetzungen Stellung, die das Gericht für eine andere als die vom Antragsteller vorgeschlagene Formulierung Anlass gibt, sowie zu sonstigen Umständen, die zu einer Stellungnahme des Gerichts Anlass geben. Die AGB-Gründe sind teilweise bereits gerichtlich berührt worden, was auch im nachstehenden Umfang ersichtlich ist. Die nachstehende Nummerierung bezieht sich auf die im Urteil festgelegten Voraussetzungen.

Bedingungen und aufgeschobene Angelegenheiten

Allgemeinzustand (Zustand 1)

Das Unternehmen hat eine allgemeine Bedingung vorgeschlagen, und es ist auch die Einschätzung des Gerichts, dass die Erlaubnis mit einer solchen Bedingung verbunden werden sollte. Das Gericht ist jedoch der Ansicht, dass eine andere Formulierung als die von der Gesellschaft vorgeschlagene gewählt werden sollte, wenn klargestellt wird, dass sie auch die Ausführung der Arbeiten umfasst und dass sie gilt, sofern sich aus diesem Urteil nichts anderes ergibt . Die Bedingung muss daher in der im Urteil dargestellten Weise ausgestaltet sein (Bedingung 1).

Explosion (Bedingungen 2-4)

Das Unternehmen hat eine Bedingung vorgeschlagen, wann Sprengungen durchgeführt werden dürfen und dass Anwohner, die über Sprengzeiten informiert werden möchten (Vorschlag 2). Das Unternehmen schlug ursprünglich vor, dass die Bedingung auch die Jahreszeit regeln sollte, zu der Sprengungen stattfinden dürfen, um unter anderem Auswirkungen auf die Interessen der Rentierhaltung. Nach Stellungnahmen aus samischen Dörfern hat das Unternehmen die derzeit

vorgeschlagenen Bedingungen bei der Hauptverhandlung angepasst und stattdessen eine neue Bedingung vorgeschlagen, wann im Jahr verschiedene Arbeiten stattfinden dürfen, um hauptsächlich die Rentierhaltung zu schützen (siehe unten unter der Überschrift Rentierhaltung). Das Unternehmen hat ferner eine Bedingung vorgeschlagen, dass ein Zeitpunkt für die Sprengung im Voraus festgelegt werden muss und dass sie in Übereinstimmung mit der Praxis nach einem deutlichen akustischen Warnsignal erfolgen muss (vorgeschlagene Bedingung 3). Gegen die vorgeschlagenen Bedingungen der Gesellschaft sind keine Einwendungen erhoben worden. Das Gericht ist der Ansicht, dass die endgültig vorgeschlagenen Bedingungen des Unternehmens, wie und wann Sprengungen stattfinden dürfen, und dass Anwohner in der Nähe, die Informationen erhalten möchten, angemessen sind. Das Gericht ist jedoch der Ansicht, dass dies in einer gemeinsamen Bedingung geregelt werden sollte. Die Bedingung muss daher so ausgestaltet sein, wie sie sich aus dem Urteil ergibt (Bedingung 2 des Urteils).

Das Unternehmen hat nach Stellungnahmen des Bezirksverwaltungsrats zur Notwendigkeit, Vibrationen und Luftstoßwellen zu regulieren, endgültige Vorschläge für Bedingungen eingereicht (Vorschläge für Bedingungen 4-5). Gegen den Vorschlag des Unternehmens zur Regulierung von Luftstoßwellen wurden keine Einwände erhoben. Der bedingte Vorschlag erscheint angemessen und zweckmäßig und ist daher vorzuschreiben (Auflage 4 des Urteils).

Hinsichtlich der Regulierung von Erschütterungen durch Sprengungen hat die Kreisverwaltung betont, dass die Gefährdungsgefährdung, die empfundene Störung, die Leitlinie bei der Festlegung von Auflagen und der Festlegung von Grenzwerten sein muss. Die Kreisverwaltung hat betont, dass es zu Sprengungen kommt, wenn die Ferienhäuser hauptsächlich genutzt werden, und dass zu prüfen ist, ob die vom Unternehmen vorgeschlagenen Werte für Erschütterungen angemessen sind und dass aufgrund eines Vergleichs mit anderen Unternehmen in Betracht gezogen werden kann, ob die Stufe n sollte auf 3 mm/si statt 5 mm/s und 5 mm/si statt 7 mm/s eingestellt werden.

Die vom Unternehmen vorgeschlagenen Werte sind in Genehmigungen für Bergbaubetriebe üblich, während in Bergbaugenehmigungen normalerweise niedrigere Werte vorgeschrieben sind. Bei der Gestaltung der Bedingungen muss berücksichtigt werden, dass der Betreiber nie die volle Kontrolle über die Eigenschaften des Gesteins haben kann. Hinsichtlich der vorzuschreibenden Werte kann das Gericht festhalten, dass zur Sicherstellung eines Erschütterungswerts der einzelne Knall mit Margen an den Grenzwert angepasst werden muss. Niedrige Grenzwerte können zwar dazu führen, dass kleinere Salven gezündet werden, es kann aber auch dazu führen, dass deutlich mehr Detonationen erforderlich

sind, was wiederum mit einer größeren Störung verbunden sein kann. Darüber hinaus ist die zulässige Betriebsdauer für den Bergbau auf nur sechs Monate pro Jahr begrenzt (siehe unten unter der Überschrift Rentierhaltung). Das Landes- und Umweltgericht sieht im Hinblick auf das Vorstehende und die Rechnungslegung der Gesellschaft in dem Fall keinen Anlass, von dem Wertvorschlag der Gesellschaft abzuweichen, weshalb dieser vorgeschrieben werden sollte. Die Pegel können als störend empfunden werden, es besteht jedoch keine Gefahr, dass benachbarte Gebäude beschädigt werden. Das Gericht schließt sich ferner der Einschätzung des Unternehmens an, dass die Gefahr einer wahrgenommenen Störung dadurch verringert wird, dass Anwohner vor der Sprengung in der in Auflage 2 vorgeschriebenen Weise informiert werden. Das Landes- und Umweltgericht ist jedoch der Ansicht, dass in der Auflage auch eine allgemeine Schutzmaßnahme vorgeschrieben werden sollte dass das Unternehmen die Sprengungen so durchführen muss, dass die Vibrationen in den nächsten Häusern minimiert werden. Bedingungen für Erschütterungen infolge von Sprengungen im Tagebau müssen daher so ausgelegt werden, wie es sich aus dem Urteil ergibt (Bedingung 2).

Lärm (Zustände 5-6)

Die Hauptlärmquellen des Betriebs werden Bohren, Brechen und Verladen sein. Um Lärmbelästigungen zu begrenzen, hat das Unternehmen eine Reihe von Lärminderungsmaßnahmen ergriffen; Lärmschutzwand entlang der Südwestseite des Tagebaus, Primärbrecher umgeben von Moräne, Sekundärbrecher und Konzentrador eingebaut und Beschränkung der Gesteinsbohrungen im Tagebau während der Anfangsphase auf tagsüber.

Das Unternehmen hat zwei Bedingungen in Bezug auf Lärm vorgeschlagen, eine für die Bauphase und eine für den Betrieb des Unternehmens selbst. In Bezug auf Lärm während der Bauarbeiten hat das Unternehmen eine Bedingung mit Lärmpegeln gemäß den allgemeinen Empfehlungen der schwedischen Umweltschutzbehörde zum Lärm von Baustellen (NFS 2004:15) vorgeschlagen, mit Ausnahme des Lärmpegels für die Abendstunden am Samstag, Sonn- und Feiertage, an denen ein um 5 dBA höherer Wert vorgeschlagen wird. Darüber hinaus schlägt das Unternehmen vor, besonders lärmintensive Bauarbeiten (wie Bohren, Steinschlagen und Rammen) hinsichtlich der Lärmbelastung auszunehmen. Für diese Arbeiten muss stattdessen die Einschränkung gelten, dass sie nur werktags tagsüber (07:00-19:00) durchgeführt werden dürfen. Die Bedingung, dass der Betrieb des Unternehmens den Richtlinien entspricht, die die schwedische Umweltschutzbehörde festlegt, ist Ausgangspunkt und Orientierungshilfe für die Bewertung gemäß den jeweils vorzunehmenden Betrachtungsregeln des Umweltgesetzbuchs Einzelfall.

Die Bezirksverwaltung hat vor allem beanstandet, dass der Lärmpegel während der Bauarbeiten niedriger sein sollte als vom Unternehmen vorgeschlagen und dass eine Auflage zum Schutz der Rentierhaltung erforderlich ist, ähnlich der Auflage, die im Teilurteil des Gerichts zum Schutz bestimmter Vogelpopulationen angekündigt wurde am 1. Dezember 2022 bezüglich der Geschäftstätigkeit von Kaunis Irons AB: in der Gemeinde Pajala (M 2090-19). Die Frage der Lärmbedingungen zum Schutz der Rentierhaltung wird weiter unten unter der Überschrift Rentierhaltung behandelt.

Das Land- und Umweltgericht sieht keinen Grund, von den Lärmpegeln abzuweichen, die in der allgemeinen Empfehlung der schwedischen Umweltschutzbehörde zu Baulärm angegeben sind. Das Unternehmen hat keine ausreichenden Gründe angegeben, warum Samstag, Sonntag und an Feiertagen abends (19–22) höhere Werte als die allgemeine Empfehlung akzeptiert werden sollten. Der Geräuschpegel muss zu diesen Zeiten auf 45 dBA eingestellt werden. Hinsichtlich besonders lärmintensiver Bauarbeiten hält das Gericht den Vorschlag des Unternehmens, diese auf Wochentage zu beschränken, für zulässig. Lärmschutzauflagen für die Bauphase sind daher so zu gestalten, wie sich aus dem Urteil ergibt (Auflage 5)

Gegen den Vorschlag des Unternehmens zu Schallpegeln im Lärmzustand für den Betrieb sind keine Einwände erhoben worden. Der Vorschlag erscheint geeignet und zweckmäßig und ist daher zu verordnen (Auflage 6).

Chemikalien und gefährliche Abfälle (Bedingung 7)

Das Unternehmen hat eine Bedingung in Bezug auf Chemikalien und gefährliche Abfälle vorgeschlagen (vorgeschlagene Bedingung 8). Gegen den Vorschlag wurden keine Einwände erhoben. Die vom Unternehmen vorgeschlagenen Auflagen erscheinen dem Landes- und Umweltgericht begründet und angemessen und sind daher vorzuschreiben (Auflage 7).

Bestäubung (Auflage 8) und Luftemissionen von Staub (Untersuchungsvorschrift U2) Das Unternehmen hat eine allgemeine Auflage zur Bestäubung (Auflagevorschlag 9) vorgeschlagen. Auch wenn die Auflage, wie vom Kreisverwaltungsrat festgestellt, allgemein ist, erscheint der Auflagenvorschlag des Unternehmens dem Land- und Umweltgericht als angemessen und muss daher vorgeschrieben werden (Auflage 8 im Beschluss).

Das Unternehmen hat eine Bedingung vorgeschlagen, dass Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die Ausbreitung von Staub zu begrenzen, und dass die Frage der Bedingungen für den Staubfall verschoben und um vier Jahre untersucht werden sollte. Um Erfahrungen mit der betrieblichen Staubausbreitung zu sammeln und eine Grundlage für die Bekanntgabe eines endgültigen Zustandes in diesem Teil zu erhalten, sollte das Thema Staubemissionen in die Luft probeweise verschoben werden. Der Gerichtshof ist daher der Ansicht, dass die aufgeschobene Frage nicht auf den Staubbiederschlag beschränkt werden sollte. Sie sollte Emissionen von Staub in die Luft umfassen, so dass alle Maßnahmen, die Staubemissionen reduzieren können, von der zurückgestellten Frage abgedeckt werden.

Während des Untersuchungszeitraums ist es nicht erforderlich, eine vorläufige Regelung anzuordnen, wie der Landrat betonte, aber das Gericht hält es für ausreichend mit der Anordnung, um den Staubbiederschlag zu begrenzen, den die vorgeschlagene Untersuchungsordnung des Unternehmens zulässt. Das Gericht hält es im Gegensatz zum Unternehmen für sinnvoll, die Ermittlungszeit an die Ausnutzung der Genehmigung zu knüpfen. Unter Berücksichtigung des Vorstehenden ist die Ermittlungsordnung so zu gestalten, wie es im Urteil zum Ausdruck kommt (siehe Ermittlungsordnung U2).

Rentierernährung (Bedingungen 9-10)

Wie das Gericht unter der Überschrift Rentierhaltung feststellte, ist die Verpflichtung des Unternehmens, den Bergbaubetrieb nur für die sechs Monate im Jahr zu betreiben, in denen die samischen Dörfer das Gebiet nicht nutzen, eine umfassende Schadensminderungsmaßnahme, die die Auswirkungen auf die Rentierhaltung verringert. Das Gericht ist ebenso wie das Unternehmen der Meinung, dass dies in AGB geregelt werden sollte. Das Unternehmen hat nach Stellungnahmen aus den Sami-Dörfern bei der Hauptanhörung klargestellt, welche konkreten Aktivitäten in diesem Zeitraum nicht durchgeführt werden sollten. Hinsichtlich des Zeitraums, in dem der Bergbau nicht durchgeführt werden darf, hat das Unternehmen diesen ebenfalls aufgrund der Stellungnahmen der Sami-Dörfer in der Hauptverhandlung angepasst und das Gericht sieht daher keinen Grund, von dem vorgeschlagenen Zeitraum abzuweichen.

Die von der Gesellschaft vorgeschlagenen Auflagen sind daher nach dem Urteil vorzuschreiben (Auflage 10).

In Bezug auf den Vorschlag des Unternehmens für die Konsultationsbedingungen haben die Sami-Dörfer zwar in der Hauptverhandlung betont, dass es keine Bedingungen gibt, die eine Fortsetzung

der Rentierzucht in dem Gebiet erlauben, aber sie haben auch keine Einwände gegen die vorgeschlagenen Bedingungen des Unternehmens erhoben, aber haben betont, dass es sich um Bedingungen handelt, die normalerweise vorgeschrieben sind. Das Unternehmen hat zudem vorgeschlagen, nach Abschluss der Anhörung einen Bericht über die Anhörung an die Aufsichtsbehörde zu übermitteln. Der Kreisverwaltungsrat hat hinterfragt, was der Zweck des Berichts sein sollte und ob er mit einer Delegation an den Kreisverwaltungsrat zur Bekanntgabe von Bedingungen kombiniert werden sollte. Weiterhin wurde betont, dass im Umweltbericht des Unternehmens nur Angaben zur Beratung erfolgen können. Nach Ansicht des Gerichts erscheint es notwendig und sinnvoll, eine Auflage vorzuschreiben, dass das Unternehmen Beratungsgespräche führen muss, um die negativen Auswirkungen des Vorgangs auf die Rentierhaltung zu minimieren. Da der Bericht über die Beratung vordringlich darauf abzielt, den Kreisverwaltungsrat über die durchgeführte Beratung zu informieren, hält das Gericht eine solche Information im Umweltbericht für angemessen und nicht in einem gesonderten Bericht über die durchgeführte Beratung. Die Bedingung muss daher so ausgestaltet sein, wie sie sich aus dem Urteil ergibt (Bedingung 9).

Die Kreisverwaltung hat gefordert, dass zum Schutz der Interessen der Rentierhaltung auch eine Auflage hinsichtlich der Grenzwerte für Lärm während der Jahreszeit, in der Steinbrüche in den Tagebauen mit damit verbundenen Tätigkeiten stattfinden, vorgeschrieben wird. Die Bezirksverwaltung hat überlegt, dass der Grenzwert auf 35 dBA und an einem bestimmten Punkt etwa 1 km östlich des Industriegebiets festgelegt werden sollte. Gabna Sameby hat in der Hauptverhandlung betont, dass der Pegel möglichst bald 25 dBA bezogen auf Erholungsgebiete betragen soll. Das Unternehmen hat sich gegen den Vorschlag des Landkreises ausgesprochen.

Beim Thema Lärm gibt es umfangreiche Untersuchungen darüber, wie Menschen von Lärm betroffen sind und welche Pegel als störend und welche gesundheitsschädlich empfunden werden. Das Gericht sieht keinen Anlass, die Lärmemissionen zum Schutz der Rentierhaltung speziell zu regulieren.

Anders als in anderen Fällen, in denen der Lärm neben allgemeinen Lärmbedingungen für die Tätigkeit in besonderen Auflagen geregelt wurde, ging es um Naturschutzgebiete oder um den Schutz von Brutvögeln (vgl. Urteil vom 24. Juni 2021 in der Sache M 3771-19 und Urteil des Land- und Umweltgerichtshofs vom 14. Oktober 2014 in der Sache M 10231-13). Das Land- und Umweltgericht stellt fest, dass die Auflage im Teilurteil zum Betrieb der Kaunis Irons AB in erster Linie dem Schutz einer einzigen Art (Segge Gans) dient, um eine Artenschutzbefreiung erteilen zu können, und dass in dem Fall Anhaltspunkte dafür vorlagen gezeigt, wann mit Bevölkerungsstörungen zu rechnen ist. Im vorliegenden Fall handelt es sich nicht um eine Auflage für den Artenschutz, sondern die Auflage

wird vorgeschlagen, um die Auswirkungen auf die Rentierhaltung zu begrenzen. In Bezug auf Rentiere hat das Unternehmen bestimmte wissenschaftliche Untersuchungen vorgelegt, die besagen, dass Rentiere im Allgemeinen eine hohe Hörschwelle haben und schlechter zu hören scheinen als Menschen. Wie die Rentiere Geräusche wahrnehmen und welche Geräuschpegel die Rentiere stören, wurde jedoch nicht näher untersucht. Die Bekanntgabe einer Lärmbelästigung zum Schutz der Rentierhaltung ist nach Einschätzung des Gerichts nicht sachgerecht, wenn keine Anhaltspunkte für den Lärmpegel vorliegen. Darüber hinaus wird der Bergbaubetrieb in den sechs Monaten des Jahres stattfinden, in denen die Rentierzucht das Gebiet nicht nutzt. Das Gericht ist der Ansicht, dass die Interessen der Rentierwirtschaft in dem Fall ausreichend berücksichtigt werden. Der Vorschlag der Kreisverwaltung für Lärmauflagen zum Schutz der Rentierhaltung sollte daher nicht verordnet werden.

Freisetzung in Wasser (Bedingung 11 und vorläufige Bestimmung P1)

Reinigung

Sowohl das Unternehmen als auch der Bezirksvorstand haben Vorschläge für endgültige Bedingungen vorgelegt, unter denen potenziell kontaminiertes Wasser gereinigt werden sollte. Voraussetzung für eine Genehmigung ist, dass eventuell kontaminiertes Wasser gereinigt wird, weshalb eine letzte Auflage dazu vorgeschrieben werden muss. Hinsichtlich der Ausgestaltung der Auflage ist der endgültige Auflagenvorschlag des Unternehmens so formuliert, dass die zu reinigenden Wässer aufgezählt werden (Auflagevorschlag 12). Das Gericht ist ebenso wie das Unternehmen der Ansicht, dass es wichtig ist, in der Auflage klar anzugeben, welche Wasserläufe gereinigt werden sollen, und der Vorschlag des Unternehmens wird vom Gericht in dieser Hinsicht als präziser angesehen als der Vorschlag des Kreisvorstands. Bei der Bearbeitung des Falles hat sich herausgestellt, dass auch Wasser aus der Zelle zur Abscheidung von Hydroxidschlamm gereinigt werden muss, weshalb dies ebenfalls in die Bedingung einzubeziehen ist.

Über die Dauer der Reinigung sind Unternehmen und Kreisverwaltung unterschiedlicher Meinung. Nach dem Vorschlag des Unternehmens muss die Kläranlage noch mindestens fünf Jahre nach Beendigung des Betriebs betrieben werden, wogegen die Kreisverwaltung Einwände erhoben hat, da diese Zeit ihrer Ansicht nach zu kurz ist. Die Bezirksverwaltung ist der Ansicht, dass die Reinigung so lange fortgesetzt werden sollte, wie es erforderlich ist, und dass die Aufsichtsbehörde daher in der Lage sein sollte, die Dauer der Reinigung sowohl zu verlängern als auch zu verkürzen. Das Landes- und Umweltgericht hält eine Entscheidung über die Betriebsdauer der Kläranlage für verfrüht, obwohl vernünftigerweise von mindestens fünf Jahren ausgegangen werden kann. Der Gerichtshof stellt fest,

dass es eine Bestimmung in der Verordnung über mineralische Abfälle gibt, die besagt, dass eine Anlage für mineralische Abfälle nur dann als geschlossen betrachtet werden kann, wenn die Sanierungsmaßnahmen und andere Maßnahmen, die zur Schließung der Anlage erforderlich sind, von der Regulierungsbehörde inspiziert und genehmigt wurden. Darüber hinaus gibt es Regelungen zur Verantwortlichkeit des Betreibers nach Stilllegung der Extraktionsabfallanlage (§§ 71-76). Eine nähere Regelung der Dauer der Reinigung nach Beendigung der Tätigkeit hält das Gericht daher für nicht sachgerecht.

Die Auflage zur Reinigung von potenziell kontaminiertem Wasser muss im Hinblick auf das Vorstehende wie im Urteil dargestellt ausgestaltet werden (Auflage 11).

Endgültige Bedingungen oder Bestellung auf Probezeit für die Freisetzung ins Wasser

Hinsichtlich der Frage der Inhaltsstoffe des freigesetzten Wassers schlägt das Unternehmen vor allem vor, die Frage, welche Endbedingungen für die Freisetzung in Gewässer gelten sollen, auf eine Probezeit zu verschieben, in der die technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind. Begrenzung der Freisetzung einer Reihe von Stoffen in Gewässer aus dem Betrieb muss untersucht werden. Der Kreisverwaltungsrat hat in erster Linie vorgeschlagen, anstelle einer Verschiebung der Erteilung während einer Probezeit endgültige Auflagen für Einleitungen in Gewässer vorzuschreiben. Alternativ hat der Kreisverwaltungsrat die Verschiebung der Angelegenheit unter der Bedingung akzeptiert, dass eine vorläufige Regelung für die Wasserqualität in Östra bäcken gemäß dem Vorschlag des Kreisverwaltungsrats vorgeschrieben wird. Die Mehrheit der finnischen Parteien hat, wie das Gericht es verstanden hat, die Auffassung vertreten, dass die endgültigen Bedingungen für Einleitungen in Gewässer festgelegt werden müssen.

Wenn die Auswirkungen der Tätigkeit bei der Genehmigungserteilung nicht mit hinreichender Sicherheit vorhersehbar sind, kann das Landes- und Umweltgericht die Frage der Auflagen zurückstellen, bis seine Erfahrungen aus den Auswirkungen der Tätigkeit vorliegen (Kapitel 22, § 27 UGB).).

Im vorliegenden Fall handelt es sich um eine Neugründung eines Unternehmens. Wie bereits ausgeführt, ist das Gericht der Ansicht, dass das Unternehmen nachgewiesen hat, dass der Betrieb durch den Bau der geplanten Kläranlagen ohne unbefugte Verschlechterung der Gewässerumgebung durchgeführt werden kann oder dass die Möglichkeit, einen Umweltqualitätsstandard zu erreichen, gefährdet ist. Der Vorschlag der Kreisverwaltung für die endgültigen Bedingungen basiert auf den Ergebnissen, die das

Unternehmen aus Berechnungen und Labortests erhalten hat. Das Unternehmen hat in der Hauptverhandlung erklärt, dass man derzeit andere mögliche Techniken mit dem Ziel einer weiteren Reduzierung der Emissionen prüfe und dann u.a. Umkehrosmose und Ionenaustauschtechnologie. Vor diesem Hintergrund hält es das Gericht im vorliegenden Fall für sachgerecht, die Frage der Einleitungen in Gewässer zunächst auf Probezeit zu verschieben, anstatt bereits während des Untersuchungszeitraums über endgültige Auflagen zu entscheiden und vorläufige Regelungen anzuordnen.

Der Kreisverwaltungsrat hat in der Hauptverhandlung betont, dass die Probezeit auch andere Themen als die vom Unternehmen vorgeschlagenen umfassen kann, so dass die Ermittlungen nachvollziehbar schrittweise ausgeweitet werden. Ordnet das Gericht im Zusammenhang mit der Erteilung einer Tätigkeitsbewilligung eine Probezeit nach Ziff. 22 an § 27 UGB kann nur die zurückgestellte Frage nach Beendigung des Probezeitverfahrens zur Beurteilung herangezogen werden (vgl. zu den Rechtssachen das Urteil des Landes- und Umweltgerichtshofs vom 27.10.2016 in der Sache M 10214-15 und MÖD 2004:4). Das, wie es der Kreisvorstand wünscht, d.h. Eine Ausweitung des Untersuchungsumfangs während der Probezeit ist daher nicht möglich. Daher sollte in der zurückgestellten Angelegenheit klar angegeben werden, welche Themen von der zurückgestellten Angelegenheit gemäß dem Vorschlag der Gesellschaft umfasst sind. Die Zurückstellungsfrage ist daher so zu formulieren, wie sie sich aus dem Urteil ergibt (Zurückstellungsfrage 1).

Auch wenn es naheliegend erscheint, während der Untersuchung den Wasserabfluss aus dem Absetzbecken zu messen, um z.B. die Gesamtbelastung des Leistungsempfängers berechnen zu können, sollte dies nach Ansicht des Gerichts auch in der Ermittlungsordnung festgehalten werden. Darüber hinaus sollte in den Untersuchungsordnungen klargestellt werden, dass das Unternehmen neben der Meldung von Untersuchungen auch Vorschläge für endgültige Auflagen vorlegen muss. In seinem Vorschlag für eine Untersuchungsordnung hat das Unternehmen ausgeführt, dass das Unternehmen dem Landes- und Umweltgericht und der Aufsichtsbehörde die Inbetriebnahme der Aufbereitungsanlage anzeigen muss, weil es regelt, wann eine Meldung nach der Untersuchungsordnung an das Gericht zu erfolgen hat. Das Gericht hält es für übersichtlicher, wenn alle Mitteilungspflichten, die für die Gesellschaft bestehen, im Urteil unter einer eigenen Überschrift erscheinen. Die Untersuchungsordnung (U1) muss im Hinblick auf das Vorstehende so ausgestaltet sein, wie es sich aus dem Urteil ergibt.

Vorläufige Regelung für die Entladung nach Hosiojärvi

Das Unternehmen hat *vor allem* gefordert, dass die vorläufige Regelung den pH-Wert und die gelösten Gehalte an Kupfer, Nickel und Zink umfasst. In der Hauptverhandlung hat sich herausgestellt, dass die Übergangsregelung *hilfsweise* mehr Stoffe nach dem gleichen Muster wie vom Kreisverwaltungsrat vorgeschlagen, aber mit unterschiedlichen Konzentrationen erfassen sollte. Der Kreisverwaltungsrat hat eine vorläufige Regelung vorgeschlagen, die die gleichen Themen wie der Zweitantrag des Unternehmens abdeckt. Die Kreisverwaltung hat erklärt, dass sie sich bei der Ausarbeitung des Vorschlags für eine vorläufige Regelung auf die vom Unternehmen durchgeführten Untersuchungen und Labortests gestützt habe. Das Unternehmen seinerseits hat bei der Formulierung der Vorschläge beider Seiten die Werte berechnet, die enthalten sein müssen, damit die Umweltqualitätsstandards in Hosiojärvi erfüllt werden, unter der Annahme, dass es sich um ein Gewässer handelt. Dies hat dazu geführt, dass die Niveaus, die das Unternehmen und die Kreisverwaltung für die meisten Parameter vorschlagen, sehr unterschiedlich sind.

Das Gericht hat entschieden, dass die Frage, welche abschließende Bedingung für Einleitungen in Gewässer gelten soll, um eine Probezeit zurückgestellt und festgestellt, dass der dargestellte Betrieb ohne unzulässige Schädigung der Gewässerumgebung betrieben werden kann. Während dieser Zeit erscheint eine sanktionierte Probezeitregelung, die Einschränkungen vorschreibt, die teilweise unterhalb der von den Ermittlungen des Unternehmens ermittelten Grenzen liegen, wie dies vom Landratsamt vorgeschlagen wird, nicht zielführend.

Bei der Errichtung einer vorläufigen Regelung kann, wie es das Unternehmen getan hat, ggf. von dem „rückwärts gerechnet“ werden, was der Empfänger tolerieren kann, ohne dass ein Umweltqualitätsstandard überschritten wird (vgl. Landes- und Umweltgericht, Beschluss vom 28.5.2018, S. 30). Allerdings erscheint dem Gericht der Vorschlag des Unternehmens für eine Übergangsregelung teilweise unangemessen hohe Gehalte, insbesondere im Vergleich zu den Ergebnissen der durchgeführten Laboruntersuchungen. Dies ist mit den Intentionen des Umweltgesetzbuches nicht vereinbar, da die Gefahr besteht, dass nicht die beste Technik eingesetzt wird. Nach Ansicht des Gerichts ist es vertretbar, dass die vorläufigen Regelungen für die meisten Parameter einen Spielraum in Bezug auf die berechneten Emissionswerte in der Größenordnung von 2 haben. Bezüglich der monatlichen Durchschnittswerte für Zink und Sulfat kann dem Vorschlag des Unternehmens gefolgt werden. Bezüglich Gesamtphosphor und Nitratstickstoff wird der Vorschlag des County Board angenommen.

Der Vorschlag des Unternehmens für Höchstwerte ist in der Regel höher als der Vorschlag des Kreisvorstands. Während des Untersuchungszeitraums muss das Unternehmen verschiedene Reinigungstechniken untersuchen und den Betrieb der geplanten Anlage optimieren. Nach Ansicht des Gerichts ist es vernünftig, dass einzelne Werte für einen kürzeren Zeitraum relativ hoch werden können. Dass das Gericht ansonsten Monatsdurchschnittswerte vorgeschrieben hat, führt auch dazu, dass nur in seltenen Fällen ein Einzelwert auf der Höhe eines Höchstwertes liegen kann, weil sonst die Gefahr besteht, dass der Monatsdurchschnittswert nicht eingedämmt werden kann. Das Gericht hält daher den Vorschlag des Unternehmens für Höchstwerte für zulässig.

Im Hinblick auf das Vorstehende ist die vorläufige Regelung so zu gestalten, wie es sich aus dem Urteil ergibt (vorläufige Regelung P1).

Vorläufige Regelung für Östra bäcken

Der Bezirksvorstand hat akzeptiert, dass die Frage der Einleitungen in Gewässer verschoben wird, unter der Bedingung, dass eine vorläufige Regelung für die Wasserqualität in Östra Bäckern gemäß einem Vorschlag des Bezirksvorstands vorgeschrieben wird. Der Zweck dieser a besteht darin, die Belastung durch diffuse Leckagen aus dem Betrieb zusammen mit den Auswirkungen von Überschwemmungen zu kontrollieren. Dagegen hat die Gesellschaft Widerspruch eingelegt und, falls das Gericht eine solche vorläufige Regelung für erforderlich hält, einen eigenen Vorschlag für eine vorläufige Regelung vorgelegt.

Das Volumen des Überlaufs vom Klärbecken des Betriebes nach Hosiojärvi wird gemäß den im Ziel enthaltenen Informationen in den ersten Jahren auf etwa 10 % des Wassers geschätzt, das die Mündung des Östra bäcken bei Torneälven verlässt.

Im Hinblick auf die Gefahr des diffusen Austritts aus der Anlage müssen gemäß der in diesem Urteil vorgeschriebenen Auflage 12 Gräben, Pumpenschächte, Becken und andere Anlagenteile, die einer Reinigung unterzogen werden sollen, dicht sein. Das Gericht hält es daher für unwahrscheinlich, dass es zu einer diffusen Leckage in einem solchen Ausmaß kommt, dass sie sich zusätzlich zu den Emissionen aus dem Klärbecken messbar im Ablauf des Östra bäcken auswirkt, insbesondere nicht bereits jetzt während des laufenden Untersuchungszeitraums. Ein Grenzwert muss sich in der Regel auf die Stelle beziehen, an der die Ableitung die Anlage verlässt, ohne Rücksicht auf eine mögliche Verdünnung (§ 11 b der Verordnung [1998:899] über umweltgefährdende Tätigkeiten). Nach Auffassung des Landes- und Umweltgerichtshofs besteht kein Anlass, von dieser Vorschrift abzuweichen. Daher ist am Ausgang von Östra bäcken in Torneälven keine vorläufige Regelung

vorgeschrieben. Obwohl keine vorläufige Regelung angekündigt ist, hat das Unternehmen betont, dass das Kontrollprogramm die Probenahme am Probenahmepunkt SW4 umfassen wird. Auswirkungen auf die Wasserqualität in Östra bächen können somit weiterhin nachverfolgt werden.

Einrichtung (Bedingungen 12-14)

In der Hauptverhandlung hat das Unternehmen nach Stellungnahme des Kreisverwaltungsrates endgültige Vorschläge für Auflagen zur Bauphase vorgelegt. Die Bedingungen beinhalten, wie der Bau von Sand- und Grausteinspeichern (Vorschlag zu Bedingungen 15), der Bau von Moränenspeichern (Vorschlag zu Bedingungen 14) und wie Teile der Anlage, die zu reinigendes Wasser handhaben, gebaut werden sollen (einschließlich Gräben) (Vorschlag der Bedingungen 13). Anstelle des Auflagenvorschlags 15 der Gesellschaft hat die Kreisverwaltung einen eigenen Vorschlag zur Ausgestaltung der Auflagen für den Bau des Sand- und Grausteinlagers vorgelegt .

Der Vorschlag des Unternehmens zur Moränenlagerung, dem der Kreisverwaltungsrat zugestimmt hat, ist der Ansicht, dass Land und Gericht sicherstellen, dass Material für die Veredelung vorhanden ist und dass vor Beginn der Lagerung der Aufsichtsbehörde klar gemacht wird, wo die Lagerung gebaut werden soll. Auch die Formulierung der Auflage durch das Unternehmen erscheint sachgerecht und ist daher entsprechend zu verordnen (Auflage 13 des Urteils).

Hinsichtlich der Gestaltung des Sand-Graustein-Stausees stellt das Landes- und Umweltgericht zunächst fest, dass triftige Gründe für die Bekanntgabe einer Auflage vorliegen, wenn u. a. dass es auf Dauer da ist und dass es sich um eine Anlage zur Gewinnung von Abfällen handelt, die möglicherweise säurebildendes Material enthält. Ebenso gibt es gute Gründe, Auflagen vorzuschreiben, wie Anlagenteile, die mit zu reinigendem Wasser umgehen, konstruiert sein müssen. Es gibt jedoch Anlass, genauer zu prüfen, wie die Bedingungen in diesen Teilen gestaltet werden sollten.

Hinsichtlich der eingereichten Zustandsvorschläge für das Sand-Graustein-Reservoir enthalten beide eine Beschreibung der Methode des Einbaus. Sowohl das Unternehmen als auch der Bezirksvorstand haben erwogen, dass eine unabhängige Person ernannt werden sollte, um das Design des Sand- und Grausteinlagers zu überprüfen. Im Gegensatz zum Kreisverwaltungsrat hat das Unternehmen in seinem Auflagenvorschlag auch darauf hingewiesen, dass die unabhängige Person die Einhaltung der Auflagen zu prüfen hat. In ähnlicher Weise enthält der Vorschlag der Gesellschaft für Auflagen zur

Errichtung von Anlagenteilen, die reinigungsbedürftiges Wasser behandeln (Gräben etc.), die Aussage, dass die Einhaltung der Auflage durch eine unabhängige Person zu prüfen ist.

Im Hinblick auf den Vorschlag, die Einhaltung der Auflagen durch eine unabhängige Person zu prüfen, nimmt das Landes- und Umweltgericht folgende Einschätzung vor. Es liegt in der Verantwortung des Betreibers, dass die Genehmigung und die Auflagen in der Genehmigung eingehalten werden, auch bei Beauftragung eines Auftragnehmers. Der Betreiber einer Gewinnungsabfallanlage ist auch dafür verantwortlich, dass die Auslegung der Abfallanlage den Anforderungen der Gewinnungsabfallverordnung entspricht und hat sicherzustellen, dass mit der Entsorgung der Gewinnungsrückstände nicht begonnen wird, bevor die Aufsichtsbehörde geprüft hat, dass die Anlage die Anforderungen erfüllt Anforderungen gemäß der aktuellen Genehmigung, veröffentlichten Verordnungen und beschlossenen Anordnungen (55 und § 65 der Bergbauabfallverordnung). Die Aufsichtsbehörde ist zuständig für die Prüfung, ob die Vorschriften und Auflagen in der Erlaubnis erfüllt sind. Auch im vorliegenden Fall ist in der Extraktivabfallverordnung geregelt, dass die Kreisverwaltung vor Beginn der Entsorgung der Extraktivabfälle die Anlage auf Einhaltung bestimmter Anforderungen zu prüfen hat (§ 66 Extraktivabfallverordnung). Die Aufsichtsbehörde hat die Möglichkeit, dem Betreiber die für die Überwachung erforderlichen Auskünfte und Unterlagen vorzuladen (26. Kapitel § 21 Umweltgesetzbuch). Wer eine Tätigkeit ausübt, die zu Beeinträchtigungen der menschlichen Gesundheit oder der Umwelt führen kann, ist ferner verpflichtet, die zur Überwachung erforderlichen Untersuchungen der Tätigkeit und ihrer Auswirkungen durchzuführen. Die Aufsichtsbehörde kann, wenn dies angemessener ist, stattdessen entscheiden, dass eine solche Untersuchung durch eine andere Person durchgeführt werden muss, und eine andere Person mit der Untersuchung beauftragen (Kapitel 26, § 22 des Umweltgesetzbuchs).

In manchen Fällen kann es angebracht sein, einen unabhängigen (externen) Inspektor zu haben, der die Gestaltung von Einrichtungen inspiziert, dokumentiert und darüber Bericht erstattet. Dies kann sowohl die Selbstkontrolle des Betreibers als auch die Kontrolle der Aufsichtsbehörde erleichtern. Das Gericht ist der Ansicht, dass der Einsatz eines unabhängigen Inspektors beispielsweise in kritischen Momenten beim Bau einer Anlage für mineralische Abfälle besonders angemessen sein kann. Eine unabhängige Überprüfung kann eine Möglichkeit für das Unternehmen sein, Unterlagen zu erhalten, die belegen, dass die Anlage der Genehmigung entspricht, und für die Bezirksverwaltungsbehörde, um Unterlagen vor der Benachrichtigung zu erhalten, dass die Entsorgung beginnen kann.

Insgesamt hält das Gericht im Hinblick auf die vorstehenden Ausführungen die Anordnung einer unabhängigen (externen) Prüferin oder eines unabhängigen (externen) Prüfers für die Überprüfung des Baus des Sand- und Abraumlagers nach vollständiger oder abschnittsweiser Fertigstellung der Bauarbeiten für sachgerecht. Andererseits ist es nicht angemessen, wie vom Unternehmen vorgeschlagen, in einer Bedingung festzulegen, dass der unabhängige Wirtschaftsprüfer die Einhaltung einer Bedingung überprüfen muss, aber in diesem Teil ist der Vorschlag des County Board zum Umfang des Auftrags des unabhängigen Wirtschaftsprüfers angemessener. Das Gericht hält es für ausreichend, dass der unabhängige Controller konsultiert wird, und dass es nicht erforderlich ist, dass die Person auch von der Aufsichtsbehörde zugelassen wird. Die Berichte des unabhängigen Wirtschaftsprüfers müssen der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden, und es ist angemessen, dass den Berichten entsprechende Beziehungszeichnungen folgen. Diese sind zu den gemeinsam mit der Aufsichtsbehörde festgelegten Zeiten bei der Aufsichtsbehörde einzureichen.

Hinsichtlich der detaillierten Ausgestaltung der Bedingung für den Bau eines Sand- und Grausteinlagers kann man sagen, dass der Vorschlag des Kreisvorstands in gewisser Weise an den Ausführungen in der Sache orientiert ist, während der Vorschlag des Unternehmens spezifischer ist Anforderungen, die an und für sich nicht von den Zielvorgaben abweichen, außer dass der Bau des Sand- und Grausteinreservoirs in Etappen erfolgen kann.

Das Gericht ist der Ansicht, dass es keinen Sinn macht, in einer besonderen Bedingung auf die Feststellungen in der Sache zu verweisen, wie dies sowohl von der Gesellschaft als auch von der Kreisverwaltung vorgeschlagen wurde, da dies bereits aus der allgemeinen Bedingung hervorgeht. Zum Beispiel die Information, dass das Unternehmen angegeben hat, dass der zu verwendende dichte Liner Bituminous Geomembrane Liner (BGL) ist. Die Auflage zum Sand-Graustein-Reservoir sollte daher den konkreteren Vorschlag für das vom Unternehmen vorgeschlagene Verfahren beinhalten.

Unter Berücksichtigung des oben Gesagten muss die Bedingung so ausgestaltet sein, wie es sich aus dem Urteil ergibt (Bedingung 14).

Hinsichtlich der Auflage, wie Anlagenteile zu errichten sind, die reinigungsbedürftiges Wasser führen (Gräben etc.), hält es das Gericht wie oben ausgeführt für nicht sachgerecht, eine Auflage zu formulieren, deren Einhaltung durch zu prüfen ist eine unabhängige Person. Auch die Errichtung von Gräben, Pumpschächten und Becken etc. weist keine so kritischen Elemente auf, dass Anlass zur Anordnung einer unabhängigen Prüfung unter strafbewehrten Auflagen bestehen könnte.

Andererseits hält es das Gericht für sachgerecht zu formulieren, dass das Unternehmen Beziehungsentzüge der Aufsichtsbehörde zu einem mit dieser abgestimmten Zeitpunkt melden muss . Das Landes- und Umweltgericht hält es für nicht erforderlich, auch in diesem Zustand die Fließrichtung zu regeln, da das Gericht in Auflage 11 geregelt hat, dass das Wasser gereinigt werden muss. Damit die Bedingung 11 erfüllt ist, muss das Wasser also nicht zur Aufbereitungsanlage geleitet werden . Im Hinblick auf das Vorstehende muss die Bedingung so ausgestaltet sein, wie es sich aus dem Urteil ergibt (Bedingung 12).

Finishing (Bedingungen 15-18)

Das Sand-Graustein-Reservoir wird nach Angaben des Unternehmens mit einer sogenannten qualifizierten Abdeckung mit 0,5 m verdichteter Bentonit-Mischmoräne (ca. 5 Gew.-%), einer Schutzschicht bestehend aus 2 m nicht näher bezeichneter Moräne, abgedeckt eine 0,1 m dicke Pflanzenschicht darüber. Das Gråbergsvallen, das Anreicherungssand und abgelagertes graues Gestein enthält, wird sukzessive erneut behandelt (Jahre 6–10 nach Betriebsbeginn). Die Tagebaugruben 1-3 werden mit Abfallgestein und Anreicherungssand verfüllt. Je nach Höhe des Abraums und des Anreicherungssandes werden auch diese qualifiziert abgedeckt. Andere Tagebaue werden auf natürliche Weise mit Wasser gefüllt.

Teiche (gereinigt vor der Wiederverfüllung) und Gräben werden wieder verfüllt, wenn sie keine Funktion mehr haben, erdverlegte Pumpenleitungen entleert und verstopft bzw. entfernt und Straßen entfernt, nach Abschluss der Inspektion Boden aufbereitet und Moräne aufgebracht mit anschließender Pflanzenanlage. Gebäude innerhalb des Industriegebiets werden zurückgebaut und eventuelle Verunreinigungen entfernt und 0,2–1 m Moräne auf den Boden aufgetragen, der dann bepflanzt wird.

Sowohl schriftlich als auch in der Hauptverhandlung hat die Kreisverwaltung die Notwendigkeit klarer Bedingungen für die Nachbearbeitung des Geschäfts betont. Das Landratsamt hat besonders betont, dass das Verfahren zur Nachbehandlung dem Anspruch der bestmöglichen Technik genügen muss, um unerwünschte Umweltbelastungen in jedem Stadium zu vermeiden, und dass es für eine effiziente und effektive Überwachung klarer Rahmenbedingungen bedarf. Sowohl das Unternehmen als auch der Kreisverwaltungsrat haben in der Hauptverhandlung unterschiedliche Konditionsvorschläge für die Nachbearbeitung vorgelegt, die zur Diskussion standen und zu unterschiedlichen Konditionsvorschlägen des Unternehmens bzw. des Kreisverwaltungsrats führten.

Sowohl das Unternehmen als auch die Kreisverwaltung haben vorgeschlagen, die Art und Weise der Nachbearbeitung in Auflagen zu regeln. Das Unternehmen hat vier Auflagenvorschläge vorgelegt ,

wie das Verfahren zur Nachbehandlung des Betriebsgeländes geregelt werden soll (Bedingungsvorschlag 16–18) und eine Auflage (Bedingungsvorschlag 19), wie die Einhaltung der Auflagen erfolgen soll überprüft. Die Kreisverwaltung hat zwei weitere Bedingungen anstelle der vom Unternehmen vorgeschlagenen Bedingungen 16-19 vorgeschlagen.

Der Auflagenvorschlag des Kreisvorstandes sieht vor, dass ein unabhängiger technischer Prüfer die Arbeiten überprüft und eine Stellungnahme zur Prüfung abgibt, während der Vorschlag des Unternehmens vorsieht, dass der unabhängige Prüfer die Einhaltung der Auflagen prüfen muss. Wie das Gericht oben unter der Überschrift Gründung betont hat, ist es nicht sachgerecht, wie von der Gesellschaft vorgeschlagen, in einer Bedingung anzugeben, dass ein unabhängiger Wirtschaftsprüfer die Einhaltung der Bedingung überprüfen muss. Wenn ein unabhängiger Wirtschaftsprüfer bestellt werden soll, ist es angemessener, die Aufgaben dieser Person auf die vom County Board vorgeschlagene Weise zu beschränken, d. h. dass es mehr darum geht, zu inspizieren und eine Aussage über eine Inspektion zu machen.

Darüber hinaus ist das Land- und Umweltgericht, wie das Gericht oben unter der Überschrift Bau ausgeführt hat, der Ansicht, dass die Zeiten, in denen es angemessen sein kann, eine unabhängige Überprüfung der Bedingungen anzuordnen, dann sind, wenn die Bedingung kritische Elemente abdeckt. Zum Beispiel beim Bau einer Gewinnungsanlage oder einer Deponie mit gefährlichen Abfällen, wo es von großer Bedeutung ist, die Konstruktion des Bodenaufbaus zu sichern. In Bezug auf die Methode der Nachbearbeitung ist das Gericht der Ansicht, dass es sich nicht auf solche kritischen Elemente bezieht, die Anlass zu der Bedingung geben, dass ein unabhängiger Inspektor die Arbeit überprüft. Das Gericht hält es vielmehr für ausreichend, die Art und Weise der Nachbearbeitung zu regeln und wann die Nachbearbeitung spätestens beginnen muss.

Hinsichtlich der Art der Nachbearbeitung und der Notwendigkeit eines Kontrollprogramms für diese Teile stimmen die von der Gesellschaft und dem Landratsamt vorgeschlagenen Bedingungen im Wesentlichen überein und es erscheint zweckmäßig und angemessen, diese Bedingung zu regeln. Das Landes- und Umweltgericht urteilt, dass als Auflagen mit gewissen Anpassungen im Wesentlichen der Vorschlag des Unternehmens bekannt gegeben werden muss. Hinsichtlich der Ausgestaltung der qualifizierten Überdeckung ist es nach Auffassung des Gerichts eindeutiger, wenn anstelle der Auslegungskriterien die Auslegung statt der Auslegungskriterien die entsprechende Sauerstofftransportrate zu erfüllen hat.

Hinsichtlich des besonderen Kontrollprogramms zur Nachbearbeitung ist das Gericht der Ansicht, dass es als separate Bedingung für die Kontrolle vorgeschrieben werden sollte. Es sollte auch geregelt werden, dass das Unternehmen der Aufsichtsbehörde entsprechende Beziehungszeichnungen über durchgeführte Abhilfemaßnahmen vorlegen muss. Die Bedingungen bezüglich des Verfahrens zur Nachbearbeitung und Kontrolle des Verfahrens sind im Hinblick auf das Vorstehende so zu gestalten, wie es sich aus dem Urteil ergibt (Bedingungen 15-17 und 22).

Das Gericht sieht weitere Vorteile darin, dass der Unternehmer frühzeitig überlegt, wie eine künftige Abwicklung des Unternehmens zu gestalten ist. Das Unternehmen hat nach Stellungnahme des Kreisverwaltungsrats in der Hauptverhandlung einen abschließenden Auflagenvorschlag 20 vorgelegt, wonach spätestens ein Jahr vor der endgültigen Planung des Betriebs eine Ausführungsbeschreibung zur abschließenden Nachbearbeitung der Aufsichtsbehörde vorzulegen ist. Gegen den Vorschlag für die endgültigen Bedingungen wurden keine Kommentare abgegeben. Der bedingte Vorschlag erscheint dem Landes- und Umweltgericht als begründet und zweckmäßig und ist daher zu verordnen (Auflage 18 des Beschlusses).

Ökologischer Ausgleich (Auflage 19)

Die Begründung des Gerichts für die Bedingung wurde bereits in den Urteilsbegründungen unter der Überschrift Ausgleichsmaßnahmen angesprochen.

Artenschutz (Auflage 20)

Damit die Verbote in § 4 der Artenschutzverordnung für Lappis, Großspecht, Dreizehenspecht, Kreischech und Trauerkrähe im Gebiet Nunasvaara nicht verwirklicht werden, ist der Auflagenvorschlag des Unternehmens, dass der Holzeinschlag innerhalb der Tätigkeitsbereich darf während des vorgeschriebenen Zeitraums vom 1. Mai bis 31. Juli nicht erfolgen (Auflage 20 des Urteils).

Finanzielle Sicherheit (Bedingung 21)

Das Unternehmen hat die gesamten Nachbearbeitungskosten auf 225 Mio. SEK im Geldwert von 2020 berechnet und darauf basierend seinen Vorschlag für die finanzielle Sicherheit ausgearbeitet und vorgeschlagen, dass die finanzielle Sicherheit in Bezug auf die Nachbearbeitung des Sand- und Graugestein-Reservoirs betroffen ist, sollten durch sukzessiven Bau bereitgestellt werden. Die Bezirksverwaltung hatte keine Einwände gegen die sukzessive Hinterlegung der Sicherheit, hat

jedoch die Gesamtkosten der Nachbearbeitung auf 413 Mio. SEK berechnet und dass die Sicherheit somit diesen Betrag betragen muss.

Die Bezirksverwaltung ging von den geschätzten Kosten des Unternehmens in Höhe von 225 Mio. SEK aus und addierte dann 20 % für Unsicherheiten bei der Beschaffung plus 30 % hinzu, da die Bezirksverwaltung die Stückkosten des Unternehmens für zu niedrig hält. Schließlich wurden 62 Millionen SEK für Betrieb und Wartung vor, während und nach der Restaurierung hinzugefügt.

Bei der Berechnung der Stückkosten ist das Unternehmen von standortspezifischen Gegebenheiten ausgegangen. Die Moräne wird innerhalb des Einsatzgebietes als begehbar angenommen. Das Unternehmen ist dann von den tatsächlichen Transportentfernungen ausgegangen. Hinsichtlich der Unsicherheiten bei der Beschaffung lässt sich festhalten, dass das Unternehmen die bei der staatlichen Beschaffung und Fertigstellung der sogenannten Svärträsk-Mine gesammelten Erfahrungen bezüglich der Stückkosten für eine qualifizierte Deckung genutzt hat. Die Transportentfernung für Moräne in dieser Mine betrug 8 km.

Das Landes- und Umweltgericht stellt fest, dass die Kosten der qualifizierten Deckung den Großteil der gesamten Sanierungskosten ausmachen. Das Gericht kommt zu der Einschätzung, dass die geschätzten Kosten einer qualifizierten Abdichtungsschicht von 350 SEK/m² angemessen sind. Dies vor dem Hintergrund, dass es auf Erfahrungen aus einem anderen Bergwerk beruht und die Transportstrecke dort länger war. Andere Einheitskosten erscheinen angemessen. Die Deckungsvorsorge darf nicht zur Weiterführung eines Betriebes nach einer Insolvenz verwendet werden, sondern muss für Kosten der Beseitigung eines Umweltschadens und der sonstigen Sanierungsmaßnahmen, die der Betrieb verursachen kann, verwendet werden (Kapitel 16, § 3 Umweltgesetzbuch). Das Gericht stimmt daher den geschätzten Nachbearbeitungskosten des Unternehmens in Höhe von 225 Mio. SEK im Geldwert 2020 zu.

Gegen das Modell mit stufenweisem Aufbau der Deckungsvorsorge sind keine Einwände erhoben worden. Dagegen hat das Gericht auch nichts einzuwenden, weil es dem aktuellen Sicherheitsbedürfnis jederzeit entspricht. Das Gericht hält es jedoch für übersichtlicher, wenn alle Mitteilungspflichten, die für die Gesellschaft bestehen, in einer eigenen Rubrik im Urteil auftauchen.

Das Unternehmen hat im Nachbearbeitungsplan festgelegt, dass die Deckungsvorsorge für zukünftige Rückstellungen, um Kostensteigerungen zu berücksichtigen, mit dem Contracting-Index zu berechnen ist.

Das Gericht stellt fest, dass der Contracting-Index fast 200 verschiedene Indexreihen umfasst, die in Haupt-, Unter- und Basisgruppen unterteilt sind. Das Unternehmen hat nicht angegeben, welche Indexreihen sie für verwendet halten. Darüber hinaus hat das Gericht erfahren, dass Statistics Norway im Herbst 2022 eine Grundsatzentscheidung getroffen hat, die implizierte, dass sie ihre Indexaufgaben abwickeln und Aufgaben im Zusammenhang mit amtlichen Statistiken priorisieren sollten.

Auch das Landes- und Umweltgericht ist der Auffassung, dass die zum Ausgleich der Preisentwicklung geleistete Sicherheit über die Zeit zu berechnen ist, weil sie jederzeit dem aktuellen Sicherheitsbedürfnis entsprechen muss (§ 16 Abs des Umweltgesetzbuches). Als ausreichend gilt, dass die Zählung im Zusammenhang mit der bestimmungsgemäßen Sicherung infolge erhöhter Deposition im Sand- und Grausteinreservoir erfolgt.

Damit ein Index im Laufe der Zeit verfügbar ist, ist es nach dem Urteil des Gerichts angemessen, dass es sich um einen Index handelt, der unter die Verordnung (2001:100) über amtliche Statistiken fällt. Es scheint dann, dass der Verbraucherpreisindex (VPI) am besten geeignet ist.

Das Unternehmen hat in den Unterlagen angegeben, dass bei der Berechnung der Deckungsvorsorge die Stückpreise von 2020 verwendet wurden. Da diese Einheitspreise erstmals in Berechnungen vom 28.03.2020 ausgewiesen wurden, geht das Gericht davon aus, dass die Einheitspreise von Anfang 2020 stammen. Insgesamt bedeutet dies, dass das Gericht die Deckungsvorsorge (Grundbetrag plus spätere Staffelbeträge) berücksichtigen muss mit dem Verbraucherpreisindex zu jedem Zeitpunkt wie in Bedingung 21 vorgeschrieben berechnet. Basismonat ist Januar 2020 und die Berechnung erfolgt mit dem letzten gültigen Verbraucherpreisindex am Tag der Hinterlegung der Sicherheit bei Gericht.

Die Gesellschaft hat vorgeschlagen, in der Auflage zu regeln, wann die sukzessive verpfändeten Sicherheiten an die Gesellschaft zurückzugeben sind. Der Kreisverwaltungsrat hat sich Gedanken darüber gemacht, wie eine solche Auflagenregelung ausgestaltet sein sollte. Das Landes- und Umweltgericht kann feststellen, dass das Gericht in der Sache zu entscheiden hat, ob eine Sicherheitsleistung zu leisten ist, die Höhe der Sicherheitsleistung und ob die Sicherheitsleistung sukzessive geleistet werden kann (§ 16 Abs. 3 UGB). Wann die Rückgabe einer Sicherheit angemessen sein kann, lässt sich nach Ansicht des Gerichts nicht schon jetzt abschätzen, da bei einer solchen Anordnung die Gefahr besteht, dass die Sicherheit irgendwann nicht mehr ausreicht. Auch

wenn das Unternehmen von der Überprüfungsbestimmung in Kap. 24 keinen Gebrauch machen kann § 5 Abs. 1 Nr. 12 UGB: Sollte die Sicherheit zu irgendeinem Zeitpunkt höher sein als erforderlich, hat das Unternehmen die Möglichkeit, eine Änderung der Bedingungen gemäß § 24 zu beantragen. § 13 Umweltgesetzbuch. Wenn das Unternehmen zu irgendeinem Zeitpunkt der Ansicht ist, dass die Sicherheit höher als erforderlich ist, kann das Unternehmen daher diese Gelegenheit nutzen, um die Höhe der Sicherheit erneut prüfen zu lassen (vgl. die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in NJA 2011 S. 296 und prop. 2021). /22:219, S.53f.).

Bedingungen zur Deckungsvorsorge müssen im Hinblick auf das Vorstehende so ausgestaltet sein, wie es sich aus dem Urteil ergibt (Bedingung 21).

Kontrolle (Bedingungen 22-23)

Wie das Landes- und Umweltgericht oben ausgeführt hat, ist eine gesonderte Auflage zum Kontrollprogramm für die Nachbehandlung anzumelden (Auflage 22).

Das Unternehmen hat nach Stellungnahmen der Kreisverwaltung endgültige Vorschläge für Auflagen zum Kontrollprogramm für die Bauphase und die Betriebsphase vorgelegt. Bezüglich des Antrags der NMT-Zentrale, Kontrollprogramme einzureichen

Das NMT-Zentrum holt vor der Genehmigung des Programms Stellungnahmen ein, es gibt keine Unterstützung für eine solche Behandlung im nationalen Recht oder im Grenzflussabkommen. Die vom Unternehmen vorgeschlagenen Auflagen erscheinen daher nach Ansicht des Landes- und Umweltgerichtshofs gerechtfertigt und zweckmäßig und müssen vorgeschrieben werden (Auflagen 23-24 im Beschluss).

Delegationen

Gemäss § 22 kann das Landes- und Umweltgericht § 25 Abs. 3 UGB überlässt es einer Aufsichtsbehörde, über Auflagen von untergeordneter Bedeutung zu entscheiden. Das Unternehmen hat keinerlei Vorschläge unterbreitet, dass die Aufsichtsbehörde in irgendeiner Weise über Auflagen entscheiden dürfte.

In Bezug auf Ausgleichsmaßnahmen hat das Gericht festgestellt, dass die Aufsichtsbehörde über Ausgleichsmaßnahmen entscheiden kann (Auflage 19). Es ist sinnvoll, dass der Kreisverwaltungsrat auch eine klare Delegation erhält, um die in diesem Rahmen erforderlichen detaillierten Bedingungen bekannt zu geben (D1).

IN ANFAHRZEIT M . M. _

Anlaufzeit und Arbeitszeiten

Das Unternehmen hat vorgeschlagen, die Anlaufzeit für die umweltgefährdenden Tätigkeiten auf zehn Jahre und die Arbeitszeit für die Wassertätigkeiten auf zehn Jahre ab Rechtskraft des Genehmigungsbescheids festzusetzen. Dagegen sind keine Einwände erhoben worden und das Landes- und Umweltgericht hält die vorgeschlagenen Zeiten für angemessen. Mit Unterstützung von Kapitel 22 § 25 Abs. 2 UGB ist daher zu verordnen, dass die umweltgefährdende Tätigkeit spätestens zehn Jahre nach Rechtskraft der Erlaubnis begonnen worden sein muss und dass Arbeiten im Zusammenhang mit Wassertätigkeiten innerhalb von zehn Jahren nach dem Teilurteil durchgeführt werden müssen Rechtskraft erlangen.

Unvorhergesehene Schäden durch Wasseraktivitäten

Das Unternehmen hat vorgeschlagen, die Frist für die Anmeldung von Schadensersatzansprüchen wegen unvorhergesehener Wasserschäden auf fünf Jahre ab Ende der Arbeitszeit festzusetzen. Dagegen sind keine Einwände erhoben worden und das Landes- und Umweltgericht hält den vorgeschlagenen Zeitpunkt für angemessen. Das Landes- und Umweltgericht legt daher fest, dass die Meldefrist für unvorhergesehene Schäden auf fünf Jahre ab Ende der Arbeitszeit festgesetzt wird.

Ausführung

Das Unternehmen hat beantragt, dass die Genehmigung auch dann verwendet wird, wenn das Urteil nicht rechtskräftig geworden ist. Das Unternehmen hat seine Anfrage im Wesentlichen wie folgt begründet. Talga ist es wichtig, nach Erteilung der Genehmigung schnellstmöglich mit den Bauarbeiten für den geplanten Betrieb zu beginnen. Es besteht die dringende Notwendigkeit, die Gesellschaft zu einer Wirtschaft ohne fossile Brennstoffe zu verändern. Dies erfordert Energiespeicherlösungen, d.h. Batterien. Graphit aus Nunasvaara kann maßgeblich zur Entwicklung einer elektrifizierten und fossilfreien Zukunft beitragen. Es wird auch davon ausgegangen, dass die Genehmigung wichtige positive sozioökonomische Auswirkungen in Form von erhöhten Beschäftigungsmöglichkeiten mit sich bringt. Durch die beschriebenen und für das Geschäft vorgesehenen Schutzmaßnahmen werden die Auswirkungen auf gegensätzliche Interessen als begrenzt eingeschätzt. Es ist möglich, dass eine Restaurierung erfolgen kann, d.h. Aktionen sind reversibel. Insgesamt sieht das Unternehmen Gründe für einen Vollstreckungsbescheid.

Die Kreisverwaltung hat bestätigt, dass sogenannte Vollstreckungsbescheide unter der Bedingung erlassen werden, dass eine anerkannte Vermögenssicherheit vorliegt. Der Naturschutzverein und das Sami-Dorf Talma haben sich gegen den beantragten Vollstreckungsbescheid gewandt und zusammenfassend erklärt, dass dieser nicht angemessen ist, da es sich bei der Tätigkeit um einen größeren Eingriff in die Natur mit Auswirkungen auf Sami-Dörfer handelt, dass es unterschiedliche Auffassungen über die Grundlage des Antrags gibt und dass Es gibt wichtige Grundsatzfragen im Fall, die vor Beginn einer Tätigkeit vor Gericht endgültig entschieden werden müssen.

Nach Einschätzung des Land- und Umweltgerichts hat das Unternehmen stichhaltige Gründe für einen Vollstreckungsbescheid vorgetragen, insbesondere die Notwendigkeit, die Gesellschaft in eine Zukunft ohne fossile Brennstoffe zu verändern. Gegen die beantragte Tätigkeit wurden jedoch Einwände erhoben und sowohl der Naturschutzverband, samische Dörfer als auch Einzelpersonen haben sich dem Antrag widersetzt, was an sich gegen einen Vollstreckungsbescheid spricht. Im Gegensatz zum Unternehmen ist das Gericht weiter der Auffassung, dass der Betrieb bereits in der Anfangsphase Umwelt- und Landschaftsveränderungen mit sich bringen kann, die nachhaltig sind und aufgrund der Belange der Rentierhaltung lange Zeit in Anspruch nehmen können wiederherstellen. Das Landes- und Umweltgericht stellt fest, dass die Vollstreckungsgründe des Unternehmens gegenüber den Gründen für die hier anzuwendende Hauptregel, d. h. dass eine Genehmigung rechtskräftig werden muss, bevor sie verwendet werden darf (vgl. NJA 2012 S. 623). Das Gericht lehnt daher den Antrag des Unternehmens auf Vollstreckungstitel ab.

FÜR KORREKTUR

Die Deckungsvorsorge nach Auflage 21 ist gestaffelt zu einem bestimmten Zeitpunkt nach Inanspruchnahme der Erlaubnis und der auf denselben Zeitpunkt bezogenen Ermittlung des Untersuchungszeitraums für die Untersuchungsvorschrift U2 einzurichten. Das Unternehmen muss daher dem Gericht anzeigen, dass von der Erlaubnis Gebrauch gemacht wurde. Auch die Aufsichtsbehörde ist entsprechend zu informieren.

Der Untersuchungszeitraum für die Untersuchungsvorschrift U1 wurde anhand des Zeitpunkts der Inbetriebnahme der Anreicherungsanlage bestimmt. Damit dem Gericht mitgeteilt werden kann, dass die Anreicherungsanlage in Betrieb genommen wurde und damit die Ermittlungsfrist läuft, muss dem Unternehmen aufgegeben werden, dies dem Gericht mitzuteilen.

Ö REVERSE-ANFRAGEN

Schadensersatzansprüche

Im Rahmen des Verfahrens haben Erika Bjurholt und Per-Erik Bjurholt sowie Peter Petterson Schadensersatzansprüche geltend gemacht. Jan Johansson, Anette Johansson und Eric Johansson haben erklärt, dass sie beabsichtigen, eine Entschädigung zu verlangen, haben ihren Entschädigungsanspruch während der Bearbeitung des Falls jedoch nicht näher spezifiziert.

Das Unternehmen hat allen Schadensersatzansprüchen widersprochen und erklärt, dass sich der geltend gemachte Schadensersatz auf den Teil des Betriebs des Unternehmens beziehe, der umweltgefährdende Betriebe im Sinne von Kap. 9 darstelle. des Umweltgesetzbuches und dass Entschädigungen aufgrund solcher Tätigkeiten im Rahmen eines Gesuchs um Bewilligung solcher Tätigkeiten nicht erhoben werden und dass Parteien, die solche Entschädigungsansprüche geltend machen wollen, auf eine gesonderte Klage nach Kap 32. das Umweltgesetzbuch.

Das Landes- und Umweltgericht teilt die Einschätzung des Unternehmens, dass die geltend gemachten Schadensersatzansprüche die Auswirkungen umweltgefährdender Tätigkeiten betreffen und daher im Rahmen des vorliegenden Verfahrens nicht verhandelt werden können. Die Anträge sind daher zurückzuweisen.

Angelgebühr

Die norwegische Forstbehörde und das Institut für natürliche Ressourcen haben betont, dass im Falle einer Genehmigung geprüft werden sollte, ob eine Fischereigebür erhoben werden sollte. Die Bezirksverwaltung hat betont, dass eine Fischereigebür als Ausgleich für die Auswirkungen auf die aquatische Umwelt angesehen werden kann. Das Unternehmen hat Einwände gegen die Zahlung einer Fischereigebür erhoben und erklärt, dass diese nicht relevant sei, da keine Gefahr besteht, dass Fischarten in den Flusssystemen Torne und Kalix Schaden zufügen. Zur Stellungnahme des Landratsamtes hat sich das Unternehmen in der Hauptverhandlung verpflichtet, auch die Gewässerumwelt in die weitere Untersuchung zum ökologischen Ausgleich einzubeziehen.

Das Gericht ist nicht der Ansicht, dass die Tätigkeit die Interessen der Fischerei derart beeinträchtigt, dass ein Grund für eine besondere Fischereigebür gemäß Abschnitt 6 besteht. § 5 des Gesetzes mit besonderen Bestimmungen zu Wasseraktivitäten. Geplante Massnahmen begründen auch nicht die Festsetzung einer allgemeinen Fischereiabgabe gemäss Ziff. 6. § 6 des Gesetzes mit besonderen Bestimmungen zu Wasseraktivitäten.

Andere Ansprüche

Soweit Ansprüche von Gegenparteien und Berufungsinstanzen durch die Entscheidung des Landes- und Umweltgerichts nicht erfüllt oder konkret abgehandelt oder der Antragsteller anderweitig eingeräumt hat, sieht das Gericht keinen Anhaltspunkt dafür, diesen Ansprüchen stattzugeben.

K KOSTEN**Probegebühr**

Das Landes- und Umweltgericht entschied mit Beschluss vom 3. Juni 2020, dass der Antragsteller gemäß der Verordnung über Gebühren für die Prüfung und Überwachung gemäß dem Umweltgesetzbuch eine Prüfgebühr in Höhe von 61.000 SEK entrichten würde. Das Unternehmen hat in der Hauptverhandlung erklärt, dass die festgesetzte und gezahlte Prozessgebühr richtig berechnet worden sei. Das Gericht sieht keinen Anlass, frühere Entscheidungen zu Prüfungsgebühren zu ändern. Die Gebühr ist daher in gleicher Höhe endgültig festzusetzen.

Anwaltskosten

Gabna Sameby hat eine Entschädigung für die Gerichtskosten in Höhe von 126.602 SEK beantragt, davon 64.000 SEK für eigene Arbeit (16 Arbeitstage zu 4.000 SEK), Teilnahme an der Hauptverhandlung von drei Personen für vier Tage 48.000 SEK, Reise zur Hauptverhandlung 4.802 SEK (35 SEK pro Meile.) und Unterkunft 9.800 SEK. Gabna Sameby hat darauf hingewiesen, dass die Kosten teilweise durch die angewandte Wasseraktivität verursacht werden.

Das Sami-Dorf Talma hat eine Entschädigung für Gerichtskosten in Höhe von insgesamt 1.748.264 SEK beantragt, davon 1.296.000 SEK Anwaltsgebühren, 145.800 SEK für Zeitverschwendung, 88.584 SEK Anwaltskosten, 177.000 SEK entgangenes Einkommen für den Abgeordneten des Sami-Dorfes und 40.880 SEK Unterkunft, Reise und Zulagen für den Stellvertreter des Sami-Dorfes. Das Dorf Talma Sami hat erklärt, dass die Probleme der Rentierhaltung in einem natürlichen Zusammenhang mit den begehrten Wasseraktivitäten stehen, die unter anderem Hosiojärvi-See, Västra- und Östra-Bäcken und die umliegenden Sümpfe und dass die Rentierzucht im Samendorf in der während der Hauptverhandlung beschriebenen Weise beeinträchtigt werden könnte. Das Sami-Dorf Talma hat betont, dass das Unternehmen während der Verhandlungen bestätigt habe, dass die Untersuchung bezüglich der Wasservorgänge in der Unternehmensbewertung der Auswirkungen auf die Rentierhaltung berücksichtigt worden sei und dass die Anwesenheit von Vertretern und Vertretern

des Sami-Dorfes bei der Verhandlungen waren erforderlich, um die Rechte des samischen Dorfes zu wahren.

Das Unternehmen hat sich gegen die von den samischen Dörfern geltend gemachten Prozesskosten gewandt. Zusammenfassend hat das Unternehmen eingewendet, dass kein Teil der Kosten mit der Beeinträchtigung der Sami-Dörfer durch die aktuellen Wasseraktivitäten in Verbindung gebracht werden kann, insbesondere im Fall des Sami-Dorfes Gabna, das südlich des Betriebsgebiets Weiden hat und nur in diesen betroffen ist Teile. Das Unternehmen hat betont, dass die angewandten Wasseraktivitäten sehr begrenzt sind und nur eine kleine Entnahme von Oberflächenwasser aus Hosiojärvi, die Ableitung von Grundwasser aus offenen Gruben und anderen Teilen, die eine Überbauung von Wasser erfordern, umfassen. Das Unternehmen hat betont, dass der Schaden, dem das Talma Sámi-Dorf ausgesetzt sein könnte, theoretisch oder völlig unbedeutend ist und dass die erwarteten veränderten Flüsse in den Östra- und Västra-Bäcken nur unbedeutende Auswirkungen auf das Sámi-Dorf haben werden und die Rentierhaltung. Das Unternehmen hat auch erklärt, dass das, was die Sámi-Dörfer im Briefwechsel und während der Hauptverhandlungen angesprochen haben, die umweltgefährdenden Aktivitäten betraf und dass, wenn ein Anspruch auf Entschädigung besteht, eine starke Reduzierung und Aufteilung der geltend gemachten Kosten erforderlich ist stattfinden. Das Unternehmen hat keine Beträge als an und für sich angemessen auf die weiße Liste gesetzt.

Der Fall betrifft sowohl die Erteilung von Genehmigungen für umweltgefährdende Tätigkeiten als auch für Wassertätigkeiten, und Ausgangspunkt für die Beurteilung ist, dass der Anspruch auf Prozesskostenersatz nur den Teil des Verfahrens betrifft, der Wassertätigkeiten betrifft (Kapitel 25 §§ 1-2 UGB und die Rechtssache MÖD 2010:39). Kosten, soweit sie von der anderen Partei nicht anerkannt werden, können ferner nur erstattet werden, wenn sie im Hinblick auf den Gegenstand als angemessen erachtet werden (Kapitel 18, § 8 der Verfahrensordnung).

Der Oberste Gerichtshof hat in der Rechtssache NJA 2004 S. 590 festgestellt, dass der Kläger in einem Antragsverfahren auf Genehmigung für Wasseraktivitäten jede Person ist, die durch die Aktivität, für die eine Genehmigung beantragt wird, geschädigt oder anderen Unannehmlichkeiten ausgesetzt werden kann, wenn das Schadens- oder Unannehmlichkeitsrisiko bezieht sich auf ein von der Rechtsordnung geschütztes Interesse und ist nicht nur theoretisch oder völlig unbedeutend.

Das Land- und Umweltgericht stellt fest, dass die Wasseraktivitäten in diesem Fall die Umleitung von austretendem Grundwasser in offene Gruben, die Umleitung von Oberflächenwasser aus Hosiojärvi, die

Auffüllung von kleineren Oberflächengewässern, den Bau von Gräben und Absetz- und Klärbecken umfassen. Das Dorf Talma Sami hat seine Winterweiden, auf denen das Industriegebiet gebaut und die Wasserarbeiten durchgeführt werden sollen. Das Sami-Dorf Gabna hat sein Land außerhalb des Gebiets, in dem die Wasserarbeiten durchgeführt werden sollen. Nach Ansicht des Gerichts sind die Unannehmlichkeiten und die möglicherweise auftretenden Auswirkungen auf die Rentierhaltung auf die umweltgefährdenden Aktivitäten zurückzuführen, und die Auswirkungen der angewandten Wasseraktivitäten sind so begrenzt, dass dies nach derzeitiger Praxis nicht bedeutet, dass die samischen Dörfer betroffen sind Anspruch auf Entschädigung haben. Die jeweiligen Ansprüche von Gabna Sameby und Talma Sameby auf Ersatz der Prozesskosten sind daher zurückzuweisen.

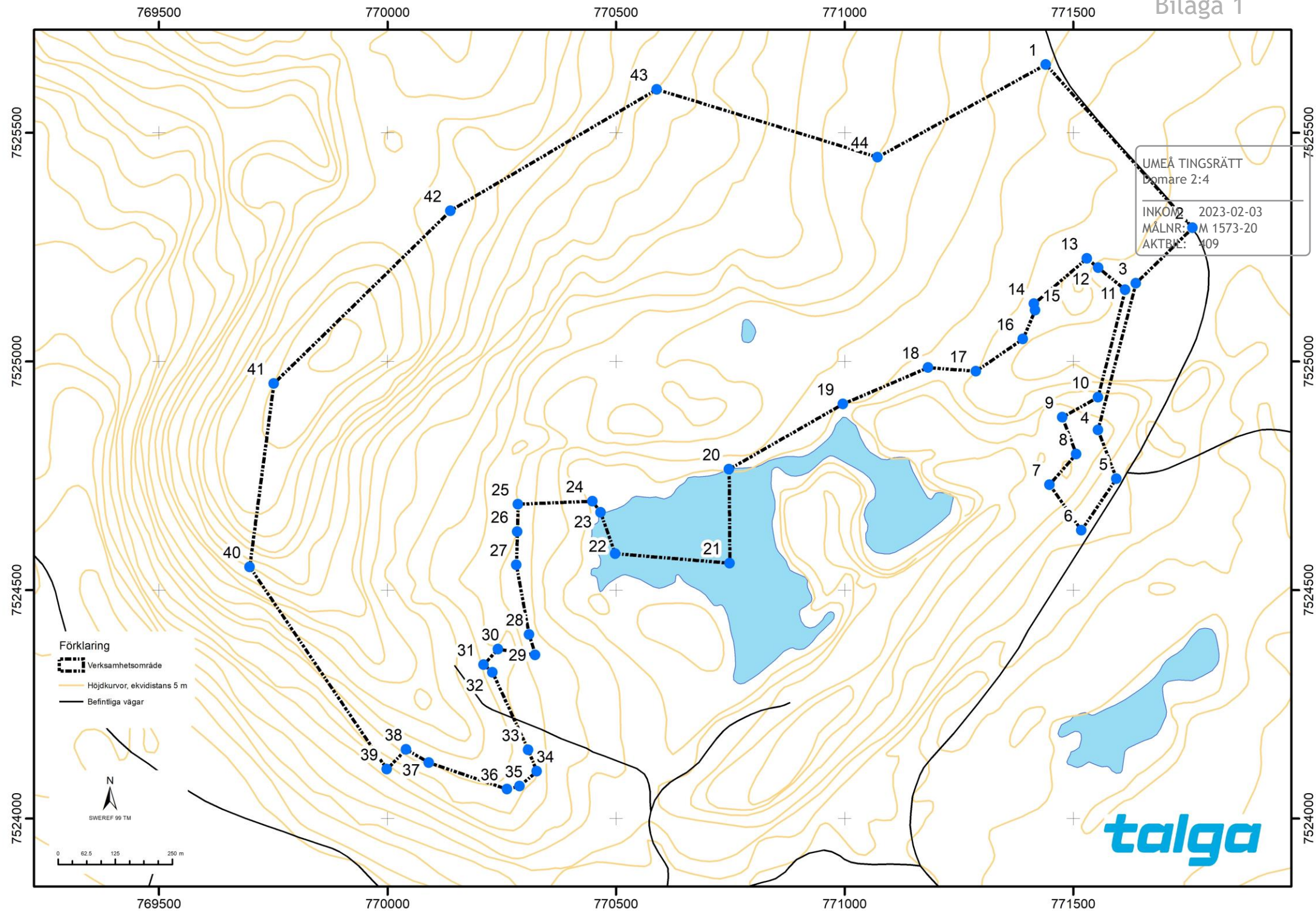
WIE MAN RECHTSMITTEL EINSETZT , siehe Anhang 2 (MMD-01)

Berufung bis spätestens 26. April 2023.

Anna Svedjevik

Per Lagervall Lena Nilsson

An der Entscheidung des Gerichts waren Ratsmitglied Anna Svedjevik, die technischen Ratsmitglieder Per Lagervall und Lena Nilsson sowie die Sondermitglieder Fred Mellberg und Lennart Mattsson beteiligt.



Einsatzgebiet koordinieren

Ausweis	E-Koordinate	N-Koordinate
1	771440	7525649
2	771761	7525292
3	771637	7525171
4	771554	7524850
5	771594	7524744
6	771518	7524630
7	771448	7524730
8	771507	7524797
9	771476	7524878
10	771554	7524922
11	771614	7525157
12	771555	7525205
13	771530	7525225
14	771414	7525126
15	771417	7525112
16	771390	7525049
17	771287	7524978
18	771183	7524986
19	770996	7524907
20	770747	7524764

21	770749	7524559
22	770498	7524579
Ausweis	E-Koordinate	N-Koordinate
23	770466	7524670
24	770448	7524694
25	770286	7524688
26	770284	7524627
27	770282	7524555
28	770310	7524403
29	770323	7524358
30	770242	7524370
31	770210	7524336
32	770230	7524320
33	770308	7524150
34	770327	7524103
35	770289	7524071
36	770261	7524064
37	770090	7524122
38	770041	7524151
39	769998	7524108
40	769699	7524550
41	769751	7524951
42	770138	7525330
43	770589	7525595
44	771072	7525447



SVERIGES DOMSTOLAR

Wie man Einspruch einlegt

Urteil im Land- und Umweltgericht erster Instanz

MMD-01

Wenn Sie wollen, dass das Urteil in Teilen abgeändert wird, können Sie Berufung einlegen. Hier erfahren Sie, wie es geht.

Schriftlicher Einspruch innerhalb von 3 Wochen

Ihre Beschwerde muss innerhalb von 3 Wochen nach dem Datum des Urteils beim Gericht eingegangen sein. Die letzte Berufungsfrist finden Sie auf der letzten Seite des Urteils.

Berufung nach Berufung der Gegenpartei

Hat eine Partei fristgerecht Berufung eingelegt, so ist die andere Partei auch nach Ablauf der Frist zur Berufung berechtigt. Es heißt Verbindungsappell.

Eine Partei kann den Beitritt innerhalb einer weiteren Woche nach Ablauf der Berufungsfrist beantragen. Ein Anschlussantrag muss daher innerhalb von 4 Wochen eingehen ab dem Datum des Urteils.

Eine Folgebeschwerde entfällt, wenn die erste Berufung zurückgenommen oder aus einem anderen Grund nicht weiterverfolgt wird.

Wie benutzt man

1. Schreiben Sie den Namen und die Fallnummer des Landes- und Umweltgerichts auf.
2. Erkläre, warum du denkst, dass der Satz geändert werden sollte. Sprechen Sie darüber, welche Änderung Sie wünschen und warum Sie der Meinung sind, dass das Land- und Umweltgericht Ihre Berufung aufgreifen sollte (lesen Sie weiter unten mehr über die Zulassung der Berufung).
3. Sprechen Sie darüber, auf welche Beweise Sie sich beziehen möchten. Erklären Sie, was Sie mit jedem Beweisstück zeigen wollen. Reichen Sie schriftliche Beweise ein, die dem Fall noch nicht vorliegen.
4. Geben Sie Ihren Namen und aktuelle und vollständige Angaben darüber an, wo das Gericht Sie erreichen kann: Postanschriften, E-Mail-Adressen und Telefonnummern.

Wenn Sie einen Vertreter haben, geben Sie auch die Kontaktdaten des Vertreters an.

5. Unterschreiben Sie den Einspruch selbst oder lassen Sie dies von Ihrem Vertreter tun.
6. Beschwerde beim Landes- und Umweltgericht einreichen bzw. einreichen. Die Anschrift finden Sie im Urteil.

Was passiert als nächstes?

Das Landes- und Umweltgericht prüft den rechtzeitigen Eingang der Berufung. Geht sie zu spät ein, weist das Gericht die Berufung zurück. Damit gilt das Urteil.

Geht die Berufung rechtzeitig ein, leitet das Landes- und Umweltgericht die Berufung mit allen Unterlagen zur Sache an das Landes- und Umweltgericht weiter.

Wenn Sie bisher Briefe im vereinfachten Zustellungsverfahren erhalten haben, kann das Landes- und Umweltgericht auch Briefe auf diesem Wege versenden.

Prozesserlaubnis beim Land- und Umweltgericht

Geht die Beschwerde beim Landes- und Umweltgerichtshof ein, entscheidet zunächst das Gericht, ob der Fall zur Prüfung herangezogen werden soll.

Das Landes- und Umweltkammergericht lässt die Berufung in vier verschiedenen Fällen zu.

- Das Gericht ist der Ansicht, dass berechtigte Zweifel daran bestehen, dass das Land- und Umweltgericht richtig entschieden hat.
- Ob das Land- und Umweltgericht richtig entschieden hat, ist nach Ansicht des Gerichts ohne eine Klageerhebung nicht zu beurteilen.
- Das Gericht muss sich mit dem Fall befassen, um anderen Gerichten Orientierung bei der Anwendung des Gesetzes zu geben.
- Das Gericht ist der Ansicht, dass es besondere Gründe gibt, den Fall aus einem anderen Grund aufzunehmen.

Wird die Berufung *nicht zugelassen*, gilt das *angefochtene Urteil*. Daher ist es wichtig, alles, was Sie vorbringen möchten, in den Einspruch aufzunehmen.

Möchten Sie mehr wissen?

Wenden Sie sich bei Fragen an das Land- und Umweltgericht. Adresse und Telefonnummer stehen auf der ersten Seite des Urteils.

Weitere Informationen finden Sie unter www.domstol.se.